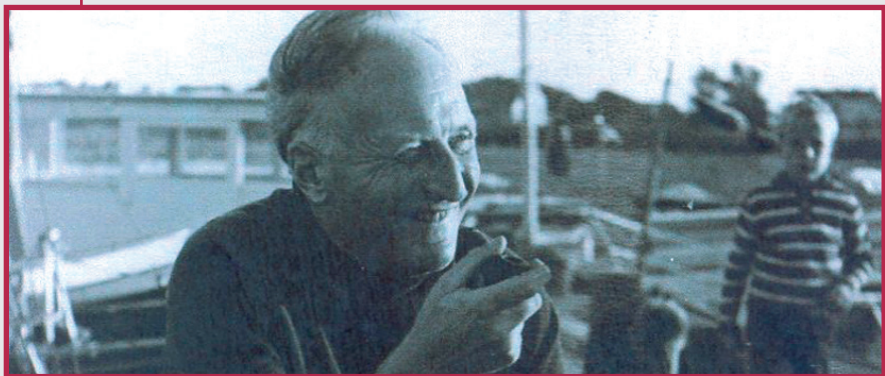


Fritz Behrens



**»Man kann nicht
Marxist sein, ohne
Utopist zu sein...«**

**Texte von und über Fritz Behrens,
herausgegeben von Günter Krause
und Dieter Janke**

Fritz Behrens
»Man kann nicht Marxist sein,
ohne Utopist zu sein...«
Texte von und über Fritz Behrens
herausgegeben von
Günter Krause und Dieter Janke

- Stefan Bollinger*, Dr. sc. phil., Politikwissenschaftler, freiberuflicher Dozent, Mitglied der Leibniz-Sozietät, Berlin
- Dieter Janke*, Dr. sc. oec., Wirtschaftswissenschaftler, wiss. Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE im Stadtparlament von Leipzig, Leipzig
- Günter Krause*, Prof. Dr. sc. oec., Wirtschaftswissenschaftler, freier Mitarbeiter am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitglied der Leibniz-Sozietät sowie der Internationalen Schumpeter-Gesellschaft, Berlin
- Manfred Lauermann*, Dr. phil., Soziologe, Lehre und Forschung an Universitäten des In- und Auslands, Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Soziologie sowie der Ferdinand-Tönnies-Gesellschaft, Hannover
- Christoph Lieber*, Dipl.-Soziologe, Redakteur der Zeitschrift »Sozialismus«, Hamburg
- Christa Luft*, Prof. Dr. rer. oec. habil., Wirtschaftswissenschaftlerin, Mitglied der Leibniz-Sozietät sowie der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, Mitglied des Offenen Wirtschaftsverbandes von klein- und mittelständischen Unternehmern, Freiberuflern und Selbständigen in Berlin und Brandenburg, Berlin
- Helmut Steiner*, † 2009, Prof. Dr. sc. phil., Soziologe, war Mitglied der Leibniz-Sozietät, Assoziiertes Mitglied des Instituts für Soziologie der Russischen Akademie der Wissenschaften, Ehrenmitglied der Gesellschaft russländischer Soziologen, Berlin
- Klaus Steinitz*, Prof. Dr. rer. oec. habil., Wirtschaftswissenschaftler, Mitglied der Leibniz-Sozietät sowie der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (»Memorandum-Gruppe«), Berlin
- Joachim Tesch*, Prof. Dr. sc. oec., Wirtschaftswissenschaftler, Leipzig
- Peter Thal*, Prof. Dr. rer. oec. habil., Wirtschaftswissenschaftler, Halle/Saale
- Frieder Otto Wolf*, Prof. Dr., Philosoph, Hochschullehrer am Institut für Philosophie der Freien Universität Berlin, Berlin

Fritz Behrens

**»Man kann nicht Marxist sein,
ohne Utopist zu sein...«**

Texte von und über Fritz Behrens
herausgegeben von
Günter Krause und Dieter Janke

VSA: Verlag Hamburg

Diese Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Förderung der Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin, und der Rosa Luxemburg Stiftung, Sachsen e.V.

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2010, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Umschlagfoto: Fritz Behrens als Hobbysegler, Mitte der 1970er Jahre
(Privatbesitz)
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg
ISBN 978-3-89965-405-9

Inhalt

Einleitung	7
-------------------------	---

Über Fritz Behrens

Helmut Steiner	
Fritz Behrens im osteuropäischen Kontext	21
Von seinen Reformvorschlägen zur marxistischen Systemanalyse des Staatsmonopolismus	
Stefan Bollinger	
»... muss sie die Menschen erobern«	44
Fritz Behrens' Scheitern und die Möglichkeiten, trotzdem Alternativen zum Staatssozialismus zu entwickeln	
Dieter Janke	
Wie real war der Sozialismus?	54
Fritz Behrens' Weg in die innere Emigration	
Frieder Otto Wolf	
Die Differenz denken	66
»Staatliches Produktionsmitteleigentum« und Selbstverwaltung der Produzenten auf der Grundlage von Gemeineigentum frei assoziierter Produzenten« bei Fritz Behrens	
Christoph Lieber	
Zwischen jakobinischer Illusion und sozialer Utopie	75
Fritz Behrens' kritischer Marxismus	
Manfred Laueremann	
Behrens, Marx und die bundesdeutsche 68er-Bewegung	87
Christa Luft	
Die Behrens'sche Suche nach einer sozialistischen Reformökonomie geht weiter	99
Klaus Steinitz	
Zum Nutzen der Behrens'schen Kritik an der Politischen Ökonomie des Sozialismus für ein modernes Konzept sozialistischer Regulierung/Planung	110

Peter Thal

Fritz Behrens – Pionier der »Geschichte der politischen Ökonomie« in der DDR	120
---	------------

Joachim Tesch

Fritz Behrens, Ota Šik und die Debatte über den Sozialismus im 21. Jahrhundert	130
---	------------

Unveröffentlichte Texte von Fritz Behrens aus dem Nachlass

Über Alternativen	147
(Februar 1979)	
Exkurs: Zu Ota Šiks Drittem Weg!	172
Exkurs: Zum Problem der Bürokratie	188
Über sozialistische Moral und sozialistisches Recht	192
Antworten auf Interviewfragen im Frühjahr 1980	196

Wiederabgedruckte Texte

Über eine sich selbst verwaltende Gesellschaft	205
Wo steckt der Fehler?	220
Kann ein Marxist heute noch Marxist sein?	231
Kurze Bemerkungen zum Prager Frühling	244

Einleitung

Er war ganz sicher einer der bedeutendsten marxistischen Intellektuellen der Nachkriegszeit in Deutschland, zählte zu den international renommiertesten Vertretern der politischen Ökonomie in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts – der in Rostock gebürtige Fritz Behrens (1909-1980). Sein wissenschaftliches Werk, seine Überzeugungen und Aktivitäten, seine diverse Facetten und Brüche aufweisende Biographie liefern bis in die Gegenwart immer wieder Stoff für Analysen, Befragungen und Reflexionen (vgl. u.a. Braun 2009a, 81ff. u. 2009b, 26ff.; Steiner 2008, 59ff.; Krause 2006, 31ff.; Draheim/Emmerich/Janke 2005; Bischoff/Draheim 2003; Caldwell, 2003, 14ff.; Fricke/Steinbach/Tuchel 2002, 236ff.).

Helmut Steiner, unlängst verstorbener Soziologe und Wissenschaftshistoriker, fraglos ein höchst profunder und ausgewiesener Behrens-Kenner, hatte zu Recht festgestellt, dass sein Leben und Werk »auf eine sehr exemplarische Weise Individuelles und Gesellschaftliches in einer Wissenschaftlerbiographie der DDR aus der Gründergeneration in sich vereinigt« (1999, 32).

1.

Nach Maschinenbauerlehre und kurzzeitiger Heuer als Kohlentrimmer zog es den am 20. September 1909 geborenen Sohn einer Seemannsfamilie zu Ende der von politischen und wirtschaftlichen Krisen geschüttelten Weimarer Republik zur Wissenschaft. Politisch sozialisiert im linken Spektrum der Sozialdemokratie erwarb er sich die Voraussetzungen für ein Hochschulstudium an der Heimvolkshochschule in Leipzig, um anschließend an der Universität der Pleiße Stadt Volkswirtschaftslehre und Statistik zu studieren.

Der Promotion über »Das Geldkapital in den Wechsellagen. Zugleich eine Untersuchung über die Möglichkeiten der statistischen Erfassung des Geldkapitals in den Wechsellagen« im Jahre 1936 folgten berufliche Stationen als staatlich bestallter Statistiker in Berlin und im besetzten Prag, bis er schließlich nach Kriegsende als nunmehriger Vater von vier Kindern bei seinen Schwiegereltern wiederum im Sächsischen – zunächst in Zwickau und dann in Leipzig – landete. Selbstbewusst und bereits mit ersten Erfahrungen in der akademischen Lehre und Forschung ausgestattet, bewarb sich Behrens während des Neubeginns an der Leipziger Universität für eine Dozentur und wurde hier als Pionier des wissenschaftlichen, kul-

turellen und geistig-politischen Neubeginns in Ostdeutschland der auch von der dominierenden bürgerlichen Professorenschaft mehr und mehr geachtete erste marxistische Hochschullehrer. Nach Habilitation und Berufung zum Professor mit Lehrstuhl am 1. April 1947 folgten hier Jahre als akademischer Lehrer, Publizist und Hochschulpolitiker. Seine Leipziger Zeit nach 1945 zählte er rückblickend im Jahre 1979 »zu den besten Jahren meiner wissenschaftlichen Tätigkeit« (1999, 142). Die Leipziger alma mater jener Jahre wurde nicht zuletzt durch Fritz Behrens als Wirtschaftswissenschaftler, aber auch durch solche Wissenschaftlerpersönlichkeiten wie den Philosophen Ernst Bloch, die Historiker Ernst Engelberg und Walter Markov oder den Literaturwissenschaftler Hans Mayer zum Epizentrum marxistisch orientierter Geisteswissenschaften Deutschlands in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts.

Als der erst Fünfundvierzigjährige 1954 den Nationalpreis der DDR erhielt, hatte Behrens jedoch bereits auch erste Blessuren hinter sich. Er war des wissenschaftlichen Objektivismus aufgrund des Bezugs auf Nikolaj I. Bucharin in einer wissenschaftshistorischen Polemik mit Hermann Heinrich Gossen bezichtigt worden und zudem der SED-Führung wegen seiner Nähe und Mitgliedschaft zu linken, vor 1933 außerhalb der KPD agierenden Gruppierungen verdächtig. Dennoch wurde er 1954 an das in Berlin ansässige Institut für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften als stellvertretender Direktor berufen. Im Folgejahr avancierte er zum Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik sowie als solcher gleichzeitig zum Stellvertretenden Vorsitzenden der staatlichen Plankommission und damit zum Mitglied des Ministerrates der DDR.

Jenem Höhepunkt seiner wissenschaftlichen und politischen Laufbahn folgte ein jäher Absturz, nachdem Behrens 1956 mit seinen Überlegungen zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat in der Planökonomie wirtschaftstheoretische und politische Denkblockaden thematisierte. Die gemeinsam mit seinem Schüler Arne Benary entwickelten Vorstellungen¹ wur-

¹ Diese Vorstellungen fanden sich in Gestalt zweier Aufsätze (Behrens 1956, Benary 1956) in der vom Berliner Verlag »Die Wirtschaft« hergestellten Broschüre »Zur ökonomischen Theorie und ökonomischen Politik in der Übergangsperiode«, die dann allerdings nicht ausgeliefert wurde. In dem 1957 erschienenen Sonderheft 3 der Zeitschrift »Wirtschaftswissenschaft« zum Thema »Zur ökonomischen Theorie und Politik in der Übergangsperiode« wurden die Beiträge von Behrens und Benary dann gleichzeitig mit von der SED-Spitze bestellten Beiträgen, die der Auseinandersetzung mit ihren Positionen, genauer: dem Nachweis der »Revision« des Marxismus-Leninismus dienen sollten, publiziert.

den in der Folge durch keinen Geringeren als SED-Chef Walter Ulbricht zu wirtschaftstheoretischem und politischem »Revisionismus« schlecht hin erklärt. Der Verlust der staatlichen Funktionen folgte auf dem Fuße. Weitaus schmerzlicher war für Behrens indes die damit verbundene politische und wissenschaftliche Stigmatisierung, die mit fatalen Langzeitfolgen für wissenschaftliche Diskurse der DDR-Wirtschaftswissenschaften insgesamt verbunden war.

Als Referent und Diskussionspartner war Fritz Behrens indes in den 1960er Jahren ein umso gefragterer Gast in linksalternativen akademischen Kreisen der Bundesrepublik, was von der SED- und Staatsführung der DDR ihrerseits mit zunehmendem Argwohn eher gelitten, denn begrüßt oder gar unterstützt wurde. Als sich Behrens 1967 auf der legendären Konferenz aus Anlass des 100. Jahrestages des Erscheinens des ersten Bandes des »Kapital« in Frankfurt/Main äußerst kritisch zum Stand der Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften in der DDR und anderen Ländern des Staatssozialismus sowie zu den diesbezüglichen Ursachen äußerte, kam es schließlich zum offenen Bruch. Lediglich die instabile Gesundheit und der Rat seiner Ärzte, sich invalidisieren zu lassen, schützten Behrens vor neuerlichen öffentlichen Demütigungen. Das Arbeitsverhältnis mit der Akademie der Wissenschaften wurde vor diesem Hintergrund 1968 einvernehmlich aufgelöst. Zwei Jahre später folgte die offizielle Emeritierung.

In seinem letzten Lebensjahrzehnt führte Fritz Behrens, gezwungen durch das rigide und extrem vereinfachende offizielle Verständnis der Dualität von Politik und Wissenschaft, ein Doppelleben. Einerseits war er als Autor seines vierbändigen »Grundrisses der Geschichte der politischen Ökonomie« nicht gänzlich aus der wissenschaftlichen Öffentlichkeit verschwunden. Andererseits jedoch hatte Behrens in den 1970er Jahren keinerlei Möglichkeiten mehr, sich mit den theoretischen Überlegungen, die ihn als unorthodoxen Marxisten tatsächlich bewegten, mündlich oder schriftlich in der DDR-Öffentlichkeit mitzuteilen. Im Ergebnis entstanden umfangreiche Manuskripte mit einer der wohl tiefgründigsten sozialökonomischen Analysen des Realsozialismus. Von ihrer Existenz wussten allerdings selbst enge Freunde und Kollegen nichts (vgl. auch den Beitrag von H. Steiner im vorliegenden Band). Die Maschinenmanuskripte wurden unter strengen Regeln der Konspiration angefertigt und aufbewahrt. Gleichwohl hatte ihr Autor die – leider illusorische – Hoffnung, sie könnten einer späteren DDR-Leserschaft zugänglich gemacht werden. Erstmalig veröffentlicht werden konnten sie unter dem allerdings wirklich irreführenden, vom Verlag zu verantwortenden Titel »Abschied von der

sozialen Utopie«² freilich erst im Jahre 1992. Unter welchem innerlichen Zwiespalt Behrens in jenen Jahren litt, macht eine Episode in Vorbereitung auf seine Ehrenpromotion an der Leipziger Karl-Marx-Universität im Oktober 1979 deutlich, über die seine Tochter Hannamaria Loschinski berichtete. Bei seinen Überlegungen zum Gegenstand seiner Danksagung muss Fritz Behrens kurzzeitig auch daran gedacht haben, über die ihn umtreibenden analytischen Gedanken zum Realsozialismus zu reflektieren. Er verwarf dies indes wieder mit der Bemerkung, damit hätte er zwar ein Held sein können – sehr wahrscheinlich allerdings lediglich für einen Tag! Fritz Behrens war sich demnach der Konsequenzen eines derartigen Auftritts für sich selbst, seine Familie wie auch für seine Leipziger Freunde und Kollegen, die das Ehrenpromotionsverfahren trotz der bekannten Vorbehalte von offizieller Seite betrieben, bewusst.

2.

Warum jetzt diese Veröffentlichung zu Fritz Behrens? Vor allem vier Gründe sprechen dafür.

Erstens verdienen zwei historische Daten Aufmerksamkeit. Da war zum einen der 20. September 2009, der für die 100. Wiederkehr seines Geburtstages steht. Und da ist zum anderen der 16. Juli 2010, der die 30. Wiederkehr seines Todestages markiert. Diese Daten stellen gerade aus theorienhistorischer Perspektive eine willkommene Gelegenheit dar, sich dieses angesehenen marxistischen Denkers reflektierend zu erinnern, der auch in der (alten) Bundesrepublik bekannt und geschätzt war, hier über vielfältige Kontakte verfügte.³

² Fritz Behrens hatte auf dem Deckblatt der Manuskripte den möglichen Titel wie folgt formuliert: 1. Zeile (unter Bezugnahme auf ein Zitat von Marx): »...den Traum von einer Sache...«, 2. Zeile (ursprünglich): »Zur Verteidigung der sozialen Utopie«. Dann hatte er »Zur Verteidigung« durchgestrichen und dafür »Abschied von« eingesetzt und diese Zeile am Ende mit einem Fragezeichen versehen – ob seiner noch vorhandenen Unsicherheit bei der Wahl der Begriffe, doch ganz und gar nicht im Sinne seines Abschieds von der sozialen Utopie (Kopie des Deckblattes im Besitz von Günter Krause/Dieter Janke). Dass dies beileibe keine willkürliche Interpretation ist, zeigt sich in seinem im vorliegenden Band wieder abgedruckten Essay »Kann ein Marxist heute noch Marxist sein?« Dort formuliert der Marxist Fritz Behrens eindeutig: »Er muss es, will er die Geschichte begreifen, und kann es, will er seine Welt verändern!«

³ So verfügte Behrens beispielsweise über Verbindungen zu Wolfgang Abendroth, Walter Fabian, Ilse Spittmann, Theo Pinkus, Iring Fetscher, Jiri Kosta sowie zu Berthold Simonsohn, seinem Freund aus der gemeinsamen Leipziger Studienzeit (vgl. hierzu Aden-Grossmann 2007, 386ff; hier wird auch eine kurze Kontaktaufnahme

Die 100. Wiederkehr des Geburtstages von Fritz Behrens war für die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die Helle Panke e.V.-Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin sowie die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. der Anlass, um am 26. September 2009 im Rahmen eines Workshops seine besonderen Leistungen als brillanter Wirtschaftswissenschaftler und Gesellschaftsanalytiker erneut zu diskutieren und in die aktuelle kapitalismuskritische Debatte der Linken, ihre Suche nach einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts einzubringen.

Der vorliegende Band versammelt nun die wichtigsten Diskussionsbeiträge dieser Berliner Tagung, ergänzt um einen bislang unveröffentlichten Beitrag von Helmut Steiner sowie einen eingeladenen Beitrag von Joachim Tesch. Weiterhin wurden in den Band ausgewählte Texte von Behrens aus den 1970er Jahren aufgenommen. Hierbei handelt es sich *zum einen* um bereits veröffentlichte Texte. So wird ein im Jahre 2008 in der Zeitschrift »Sozialismus« publizierter Beitrag wiederabgedruckt.⁴ Und es werden drei Beiträge aus Behrens' Buch »Abschied von der sozialen Utopie« (1992) neuerlich publiziert.⁵ Gerade dieser spannenden und anregenden Arbeit wurde – vor allem den Nachwendewirren geschuldet – seinerzeit leider nicht die ihr zweifellos gebührende breitere Aufmerksamkeit in den linksalternativen Diskursen zuteil.

Zweitens bietet sich der pluralen Linken in der Bundesrepublik die Chance, im Rahmen ihres gegenwärtigen programmatischen Such- und Profilierungsprozesses das Werk von Behrens im Lichte neuer Erkenntnisse und Herausforderungen hinsichtlich seiner Erklärungskraft und Produktivität zu befragen und zu prüfen, ob und inwieweit es für gegenwärtig relevante Problemlagen attraktive konzeptionelle Deutungs- und Lösungsangebote zu liefern vermag. Da diese Pluralität neben der generativen Komponente vor allem auch unterschiedliche Traditionen in Theorie und Politik, in der Kultur wissenschaftlichen wie politischen Denkens

von Behrens 1961 mit Elmar Altvater, damals Student in München und SDS-Mitglied, erwähnt). Erwähnt werden muss an dieser Stelle auch seine freundschaftliche Verbindung zum Bloch-Schüler Gerhard Zwerenz, der sich Anfang der 1970er Jahre vergeblich bemüht hatte, für Behrenssche Manuskripte zur sozialistischen Ökonomie einen Verlag in der Bundesrepublik zu finden (vgl. Zwerenz 2004, 289).

⁴ F. Behrens, Kurze Bemerkungen zum Prager Frühling (1968), in: Sozialismus, Heft 7/8-2008.

⁵ Es handelt sich um die Texte »Über eine sich selbst verwaltende Gesellschaft«, »Wo steckt der Fehler?« und »Kann ein Marxist heute noch Marxist sein?« (vgl. Behrens 1992). Im Folgenden werden den Seitenangaben aus diesen zitierten Texten nach einem Schrägstrich die Seitenangaben nachgestellt, die auf den Wiederabdruck im vorliegenden Band verweisen.

und Arbeitens einschließt, bedarf es innerhalb der bundesdeutschen Linken eines ernsthaften, divergente Theorieansätze und Erfahrungen produktiv aufhebenden Diskurses. Hierfür bietet Fritz Behrens wahrlich Stoff genug. Bereits 2008 im Kontext der Publikation von Behrens, »Kurze Bemerkungen zum Prager Frühling« (2008, 57ff./244ff.), hatte Helmut Steiner nachdrücklich empfohlen: »Den 2009 anstehenden 100. Geburtstag von Fritz Behrens sollte die marxistische Linke zum Anlass nehmen, seinen aus den Jahren 1968-1980 überlieferten wissenschaftlichen Nachlass zu erschließen und in die programmatische Diskussion der LINKEN einzuführen.« (2008, 62)

Drittens geht es darum, das Wirken von Fritz Behrens unter den gewandelten historischen Verhältnissen als seriösen Bestandteil einer unterschiedlichen Denktraditionen aufweisenden deutschen Wissenschaftsgeschichte zu betrachten. Und zu dieser gehören entgegen dem weit verbreiteten, auf Unkenntnis basierenden Verdikt von der Wissenschaftslandschaft der DDR als »einer einzigen Wüste« fraglos auch Ökonomen, Philosophen, Soziologen, Historiker oder Rechtswissenschaftler mit marxistisch inspiriertem Forschungsprogramm und DDR-Sozialisation.

Viertens geht es auch um die Fortsetzung der zu Beginn der 1990er Jahre begründeten Tradition, dem Forschungsprogramm von Behrens, der Rezeption seines wissenschaftlichen Werkes nach Jahren der Verbannung aus öffentlichen Diskursen eine angemessene Aufmerksamkeit in der scientific community wie im Spektrum der Linken zuteil werden zu lassen.

Pionierarbeit leistete hierbei vor allem Helmut Steiner mit seinen Studien. Wichtige Impulse und Anregungen sind mit Jörg Roesler, Eva Müller, Karl Georg Zinn, Joachim Bischoff, Hans-Georg Draheim und Anneliese Braun verbunden. Und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen gebührt dabei unstrittig das Verdienst, mit ihren Leipziger Tagungen zu »Werk und Wirken von Fritz Behrens« (1996) bzw. »Alternative Ökonomie in der Traditionslinie von Fritz Behrens« (2005) nicht nur eine weitere inhaltliche Beschäftigung mit Behrens und seinen vielfältigen Spuren und Folgen inspiriert, sondern auch ein seriöses öffentliches Forum für diesbezügliche Debatten geboten zu haben.

3.

Die hier erstmalig veröffentlichten Texte, so unterschiedlich sie vom jeweiligen Thema her auch sind, weisen mehrere Gemeinsamkeiten auf. *Erstens* entstanden sie alle im Zeitraum von Anfang 1970 bis Juli 1980. Etwas präzisere Angaben zum konkreten Zeitpunkt ihrer Entstehung sind bei drei

Manuskripten möglich. *Zweitens* sind sie von ihrem zentralen Gegenstand her integraler Bestandteil der umfassenden Analyse, die Fritz Behrens zu den ökonomischen, politischen, sozialen und ideologischen Strukturen des sogenannten realen Sozialismus, seiner Entstehung und Funktionsweise, seiner Defizite und Blockaden, seines historischen Schicksals sowie der möglichen Alternativen vorgenommen hatte. *Drittens* stehen sie für einen variablen Einsatz verschiedener Formen wissenschaftlichen Arbeitens und Schreibens. So finden sich hier etwa Studien und Exkurse, Notizen und prononcierte Fragen, biographische Skizzen sowie ein Interview. *Viertens* zeigen sie sehr deutlich das von Behrens angelegte Maß im Erkenntnis- und Untersuchungsprozess – die Ergebnisse und Aussagen des Marxschen Forschungsprogramms. Hieran vor allem werden Anspruch und Wirklichkeit der Theorie und Praxis des sogenannten realen Sozialismus gemessen.

Behrens' Text »Exkurs: Zu Ota Šik's Drittem Weg!« entstand zeitlich in jedem Fall nach dem Herbst 1973. Hierfür spricht, dass die zugrunde liegende Referenzpublikation, Ota Šik's Buch »Argumente für den Dritten Weg«, im Jahre 1973 erschien und im Text selbst auf ein Interview von Šik verwiesen wird, »das er im Herbst 1973 einer Zeitschrift gab«. Inhaltlich ist die Arbeit ein Ausfluss des großen Interesses von Behrens an der Entwicklung der Tschechoslowakei, an den Prozessen vor und nach dem »Prager Frühling«, seinem historischen Schicksal sowie seinen Folgen und der weiteren Entwicklung seiner Hauptakteure.

Dafür spricht zum einen, dass sich im Tagebuch von Behrens unter dem Datum »21.08.1973« der Eintrag findet: »Heute vor fünf Jahren marschierten die Truppen des Ost-Blocks in die ČSSR ein. Das war der Schlusspunkt hinter einer Entwicklung zu dem, was heute ›realer‹ Sozialismus genannt wird, in Wahrheit aber eine Restauration der bürgerlichen Gesellschaft in einer neuen Variante ist...«

Zum anderen spricht auch dafür, dass sich im Findbuch der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften zum »Nachlass Behrens« unter der »Position 132« eine »Materialsammlung über Invasion 1968. Zeitungsausschnitte. gedr.« findet.

Das Thema »Ota Šik« war für Fritz Behrens auch aus einem anderen Grund von großem Interesse. Sie beide kannten sich persönlich gut, waren sie doch einst Fachkollegen an den beiden Akademie-Instituten für Wirtschaftswissenschaften ihrer Länder in Prag und Berlin. Jene Einrichtungen pflegten über Jahre eine kontinuierliche wissenschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen abgestimmter Forschungsprojekte auf der Basis jährlicher wie mehrjähriger Akademie-Abkommen. Zudem war Behrens

im Zuge dieser Zusammenarbeit auch mit Jiri Kosta, dem engen Freund und Kollegen von Šik in Prag, bekannt.⁶

Besondere Bedeutung besitzt zweifellos die vom Februar 1979 datierende Studie »Über Alternativen«. *Erstens* ergibt sich diese aus einer inhaltlichen Dimension. Behrens' Arbeit stellt eine wissenschaftlich begründete Reaktion auf Rudolf Bahros Buch »Die Alternative« (1977) dar, ist eine aus marxistischer Perspektive vorgetragene grundlegende Analyse und Kritik desselben.

Behrens hatte seinen Text Anfang 1979 zunächst auf Band gesprochen und dieses dann – zusammen mit dem Manuskript – Ilse Spittmann, verantwortliche Mitarbeiterin vom »Deutschland-Archiv«, zwecks Publikation zukommen lassen. In einem vom 25. Februar 1979 datierten Brief schlug Behrens Spittmann u.a. eine redaktionelle Bearbeitung sowie möglicherweise auch eine Kürzung des Beitrages vor. Zugleich betonte er jedoch: »... nur sollte herauskommen, dass R.B. die Selbstverwaltung schlechthin und die technisch-organisatorische Seite der Produktion mit ihrer gesellschaftlichen Seite identifiziert« (Kopie des Briefes befindet sich im Besitz von Günter Krause/Dieter Janke). Mündlich verfügte Behrens zugleich, dass eine Publikation seines Beitrages allerdings erst dann geschehen dürfe, wenn Bahro frei sei und keine Repressalien zu erwarten habe.

Zweitens ergibt sich die Bedeutung jenes Textes aus einer persönlichen Dimension. So war es Bahro, der im Zuge der Ausarbeitung seiner »Alternative« um den fachlichen Rat und Kommentar des angesehenen Wirtschaftswissenschaftlers Behrens nachsuchte und mit ihm diesbezüglich auch zusammentraf. Guntolf Herzberg/Kurt Seifert bemerken in ihrer Bahro-Biographie dazu: Behrens »war in den Krisenjahren 1956/57 als ›Revisionist‹ angegriffen und verfolgt worden, konnte aber weiter wissenschaftlich arbeiten, hatte viele – auch westliche – Kontakte und stellte für Bahro so etwas wie eine Autorität in ökonomischen Fragen dar« (2002, 142/143). Behrens erhielt die verschiedenen Teile des Manuskripts der »Alternative« von Rudi Wetzels, einem engen Vertrauten Bahros, vorab, machte aber nach dem Lesen deutlich, dass es zwischen ihm und Bahro doch recht divergente Auffassungen geben würde.

Im Übrigen hatte Behrens im September 1976 seine Kontakte innerhalb der Bundesrepublik genutzt, um für das Manuskript der »Alterna-

⁶ Jiri Kosta hatte Ende 1970 an der Frankfurter Goethe-Universität eine Professur für Volkswirtschaftslehre erhalten. Er sollte dann im Jahre 1976 zu einem Ansprechpartner von Behrens bei der Suche nach einem Verleger für das Manuskript von Bahros »Die Alternative« werden.

tive« einen Verleger zu finden. Dabei wandte er sich auch, wie bereits erwähnt, an seinen früheren tschechoslowakischen Kollegen Jiri Kosta, dessen Bruder Tomas in leitender Position bei der Europäischen Verlagsanstalt (EVA) tätig war – 1977 erfolgte dann die Publikation durch den Bund-Verlag sowie die EVA.⁷

Schließlich hatte Behrens mit Bahro und seiner »Alternative« insofern noch sehr Persönliches zu erleben, als dass das Ministerium für Staatssicherheit im Zuge der Bahro-Vernehmung diesen auch nach seinen Verbindungen zu DDR-Bürgern befragt hatte. Dabei wurde auch Fritz Behrens genannt und er als Zeuge vernommen (vgl. Herzberg/Seifert 2002, 203 u. 206/207).⁸

Der Text »Antworten auf Interviewfragen im Frühjahr 1980« entstand in den letzten Monaten vor Behrens' Tod im Juli 1980. Er wählte hier die Form eines fiktiven Selbstinterviews, um nochmals zu aus seiner damaligen Sicht besonders wichtigen wissenschaftlichen wie politischen Fragen Stellung zu nehmen sowie rückblickend zugleich auch das eigene Schaffen bzw. einstige Auffassungen zu kommentieren sowie hierzu präzisierende Bewertungen abzugeben. In gewissem Sinne handelt es sich bei diesem Text demnach um eine Art von Vermächtnis, das hier durch Fritz Behrens formuliert wurde.

4.

Zum Abschluss selbstredend ein Wort des Dankes. Dieses gilt zunächst uneingeschränkt der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Hellen Panke e.V.-Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin sowie der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. Mit ihrer inhaltlichen Unterstützung und insbesondere ihrer wirksamen finanziellen Förderung haben sie entscheidenden Anteil an dem Projekt einer angemessenen Würdigung des Werkes und Wirkens von Fritz Behrens anlässlich der 100. Wiederkehr seines Geburtstages bzw. der 30. Wiederkehr seines Todestages. Dank gilt in diesem Zusammenhang Prof. Dr. Michael Brie, Prof. Dr. Klaus Steinitz, Prof. Dr.

⁷ Im Nachwort zur DDR-Ausgabe der »Alternative« betont Bahro, dass er zuerst all »jene Menschen nennen (will), die mit mir waren, als dieses Buch entstand«, und schreibt dann: »Fritz Behrens hat das Buch beim Bund-Verlag des DGB untergebracht...« (1990, 545/546).

⁸ Bahro hat im Übrigen in dem bereits genannten »Nachwort« zu »den Menschen..., die mit mir waren, als dieses Buch entstand«, noch vermerkt: »Bei einigen dieser Menschen stehe ich in einer Schuld, weil ich in einer bestimmten Situation der Untersuchungshaft den Hergang aufgedeckt habe, ohne daß es wirklich gerechtfertigt und notwendig war.« (1990, 547)

Klaus Kinner, Dr. Lutz Kirschner sowie Dr. Wladislaw Hedeler für ihr wohlwollendes persönliches Engagement bei der Planung und Realisierung des Berliner Workshops sowie bei der Entstehung und Fertigstellung des vorliegenden Buches.

Zu danken ist natürlich allen Kolleginnen und Kollegen, die mit ihren Beiträgen zum Erfolg des Workshops beitrugen, sowie allen Autorinnen und Autoren eingereicherter Texte für die vorliegende Publikation. In diesen Dank eingeschlossen sind auch frühere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Fritz Behrens am Akademie-Institut für Wirtschaftswissenschaften, die – wie etwa Dr. Siegrid Maier – mit Ideen und Vorschlägen, Initiative und Kritik dieses Unternehmen bereichert haben.

Dem VSA-Verlag, und hier vor allem Christoph Lieber als verantwortlichem Lektor, ist Dank zu sagen für die uneingeschränkte Bereitschaft, das geplante Buchvorhaben in sein Verlagsprogramm 2010 aufzunehmen sowie für eine angenehme, inhaltlich anregende Zusammenarbeit bei der Edition dieses Buches. Für spezielle Unterstützung geht unser Dank an Monika, Henriette, Manja sowie Torsten.

Schließlich haben wir besonderen Dank den Angehörigen, allen voran Frau Hannamaria Loschinski, abzustatten. Sie hat uns freundlicherweise bislang unveröffentlichte Manuskripte zur Erstpublikation überlassen, in Gesprächen und Kontakten detaillierten Einblick in wissenschaftlich, politisch wie biographisch relevante Fakten und Zusammenhänge des Lebens von Fritz Behrens gegeben, die für die Vorbereitung des Workshops wie auch des Bandes von großem Gewinn waren. Darüber hinaus konnten wir uns gerade auch der rückhaltlosen Unterstützung bei der Lösung auftretender Probleme stets sicher sein.

Günter Krause/Dieter Janke

Literatur

- Aden-Grossmann, W. (2007), Berthold Simonsohn. Biographie des jüdischen Sozialpädagogen und Juristen (1912-1978), Frankfurt a.M.
- Bahro, R. (1977), *Die Alternative*. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Köln/Frankfurt a.M.
- Bahro, R. (1990), Nachwort 1989/1990, in: ders., *Die Alternative*. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Berlin
- Behrens, F. (1956), Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode, in: F. Behrens/A. Benary, *Zur ökonomischen Theorie und ökonomischen Politik in der Übergangsperiode*, Berlin (nicht ausgeliefert)
- Behrens, F. (1992), *Abschied von der sozialen Utopie*, hrsg. v. H. Loschinski u.a., Berlin

- Behrens, F. (1999), Rede zur Ehrenpromotion an der Karl-Marx-Universität Leipzig, in: »Ich habe einige Dogmen angetastet...« Werk und Wirken von Fritz Behrens, hrsg. v. E. Müller/M. Neuhaus/J. Tesch, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig
- Behrens, F. (2008), Kurze Bemerkungen zum Prager Frühling (1968), in: Sozialismus, Heft 7/8
- Benary, A. (1956) Zu Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode, in: F. Behrens/A. Benary, Zur ökonomischen Theorie und ökonomischen Politik in der Übergangsperiode, Berlin (nicht ausgeliefert)
- Bischoff, J./Draheim, H.-G. (2003), Sozialismus im 21. Jahrhundert. Zur politischen Ökonomie einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft, Supplement der Zeitschrift »Sozialismus« 1
- Braun, A. (2009a), Fritz Behrens' Konzept einer »sozialistischen Warenproduktion«, seine Kritik am Staatssozialismus und ihre Relevanz für die Gegenwart, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, II/Mai
- Braun, A. (2009b), Sozialismus als Alternative? »Sozialistische Dissidenten« in der DDR und was von ihnen bleibt, in: K. Kinner/H. Meier (Hrsg.), Politikum Geschichte. Die Rolle der Geschichte in öffentlichen Diskussionen, Berlin
- Caldwell, P.C. (2003), Dictatorship, State Planning, and Social Theory in the German Democratic Republic, Cambridge
- Draheim, H.-G./Emmerich, R./Janke, D. (Hrsg.) (2005), Alternative Ökonomie in der Traditionslinie von Fritz Behrens, Diskurs. Streitschriften zur Geschichte und Politik des Sozialismus, Heft 18, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig
- Fricke, K. W./Steinbach, P./Tuchel, J. (Hrsg.), (2002), Widerstand und Opposition in der DDR, München
- Herzberg, G./Seifert, K. (2002), Rudolf Bahro – Glaube an das Veränderbare. Eine Biographie, Berlin
- Krause, G. (2006), »1956« – erste Zäsur reformökonomischen Denkens, in: S. Prokop (Hrsg.), Zwischen Aufbruch und Abbruch. Die DDR im Jahre 1956, Berlin
- Steiner, H. (1999), Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens (1909-1980), in: »Ich habe einige Dogmen angetastet...« Werk und Wirken von Fritz Behrens, hrsg. v. E. Müller/M. Neuhaus/J. Tesch, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig
- Steiner, H. (2008), Fritz Behrens' Bemerkungen zum »Prager Frühling«, in: Sozialismus, Heft 7/8
- Zwergen, I. u. G. (2004), Sklavensprache und Revolte. Der Bloch-Kreis und seine Freunde in Ost und West, Hamburg/Berlin

Über Fritz Behrens

Helmut Steiner

Fritz Behrens im osteuropäischen Kontext

Von seinen Reformvorschlägen zur marxistischen
Systemanalyse des Staatsmonopolismus¹

Fritz Behrens in einem dreifachen gesellschaftlich-intellektuellen Zusammenhang

Mit Fritz Behrens erschließen wir uns und der Öffentlichkeit – anknüpfend an die bereits vorliegenden Resultate (vgl. Steiner 1990, 1992, 1996, 2005, 2008, Müller/Neuhaus/Tesch 1999) – die Persönlichkeit eines DDR-Intellektuellen, den ich in einen dreifachen Zusammenhang stellen will.

Erstens gehört Fritz Behrens zu dem Kreis marxistischer Wissenschaftler, für die der Mai 1945 von Anfang an bewusst erlebte Befreiung vom Nationalsozialismus war und die diese Befreiung als persönliche Herausforderung und Verpflichtung für einen gesellschaftlichen Neubeginn in der Sowjetischen Besatzungszone verstanden und als solche auch wahrnahmen. Für einen historisch kurzen Zeitraum von ca. zehn Jahren – zum Teil mehr, aber auch weniger – gehörte er, gemeinsam mit einem entsprechenden Kreis von Wissenschaftlern, Kulturschaffenden, Publizisten u.ä. zur intellektuellen Avantgarde eines gesellschaftlichen Neubeginns im Osten Deutschlands. Ihr Antifaschismus- und Sozialismus-Verständnis waren überzeugende Beispiele praktizierten Lebens. Hier geht es um die allererste Nachkriegsgeneration nicht nur überzeugter, sondern auch überzeugender sozialistischer Intellektueller des gesellschaftlichen Neubeginns.

Der Ökonom Fritz Behrens wurde als einer der geistigen Pioniere dieser Anfangsjahre von seinem Leipziger Gesinnungsgenossen, dem Historiker Walter Markov, als »roter Hans Albers« charakterisiert (1989: 156, 161, 181, 183), um damit seine norddeutsche Herkunft, seine Segler-Leidenschaft, aber vor allem die ihm eigene Ausstrahlungskraft und Begeisterungsfähigkeit in dieser Zeit hervorzuheben. Auch sein Kollege aus den

¹ Nach Helmut Steiners Ableben im Februar 2009 wurde sein im Vorfeld des 100. Geburtstages von Fritz Behrens entstandener Text von Hannamaria Loschinski, die mit ihm über viele Jahre sehr vertrauensvoll und eng zusammenarbeitete, dankenswerter Weise für die Veröffentlichung in diesem Band vorbereitet; G.K./D.J.

Leipziger Anfangsjahren, der Literatursoziologe Hans Mayer, charakterisiert F.B. als einen »guten Dozenten«, um die an die Universität kommenden jungen Menschen »in den Grundproblemen des Marxismus zu unterrichten« (1984, 27).

Wie viele andere Teilnehmer an seinen Lehrveranstaltungen schilderte Waltraud Engelberg (1999, 21/22), die Ehefrau des Historikers Ernst Engelberg, als damalige Germanistik-Studentin in einem Brief an den Autor vom 5.9.1994 diese intellektuell und emotional überzeugenden Wirkungen der überfüllten Behrensschen Vorlesungen zur Politischen Ökonomie auf interessierte oder zunächst nur pflichtgemäße Teilnehmer und Studenten gleichermaßen.

Sein ihm persönlich vertrauter Ökonomie-Kollege Jürgen Kuczynski sagte sinngemäß bei seiner Trauerfeier 1980 (vgl. 1985, 127ff.) und auch in einem Gesprächsinterview mit dem Autor Mitte der 1990er Jahre nochmals ausdrücklich: »Fritz war der beste Wirtschaftswissenschaftler, den die DDR in ihrer Geschichte hatte!«

Auch Nathan Steinberger (1910–2005), einer der engsten Vertrauten Fritz Behrens' seit Mitte der 1960er Jahre, schrieb mir in einem Brief vom 27.10.1996 u.a.: »Was ich besonders bedaure: ich bin ... nicht mehr in der Lage, einen schriftlichen Beitrag zur Würdigung von Fritz Behrens zu leisten, den ich als den bedeutendsten von allen Ökonomen in der DDR halte, was, wie ich jetzt glaube Deinen »Notizen« entnehmen zu können, mit Deiner Meinung übereinstimmt. Deine in »Notizen« gefasste Abhandlung über den Entwicklungsweg von F.B. halte ich für sehr gelungen« (zu Steinbergers Lebensweg vgl. auch Steinberger/Broggini 1996).²

Im Unterschied dazu wurde in den beiden höchst offiziellen DDR-Lehrbüchern zur politischen Ökonomie des Sozialismus in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre auf mehr als 1.500 Druckseiten dieser Pionier des ersten Jahrzehnts, Fritz Behrens, nicht einmal einer Fußnote für wert befunden.

Der zweite Kontext, in den ich Fritz Behrens stellen will, ist jener Kreis von marxistischen Wissenschaftlern und Politikern, die im Gefolge des XX. KPdSU-Parteitags 1956 Reformen des staatssozialistischen Wirtschaft- und Gesellschaftssystems in der DDR nicht nur insgeheim dach-

² Bei meinem persönlichen Besuch mit H. Loschinski im Pflegeheim »Heinrich Günter-Haus« in Berlin-Zehlendorf am 10. September 2001 betonte und erläuterte N. Steinberger nochmals diesen Stellenwert F. Behrens' in den und für die DDR-Wirtschaftswissenschaften.

ten oder anmahnten, sondern hierfür konkrete Initiativen und Aktivitäten entfalteten.

Nach einem überaus initiativreichen und verschiedenartigen Engagement als Hochschullehrer, Verfasser wissenschaftlicher Bücher, Broschüren und Zeitschriften-Aufsätze (vgl. für den Zeitraum von 1945 bis 1956 Behrens 1945, 1948, 1949a, 1949b, 1949c, 1952a, 1954, 1956a) war er zugleich von 1946-1954 Hochschulpolitiker und SED-Parteifunktionär an der Leipziger Universität und danach von 1954-1957 Mitbegründer, Stellvertretender Direktor und Abteilungsleiter am Institut für Wirtschaftswissenschaften an der Deutschen Akademie der Wissenschaften sowie Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik und Stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission bei der Regierung der DDR und damit Mitglied des Ministerrats der DDR. Inzwischen war er durch seine Wahl zum Ordentlichen Mitglied der Akademie der Wissenschaften durch das noch gesamtdeutsche, vorwiegend bürgerlich zusammengesetzte Akademie-Plenum sowie durch den Nationalpreis der DDR auch wissenschaftlich und öffentlich geehrt worden. 1956 wurde er schließlich – gemeinsam mit seinem Leipziger Schüler Arne Benary – zum namhaftesten Autor von Vorschlägen für notwendige Wirtschaftsreformen in der DDR (Behrens/Benary 1956).

Die im Verlag »Die Wirtschaft« erschienene Schrift »Zur ökonomischen Theorie und ökonomischen Politik in der Übergangsperiode« wurde wieder eingezogen und geschreddert. Unter Ausschaltung des Redaktionskollegiums der Fachzeitschrift »Wirtschaftswissenschaft« (Vorsitzender Gunther Kohlmey, Fritz Behrens als Mitglied) wurde auf Beschluss des Sekretariats des ZK der SED in der Verantwortung von Fred Oelßner, Kurt Hager und Otto Reinhold hierzu ein Sonderheft der »Wirtschaftswissenschaft« mit dem Titel »Zur ökonomischen Theorie und Politik in der Übergangsperiode« (Redaktionsschluss 28. Februar 1957) organisiert.

Dazu wurden vier Autoren mit ausschließlich kritischen Beiträgen bestellt, die den zu diskutierenden Beiträgen gleich vorangestellt wurden:

- Karl Kampfert, Gegen das Aufkommen revisionistischer Auffassungen in der Wirtschaftswissenschaft;
- Hermann Scheler, Über das Verhältnis von Spontaneität und Bewusstheit;
- Helmut Richter, Wertgesetz und Spontaneität in der Übergangsperiode;
- Herbert Luck, Bemerkungen zum Artikel von Behrens »Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode«.

Im Interesse einer selbst gewünschten wissenschaftlichen Diskussion erklärten sich F. Behrens und A. Benary nach langem Zögern bereit, ihre Positionen in der geschredderten Broschüre in je einem Zeitschriften-Beitrag zusammenzufassen (Behrens 1956b, Benary 1956).

In seinem Leitartikel formulierte der seinerzeit für die Wirtschaftswissenschaften in der Abteilung Wissenschaften beim ZK der SED verantwortliche Mitarbeiter, Karl Kampfert, auf Seite 2: »Heute zeigt sich am Beispiel zweier Arbeiten von Prof. Dr. Fritz Behrens und Dr. Arne Benary, dass selbst an einem führenden wirtschaftswissenschaftlichen Institut unserer Republik, dem Institut für Wirtschaftswissenschaften bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, der Versuch unternommen wird, unter der Flagge des ›freien‹ wissenschaftlichen Meinungsstreits und des Kampfes gegen den Dogmatismus bestimmte Prinzipien des Marxismus-Leninismus zu leugnen.«

Immerhin kamen die Auffassungen der beiden Delinquenten noch original zu Wort, was einmalig blieb. Die dazu Bestellten mussten diese originale Kenntnissnahme durch den Leser in ihrer ausschließlich polemischen Argumentation zumindest berücksichtigen. Trotzdem war es keine wissenschaftliche Diskussion, sondern eine politische Verurteilung in einer noch größtenteils fachwissenschaftlich bemühten Ausdrucksweise.

Vor dem Erscheinen dieses Sonderhefts der »Wirtschaftswissenschaft« im Frühjahr 1957 hatte aber Walter Ulbricht bereits auf der 30. Tagung des ZK der SED am 30. Januar 1957 in einer Generalabrechnung mit dem sich ausbreitenden Revisionismus des Marxismus-Leninismus – mit einer besonderen Schwerpunktsetzung auf Fritz Behrens und Arne Benary – die politische Verurteilung als eine vorrangige Angelegenheit der gesamten Partei eingeleitet.

Entsprechend war die folgende Kampagne gegen den »Revisionismus« insgesamt und gegen Behrens/Benary im Besonderen nicht nur in den fachwissenschaftlichen Gremien und Publikationen, sondern in den Parteiorganisationen, in den Massenorganisationen, Massenmedien und in jeder Art von Marxismus-Propagierung ausschließlich politisch-propagandistisch verurteilend (vgl. u.a. Lemnitz 1957, 1958; Naumann 1957, Bordag 1958, Bichtler/Zieschang 1958, Redaktionskollegium 1958, Kromm/Abelmann 1958).³

Es gab derartige Initiativen für unterschiedliche Bereiche der Gesellschaftspolitik und des geistigen Lebens. Statt sie aber als willkommene Ak-

³ Zur Dokumentation und Analyse dieser Kampagne in den Wirtschaftswissenschaften vgl. Krause 1996; 1998, 121ff., Steiner 2000, 89ff.

tivitäten zur Weiterentwicklung und Erneuerung sozialistischer Theorie und Praxis aufzugreifen und zum Gegenstand konstruktiv-sachlicher öffentlicher Diskussionen zu machen, wurden sie Objekte politischer Verunglimpfung, von Parteistrafen und öffentlicher Kriminalisierung als »Revisionisten« und juristischer Verurteilungen.

Drittens waren diese Reform-Aktivitäten nach dem XX. KPdSU-Parteitag kein Spezifikum der DDR. Sie waren – mehr oder weniger – mit welchen Gemeinsamkeiten und gravierenden Unterschieden auch immer, ein Charakteristikum nahezu aller osteuropäischen staatssozialistischen Länder. Fritz Behrens' Wirken ist daher auch in diesem Zusammenhang einzuordnen. Das trifft in erster Linie für Polen, Ungarn und die DDR, mit einiger zeitlicher Verzögerung für die ČSSR und in geringerem Maße auch für die UdSSR zu.

Bei allen Unterschieden im theoretischen Niveau und Konkretisierungsgrad der praktischen Vorschläge fasste der polnische Wirtschaftsreformer Włodzimierz Brus die in den verschiedenen Ländern nach 1956 unabhängig voneinander entwickelten Entwürfe in vier übereinstimmenden Zielfunktionen zusammen:

1. »Verminderte Zentralisierung der ökonomischen Entscheidungen, also Erweiterung des autonomen Bereichs der unteren Stufen der verstaatlichten Wirtschaft«;
2. »Eliminierung, zumindest radikale zahlenmäßige Beschränkung der detaillierten Kennziffern als Grundlage für die Einschätzung der Tätigkeit des Unternehmens ... zugunsten einer verstärkten Rolle der synthetischen Kennziffern (hauptsächlich der Rentabilität) ...«;
3. »Verknüpfung der Löhne und Gehälter der Mitarbeiter mit den wirtschaftlichen Ergebnissen des Unternehmens (oder sogar einer Gruppe von Unternehmen) ... als eines der wichtigsten Elemente des Stimulierungssystems« sowie
4. »nicht so allgemein, aber recht häufig wurde die Forderung erhoben, institutionelle Bedingungen für die Partizipation der Arbeiter an der Leitung des Unternehmens (Arbeiterselbstverwaltung) zu schaffen« (Brus 1975, 165ff. u. 173).

In eine solche Zusammenstellung internationaler sozialistischer Reformbestrebungen ordnen sich auch die Vorschläge von Behrens und Benary 1956 ein. Brus verweist in diesem Zusammenhang in seinen zahlreichen wirtschafts- und theoriegeschichtlichen Arbeiten wiederholt auf ihr DDR-Beispiel (1975, 167; 1986, 53 u. 99). Demgegenüber charakterisierte sie der für die Wirtschaftswissenschaften in der Abteilung Wissenschaften des ZK der SED verantwortliche Mitarbeiter Karl Kampfert in

einem offiziellen Leitartikel als eine »revisionistische Grundkonzeption«, die erstens in ihrer Darstellung der Wechselbeziehungen zwischen Ökonomie und Politik, besonders der »Staatstheorie«, zweitens »bei der Behandlung der Rolle und des Wirkungsbereichs des Wertgesetzes im Sozialismus« und drittens »bei der Untersuchung der Beziehungen zwischen Spontaneität und Bewusstheit in der sozialistischen Gesellschaft« zum Ausdruck komme (Kampfert 1957, 2ff.).

Behrens und Benary haben in ihren 1956er-Vorschlägen mehrfach auf das jugoslawische Herangehen verwiesen. Das diene sowohl dem Politiker Ulbricht, als auch den fachwissenschaftlichen Kritikern dazu, diese jugoslawischen Bezugnahmen als besonders schwerwiegend für ihre »Revisionismus«-Vorwürfe begierig aufzugreifen. Tatsächlich waren Behrens und Benary bei ihren Literaturstudien und Jugoslawien-Besuchen von den Bemühungen um eine dezentralisierte Wirtschaftsplanung und -leitung sowie eine Arbeiterselbstverwaltung in der Wirtschaft beeindruckt (vgl. hierzu als Referenzgrundlage etwa die Arbeiten von Kardelj 1948, 1952, 1984), ohne sie in dieser Form direkt für die DDR als übertragbar zu empfehlen. Die Tatsache bereits praktizierter und problematisierter Erfahrungen einer dezentralisierten und arbeiternbestimmten Wirtschaftsplanung und unmittelbaren Produzenten-Demokratie ermunterte sie aber, in eine solche Richtung weiterzudenken, zumal es in Polen und in der DDR zu dieser Zeit ebenfalls Vorschläge und Initiativen für die Bildung von »Arbeiterräten« bzw. Arbeiterkomitees zur demokratischen Mitwirkung der Beschäftigten in den Betrieben gab.

Auf der 29. Tagung des SED-Zentralkomitees vom 12.-14. November 1956 wurde von Ulbricht ad hoc – ohne Konzeption und vorherige Beratung im Politbüro oder anderen Gremien – die Bildung von Arbeiterkomitees in den Betrieben vorgeschlagen. Auf einer am 7. und 8. Dezember 1956 einberufenen Arbeiterkonferenz begründete er in einem Grundsatzreferat die Aufgaben der Arbeiterkomitees als eine Form demokratischer Mitbestimmung der Arbeiter in den Betrieben, die zunächst in 20 Betrieben erprobt werden sollten. »Die Frage der Arbeiterrechte in den Betrieben ist zur Diskussion gestellt worden und wird, sobald sich in der Diskussion Resultate ergeben haben, in Gesetzesform beschlossen werden.« (Ulbricht 1956, 1502) Weiter heißt es: Es »gibt bei uns auch Schwierigkeiten, die daraus entstehen, dass die Arbeiter nicht genügend an der Leitung des Betriebes und der Wirtschaft teilnehmen. Erst hatten wir die Aktivisten-Brigaden, dann die ökonomischen Konferenzen für bestimmte Industriezweige und für die Betriebe. Das hat uns geholfen und das hat das Verhältnis der Arbeiter zum Plan und zur Lösung der wirtschaftlichen

Aufgaben verbessert. Aber das genügt nicht. Es ist offenkundig notwendig, ein ständiges Organ in den Betrieben zu schaffen. Deshalb wurde im Zentralkomitee der in der Presse veröffentlichte Beschluss über die Arbeiterrechte in den Betrieben angenommen. Soll man nun in den Betrieben darüber diskutieren.« (ebd. 1503)

Tatsächlich erschienen binnen weniger Tage in der Presse und selbst in den ZK-Organen »Neuer Weg« und »Neues Deutschland« erläuternde Beiträge und konstruktive Meinungsäußerungen.⁴ Stefan Heym kam in seiner damaligen Wochen-Kolumne »Offen gesagt« über die freimütigen Aussprachen auf der genannten Arbeiterkonferenz geradezu in hoffnungsvolles Schwärmen über »das Regierenlernen der neuen herrschenden Klasse« (1956).

Karl Schirdewan hatte als damals noch einflussreiches Politbüromitglied auf dem genannten ZK-Plenum demgegenüber empfohlen, die deutschen Gewerkschaftstraditionen der gewählten Betriebsräte zu diesem Zweck wieder aufzugreifen. Es kam jedoch weder zu der einen, noch der anderen Form der tatsächlichen demokratischen Mitbestimmung der Arbeiter. Aber weder die von Ulbricht auf dem genannten ZK-Plenum über die Arbeiterkomitees von vornherein abgelehnten jugoslawischen Erfahrungen, noch die im benachbarten Polen sich entwickelnden Beispiele fanden eine kritisch-konstruktive Resonanz in der DDR. Selbst ihren eigenen »Vorschlag« gab die SED-Führung nach kurzer Zeit auf, zu dem angekündigten Gesetz-Entwurf kam es erst gar nicht, wenngleich sich sein »stilles Begräbnis« z.T. bis 1958 hinzog (vgl. Schirdewan 1994, 114ff. u. 191ff., Staritz 1981, 63ff., Reichel 1999, 439ff.). Statt dessen wurden die ebenfalls im November/Dezember 1956 bekannt gewordenen, von Behrens/Benary noch sehr allgemein gehaltenen Demokratisierungsvorschläge ab Januar 1957 als theoretisch »revisionistisch« und politisch »parteifeindlich« stigmatisiert und propagandistisch bekämpft. Die persönlichen Kontakte bzw. den

⁴ Vgl. für die kurzzeitige offizielle DDR-Aktivität für Arbeiterkomitees: Die Rechte der Arbeiter in den Betrieben voll ausnutzen. Zur Diskussion über die Bildung von Arbeiterkomitees in den sozialistischen Betrieben, in: Neuer Weg, Heft 4/1956, 1498-1501; Altmann, E. (1956), Über die demokratischen Rechte der Arbeiter in den sozialistischen Betrieben, in: Einheit, Heft 12, 1288-1301; Tannhäuser, S./Schönknecht, D. (1956), Vollmachten der Arbeiterkomitees. Mitbestimmungsrecht in grundsätzlichen ökonomischen und technischen Fragen für fruchtbare Tätigkeit erforderlich, in: Die Wirtschaft v. 13.12.; Arbeiterkomitees und Gewerkschaften, in: Neues Deutschland v. 19.12.1956; Zur Rechtsstellung der Arbeiterkomitees: Arbeiterkomitees als Organe des Mitbestimmungsrechts, in: Arbeitsrecht, Heft 2/1957, 42-43.

unmittelbar persönlichen Meinungsaustausch mit osteuropäischen Kollegen hatte Behrens in den 1950er und 1960er Jahren vor allem mit Włodzimierz Brus und Oskar Lange aus Polen sowie Ota Šik und Jiri Kosta aus der ČSSR. Brus sprach auch auf der ersten zentralen wirtschaftswissenschaftlichen Konferenz des Akademie-Instituts über die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus und beteiligte sich an den ersten offiziellen DDR-Diskussionen über das Wertgesetz im Sozialismus (vgl. Brus 1955a, 1955b). Gleichzeitig wurde Behrens wiederholt zur Mitarbeit in polnischen Veröffentlichungen – als DDR-Wissenschaftler selbst zu Festschriften für die international renommierten Oskar Lange und Michal Kalecki – eingeladen. Auf Grund der seit 1957 gesammelten DDR-Erfahrungen wählte er für seine offiziellen Kontakte mit den seitens der DDR-Offiziellen ohnehin des »Revisionismus« verdächtigen Polen im wohl bedachten Eigeninteresse mehr methodische Themen.⁵

Ota Šik, dessen international beachtetes Buch »Ökonomie – Interessen – Politik« in der DDR mit einem Vorwort von Otto Reinhold (1966a) sowie in der UdSSR erschien, und der als Direktor des Prager ökonomischen Akademie-Instituts noch 1966 und 1967 an wissenschaftlichen Veranstaltungen (so auch am Berliner Akademie-Institut) in der DDR teilnahm, entwickelte dabei bereits seine konzeptionellen Überlegungen für eine Wirtschaftsreform, wie er sie 1968 als Stellvertretender Ministerpräsident in der ČSSR praktisch-politisch umzusetzen suchte.⁶

Beurteilt man die von Brus genannten vier Zielfunktionen der in mehreren Ländern nach 1956 diskutierten Wirtschaftsreformen, so betrafen sie durchaus Veränderungen im praktizierten wirtschaftlichen Funktionssystem der staatssozialistischen Länder. Insofern war auch Behrens' Feststellung, »Ich bin mir bewusst, durch meine Ausführungen einige Dogmen angetastet zu haben« (1956b, 140), durchaus zutreffend, ohne dass sie – mit wenigen Ausnahmen – »den Rahmen der zentral geplanten Wirtschaft zu sprengen versuchten«, wie Brus zutreffend feststellte. Deshalb war die offizielle DDR-Stigmatisierung und Kriminalisierung als »Re-

⁵ Von Behrens erschienen in Polen in den 1960er Jahren u.a.: Die Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Industrie sowie die Probleme ihrer Messung und Planung, in: *Ekonomika i Organizacja*, No. 8/1962, 385-386; Die Zeitsummenformel im System der Indexformeln, in: Festschrift für Oskar Lange, Warschau 1963; Der Durchschnittslohn bei optimal und maximal erweiterter Reproduktion, in: Festschrift für Michal Kalecki, Warschau 1963; Methoden zur Messung der Arbeitszeit, Warschau 1967.

⁶ Zur Beziehung Fritz Behrens-Ota Šik vgl. auch den Beitrag von Joachim Tesch in diesem Band.

visionismus« des Marxismus – selbst als herrschender ML-Marxismus – unbegründet.

Diese Art Vorschläge aus der Mitte der 1950er Jahre waren selbst innerhalb des gültigen ML-Marxismus denkbar, wie auch entsprechende sowjetische Diskussionen in den 1920er und selbst in den 1930er Jahren bewiesen. Das polnische Akademiemitglied und in den Nachkriegsjahren bis zu seinem Tod ZK-Mitglied der PVAP, Oskar Lange (1904-1965), hat sie in den dreißiger und vierziger Jahren in mehreren theoriegeschichtlich auch heute noch interessanten und mehrfach nachgedruckten Beiträgen über »Die ökonomische Theorie des Sozialismus« in der Sowjetunion reflektiert und zusammengefasst (1936, 1937 sowie 1964, 1970, 1977, 1994).⁷ Sie begründeten seine weltweite Anerkennung als marxistischer Ökonom.

Die Ausdifferenzierung der sozialistischen »56er«-Wirtschaftsreformer

Verfolgen wir die »56er«-Wirtschaftsreformer in den verschiedenen Ländern weiter, so haben sie sich – soweit sie ihren analytischen und reformerischen Ansprüchen treu blieben – seit den 1960er Jahren in verschiedene Richtungen ausdifferenziert. Ohne dies hier im Einzelnen detailliert ausführen zu können, seien – neben den folgenden Behrensschen Folgerungen – drei andere, allgemein bekannt gewordene Konzepte zumindest genannt:

Erstens: Das uns erfahrungsmäßig naheliegendste war das DDR-Konzept des »Neuen Ökonomischen Systems« (NÖS) aus den 1960er Jahren, das inzwischen reichhaltig analysiert und dokumentiert wurde. Es griff wesentliche Aspekte der 1956er-Vorschläge wie das Verhältnis von Plan und Markt, d.h. die Berücksichtigung von Wertkategorien sowie die Dezentralisierung der Entscheidungsprozesse und die Verringerung der zentral vorgegebenen Kennziffern auf, ohne dies aber mit gesellschaftstheoretischen und politischen Veränderungen in der demokratischen Teilhabe der Werktätigen zu verbinden. Es wurde bei dieser technokratischen Reduktion der 1956er Vorschläge (vor allem der von Behrens/Benary, aber auch Kohlmeys und Viewegs) nicht nur auf jegliche positive Bezugnahme auf die »Vorschläge« von 1956 verzichtet, sondern ein positives Anknüp-

⁷ Oskar Lange hat auch F. Behrens' Buch »Zur Methode der politischen Ökonomie« (Berlin 1952b) wissenschaftlich diskutiert (unterschiedliche Beurteilung des Erklärungspotentials Henryk Grossmanns). Siehe hierzu Lange 1969, 143/144.

fen wurde von ihren Wortführern und Interpreten wiederholt ausdrücklich verneint. Auf die totale Ignoranz und Behandlung als Unperson Fritz Behrens' nach seiner jahrelangen öffentlichen und wissenschaftlichen Verurteilung, auch in den beiden höchstoffsiziellen DDR-Lehrbüchern der politischen Ökonomie des Sozialismus in den 1960er Jahren, wurde schon verwiesen.

Immerhin gehörten mit Wolfgang Berger und Herbert Wolf zwei aus der ersten Generation der Leipziger Behrens-Schüler zum engsten konzeptionellen Kreis der NÖS-Theoretiker und -Praktiker.⁸

Zweitens: Aus den Vorschlägen des sowjetischen Ökonomen Evgenij Liberman (»Charkower System«) folgten zwar einige institutionell und territorial begrenzte Experimente in der Sowjetunion. Kurzzeitig wurden – unter Aleksej N. Kossygin als Ministerpräsidenten – auch einige gesamtstaatliche Ansätze ähnlich dem NÖS eingeleitet, die aber nach der

⁸ Vgl. von Wolfgang Berger u.a.: Zu einigen ökonomischen Problemen der 21. Tagung des ZK der SED, in: Wirtschaftswissenschaft, Heft 1/1955; Fünf Jahre Neues Ökonomischen System, in: Neues Deutschland v. 6.6.1968; Berger, W./Reinhold, O., Bemerkungen zum Thema Plan und Markt, in: Einheit, Heft 7/1968; Als Ulbricht an Breshnew vorbeiregte, in: Neues Deutschland v. 23./24.3.1991; Zu den Hauptursachen des Untergangs der DDR, in: Weißenseer Blätter, Heft 4/1992; Zum Untergang der DDR, in: Weißenseer Blätter, Heft 5/1995. Vgl. von Herbert Wolf u.a.: Zu einigen aktuellen Problemen der Theorie der politischen Ökonomie des Sozialismus, in: Wirtschaftswissenschaft, 1957, 1032–1053; Probleme der Entwicklungslinien der wissenschaftlichen Planung beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR, in: Wirtschaftswissenschaft, 1966, 729–753; Probleme der Planung und des Marktes, in: Wirtschaftswissenschaft, 1966, 976–984; Hatte die DDR je eine Chance? Der ehemalige Wirtschafts- und Planungsminister Günter Mittag »enthüllt« die ökonomischen Probleme, Hamburg 1991; Entwicklung und Struktur der Planwirtschaft der DDR, in: Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. I, Bonn/Berlin 1993, 149–169; Impulse und Fehlleitungen der DDR – Alternative im Spannungsfeld der Entwicklung der Systeme, in: Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. II, Bonn/Berlin 1994, 9–50; Einfluss und Elend der marxistischen Theorie im DDR-Sozialismus oder auch: Starb der Sozialismus an Marx oder Marx am »realen Sozialismus«?, in: Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. III, Bonn/Berlin 1994, 9–69; Sine Ira et Studio. Standpunkt zum Abschluß der Arbeit der Enquete-Kommission, in: Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. IV, Bonn/Berlin 1994, 357–378; Verhältnis von Ökonomie und Politik in der DDR – Möglichkeiten und Realitäten ihrer Entwicklung, in: Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. V, hrsg. Elm, L./Keller, D./Mocek, R., Bonn/Berlin 1996, 9–88. Es darf im Übrigen vermutet werden, dass es in erster Linie Wolfgang Berger in seiner Funktion als Wirtschafts-Berater Ulbrichts zu verdanken ist, dass der zwischen Günter Mittag und Johannes Hörnig schon vereinbarte Einsatz von Behrens in der operativen Betriebsorganisation eines Berliner Großbetriebs noch abgewendet werden konnte.

Ablösung Nikita S. Chruschtschows durch Leonid I. Breschnew als Generalsekretär der KPdSU keine weitere volkswirtschaftliche Realisierung fanden. Überhaupt wurde und wird in der wirtschaftstheoretischen und wirtschaftshistorischen Literatur der konzeptionelle Charakter und die tatsächliche Wirkung der Liberman-Vorschläge m.E. überschätzt. Sie waren eine Stimme im breiten Kanon damals geführter sowjetischer Diskussionen, aber weitgehend folgenlos, von den Reformern aller anderen sozialistischen Länder aber zur eigenen Legitimation willkommen aufgenommen (vgl. Liberman 1962, 1965a, 1965b, 1974).

Auch Behrens griff – trotz aller noch kurz zuvor abverlangten diesbezüglichen Selbstkritik – die Libermanschen Vorschläge für die DDR-Öffentlichkeit sofort auf (1962). Ein eindrucksvolles Beispiel von Behrens' Anknüpfen an entsprechende sowjetische Meinungsäußerungen bietet die ihm abverlangte Selbstkritik »Ware, Wert und Wertgesetz. Kritische und selbstkritische Betrachtungen zur Werttheorie im Sozialismus« (1961).

Seine Bezugnahmen auf die entsprechenden intensiven sowjetischen Diskussionen der 1950er Jahre – sie erfüllen zweifelsfrei eine Legitimationsfunktion – zeugen von seiner aufmerksamen Beobachtung der sowjetischen Wirtschaftswissenschaft. Allein über die Anwendung mathematischer Methoden in der Wirtschaft und der Konjunkturwelle ökonomischer Kybernetik wurde in der Sowjetunion vor allem durch Leonid W. Kantorowitsch, Wassilij S. Nemtschinow und Wiktor W. Nowoschilow eine – total technokratische – Vervollkommnung des Planungssystems versucht. Das auch der DDR für die Volkswirtschaft und staatliche Leitung zum Kauf angebotene »System eines automatischen Leitungssystems« (Avtomatitscheskaja Sistema Upravljenija – ASU, Wiktor M. Gluschkow) war wohl der diesbezügliche Gipfelpunkt.

Sowohl die in den 1950er Jahren in der Sowjetunion intensiver geführten Diskussionen über die Wirkungsweise des Wertgesetzes im Sozialismus als auch die forcierte Anwendung mathematischer Methoden in der Wirtschaftstheorie- und praxis entsprachen voll den eigenen Intentionen und Arbeiten von Behrens. Er zählte zu den führenden DDR-Ökonomen, die sich – auch auf Grund seiner Statistiker-Herkunft – seit den 1950er Jahren für eine verstärkte Anwendung mathematischer Methoden und der Kybernetik in den Wirtschaftswissenschaften engagierten (vgl. 1963, 419ff.).

Die allerdings von einigen sowjetischen Ökonomen mittels Mathematik und Kybernetik verfügte zentralisierte Perfektion der Wirtschaftspolitik war den Behrensschen Überlegungen total entgegengesetzt. Behrens suchte nach Wegen für einen dezentral funktionsfähigen Mechanismus der

Planung für die Wirtschaftseinheiten als ökonomisch eigenständig agierende Wirtschaftssubjekte, aber kein perfektioniertes mathematisch-kybernetisches Leitungssystem für die Volkswirtschaft. Er hat dies in einem seiner bekanntesten Vorträge aus den 1960er Jahren auf der Frankfurter »Kapital«-Konferenz 1967 in seiner Auseinandersetzung mit Wiktor W. Nowoschilow nachdrücklich betont (Behrens 1968, 295/296).

Drittens: Die Weiterführung der 1956er-Vorschläge in Richtung eines »Dritten Weges« zwischen Staatssozialismus und Kapitalismus bzw. eines »Marktsozialismus« erfolgte besonders in Polen, Ungarn und der ČSSR. An einigen markanten Beispielen sei dies illustriert.

Włodzimierz Brus, der bis 1956, dem Beginn der »Revisionismus«-Kampagne, einen relativ engen wissenschaftlichen Meinungsaustausch mit DDR-Kollegen, vor allem Fritz Behrens und Gunther Kohlmey, pflegte, konnte trotz bzw. im Einklang mit den auch in Polen dazu geführten kontroversen Diskussionen seine Untersuchungen und Publikationen über Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft sowie über die Vergesellschaftung und die damit verbundenen politischen Probleme der sozialistischen Wirtschaft zunächst in Polen fortsetzen (vgl. 1971, 1975, Brus/Laski 1990). 1968 verlor auch er all seine wissenschaftlichen Funktionen und lehrte ab 1973 in Großbritannien an der Universität Oxford. Seinem 1956 in Polen erschienen Buch »Das Wertgesetz und die materiellen Anreize« folgten in polnischer Sprache 1961 und 1974 (deutsch: 1971 und 1975) die beiden aufgeführten Bücher, dem schließlich gemeinsam mit seinem Kollegen Kazimierz Laski (geb. 1921), inzwischen an der österreichischen Universität Linz lehrend, das Buch »Von Marx zum Markt. Die sozialistischen Länder auf der Suche nach einem neuen Wirtschaftssystem« (1990, englisch: 1989) folgte. Bis in die jüngste Zeit begleitete Brus wissenschaftlich die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Reformbestrebungen und Experimente in Polen und in vergleichender Perspektive die der anderen osteuropäischen Länder. Er war sicher einer der kompetentesten Chronisten und Analytiker der wirtschaftshistorischen Prozesse der osteuropäischen Länder in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bei der Suche nach ökonomisch effizienten und politisch demokratisierten Reformen des Staatsmonopolismus bis zu ihrer Transformation in kapitalistische Verhältnisse in Wirtschaft und Gesellschaft.

Auch Janos Kornais (geb. 1928) wissenschaftliche Biographie beginnt in Ungarn mit den ökonomischen Reformbestrebungen Mitte der 1950er Jahre. Sein Buch über die Überzentralisation und Bürokratisierung der Wirtschaft erschien synchron mit den entsprechenden Problemstellungen und Lösungsansätzen in der DDR, Polen und der ČSSR. In den folgenden

Jahrzehnten wurde er der wichtigste theoretisch-systematische Analytiker der politischen Ökonomie des Staatssozialismus, allerdings im Exil in den USA. Am ungarischen Beispiel der Transformation zu einer kapitalistischen Marktwirtschaft ist Kornai – nach Ungarn zurückgekehrt – einer der international scharfsinnigsten Analytiker der osteuropäischen Transformationsökonomie (1985, 1990a, 1990b, 1996).

Der tschechoslowakische Wirtschaftsreformer Ota Šik (1919-2004) verfolgte nach der Emigration 1968 in die Schweiz – er lehrte und forschte an der Hochschule St. Gallen – seine Programmatik eines »Dritten Weges«. Sein »Dritter Weg« mutierte aber von einer ursprünglichen Alternative zwischen Staatssozialismus und Kapitalismus zunehmend und schließlich vollständig zu einer kapitalistischen Marktwirtschaft mit »menschlichem Antlitz« (1962, 1965, 1966b, 1971a, 1971b, 1972a, 1972b, 1972c, 1973).

An die Stelle der ursprünglich allen gemeinsamen Ausgangspunkte marxistischer Methode – wie national und individuell auch verschieden – ist bei Brus, Kornai und Šik an die Stelle einer erstrebten »sozialistischen Marktwirtschaft« ein sozial-liberales Denkmuster für die Wirtschafts- und Gesellschaftsgestaltung eines »peripheren Kapitalismus à la Osteuropa« getreten. Sie wurden auf unterschiedliche Weise zu seinem wissenschaftlichen Chronisten und kritischen Berater.

Fritz Behrens begann die 1960er Jahre mit dem Abschluss der seit Januar 1957 mehrere Jahre durchgeführten politischen, wissenschaftspolitischen und wissenschaftlichen Attacken gegen seinen »Revisionismus« des Marxismus-Leninismus (30.-35. Tagungen des ZK der SED, Zentrale Parteikontrollkommission, III. Hochschulkonferenz der DDR und weitere Konferenzen, »Wirtschaftswissenschaft«, »Einheit«, »Neuer Weg«, »Das Hochschulwesen« u.a. Publikationsorgane, institutseigene Gremien der Deutschen Akademie der Wissenschaften) mit den ihm immer wieder erneut abverlangten und erneuerten und vertieften selbstkritischen Stellungnahmen und »Offenbarungen«.

Dass es dabei nicht »nur« um fortwährende verbale Geringschätzungen und Beleidigungen als Wissenschaftler und jahrzehntelanges Parteimitglied ging, zeigt folgende Absicht: Noch im Oktober 1959 teilte in einer »Hausmitteilung« des ZK der SED der Sekretär der Wirtschaftskommission, Günter Mittag, dem Abteilungsleiter Wissenschaften, Hannes Hörnig, folgende Vorschläge für einen Einsatz des Genossen Prof. Dr. Fritz Behrens in volkseigenen Betrieben mit:

1. VEB Elektroapparatwerk J.W. Stalin, Berlin-Treptow

Vorgesehene Funktion: Stellvertretender Leiter der Betriebsorganisation

2. VEB Bergmann-Borsig, Berlin

Vorgesehene Funktion: Stellvertretender Abteilungsleiter für Betriebsorganisation

3. VEB Kühlautomat, Berlin

Vorgesehene Funktion: Stellvertretender Leiter der Abteilung Arbeit oder Stellvertretender Leiter der Abteilung Betriebsorganisation (vgl. SAPMO ZPA, DY IV 2/904/209, Blt. 259).

Der noch vor wenigen Jahren hoch geschätzte Wissenschaftler, das Akademiemitglied, der Nationalpreisträger, Hochschullehrer, Wissenschafts- und Wirtschaftspolitiker sollte – wie seine Schüler Arne Benary und Herbert Wolf – in einem Großbetrieb (aber selbstverständlich nur als Stellvertreter) die operative Betriebsorganisation leiten. Das wurde nicht von einem Bezirks-, Kreis- oder Betriebsfunktionär, sondern von den Repräsentanten zweier strategisch bedeutsamer Positionen im ZK-Apparat – dem Sekretär der Wirtschaftskommission und dem Abteilungsleiter für die Wissenschaften – ernsthaft in Erwägung gezogen. Warum es schließlich nicht realisiert wurde, darüber geben die Unterlagen keinen Aufschluss. Für die Vermutung, dass es der als wirtschaftspolitischer Berater Walter Ulbrichts fungierende Behrens-Schüler Wolfgang Berger noch zu verhindern wusste, spricht manches. 1961 erschien schließlich Behrens' – seit 1958 auftragsgemäß noch zweimal »überarbeitete« – Schrift über »Ware, Wert und Wertgesetz. Kritische und selbstkritische Betrachtungen zur Werttheorie im Sozialismus«, die das Kapitel seiner wissenschaftlichen Biographie – und auch eines Abschnitts von DDR-Wissenschaftsgeschichte – vorerst abschließen sollte. Sie sollte zeigen, dass er seine Lektion gelernt hatte und den Gegenstand möglichst ohne eigenständige Gedanken und Formulierungen mit hinreichend unverdächtigen Quellen für jeden verständlich darstellen konnte. Sie liest sich streckenweise wie eine studentische Kursarbeit. – Was hatte man dem charismatischen Hochschullehrer angetan, bei dessen marxistischen Lehrveranstaltungen zehn Jahre zuvor in Leipzig die Studenten freiwillig die größten Leipziger Hörsäle füllten!

Behrens schluckte die zahllosen Beleidigungen und Demütigungen (einschließlich der ihm abgenötigten Schrift), um sich wieder ernsthaft und konstruktiv am wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Leben beteiligen zu können. Er wandte sich schwerpunktmäßig erneut einem seiner ersten Forschungsthemen – der Arbeitsproduktivität, ihrer Bestimmung und Analyse – zu, leitete dazu eine Arbeitsgruppe im Akademie-Institut und übernahm im Rahmen der inzwischen bei der Staatlichen Plankommission neu institutionalisierten wirtschaftswissenschaftlichen Forschung den Arbeitskreis »Nutzeffekt der Arbeit« im DDR-Maßstab.

Ermuntert durch die Einführung des »Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik« (NÖS) ab 1963, hielt er am 16. September 1965 in seiner Klasse für Philosophie, Geschichte, Staats-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften einen Akademie-Vortrag über die »Ursachen, Merkmale und Perspektiven des Neuen Modells der Leitung der sozialistischen Wirtschaft«, in dem er einleitend sein Anliegen sachlich-nüchtern, aber klar und eindeutig formulierte: »Bei wachsendem Niveau der Produktion und immer größerer Vielfältigkeit der Bedürfnisse ist die Effektivität der vorwiegend zentralen staatlichen Leitung der Wirtschaft mit administrativen Methoden nicht mehr ausreichend. Jetzt soll eine höhere Effektivität durch zweckmäßige Kombination zentraler mit dezentraler Leitung erreicht werden, die sich aber vorwiegend ökonomischer Methoden zur Verwirklichung der festgelegten Planziele bedient und administrative Methoden nur im begrenzten Maße und in genau fixierten Fällen verwendet. Dadurch soll die staatliche Leitung der ganzen Wirtschaft mit der Initiative ihrer Teile verbunden und eine große Beweglichkeit mit rationaler Ausnutzung der Informationskanäle erreicht werden. Das neue Modell bedeutet somit keine Einschränkung der Planung, sondern ihre wirksamste Gestaltung, denn der Plan bleibt das Hauptinstrument der staatlichen Leitung.

Die diesem Modell zugrundeliegenden Vorstellungen sind keineswegs alle neu. Sie wurden zum Teil bereits in der UdSSR in den 20er Jahren entwickelt.« (Behrens 1966, 3)

Gleichzeitig sah er, dass die andere Seite seiner Vorschläge von 1956, die reale Einbeziehung der Werktätigen in die Planung – in heutigen Termini: eine basisdemokratisch angelegte Wirtschaftsdemokratie –, der Übergang von der Verstaatlichung zur tatsächlichen Vergesellschaftung der Produktionsmittel, nach wie vor unberücksichtigt blieb.

Mehr noch: Schon die Kennzeichnung des Vortrags und die Ausführungen zu einem »neuen Modell« erregten – selbst auf dem Höhepunkt des NÖS – erneut Anstoß und ließen das von der Klasse zur Veröffentlichung bestätigte Manuskript erst nach erneuten mehreren Überarbeitungen ein Jahr später erscheinen. Dass er nach wie vor »gezeichnet« war, geht aus den Archiv-Unterlagen auch dahingehend hervor, dass die strittige Druckgenehmigung völlig beziehungslos – mit den seinerzeitigen Auseinandersetzungen um Robert Havemann und einem ZK-Plenum 1968 gegen den Revisionismus – in Verbindung gebracht wurde.

Seit Mitte der 1960er Jahre wurde er zu einem begehrten Referenten an Westdeutschlands Universitäten. Wolfgang Abendroth, wirtschaftswissen-

schaftliche Einrichtungen, aber vor allem der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) und verschiedene AStA von Universitäten luden ihn zu Vorträgen zu unterschiedlichsten wirtschaftspolitischen Themen, aber insbesondere zu den Grundlagen und Perspektiven des NÖS ein. Nach vorliegenden Unterlagen sprach er allein 1965 bei SDS-Veranstaltungen an den Universitäten Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Marburg, München, Tübingen z.T. in Vorlesungssälen mit 300-500 Zuhörern und war Gastreferent beim 20. Bundeskongress des SDS in Frankfurt/M.

In den folgenden Jahren gingen Einladungen zu Vorträgen, Vortragsreihen, Wochenendseminaren u.ä. aus den Universitäten Frankfurt/M., Hamburg, Karlsruhe, Kiel, Köln, Marburg, München, Münster ein, von denen er trotz anerkannt hoher Resonanz nur einen kleinen Teil wahrnehmen konnte. Zum einen war er tatsächlich mehrfach ernsthaft erkrankt, zum anderen wurde ihm aber zunehmend die Wahrnehmung dieser Einladungen verweigert, obwohl er in der BRD nachweislich als ein überzeugender Propagandist der DDR wahrgenommen wurde.

Zum offenen Eklat mit anderen anwesenden DDR-Teilnehmern über einige der von ihm vertretenen Thesen (so z.B. über seine Favourisierung des delegierten Gruppeneigentums, Studium jugoslawischer Erfahrungen, offene Probleme der politischen Ökonomie des Sozialismus) kam es bei der im Jahre 1967 von Iring Fetscher organisierten Frankfurter Konferenz »Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre ›Kapital‹«, der dann mit der gleichzeitig unerlaubten Weitergabe von zwei Manuskripten an die »Gewerkschaftlichen Monatshefte« zu einem neuen Partei- und staatlichen Disziplinarverfahren führen sollte, wovor ihn schließlich nur seine ernsthafte Erkrankung bewahrte. Allerdings erhielt er nach dieser Frankfurter Konferenz keine weitere Erlaubnis, den weiter eingehenden Einladungen der nach 1967 in Bewegung gekommenen BRD-Studenten persönlich zu folgen.

1967 versuchte Behrens nochmals Verschiedenes zu bewirken und zu initiieren. Der Leitung seines Arbeitskreises bei der Staatlichen Plankommission galt sein Hauptinteresse. Für das Akademie-Institut entwarf er einen Vorschlag für größere gesellschaftliche Wirksamkeit, in der BRD war er bei interessierten Wissenschaftlern und vor allem in der sich entwickelnden Studentenbewegung begehrter Referent und für den Rowohlt-Verlag ein willkommener Autor in Sachen differenzierte sachkundige Darstellung der Planwirtschaft, ihrer bisherigen Leistungen, Probleme und möglicher Perspektiven in der DDR.

Die Jahre 1967/68 brachten ihm aber in Umfang und Qualität neue Enttäuschungen, Einsichten und die endgültige Resignation, öffentlich

etwas bewirken zu können. Die Umstände und Folgen seines Auftretens bei der Frankfurter Konferenz, die Nachwirkungen seines Akademie-Vortrags über »Das neue Modell der Leitung der sozialistischen Wirtschaft«, der erneut ausgesprochene »Revisionismus«-Verdacht, die Auflösung seiner Arbeitsgruppe, schließlich der militärische Einmarsch in die ČSSR 1968 und der gewaltsame Abbruch aller ökonomischen und gesellschaftlichen Reformbestrebungen ließen ihn aufgeben. Der begründete Vorschlag der Ärzte, sich nach Herzinfarkt und daraufhin generell instabilem Gesundheitszustand invalidisieren zu lassen, war »in aller Interesse«. Ein schon anstehendes erneutes Parteiverfahren, staatliches Disziplinarverfahren und die dazugehörigen »öffentlichen Verlautbarungen« brauchten nicht mehr durchgeführt zu werden, »ein Havemann« brachte schon Aufhebens genug.

Die 1968 eingereichte frühzeitige Emeritierung war also seinem desolaten Gesundheitszustand geschuldet, war zugleich aber auch Ergebnis seiner politischen und moralischen Enttäuschung über die Gesellschafts- und Wissenschaftsentwicklung der DDR und die ihn betreffende demütigende Behandlung.

Das letzte Lebensjahrzehnt nach der Emeritierung von 1970 bis 1980 veranlasste Behrens zu einer tatsächlichen Neubesinnung und Revision vieler seiner früheren Positionen. Er schrieb in dieser Zeit seine vierbändige »Geschichte der Politischen Ökonomie«, doch zugleich beschäftigte ihn als Marxisten und Sozialisten weit mehr die theoretisch-wissenschaftliche Analyse des Staatssozialismus, seine sozialökonomischen, politischen und geistigen Wurzeln, seine Konstruktions-Defizite und die möglichen Perspektiven eines ökonomisch effizienten und demokratischen Sozialismus. Der DDR blieb er bis zuletzt persönlich verbunden, ein gesellschaftliches Engagement wollte er jedoch nicht mehr eingehen und die Grenzen seiner Parteidisziplin bestimmte er selbst.

Er zog sich völlig aus dem öffentlichen Leben zurück. Auch als Akademie-Mitglied nahm er nur noch gelegentlich an den Beratungen der Klasse und des Plenums als Akademie-Mitglied teil. Selbst seine ihm jahrelang nächststehenden Kollegen Gunther Kohlmey und Jürgen Kuczynski wussten nichts von weiteren Ausarbeitungen und nur wenigen Besuchern in Zeuthen vertraute er sich an und beriet sich mit ihnen, z.B. Nathan Steinberger. Auch die Rede anlässlich seiner Ehrenpromotion an der Karl-Marx-Universität Leipzig zu seinem 70. Geburtstag 1979, die verschiedenen Facetten der bürgerlichen Kritik an Marx' Werttheorie gewidmet war (vgl. Behrens 1979/1999, 142ff.), ließ nicht im Geringsten ahnen, womit er sich tatsächlich beschäftigte.

Zwar veröffentlichte er in dieser Zeit in der BRD – unter Pseudonym – mehrere Beiträge in Zeitschriften und Sammelbänden über die Wirtschaft der DDR und das Wirtschaftssystem des Sozialismus, doch verzichtete er in diesen nach wie vor weitgehend auf die Systemkritik. Die sachlich-kritische Darstellung stand dabei im Vordergrund. Seine Loyalität als DDR-Bürger und SED-Mitglied ließ ihn nach wie vor bestimmte Grenzen einhalten. Die weitgehenden, System-analysierenden Ausarbeitungen musste er zwar zeitweise sicherheitshalber »auslagern«, sie sollten aber einer künftigen DDR-Öffentlichkeit vorbehalten bleiben. Eine Auswahl dessen wurde deshalb gleich Anfang 1990 von seiner Tochter Hanamaria Loschinski dem Akademie-Verlag übergeben, doch war nach deren Erscheinen erst im Jahre 1992 die aktuelle Brisanz längst verblasst und hatte den Inhalt zu einem historischen Gegenstand werden lassen. Die geringe Öffentlichkeit und Rezeption des Buches sind Folge dessen.

Die aus den 1970er Jahren stammenden Studien des Buches »Abschied von der sozialen Utopie« behandeln als eigenständige Themen:

- Zur Geschichte des sozialistischen Gedankens und der politischen Ökonomie
- Marx und Engels – die letzten Utopisten?
- Lenins Theorie der sozialistischen Revolution und die Bürokratie
- Über eine sich selbst verwaltende Gesellschaft
- Ist der Sozialismus wirtschaftlich möglich? Bürgerliche Kritik am sozialistischen Gedanken
- Bemerkungen zur »sozialistischen« Warenproduktion
- Ist historische Notwendigkeit notwendig?
- Das Erbe Hegels – ein Verhängnis?
- Wo steckt der Fehler?
- Kann ein Marxist heute noch ein Marxist sein?

Eine weitere Studie – »Über Alternativen« – war seine wissenschaftliche Reaktion auf Rudolf Bahros Buch »Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus« (Köln 1977). Durch einen gemeinsamen Vertrauten, R. Wetzel, hatte Behrens Kenntnis von dem Buchmanuskript Bahros und vermittelte auch dank seiner Kontakte in die BRD den Druck in einem Kölner Verlag.

In den Archiv-Unterlagen zum Bahro-Prozess heißt es dazu: »Wie die geführten Untersuchungen ergaben, haben Wetzel, Prof. Goldschmidt und Prof. Behrens durch ihre arbeitsteilige Mitwirkung bei der Verbringung der feindlichen Schrift ›Die Alternative – Kritik des real existierenden Sozialismus‹ nach der BRD dem beschuldigten Bahro Beihilfe zur Sammlung von Nachrichten geleistet...

Auf Grund ihres schlechten Gesundheitszustandes, ihres Alters, ihrer umfangreichen internationalen Verbindungen und früheren Verdienste – u.a. wurde Prof. Goldschmidt im Oktober 1977 mit dem Nationalpreis, Prof. Behrens mit dem Nationalpreis und dem Vaterländischen Verdienstorden in Silber sowie Wetzel mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Bronze ausgezeichnet – ist vorgesehen, von der Einleitung strafrechtlicher Maßnahmen gegen Wetzel, Prof. Goldschmidt und Prof. Behrens Abstand zu nehmen.«

Hier interessiert jedoch mehr, dass Behrens zwar mit dem politischen Anliegen und dem moralischen Urteil Bahros übereinstimmte, das Buch ihn aber wissenschaftlich für eine marxistische Analyse nicht befriedigte. Er verfasste daraufhin die genannte Studie »Über Alternativen«. Er legte für dieses Manuskript gesondert fest, dass – solange Rudolf Bahro nicht frei sei oder anderweitig Sanktionen zu befürchten hätte – dieses Manuskript nicht zu veröffentlichen oder weiterzugeben sei.

Die DDR war bis zuletzt nicht bereit, Fritz Behrens' Gesamtwerk wissenschaftlich und politisch anzunehmen und sachlich kritisch zu würdigen. Einerseits wurde er auch nach seiner weitgehenden Ausgrenzung durch die Verleihung des Vaterländischen Verdienstordens zum 70. Geburtstag 1979 mit der Ehrendoktorwürde der Karl-Marx-Universität und posthum zum 80. Geburtstag 1989 mit einem wissenschaftlichen Kolloquium durch das Akademie-Institut offiziell geehrt. Andererseits blieb bei einer Veröffentlichung über die Leipziger GEWIFA (Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät) 1978 unter ihren ersten marxistischen Hochschullehrern ausgerechnet Fritz Behrens unerwähnt, wurde das Kolloquium 1989 thematisch von vornherein auf seine Arbeiten zur Arbeitsproduktivität eingeschränkt und wurde selbst die lexikalische Behandlung im noch 1989 erschienenen »Ökonomenlexikon« seinem Gesamtwerk nicht gerecht.

Selbst in der offiziellen Ehrung nach seinem Tode blieben in der DDR wesentliche Teile seines Gesamtchaffens als wissenschaftliches Erbe ausgegrenzt. Es war daher folgerichtig, dass die Schiedskommission der PDS gleich bei ihrer ersten Prüfung verübten Unrechts 1990 Fritz Behrens und Arne Benary voll rehabilitierte und sich entschuldigte.

Literatur

- Behrens, F. (1945), *Der geistige Arbeiter im Kampf um ein neues Deutschland*, Zwickau
- Behrens, F. (1948), *Alte und neue Probleme der politischen Ökonomie. Eine theoretische und statistische Studie über die produktive Arbeit im Kapitalismus*, Berlin
- Behrens, F. (1949a), *Hermann Heinrich Gossen oder Die Geburt der »wissenschaftlichen Apologetik« des Kapitalismus*, Leipzig (Tokyo 1955). (Die ursprüngliche Fassung mit ihren positiven Bezugnahmen auf Nikolaj Bucharins »Die politische Ökonomie des Rentners« wurde ohne jeden Verweis auf vorgenommene Veränderungen – auch mit übereinstimmenden Seitenangaben – durch eine zweite Fassung noch 1949 mit veränderten Text-»Einlagen« ohne Erwähnung N. Bucharins auf den Seiten 51, 52, 61, 62, 69, 72-74 ersetzt.)
- Behrens, F. (1949b), *Die Theorie der Produktionspreise, betriebswirtschaftliche Kostentheorie und Gleichgewichtstheorie der Preise*, Leipzig
- Behrens, F. (1949c), *Die Entwicklung der politischen Ökonomie in der UdSSR*, Leipzig
- Behrens, F. (1952a), *Die Arbeitsproduktivität*, Leipzig
- Behrens, F. (1952b), *Zur Methode der Politischen Ökonomie*, Berlin
- Behrens, F. (1954), *Arbeitsproduktivität, Wert und Selbstkosten. Eine Studie über den Zusammenhang zwischen Arbeitsproduktivität, Wert und Selbstkosten in der Produktion*, Berlin
- Behrens, F. (1956a), *Grundriss einer Geschichte der politischen Ökonomie*, Berlin
- Behrens, F. (1956b), *Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode*, in: *Wirtschaftswissenschaft*, 3. Sonderheft, 1957
- Behrens, F. (1961), *Ware, Wert und Wertgesetz. Kritische und selbstkritische Betrachtungen zur Werttheorie im Sozialismus*, Berlin
- Behrens, F. (1962), *Planung – Rentabilität – Initiative. Zur sowjetischen Diskussion um die Vorschläge Prof. Libermans (Interview)*, in: *Sonntag*, Nr. 47 v. 18.11.
- Behrens, F. (1963), *Zur Anwendung mathematischer Methoden in der ökonomischen Analyse*, in: *Wirtschaftswissenschaft*, Heft 3
- Behrens, F. (1966), *Ursachen, Merkmale und Perspektiven des neuen Modells der Leitung der sozialistischen Wirtschaft. Sitzungsberichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin*, Nr. 1, Berlin
- Behrens, F. (1968), *Kritik der politischen Ökonomie und ökonomische Theorie des Sozialismus*, in: *Euchner, W./Schmidt, A. (Hrsg.), Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre »Kapital«*, Frankfurt a.M./Wien
- Behrens, F. (1979/1999), *Rede zur Ehrenpromotion an der Karl-Marx-Universität Leipzig im Oktober 1979*, in: *Müller, E./Neuhaus, M./Tesch, J. (Hrsg.), »Ich habe einige Dogmen angetastet...« Werk und Wirken von Fritz Behrens. Beiträge des vierten Walter Markov-Kolloquiums*, Leipzig
- Behrens, F./Benary, A. (1956), *Zur ökonomischen Theorie und ökonomischen Politik in der Übergangsperiode*, Berlin
- Benary, A. (1956), *Zu Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozi-*

- alismus in der Übergangsperiode, in: Wirtschaftswissenschaft, 3. Sonderheft, 1957
- Bichtler, K./Zieschang, K. (1958), Revisionistische Konzeption oder einzelne Fehler?, in: Wirtschaftswissenschaft, Heft 1
- Bordag, A. (1958), Eine völlig unbefriedigende Antwort, in: Wirtschaftswissenschaft, Heft 4
- Brus, W. (1955a), Zu einigen Problemen der Entwicklung des Wertgesetzes auf die sozialistische Produktion, in: Wirtschaftswissenschaft, Heft 4
- Brus, W. (1955b), Diskussionsbeitrag, in: Protokoll der theoretischen Konferenz »Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR«, Berlin
- Brus, W. (1971), Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft, Frankfurt/M.
- Brus, W. (1975), Sozialisierung und politisches System, Frankfurt/M.
- Brus, W. (1986), 1953 to 1956: The Thaw and the »New Course«, in: Kaser, M.C. (Ed.), The Economic History of Eastern Europe 1919-1975, Vol. III: Institutional change within a planned economy, Chapter 24, Oxford
- Brus, W. (1986), 1957 to 1965: In Search of balanced Development, in: Kaser, M.C. (Ed.), The Economic History of Eastern Europe 1919-1975, Vol. III: Institutional change within a planned economy, Chapter 25, Oxford
- Brus, W./Laski, K. (1990), Von Marx zum Markt. Der Sozialismus auf der Suche nach einem Wirtschaftssystem, Marburg
- Engelberg, W. (1999), Zitat aus H. Steiner, Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens, in: Müller, E./Neuhaus, M./Tesch, J. (Hrsg.), »Ich habe einige Dogmen angetastet...« Werk und Wirken von Fritz Behrens. Beiträge des vierten Walter Markov-Kolloquiums, Leipzig
- Heym, St. (1956), Offen gesagt, in: Berliner Zeitung v. 16.12.
- Kampfert, K. (1957), Gegen das Aufkommen revisionistischer Auffassungen in der Wirtschaftswissenschaft, in: Wirtschaftswissenschaft, 3. Sonderheft
- Kardelj, E. (1948), Die kommunistische Partei Jugoslawiens im Kampf für das neue Jugoslawien, für die Volksregierung und den Sozialismus. Referat auf dem V. Kongress der KPJ, Belgrad (enthält die jugoslawischen Positionen unmittelbar vor dem Bruch mit der UdSSR-Führung)
- Kardelj, E. (1952), Zu den Grundfragen der sozialistischen Demokratie in Jugoslawien. Rede vor dem Parlament der FVRJ in Belgrad am 1.4.1952 zum Entwurf eines neuen Gesetzes über die Volksausschüsse, Bad Godesberg (enthält die programmatische Begründung des neuen jugoslawischen Demokratie-Konzepts)
- Kardelj, E. (1984), Der Übermacht zum Trotz. Erinnerungen an Jugoslawiens Kampf um Anerkennung und Souveränität 1944-1957, Klagenfurt/Frankfurt a.M. (im Besonderen der Abschnitt »Die Selbstverwaltung – eine der Hauptursachen des Streites«, S. 169-176)
- Kornai, J. (1985), Contradictions and Dilemmas. Studies on the Socialist Economy and Society, Budapest
- Kornai, J. (1990a), The Road to a Free Economy Shifting from a Socialist System. The Example of Hungary. New York/London
- Kornai, J. (1990b), The Socialist System. The Political Economy of Communism, Oxford

- Kornai, J. (1996), *Unterwegs. Essays zur wirtschaftlichen Umgestaltung in Ungarn*, Marburg
- Krause, G. (1996), Die »Revisionismus-Debatte« in den Wirtschaftswissenschaften der DDR. FIT Discussion Papers, No. 2, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (O.)
- Krause, G. (1998), *Wirtschaftstheorie in der DDR*, Marburg
- Kromm, C./Abelmann, H. (1958) *Gegen den Revisionismus in der Ökonomie*, in: *Das Hochschulwesen*, Heft 8
- Kuczynski, J. (1985), *Dialog mit meinem Urenkel*, Berlin/Weimar
- Lange, O. (1936), *On the Economic Theory of Socialism*, in: *The Review of Economic Studies*, Vol. 4, No. 1, October
- Lange, O. (1937), *On the Economic Theory of Socialism*, in: *The Review of Economic Studies*, Vol. 4, No. 2, February
- Lange, O. (1964), *Entwicklungstendenzen der modernen Wirtschaft und Gesellschaft. Eine sozialistische Analyse*, Wien
- Lange, O. (1969), *Politische Ökonomie*, Bd. II, Berlin
- Lange, O. (1970), *Papers in Economics and Sociology*, Oxford/Warszawa
- Lange, O. (1977), *Ökonomisch-theoretische Studien. Mit einem Vorwort von W. Brus*, Frankfurt/M.
- Lange, O. (1994), *Economic Theory and Market Socialism. Selected Essays of Oskar Lange*, Aldershot
- Lemmnitz, A. (1957), Über die »Administration« und die »Ökonomie« im Sozialismus und in der Übergangsperiode, in: *Deutsche Finanzwirtschaft*, Heft 6
- Lemmnitz, A. (1958), Einige Fragen der wissenschaftlichen und politisch-ideologischen Arbeit unserer Wirtschaftswissenschaftler, in: *Einheit*, Heft 2
- Liberman, E.G. (1962) *Plan, pribyl, premija*, in: *Ekonomitscheskaja Gaseta*, No. 46
- Liberman, E.G. (1965a), *Plan prjamyje svjasi i rentabelnost*, in: *Prawda*, No. 325
- Liberman, E. G. (1965b), *Rentabelnost sozialistitscheskich predprijatij*, in: *Ekonomitscheskaja Gaseta*, No. 51
- Liberman, E.G. (1974), *Methoden der Wirtschaftslenkung im Sozialismus*, Frankfurt/M.
- Markov, W. (1989), *Zwiesprache mit dem Jahrhundert. Dokumentiert v. Th. Grimm*, Berlin
- Mayer, H. (1984), *Ein Deutscher auf Widerruf. Erinnerungen*, Bd. II, Frankfurt/M.
- Müller, E./Neuhaus, M./Tesch, J. (Hrsg.) (1999), »Ich habe einige Dogmen angetastet...« *Werk und Wirken von Fritz Behrens. Beiträge des vierten Walter Markov-Kolloquiums*, Leipzig
- Naumann, R. (1957), *Gegen die Gefahr der Entwicklung revisionistischer Anschauungen auf dem Gebiet der Politischen Ökonomie*, in: *Einheit*, Heft 2
- Redaktionskollegium (1958), *Wider den Revisionismus. Zur Stellungnahme von Fritz Behrens*, in: *Wirtschaftswissenschaft*, Heft 1
- Reichel, Th. (1999), *Konfliktprävention. Die Episode der »Arbeiterkomitees« 1956/58*, in: Hübner, P./Tenfelde, K. (Hrsg.), *Arbeiter in der SBZ-DDR*,

Essen

- Schirdewan, K. (1994), Aufstand gegen Ulbricht. Im Kampf um politische Kurskorrektur, gegen stalinistische, dogmatische Politik, Berlin
- Šik, O. (1962), Ökonomie-Interessen-Politik, Prag (tschechisch)
- Šik, O. (1965), Plan und Markt im Sozialismus, Prag (tschechisch)
- Šik, O. (1966a), Ökonomie-Interessen-Politik. Mit einem Vorwort von O. Reinhold, Berlin
- Šik, O. (1966b), Die tschechoslowakische Wirtschaft auf neuen Wegen, Prag (tschechisch)
- Šik, O. (1971a), Der Strukturwandel der Wirtschaftssysteme in den osteuropäischen Ländern, Zürich
- Šik, O. (1971b), Demokratische und sozialistische Plan- und Marktwirtschaft, Zürich
- Šik, O. (1972a), Der dritte Weg. Die marxistisch-leninistische Theorie und die moderne Industriegesellschaft, Hamburg
- Šik, O. (1972b), Czechoslovakia: The Bureaucratic Economy, New York
- Šik, O. (1972c), Sozialismus und Marktwirtschaft, Trier
- Šik, O. (1973), Argumente für den Dritten Weg, Hamburg
- Staritz, D. (1981), Die »Arbeiterkomitees« der Jahre 1956/58. Fallstudie zur Partizipations-Problematik in der DDR, in: Der X. Parteitag der SED. 35 Jahre SED-Politik – Versuch einer Bilanz, Edition Deutschland-Archiv, Köln
- Steinberger, N./Broggini, B. (1996), Berlin – Moskau – Kolyma und zurück. Ein Gespräch über Stalinismus und Antisemitismus, Berlin
- Steiner, H. (1990), Der aufrechte Gang eines DDR-Ökonomen: Fritz Behrens (1909-1980), in: Utopie konkret, Heft 2
- Steiner, H. (1992), Fritz Behrens – Lebensbilanz eines sozialistischen Wissenschaftlers, in: Deutschland-Archiv, Heft 11
- Steiner, H. (1996), Intellektuelle Selbstkastration. Die drei Wellen von Marxismus-Enteignung in der DDR und das Beispiel Fritz Behrens, in: Neues Deutschland v. 9./10.11.
- Steiner, H. (2000), Das Akademie-Institut für Wirtschaftswissenschaften im Widerstreit wissenschaftlicher, ideologischer und politischer Auseinandersetzungen. Mit vier Archiv-Dokumenten, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 36, Heft 1, Berlin
- Steiner, H. (2005), Zu den Beziehungen zwischen den Wirtschaftswissenschaftlern Jürgen Kuczynski und Fritz Behrens, in: H. Kant/A. Vogt (Hrsg.), Aus Wissenschaftsgeschichte und -theorie, Berlin
- Steiner, H. (2008) Fritz Behrens' Bemerkungen zum »Prager Frühling«, in: Sozialismus, Heft 7/8
- Ulbricht, W. (1956), Jedes Parteimitglied ein Vertrauensmann der Werktätigen, in: Neuer Weg, Heft 4

Stefan Bollinger

»... muss sie die Menschen erobern«

Fritz Behrens' Scheitern und die Möglichkeiten, trotzdem Alternativen zum Staatssozialismus zu entwickeln

Fritz Behrens gibt mit Marx »die wohl knappste Formulierung (des) Begriffes vom Sozialismus«: »Die Menschen erobern.« (Behrens 1992, 98/206) Bei Karl Marx heißt es korrekt: »Die Arbeiterklasse hat die Natur erobert; jetzt muss sie die Menschen erobern.« (Marx 1854, 126) Behrens schränkt ein: »Doch die eroberte Natur stirbt inzwischen, wenn sie die Arbeiterklasse nicht in letzter Stunde rettet, und was die Menschen betrifft – sie sind noch nicht erobert, trotz des die eigene Enttäuschung übertönenden Siegesgeschreis der Ideologen des real existierenden Sozialismus.« (Behrens 1992, 98/206)

Sein Verständnis zielt auf einen Sozialismus, in dem das Erobern der Menschen kein einmaliger, gar repressiver Akt ist, sondern ein ständiges Ringen um Unterstützung und tatkräftiges Mittun an der Gestaltung der eigenen Gesellschaft, um Hegemonie im Sinne Antonio Gramscis. Sein Ringen um ein alternatives Sozialismusverständnis jenseits des praktizierten »staatsmonopolistischen« Sozialismus kennzeichnen drei unmittelbar miteinander verwobene Eckpunkte: Es ist die Vorstellung, dass dieser Sozialismus erst seine eigene politische Ökonomie entwickeln muss, die allein auf der Grundlage einer Warenproduktion, dem Wirken des Wertgesetzes und damit eines Marktes funktionieren kann.

Das erfordert für ihn, ein Leistungsprinzip zu verwirklichen, das die Menschen, die Produzenten anreizt und als aktive Eigentümer beitragen lässt an einer erfolgreichen Entwicklung der Gesellschaft und einer optimalen Entwicklung für den einzelnen. Für ihn kann dies nur als ein demokratischer Prozess der Selbstverwaltung einer realen Vergesellschaftung funktionieren.

Behrens hat zweimal unmittelbar in die politische Diskussion um die Zukunft des Realsozialismus eingegriffen: 1956/57 und 1967/68. Beide Male wollte er eine neue Form des Wirtschaftens jenseits eines dirigistischen Systems auf demokratischer Grundlage, an der die Produzenten selbst beteiligt sind. Beide Male wurde er abgestraft und letztlich ins innere Exil getrieben, obwohl und weil er als aufrechter Sozialist für einen demokratischen Sozialismus war, der für ihn ein Pleonasmus, ein wei-

ßer Schimmel war, weil Sozialismus demokratisch ist oder eben gar keiner (vgl. ebd. 252/242).

Während in Gestalt des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS) seine Überlegungen, amputiert um die entscheidende demokratische Komponente, noch ihren Widerhall fanden, blieb nach 1968 mit dem Abwürgen dieser »halben Reform« (Bollinger 1994, 239ff.; siehe Bollinger 1993) die Chance für einen demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsweg ihm und seiner Gesellschaft generell versagt.

Es ist genauer nach den Möglichkeiten, aber auch den Grenzen solcher Alternativwege unter den obwaltenden Bedingungen zu fragen, aber auch zu diskutieren, warum sich Reformkonzepte von Behrens und ähnlicher Ausrichtung nicht durchsetzen konnten. Warum dominierte der stalinistische Ansatz letztlich und warum erwies er sich so reformresistent, aber auch: Warum konnte er lange Zeit erfolgversprechender sein? Damit steht auch die Frage, ob demokratisch-sozialistische Ansätze künftig eine Chance haben werden, ob Verknappungen und Deformierungen durch den Machtkampf auch künftig diesen Zugang erschweren oder erleichtern werden. Hier sind nur skizzenartige Striche möglich.

1. Auf den Trümmern des Realsozialismus

Behrens geht davon aus, dass allein in Auseinandersetzung mit der realsozialistischen Praxis mittels einer dialektischen »Negation der Negation« die Erneuerung – in seinem Sinne die Neubegründung – des Sozialismus möglich wäre. Er will aus dem bestehenden vermeintlich marxistischen Denkmodell ausbrechen und lässt vorgeschobene Vernunftgründe für eine »protosozialistische« Praxis nicht gelten. Er setzt auf den linken Flügel der Arbeiterbewegung mit dessen Rätesozialismus, anarchistischem Geist, Antietatismus und dem Handeln von unten (vgl. Behrens 1992, 154 u. 246/237). Denn genau diesen Zugang braucht er, wenn Konzept und Praxis einer selbstverwalteten Gesellschaft wirklich werden sollen.

Die Schwierigkeit ist, dass der Grat zwischen einem Modellwechsel weg vom stalinistischen Zentralismus und hin zu einer dezentralen sozialistischen Marktwirtschaft anstelle eines Systemwechsels mit einer kapitalistischen Restauration schmal ist, wie die Jahre 1989-91 schmerzhaft belegen. Aber die heutige Betrachtung kann und muss mit dieser Sicht von Behrens und seinen Angeboten leben. Nicht allein, weil er für eine Generation von Ökonomen und Praktikern der DDR ein Lehrer war und vielleicht auch eine Rechtfertigung für selbst nicht geleistete Reform- und

Widerstandarbeit. Und nicht allein, weil er für eine demokratisch-sozialistische Linke eine der wenigen Lichtgestalten einer kritischen marxistischen Auseinandersetzung mit der eigenen gesellschaftlichen Realität war, die für die Widersprüchlichkeit wie die verdeckten emanzipatorischen Keime in der parteikommunistischen Traditionslinie stehen kann. Gerade dies ist bedeutungsvoll, weil die Ökonomie wohl der sozialwissenschaftliche Bereich und das Wirtschaftsmanagement derjenige politische Funktionsbereich ist, der nach 1989 Opportunismus und Überlebensstrategien beförderte und wenig linke Kämpfen hinterließ.

Selbstredend ist heute seine Kritik auch deshalb leichter zu verdauen, weil die Reform des Realsozialismus – mit Ausnahme ferner Länder und auch dort deutlich anders – nicht mehr auf der Tagesordnung steht. Es geschah das, was Behrens befürchtete: Die reformunwilligen Marxisten werden »nicht einmal mehr mit wehender Flagge untergehn, sie werden als Schatten, die das Licht des Humanismus noch wirft, in der Nacht der neuen Barbarei verlöschen!« (ebd. 248/238) Es war nun nicht die Barbarei eines sich mit Klauen an die Macht klammernden spätstalinistischen Systems – wie nach Budapest und Prag zu befürchten –, sondern der Triumph des neoliberal gewendeten Kapitalismus, der seine Chance als Sieger im Kalten Krieg für den sozialen Rollback zu nutzen versteht.

Heute geht es um die radikale Reform – oder auch um mehr –, die den Realkapitalismus als Ordnung der Ausbeutung, sozialen Ungerechtigkeit, des Imperialismus und Expansionismus, der Arbeitslosigkeit und der Entfremdung abschaffen soll und muss. Die Erfahrung Realsozialismus ist gegenwärtig nicht die Losung für einen solchen Umbruch, sie kann momentan nur die Folie abgeben für die Notwendigkeit, eine neue sozialistische Ordnung ohne Fehler und Irrtümer, und sowieso ohne Verbrechen, aufzubauen.

Warum kann und muss sich heute linke Geschichte und Gesellschaftstheorie mit Behrens und Genossen beschäftigen und wie? Es geht gegen den konservativen Zeitgeist wie gegen die stalinistische Geschichtsverfälschung um Spurensicherung und Archäologie, um die Alternativen und die historischen Knotenpunkte aufzuzeigen, an denen Linke, Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten aus der Logik der »belagerten Festung« und einer verkürzten Theorie und deformierten Praxis des Sozialismus ausbrechen wollten. Wobei zu betonen ist – verbale Umbenennungen werden kaum helfen. Für Zeitgenossen, Nachfahren und politische Gegner damals wie heute bleibt der reale, stalinistische, staatsmonopolistische Sozialismus doch Sozialismus. Es geht auch um die Sicherung einer Flaschenpost in die Zukunft, in der nicht allein die etwaigen Leistungen

und Errungenschaften dieser Zeiten zu bewahren sind, sondern vor allem auch die positiven, damals systemkritischen und systemüberwindend gedachten Alternativen.

Nicht zuletzt ist ein solches Herausarbeiten ein Beitrag gegen Antikommunismus und Antisozialismus, weil er nicht allein die totalitarismustheoretischen (und spiegelverkehrten) Vorstellungen des Stalinismus vom monolithischen Charakter der Gesellschaft, der Partei, der Intelligenz und der Marxisten des Ostblocks Lügen straft, sondern zugleich die fataler- und verbrecherischerweise unterdrückte Vitalität dieser Linken und ihrer Sozialismus-Idee untermauert. Denn hier geht es um die Sicherung der theoretischen Grundlagen für einen neuen Anlauf – nun hoffentlich ohne Umwege und reale Sackgasse.

Schließlich verweist die Auseinandersetzung mit Behrens und seinen marktsozialistischen wie basisdemokratischen Vorstellungen, dass das eigentliche Problem jeder künftigen prosozialistischen Entwicklung – wie auch des erlebten Realsozialismus – in der Meisterung einer offenbar weit komplexeren Übergangsperiode besteht.

2. Der Schlüssel für einen erfolgreichen Sozialismus

Die zentrale Erkenntnis Lenins, dass letztendlich die Arbeitsproduktivität über die Überlegenheit des Systems entscheide und die wirtschaftliche Rechnungsführung funktionieren müsse, und seine Versuche, dies nach dem kriegskommunistischen revolutionären Sturm Lauf mit der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) umzusetzen, waren Behrens klarer als vielen anderen. Als Spezialist für die Arbeitsproduktivität und ihre Berechnung erkannte er wohl früh die Grenzen des vorhandenen Systems und suchte nach Wegen, dem Sozialismus eine adäquate Wirtschaftspolitik und wohl auch eine politische Ökonomie zu verpassen.

Hierauf liefen seine Reformvorschläge von 1956 hinaus. Es ging um die unmittelbare materielle Interessiertheit der Werktätigen, ihre ökonomische wie politische Einbindung in das Ringen um Leistungssteigerung jenseits allein ideologischer Motivation und außerökonomischer Gewalt. 1956 sind bereits die Kernsätze seiner wirtschaftspolitischen und demokratietheoretischen Grundlegungen fixiert. Bemerkenswert ist, dass es für ihn überhaupt kein Problem ist, über das Wirken des Wertgesetzes unter sozialistischen Bedingungen zu reflektieren – ein Umstand, der wenige Jahre später generell die Frage nach der Rolle von Gewinn, Markt, leistungsgerechter Entlohnung für den Einzelnen wie der Leistungsaner-

kennung für den Betrieb aufwerfen sollte. Klar betont er – und hier ist schon deutlich, dass er politische Macht wie Bewusstseinsentwicklung doch eher als zunehmend sekundäre Faktoren sieht: »*Der Hauptstimulus der sozialistischen Entwicklung ist das als ökonomischer Impuls wirkende materielle Interesse der Werktätigen.*« (Behrens 1957, 124) Die Liberman-Diskussion und das Neue Ökonomische System (NÖS) wollen später nichts anderes. Aber Behrens begreift den politischen Rahmen für die Ausnutzung des Wertgesetzes, es geht um Wirtschaftspolitik, um die Machtausübung, die bislang nicht die gewünschten Resultate erbringen. Es ist deshalb zuerst der »Widerspruch zwischen der Form der Leitung der Wirtschaft und den ökonomischen Gesetzen« (ebd. 118). Wenn es so ist, dass »die sozialistische Planwirtschaft ... eine *ihrem Wesen nach demokratische* Wirtschaft« ist (ebd. 125), dann braucht es dafür entsprechende Spiel-, besser *Gestaltungs*räume. Eine derartige »konkrete Utopie« einer »sich selbst verwaltende(n) pluralistische(n) Gesellschaft« (Behrens 1992, 107/214) war zwangsläufig ein Angriff auf das politische System, wie es seit Stalin die Lebenswirklichkeit des Ostblocks, auch der DDR, bestimmte. War die hochgradige Zentralisierung der Macht und der Entscheidungen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Militarisierung der Volkswirtschaft in Erwartung oder Umsetzung eines Krieges sinnvoll, so musste deren Infragestellung weitreichende Folgen haben. Naturgemäß gab es damals allein im jugoslawischen Modell – unter der Vormacht sozialistischer, vergesellschafteter, auch wenn zunächst nur verstaatlichter Eigentümer – die Vorstellung für eine Neudefinition von Sozialismus. Das lief auf eine Stärkung der Mitbestimmung in Richtung wirklicher Selbstverwaltung hinaus. Die Werktätigen sollten selbst über die Leistungsparameter wie über die materiellen Stimulierungsmöglichkeiten ihres Unternehmens entscheiden. Eine so gedrehte sozialistische Struktur – statt von oben nach unten zentralistisch, nun von unten nach oben dezentral-demokratisch – stellte zwangsläufig das bestehende System und seinen Kern, die Macht der Partei und ihrer Führung in Frage.

3. Eckpunkte der Zukunft – Macht und Wirtschaft

Behrens wie andere linke Intellektuelle und Politiker sind heute wichtig, weil sie nicht allein über das Gewesene des Realsozialismus etwas aussagen können, sondern weil sie vor allem für die Reformulierung von Gegenkonzepten zum Realkapitalismus beitragen können. Die Lage ist heute anders als vor 1989. Damals war der Realsozialismus der einzige vollzo-

gene Versuch des Ausbruchs aus der kapitalistischen Profitlogik. Ihm am nächsten kamen die sozialstaatlichen Modelle sozialdemokratischer Prägung, wie sie am deutlichsten in Schwedens *Volksheim* verwirklicht waren unter Beibehaltung kapitalistischer Macht- und Eigentumsverhältnisse, aber mit starker politischer Einflussnahme auf die Wirtschaft und eine bestimmte Selbstbeschränkung des Kapitals. Diese Konstellation ist seit 1989 erledigt, unter neoliberalen Vorzeichen geht es um die massive Entwicklung des Kapitalismus zu Lasten der Beschäftigten und Ausgegrenzten.

Linke, die wissen, dass ihre osteuropäische Hoffnung sich zerschlagen hat, vermuten meist, dass dies an inneren Widersprüchen und der Unfähigkeit, die modernen Produktivkräfte zu beherrschen, gelegen hat. Die Auswegsuche ihrer geschlagenen Überreste, so sie sich nicht in nostalgischer Verklärung oder Verschwörungstheorien verbeißen, pulsiert auf der einen Seite zwischen einem sehr realpolitischen Fortschreiben sozialdemokratischer, keynesianischer Reformpolitik, ohne große Ambitionen, über die Zerschlagung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse weiter nachzudenken. Auf der anderen Seite feiern neue, sicher nicht sehr konkrete Utopien einer frühen Arbeiterbewegung (und streng genommen auch des stalinistischen Modells) fröhliche Urständ, die weder Warenproduktion noch Leistungsorientierung wahrhaben wollen.

Deshalb sind jene Denker und Akteure interessant, die sowohl die Teilhabe an der Macht wie ihre kritische Infragestellung verkörpern. Sie sind vielleicht interessanter als jene, die stets aus dem Abseits heraus formuliert haben. Auch nach den Erfahrungen des Realsozialismus und dem Ausbleiben revolutionärer Erschütterungen in den modernen kapitalistischen Gesellschaften bleibt, dass eine sozial gerechte Gesellschaft als Basis für Stabilität und Akzeptanz sozialistischer Verteilungsprinzipien und demokratischer Gestaltung der Gesellschaft einer erfolgreichen Ökonomie bedarf. Warenproduktion und entsprechende materielle Stimulierung sind ebenso unverzichtbar wie ein demokratischer Weg der Interessenfindung und Regulation. Das ist die Erfahrung des Realsozialismus im Positiven wie im Negativen – mit seinen Reformen wie seinem Reformverzicht. Verteilungsgerechtigkeit ohne Leistungseinforderung und materiellen Anreiz funktionieren ebenso wenig wie Ideologieverzicht oder unzureichende demokratische Möglichkeiten.

Immer wieder wird linke Politik auf jene Schlüsselfrage stoßen, die Behrens im NÖS formulierte: »Wie ist materielle Interessiertheit der Werktätigen, der Individuen und Betriebe, mit der staatlichen Leitung der Wirtschaft und mit der Durchführung zentraler Pläne zu vereinba-

ren«? (Behrens 1966, 23) In heutigen Konzepten eines »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« (Dieterich 2006 u. 2007; kritisch u.a. dazu Luft 2007; Nick 2007; Steinitz 2007) tauchen indes Vorstellungen auf, die an den sowjetischen Ökonomen Viktor Nowoschilow erinnern, den Behrens vehement angriff, weil er dessen Vorstellung von einem computerperfekten Dirigismus anstelle des Wirkens ökonomischer Hebel, ökonomischer Gesetze ablehnte. Von solchen Ideen erwartete er nur, dass sie »an Stelle eines empirischen einen mathematisch auffrisierten Voluntarismus« setzen würden. (Behrens 1967, 718). Heute zeigen moderne Konzepte einer Äquivalenzökonomie, die mit einem vermeintlich »kritischen, nicht-dogmatischen Marxismus« und »moderner Computertechnologie« (Cockshott/Cottrell 2007, 87) den Befreiungsschlag versprechen, wie aktuell auch diese Warnungen von Behrens sind.

Problem bleibt, wie methodisch und strukturell die Interessenfindung in einer Gesellschaft – individuell, lokal, regional, gesamtstaatlich, im Bündnis und weltweit – demokratisch gestaltet wird, wie diese Interessenfindung in eine verbindliche Grundrichtung mittlerer und längerer Reichweite gesichert wird und wie in einer Gesellschaft vernünftige Bedürfnisse definiert werden – ökologisch, materiell, konstruktiv für die individuelle Entwicklung. Es ist das auch heute gültige alte Problem des NÖS, wie es Behrens formuliert hat: »Will man das neue Modell der sozialistischen Wirtschaft kurz charakterisieren, so kann man sagen, dass es einen objektiven Mechanismus enthält, der die Widersprüche der sozialistischen Wirtschaft nicht durch administrativen Zwang überwindet, der das individuelle und das Gruppeninteresse effektiv mit den Interessen der Gesellschaft verbindet und damit die Grundlage für die volle Entfaltung der schöpferischen Initiative der Werktätigen abgibt.

Will man die Problematik des neuen Modells auf ihren Kern reduzieren, so kann man sie als die Frage formulieren: wie ist materielle Interessiertheit auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln möglich?« (Behrens 1966, 10)

Das ist normativ leichter zu beschreiben als praktisch umzusetzen. Die reale Schwierigkeit mit dem Konzept einer *sozialistischen Marktwirtschaft*, wie sie Behrens vorschwebte, ist seine praktische Realisierung. Die Versuche, einen solchen Weg zu Perestroika- und Wendezeiten in Osteuropa zu gehen, endeten in einer kapitalistischen Restauration. Die »großen« Reformökonomien wie Jegor Gaidar oder Leszek Balcerowicz zogen – bei allen Unterschieden – in der zerfallenden Sowjetunion oder in Polen ein Programm der Privatisierung und der Öffnung für westliches Kapital durch, das letztlich zur Enteignung des sowieso fragwürdigen bisherigen

sozialistischen Eigentümers, des Volkes, führte und es seiner sozialpolitischen Sicherungen entledigte. Dem Reformversuch der Modrow-Luft-Regierung im 41. Jahr der DDR blieb der »Elchtest« der Praxis erspart, weil die sich durchsetzende Option die der *Sozialen Marktwirtschaft* war, die sich als eine nur mangelhaft kaschierte neoliberale Umsetzungsvariante des Kapitalismus zunächst für Ost-, dann für Gesamtdeutschland entpuppte. Allein das hohe bundesdeutsche Ausgangsniveaus der sozialen Sicherheit und die Sorge vor sozialen Verwerfungen ließen diese Restauration für einen Großteil der Ost- und die meisten Westdeutschen vergleichsweise glimpflich verlaufen und nur bedingt zum sozialen wie politischen Widerstand verleiten.

Ein besonderer Fall ist allerdings die erfolgreiche Umsetzung einer »sozialistischen« Marktwirtschaft in der VR China. Nur, bei allem Streit über den Charakter der derzeitigen chinesischen Gesellschaft – ein sozialistisches Grundverständnis jenseits eines eher stalinistischen Macht-systems ist nicht zu erkennen. Genau hier dürfte auch für künftige Versuche einer nun nicht allein antikapitalistische Reformpolitik, sondern für den Übergang zu einer neuartigen, gradualistischen Übergangsperiode – eben nicht als kurzzeitiger Weg, sondern als längerfristiger Weg, und wieder kaum weltweit – die Herausforderung liegen. Behrens' Heilmittel ist ebenso klar wie bis heute schwer handhabbar: »Die Selbstverwaltung der Produzenten als Grundlage einer sich selbstverwaltenden – pluralistischen – Gesellschaft ist nicht nur eine prinzipielle Frage des Marxismus, als – vorläufig wohl – letzte Form des sozialistischen Gedankens ist sie eine aktuelle Frage!« (Behrens 1992, 108/214) Nur eine umfassende Demokratie kann die Garantie für die Durchsetzung der ökonomischen Gesetze, des Wertgesetzes gegen die Neuheckung von Profit, die Neusetzung von Ausbeutung und eine ökonomisch begründete Kapitalismusrückkehr sein. Das heißt eine demokratische Gestaltung sowohl der gesamtgesellschaftlichen wie verwaltungsstrukturellen Entscheidungen, aber auch und zuallererst der Arbeitsprozesse in den Unternehmen und den einzelnen Arbeitskollektiven. Konflikte zwischen den Interessen an betrieblicher Effizienz und der Gestaltung der unmittelbaren Arbeitsverhältnisse sind hier ebenso vorprogrammiert wie Konflikte zwischen den Interessen des Unternehmens und der Belegschaft als Gemeinschaft gegenüber anderen Unternehmen, aber auch gegenüber dem Staat mit seinen gesamtstaatlichen wie auch lokalen Aufgaben.

Die Erfahrungen der jugoslawischen Selbstverwaltung, aber auch die eher bescheidenen Erfahrungsmomente mit Räten und räteähnlichen Strukturen in Polen, der ČSSR oder Ungarn haben dies in den 1950er/

1960er Jahren bestätigt. Diese Furcht trieb auch Wirtschaftsreformer der 1960er Jahre um, die Angst vor Konkursen wie »sozialistischen Millionären« analog den »NÖP-Leuten« nach 1921 und generell zumindest die Sorge vor einer kleinbürgerlichen Infragestellung des Sozialismus mit seiner Gerechtigkeit und vor allem Gleichheit für alle. Lieber setzten die politischen Führungen auf das Festziehen der Daumenschrauben für die potentiellen Kapitalisten und ihre intellektuellen Vorreiter und – um ganz sicher zu gehen und die eigene Machtposition nicht zu verlieren – verzichteten letztlich auf derartige Reformen.

Die rätedemokratischen Vorstellungen von Behrens entsprechen der Grundstimmung vieler Linker, weil sie eine überzeugende Alternative zum erlebten administrativ-zentralistischen System darstellen, das in Osteuropa vorherrschte und jedes demokratische Teilhaben und jede kritische Öffentlichkeit abwürgte und auszuschließen versuchte. Nur, die praktischen Erfahrungen mit derartigen Strukturen bleiben gering. Aber wie bereits gesagt, selbst die Prager Reformer, so sie überhaupt so weit gingen, setzten in der kurzen Zeit ihres Wirkens eine solche Alternative kaum um. Die basisdemokratischen Runden Tische in der Wende-Zeit der DDR blieben ebenso Rudimente alternativer Demokratie- und Machtkonstruktion. Und die Betriebsräte der heutigen betrieblichen Mitbestimmung etwa in der BRD taugen ebensowenig als Entwürfe. Die Verführung ist groß, sich in einer Politik der kleinen Schritte, des minimalen Erringens von scheinbar prosozialistischen Freiräumen im Kapitalismus festzubeißen, sich über den Weg zu freuen und das Ziel aus Furcht vor den doch notwendigen radikalen und harten Schnitten letztlich preiszugeben. Wohlgemerkt, dies soll kein Argument gegen kleinteilige Reformpolitik hier und heute sein, sondern darauf verweisen, jeden dieser Reformschritte, jeden abgetrotzten Freiraum immer wieder an einem Ziel zu messen, das nicht das Wohllleben, die soziale Gerechtigkeit und Gleichheit für eine kleine Kommune auf dem Land oder auch in der Stadt oder im Kibbuz bedeutet (so wichtig sie sind), um solidarisches Leben und Handeln einzuüben. Allein mit schlechtem Gewissen wird kein (neuer) Sozialismus zu erringen sein. Vielleicht nicht ganz treffsicher in seiner Kritik an Lenin vor allem hinsichtlich der notwendigen bewussten Führung einer Gesellschaft und hinsichtlich der Rolle der Organisation – also eines Konfliktes mit dem eher auf die Spontaneität und das Handeln der Massen von unten setzenden Behrens – hat dieser wohl doch recht, wenn er konstatiert: »Man kann nicht Marxist sein, ohne Utopist zu sein, denn Utopie ist die antizipatorische Vorwegnahme des Zukünftigen, nicht des Notwendigen, sondern des Möglichen!« (Behrens 1992, 243/234)

Literatur

- Behrens, F. (1957), Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode, in: Wirtschaftswissenschaft, 3. Sonderheft
- Behrens, F. (1966), Ursachen, Merkmale und Perspektiven des neuen Modells der Leitung der sozialistischen Wirtschaft. Sitzungsberichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin – Klasse für Philosophie, Geschichte, Staats-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, Jg. 1966, Nr. 1, Berlin
- Behrens, F. (1967), Kritik der politischen Ökonomie und ökonomische Theorie des Sozialismus, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 12
- Behrens, F. (1992), Abschied von der sozialen Utopie, Berlin
- Bollinger, St. (1993), Die DDR kann nicht über Stalins Schatten springen. Reformen im Kalten Krieg – SED zwischen NÖS und Prager Frühling, hefte zur ddr-geschichte, Heft 5, Berlin
- Bollinger, St. (1994), Die halbe Reform – Neues Ökonomisches System: für eine effektivere Wirtschaft, aber nicht für einen demokratischeren Sozialismus, in: D. Keller/H. Modrow/H. Wolf (Hrsg.), Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. 4, Bonn-Berlin
- Cockshott, W. P./Cottrell, A. (2007), Warum Arbeitszeit die Basis der wirtschaftlichen Planungsrechnung sein sollte, in: H. Dieterich/H. Modrow/K. Steinitz (Hrsg.), Sozialismus im 21. Jahrhundert. Erfahrungen aus Vergangenheit und Gegenwärtigem – Vorstellungen für die Zukunft, Berlin
- Dieterich, H. (2006), Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus, Berlin
- Dieterich, H. (2007), Markt, Marktfetischismus und der Sozialismus des 21. Jahrhunderts, in: H. Dieterich/H. Modrow/K. Steinitz (Hrsg.), Sozialismus im 21. Jahrhundert. Erfahrungen aus Vergangenheit und Gegenwärtigem – Vorstellungen für die Zukunft, Berlin
- Luft, Ch. (2007), Wirtschaftspolitische Forderungen der Linken, die Schritte in Richtung einer sozialistischen Transformation unterstützen, in: H. Dieterich/H. Modrow/K. Steinitz (Hrsg.), Sozialismus im 21. Jahrhundert. Erfahrungen aus Vergangenheit und Gegenwärtigem – Vorstellungen für die Zukunft, Berlin
- Marx, K. (1854), Brief an das Arbeiterparlament. London, 9. März 1854, in: K. Marx/F. Engels, Werke (MEW), Bd. 10, Berlin 1956
- Nick, H. (2007), Demokratisch geplante Äquivalenzökonomie? Anmerkungen zum Sozialismus-Konzept von Heinz Dieterich, in: Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 69
- Steinitz, K. (2007), Erfahrungen, Probleme und Schlussfolgerungen aus dem Sozialismusversuch in der DDR – Defizite, Aufhebenswertes, Konsequenzen, in: H. Dieterich/H. Modrow/K. Steinitz (Hrsg.), Sozialismus im 21. Jahrhundert. Erfahrungen aus Vergangenheit und Gegenwärtigem – Vorstellungen für die Zukunft, Berlin

Dieter Janke

Wie real war der Sozialismus?

Fritz Behrens' Weg in die innere Emigration

Was ist das für ein Sozialismus, der das tiefgründige Nachdenken über denselben unter Strafe stellt, fast so, als würde man sich des Vater- oder Brudermordes schuldig machen?

So könnte man die Frage auf den Punkt bringen, die Fritz Behrens in seinem letzten Lebensjahrzehnt umtrieb. Er hat bereits vor über dreißig Jahren einen bemerkenswerten Versuch unternommen, das sozialökonomische Wesen jenes historischen Phänomens zu untersuchen, das von dessen Protagonisten »real existierender Sozialismus« genannt wurde. Gemeint sind jene Manuskripte aus den 1970er Jahren, die erst Anfang der 1990er Jahre posthum erscheinen konnten (Behrens 1992).

Die Tragik bestand freilich bereits darin, dass eine Veröffentlichung zu seinen Lebzeiten unmöglich war. Seine Überlegungen waren in ihrer Substanz zu radikal. Dennoch ist kaum vorstellbar, dass Behrens als Vollblutwissenschaftler sie lediglich zur Selbstverständigung oder für die Ablage geschrieben haben sollte. Offenbar ging er von unweigerlich kommenden besseren Zeiten mit solch einer politischen und wissenschaftlichen Toleranz auch in der DDR aus, die das Erscheinen seiner kritischen Analyse des »Realsozialismus« nicht nur möglich, sondern auch erforderlich gemacht hätten. Eine Publikation der Manuskripte in der Bundesrepublik wäre indes wahrscheinlich auch zu seinen Lebzeiten durchaus möglich gewesen. Behrens' gute persönliche Verbindungen sowie sein Renommee aus der Zeit seiner Vortragstätigkeit in den 1960er Jahren wären dabei sicher hilfreich gewesen. Er selbst schloss jedoch eine solche Publikation aus (vgl. Steiner 2008, 61), vermutlich weniger aus Rücksicht auf seine eigene Person als vielmehr, um einer Instrumentalisierung jeglicher Art keinen Vor Schub zu leisten. In der DDR wäre eine solche »West«-Publikation zweifelsohne genauso gut auf den Index geraten und somit einer sachlichen wissenschaftlichen Diskussion a priori entzogen worden, wie sie im Westen gegen die DDR in Stellung gebracht worden wäre. Seine späten Manuskripte sollten, so Helmut Steiner (1999, 29) als wohl bester Kenner von Behrens' Nachlass, einer künftigen DDR-Öffentlichkeit vorbehalten bleiben. Hier saß er allerdings einer Illusion auf. Wie die spätere Entwicklung zeigte, war eine derartig tolerante und selbstkritische DDR, die eine kri-

tische Analyse ihrer sozialökonomischen Grundlage nicht nur zulassen konnte, sondern auch zu nutzen wusste, als selbstständiger Staat nicht lebensfähig.¹ Selbst ein verhältnismäßig offener und großzügiger Geist wie Behrens' langjähriger Freund Jürgen Kuczynski lehnte im Sommer 1989 die Unterstützung einer Veröffentlichung ab. Er zeigte sich zwar beeindruckt, sei aber nicht bereit eine Publikation zu fördern, die der SED derart grundsätzlich die Loyalität aufkündige (vgl. Kessler 2005, 47).

Anders als seine ihm aus der gemeinsamen Leipziger Zeit freundschaftlich verbundenen Kollegen Ernst Bloch und Hans Mayer, die 1961 bzw. 1963 der DDR den Rücken kehrten, um wissenschaftlich und politisch freie Luft zum Atmen zu haben, vermied Behrens letztlich den offenen Konflikt und wurde auf den wahrscheinlich steinigere Weg in die innere Emigration gedrängt. So gab es seit den späten 1960er Jahren zum einen den »offiziellen« Wirtschaftswissenschaftler Fritz Behrens, der sich mit seinem vierbändigen Werk um die Geschichte der politischen Ökonomie verdient gemacht hat. Nur wenige Insider wussten um die Sonderrolle, die für ihn persönlich der 1976 erschienene Band II zur Geschichte der marxistischen politischen Ökonomie hatte.² Zum anderen aber gab es, wie wir erst seit Anfang der 1990er Jahre wissen, den »inoffiziellen« Wissenschaftler, der außerhalb aller Strukturen stehend der Frage nach dem Kern eben jener sozialökonomischen Strukturen nachging. Jene innere Emigration, die nicht zuletzt auch die tragische Konsequenz seiner persönlichen Gradlinigkeit und Lauterkeit war, war gleichsam Bedingung für Behrens' bedingungs- und rücksichtslose Analyse des »real existierenden Sozialismus«. Diesen tieferliegenden Zusammenhang vermochte z.B. Jürgen Kuczynski nicht zu erkennen, als er sich, freilich erst nach dem Ende der DDR, völlig zu Recht über die Schwierigkeiten in der unbefangenen wissenschaftlichen Arbeit gerade für Geisteswissenschaftler in der DDR beklagte. Sie

¹ So konnte die erste Veröffentlichung von Teilen seiner Manuskripte bezeichnender Weise erst nach dem 3. Oktober 1990, dem Anschluss der DDR an die BRD, erfolgen (vgl. Behrens 1990a, 1990b).

² Hier deutete sich an, welche Fragen Behrens in seinem letzten Lebensjahrzehnt tatsächlich beschäftigt haben. Nach eigenem Bekunden legte er besonderen Wert auf die Kapitel »Vom bürgerlichen Humanismus zum Kommunismus« und »Die geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation und der Sozialismusbegriff bei Marx und Engels« (vgl. seine hier erstmals veröffentlichten »Antworten auf Interviewfragen im Frühjahr 1980«). Ohne vordergründige Polemik gegen die ihn umgebenden gesellschaftlichen Zustände in der DDR umreißt er hier unter Nutzung zahlreicher Klassikerzitate seine Sozialismusvorstellungen, wie sie in den damals nicht zu veröffentlichenden Manuskripten ausführlicher und tiefgründiger dargestellt sind.

nahmen in dem Maße zu, wie man sich Gegenständen und Problemstellungen widmete, die das Selbstverständnis der Politbürokratie unmittelbar berührten (vgl. Kuczynski 1996, 207ff.).³ Kuczynskis Vorwurf, Behrens sei, da er sich im Unterschied zu ihm selbst von den Alltagssorgen der Massen zurückgezogen habe, »in dieser Beziehung ein Versager« (ebd. 210) gewesen, geht indes freilich völlig ins Leere.

Die damit verbundene persönliche Tragik hatte jedoch auch ihr Pendant in der Tragik des »Realsozialismus« selbst, wie er ohne das erforderliche Mindestmaß an kritischer Selbstreflexion in den 1980er Jahren mehr und mehr in Agonie verfiel. Behrens nahm jenes strukturelle Unvermögen wie auch das selbstverschuldete Scheitern in seinen späten Studien gedanklich vorweg. So heißt es bei ihm: »Eine Revolution, die das kritische Denken negiert und die Freiheit den Mächtigen zu widersprechen, ohne die Möglichkeit, die Repräsentanten der Gesellschaft auf friedliche Weise zu lenken – wie die russische Revolution –, verdirbt sich selbst und restauriert die alten Strukturen.« (Behrens 1992, 246/236)

Es war nicht etwa nur subjektives Unvermögen der Politbürokraten, linke Kritik am eigenen System als Häresie zu verdammen und ihre Repräsentanten zu Unpersonen zu erklären. Die Ursachen dafür lagen tiefer und waren letztlich objektiver Natur. Jenes Vorgehen war strukturbedingt und gehörte mit seinem selbstzerstörerischen Potential auch für die Geisteswissenschaften zum System selbst. Entsprechend vernichtend fällt Behrens' Urteil über die offizielle, politisch strangulierte Wissenschaft des Marxismus-Leninismus aus. Mit ihm wurde der Marxismus »als Ideologie von Berufsrevolutionären zu einer Ideologie von Partei- und Staatsbürokraten« (ebd. 215). Aus der Kritik der tatsächlichen Verhältnisse sei eine abstrakte Lehre, aus »praktischem Humanismus« »generalstabsmäßig geführte militärisch-bürokratische Aktionen« geworden. Für die eigentliche »Kronendisziplin«, die Theorie über den Sozialismus, musste dies tödlich sein.

Für Behrens war das um so bitterer, als er in den 1940er und 1950er Jahren selbst an der Etablierung des Marxismus-Leninismus an den Hochschulen und Universitäten der DDR maßgeblichen Anteil hatte. Im be-

³ Kuczynski beschreibt hier die Situation der Gesellschaftswissenschaftler recht trefflich: »Die gesamte Atmosphäre war ungesund für die Entwicklung der Geistes- und Gesellschaftswissenschaft.« Deshalb hätten viele in beständiger Sorge, »nicht anzustoßen« und nicht unangenehm aufzufallen, gelebt. Zu den tieferliegenden, systembedingten Hintergründen erfährt man bei ihm jedoch nichts, obwohl er Behrens' Überlegungen zu dem Problem nachweislich seit längerem kannte und die Ursachen für jene Denkverbote nicht mehr gegeben waren.

sonderen Maße gilt das für die Leipziger Zeit und Behrens' Beiträge zur Methodik und Systematik der politischen Ökonomie sowie deren Geschichte. In die späten 1950er Jahre fallen allerdings auch schon erste gravierendere Konflikte mit der offiziellen Parteilinie. Sie ließen Behrens bereits erahnen, dass die strukturbedingte Selbstentleibung der »Offizialwissenschaft« vielfach bereits bei der Stigmatisierung von Problemstellungen begann. Seinerzeit waren es Überlegungen zum Charakter ökonomischer Gesetze, namentlich der Wirkung des Wertgesetzes, sowie, damit verbunden, Überlegungen zur Rolle des Staates, mit denen sich Behrens des Vorwurfes des »Revisionismus« ausgesetzt sah. Günter Krause bezeichnet die maßgeblich durch ihn getragenen Ausbruchsversuche aus der dogmatischen Enge der »Offizialökonomie« zu Recht als »frühe Reformökonomie in der DDR«, die indes nicht auf die Beseitigung des »Realsozialismus« als vielmehr auf dessen Verbesserung zielte (1998, 130).⁴

In den Manuskripten der 1970er Jahre geht Behrens freilich weit darüber hinaus. Inzwischen bar aller Illusionen und als Pensionär unabhängig bezeichnet er seine damaligen Überlegungen zur »sozialistischen« Warenproduktion als unwesentlich für die Analyse des »Realsozialismus«, den er nunmehr letztlich als reformunfähig einschätzt. »Wesentlich ist die Frage«, so Behrens, »wer über die Macht verfügt, über die ökonomischen Entscheidungsbefugnisse und über das Recht zur Aneignung und Verteilung von Wertprodukt und Mehrprodukt.« (1992, 137) Bedeutsam sei nicht die Frage, ob ein Markt existiere oder nicht. Das sei immer dort der Fall, wo Warenproduktion existiert. Wesentlich sei daher, wer wen beherrscht, »ob Wertgesetz und Markt einem gesamtgesellschaftlichen Plan oder der Plan dem Wertgesetz dienen« (ebd.). Für Behrens haben sich in anderthalb Jahrzehnten die Schwerpunkte und Fragestellungen grundsätzlich verändert. Ihn interessiert jetzt nicht mehr, wie jener vermeintliche Sozialismus effizienter gestaltet werden kann, als vielmehr das Problem, was er seinem Wesen nach tatsächlich darstellt und wie er auf dieser Basis grundsätzlich historisch zu bewerten ist. Außerhalb aller Konventionen war aus dem Reformökonom nunmehr der kompromisslose linke Analytiker geworden – freilich um einen hohen Preis, den Gang in die innere Emigration.

Hintergrund war ein schmerzlicher Erkenntnisprozess. Nachvollziehbar wird er, wenn man z.B. Behrens' konzeptionelle Veränderungen an

⁴ Krause verweist hier völlig zu Recht auf die »traumatischen« Langzeitwirkungen, die jene politische Indoktrination für die Wirtschaftswissenschaften in der DDR hatte (ebd. 136).

seinem theoriengeschichtlichen Hauptwerk, dem vierbändigen »Grundriss der Geschichte der politischen Ökonomie« verfolgt (vgl. Janke 2005, 21ff.). 1962 kündigte er im Klappentext seines ersten Bandes noch einen fünften Band an, der, gewissermaßen als krönender Abschluss, die Entwicklung der politischen Ökonomie des Sozialismus zum Gegenstand haben sollte. Er ist jedoch nie erschienen, weil Behrens inzwischen substantielle Zweifel an der Machbarkeit jenes Konzeptes hatte. Die wohl entscheidende Zäsur brachten hier die Jahre 1967/68. Zu den Hintergründen schreibt Helmut Steiner: »Die Jahre 1967/68 brachten ihm aber in Umfang und Qualität neue Enttäuschungen, Einsichten und die endgültige Resignation, öffentlich etwas bewirken zu können. Die Umstände und die Folgen seines Auftretens bei der von Iring Fetscher organisierten Frankfurter Konferenz über ›Kritik der politischen Ökonomie heute – 100 Jahre ›Kapital‹, die Nachwirkungen seines Akademie-Vortrages über ›Das neue Modell der Leitung der sozialistischen Wirtschaft‹, der erneut ausgesprochen Revisionismus-Verdacht, die Auflösung seiner Arbeitsgruppe (an der Akademie der Wissenschaften zur Arbeitsproduktivität – D.J.) und schließlich gesamtgesellschaftlich und international – der militärische Einmarsch in die ČSSR 1968 und der gewaltsame Abbruch aller ökonomischen gesellschaftlichen Reformbestrebungen ließen ihn aufgeben.« (1999, 28) Tatsächlich vorhandene gesundheitliche Probleme in den Vordergrund schiebend, wurde Behrens' Arbeitsverhältnis mit der Akademie der Wissenschaften 1968 »eilvernehmlich« aufgelöst. Zwei Jahre später folgte die offizielle Emeritierung sowie die Vereinbarung, den bereits erwähnten »Grundriss der Geschichte der politischen Ökonomie« fertigzustellen.

Will man die Zäsur der Jahre 1967/68 nicht nur von ihren äußeren Wirkungen her begreifen, ist ein Blick auf den genannten Frankfurter Vortrag unumgänglich. Hier klingen bereits all die Fragen an, denen Behrens in den folgenden Jahren immer weiter auf den Grund zu gehen versuchte. Anknüpfend an ein Marx-Zitat aus dem Vorwort zum Ersten Band des »Kapital«, wonach die »Furien des Privatinteresses« die größten Probleme für eine freie wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiet der politischen Ökonomie seien, nimmt Behrens eine grundsätzliche Bewertung des seinerzeitigen Entwicklungsstandes der politischen Ökonomie des Sozialismus vor. Sie sei, so Behrens, über Empirismus und Historismus nicht hinausgekommen. Im Vergleich zur Geschichte der politischen Ökonomie des Kapitalismus sei »die Theorie der sozialistischen Ökonomie heute etwa an der Schwelle des Übergangs vom Merkantilismus und Kameralismus zum Physiokratismus« (1999, 135). Bis zur »Klassik« – soll heißen, bis zur Wissenschaftlichkeit – sei es noch ein weiter Weg. Allein schon jene

Wertung tangierte das Selbstverständnis der SED-Führung nicht nur marginal. Schließlich reklamierte sie ihrerseits für sich, auch auf wirtschaftstheoretischem und -politischem Gebiet nach den Grundsätzen strengster Wissenschaftlichkeit zu handeln. Fritz Behrens hingegen billigte ihr bestenfalls Vorwissenschaftlichkeit zu.

Noch gravierender hingegen musste aus der Sicht der »Partei- und Staatsführung« die Rede zur Einschätzung der Ursachen sein. Es liege, so Behrens, nicht an einem Mangel an schöpferischer Potenz der Ökonomen in den sozialistischen Ländern, die den Marxismus zu einer Ideologie gemacht habe im Sinne einer »Dogmensammlung, und die politische Ökonomie des Sozialismus zu einer Apologetik des bürokratischen Zentralismus« (ebd. 136). In Anlehnung an die Marxsche theorienhistorische Methodologie sucht er sie in den historischen Bedingungen. Sie hätten dazu geführt, dass die sozialistische Revolution nicht in allen entwickelten kapitalistischen Ländern zugleich, sondern zunächst lediglich in einem Land siegreich war und das zudem auch noch kulturell und ökonomisch rückständig war. Jener Sozialismus sei deshalb eine »Frühgeburt« und notwendigerweise mit Missständen verbunden, »die weder mit dem Sozialismus selbst, noch mit seiner Verwirklichung etwas zu tun haben« (ebd. 137). Behrens nennt hier vor allem die politische Unfreiheit, die mit den administrativen Zwangsmaßnahmen unter Stalin verbunden war und keinen Raum für eine freie wissenschaftliche Forschung gelassen habe. »Der bürokratische Zentralismus mit seinen administrativen Zwangsmethoden, das war der Nährboden des Dogmatismus, der das wissenschaftliche Leben völlig zu ersticken drohte, denn der Dogmatiker ist der Theoretiker der Bürokratie.« (ebd. 138) Vor dem Hintergrund der noch nicht abgebrochenen Wirtschaftsreformen hofft Behrens indes 1967 noch auf eine Überwindung vorhandener Denkverbote und spricht von einem »Umriss einer politischen Ökonomie des Sozialismus«, der seinerzeit bereits erkennbar sei.

Eine zentrale Frage ist dabei die des Eigentums, dessen sozialistische Form das Gruppeneigentum sei. Erst mit ihm sei die Entfremdung aufgehoben. »Der Sozialismus entspricht erst dann seinem Begriff, er ist erst dann vollendet, wenn die Beseitigung der Entfremdung des Arbeiters von seinem Produkt nicht nur von zeitgenössischen Philosophen proklamiert, sondern auch vollzogen wird, wenn die Produzenten ihre Produktionsmittel selbst verwalten und wenn ein bürokratischer Apparat, der notwendig ist, auf das Notwendigste beschränkt bleibt und die Mitbestimmung der Werktätigen, ihre Mitwirkung an der Leitung und Planung der Wirtschaft nicht mehr behindert, wenn die notwendigen Differenzen der

Einkommen mit der notwendigen Nivellierung sozialer Leistungen verbunden wird und wenn die volle Entfaltung einer sozialistischen Demokratie weder durch innenpolitische noch außenpolitischen Momente behindert wird.« (ebd. 140)

Im Zentrum des entwickelten Sozialismus steht bei Behrens die Entfaltung einer realen Demokratie, bei der die Produzenten ihrer Eigentümerfunktion auch tatsächlich gerecht werden können. Sie schafft auch die Voraussetzung für die politische Ökonomie des Sozialismus als Wissenschaft. Als Behrens seine wohlbegründeten Überlegung dem Auditorium in Frankfurt/Main vortrug, liefen indes in den politischen Führungszirkeln der SED bereits die Bemühungen zum Zurückdrehen der von ihm mit so viel Hoffnungen verbundenen Wirtschaftsreformen in der DDR auf Hochtouren. Der darauf folgende Eklat mit den die Parteilinie exekutierenden Kollegen war vorprogrammiert (vgl. Steiner 1999, 28).

Helmut Steiner irrt jedoch, wenn er meint, Behrens habe in der Folge der sich anschließenden Repressionen aufgegeben. Das trifft lediglich auf seine Bemühungen zu, durch die Öffentlichkeit seiner Überlegungen reale Wirkungen zu erzielen. Behrens war inzwischen durch die sich wiederholenden Repressionen die systembedingte Erfolglosigkeit solcherart Anstrengungen klar geworden. Wie die in den 1970er Jahren entstandenen Manuskripte zeigen, hat er sich in der Folge jedoch keineswegs der wissenschaftlich-inhaltlichen Arbeit verweigert. Die Einsicht, mit seinem Wissenschafts- und Sozialismusverständnis letztlich immer wieder bei den politischen Entscheidungsträgern in der DDR auf wenig Verständnis bzw. taube Ohren zu stoßen und damit jeder mitgestaltenden Rolle beraubt zu sein, führte – wie oben bereits ausgeführt – vielmehr dazu, den Weg in die innere Emigration anzutreten. Sie nämlich war, wie die damit verbundene Lösung von allen offiziellen Strukturen und Verantwortlichkeiten, geradezu Voraussetzung für die kompromisslose Konsequenz, mit der Behrens die sozialökonomischen Strukturen des »Realsozialismus« sowie deren Hintergründe in den folgenden Jahren analysierte. Sachlich betrachtet war spiegelbildlich auch das Kaltstellen ihres renommiertesten Politökonom durch die SED-Politbürokraten letztlich nur allzu konsequent. Einem tiefsitzenden Selbsterhaltungstrieb folgend spürte man hier mehr, als dass man tatsächlich das existentiell Gefährliche für die Strukturen begriff, die man nach den Jahren der Wirtschaftsreformen seit dem 11. SED-Plenum vom Dezember 1965 wieder zu zementieren begann. So, wie jene Reformen von Anfang an allerdings auch den Keim ihres Scheiterns in sich trugen, musste Behrens' Sozialismusverständnis letztlich an den offiziellen zentralistischen Denk- und Verhaltensstrukturen abprallen. Ab 1968 hat-

ten sich beide Seiten – Fritz Behrens als undogmatischer linker Wissenschaftler auf der einen und die immer selbstgefälliger werdende Staats- und SED-Bürokratie auf der anderen – nichts mehr zu sagen.

Für Behrens indes war damit die Möglichkeit verbunden, sich in den kommenden Jahren einer relativ unbefangenen wissenschaftlichen Forschung widmen zu können – freilich um den Preis, sich auf unabsehbare Zeit selbst aus der öffentlichen wissenschaftlichen Debatte auszuschließen. Die zentrale Frage, die ihn in den 1970er Jahren umtrieb, war die nach den ihn in der DDR wie überhaupt in den Ländern des »Realsozialismus« umgebenden sozialökonomischen Strukturen. Wie sind die Verhältnisse, an denen sein Sozialismusverständnis wie auch das anderer demokratischer Sozialisten quasi mit Naturnotwendigkeit abprallt, historisch einzuschätzen? Wo liegt der Fehler? Und welches Schicksal muss jenen Strukturen letztlich notwendigerweise zuteil werden? Ist das überhaupt bereits Sozialismus?

Alle jene Fragen berühren offiziell als sakrosankt erklärte Probleme. Bereits ihre Kennzeichnung als solche galt als Ketzertum. 1967 schätzte Behrens noch ein: »In der Tat: welch ein Bogen in der Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft und von der Wissenschaft zur Utopie – zur Ideologie eines Überbaus ökonomisch rückständiger und zurückgebliebener Länder!« (1999, 138) In seinen späten Manuskripten ist für ihn jedoch der Sozialismus nie tatsächlich Realität geworden. Er sei nicht aus dem Zustand der konkreten Utopie im Sinne von Ernst Bloch herausgekommen.⁵ Der ihn umgebende »real existierende Sozialismus«⁶ ist für Behrens, da er auf staatliche Repression nicht verzichte, Despotie. Tatsächlicher Sozialismus in der Tradition von Marx hingegen sei »Gleichheit und Freiheit ohne Gewalt« (1992, 27). »Ein undemokratischer Sozialismus ist so wenig Sozialismus wie ein unmenschlicher oder einer mit unmenschlichem Antlitz«, heißt es an anderer Stelle (ebd. 252/242). Positiv formuliert bedeutete das indes auch: »Der Begriff eines demokratischen Sozialismus ist ein Pleonasmus ..., weil es ohne Sozialismus keine – wirkliche – Demokratie geben kann und der Sozialismus die Verwirklichung der Demokratie ist.« (ebd.) Realer Sozialismus ist für Fritz Behrens eine sich selbst verwaltende Gesellschaft auf der Basis der Assoziation freier

⁵ Zum Utopiebegriff von Behrens in Anlehnung an Ernst Bloch vgl. Wurl 1999, 123ff.

⁶ Behrens setzt jenen Begriff nur in Ausnahmefällen in Anführungszeichen und bleibt in seiner Distanz zur damaligen offiziellen Diktion somit in den seinerzeit unveröffentlichten Manuskripten hier nicht konsequent.

Produzenten. Die Freiheit in der materiellen Produktion könne nur darin bestehen, dass jene assoziierten Produzenten eine gemeinschaftliche Kontrolle finden, die sich zwischen Despotie und Demokratie bewege. Zentrale Frage sei die Entwicklung der sozialistischen Demokratie und zwar nicht nur im gesellschaftlichen Überbau, eine »Demokratie, die die Errungenschaften einer bürgerlichen Demokratie nicht nur erhält, sondern erweitert und vertieft, die nicht nur formale, sondern auch inhaltliche Demokratie ist« (ebd. 132).

Das entscheidende sozialökonomische Problem ist für den marxistischen Politökonom Behrens die *tatsächliche* Realisierung der Eigentümerfunktion der Produzenten. Erst mit seiner praktischen Lösung werde das Ausbeutungs- und Entfremdungsproblem geklärt und damit auch die Arbeitskraft ihren Warencharakter verlieren. Letzteres ist für Behrens das grundlegende Kriterium einer echten sozialistischen Produktionsweise. Das jedoch sei nicht identisch mit der Aufhebung der Warenproduktion selbst, die jeder arbeitsteiligen Gesellschaft immanent sei. Vielmehr gehe es um die »Verwirklichung einer sich selbst verwaltenden Gesellschaft auf der Grundlage einer Produzentenselbstverwaltung, die Ware, Wert und Wertgesetz in einen zwar zentralen, aber nicht direkt, sondern indirekt strukturierten und funktionierenden Plan integriert« (ebd. 148). Voraussetzung dafür wiederum ist nicht die bloß formale Verstaatlichung der Produktionsmittel, sondern deren tatsächliche Vergesellschaftung: »Vergesellschaftung der Produktionsmittel dagegen ist die Kategorie einer – noch nicht existenten – sozialistischen Ökonomie und bedeutet die Überführung des Eigentums an Produktionsmitteln in die Gesellschaft und damit aller Entscheidungsbefugnisse ökonomischer und politischer Art in die als assoziierte Produzenten organisierte Gesellschaft.« (ebd. 36/37)

Fritz Behrens spricht hier im Unterschied zu den späten 1960er Jahren nicht mehr vom bereits existierenden Sozialismus. Sein Anliegen ist nicht mehr die Verbesserung des Sozialismus im Sinne der Aussonderung von untypischen Fehlentwicklungen und Geburtsfehlern.⁷ Sozialismus, so wie er ihn versteht, müsse sich historisch erst noch herausbilden. Zu dieser späten Einsicht kommt der Marxist Behrens, als die offizielle SED-Linie mit dem Konzept von der Entwickelten Sozialistischen Gesellschaft die

⁷ Behrens selbst bezeichnet in seinem Spätwerk eine solche Sozialismuskritik, die davon ausgehe, der existierende Sozialismus sei noch kein richtiger Sozialismus, könne es aber noch werden, als »systemimmanenten Revisionismus, der das, was ist, immer noch als vernünftig akzeptiert, wenn vielleicht auch nicht ganz vernünftig!« (1992, 150)

einzig im offiziellen Wissenschaftsbetrieb erlaubte Denkrichtung vorgab. Zwischen beiden Betrachtungsweisen lagen Welten, die – jede für sich – eine gemeinsame Kommunikation prinzipiell ausschlossen. Für Behrens war die offizielle Doktrin ein steriles »provinzielles Konzept« mit fixen Glaubensgrundsätzen, die zur reinen »Legitimationsideologie« verkommen ist (ebd. 194). Ihre legitimatorische Berufung auf Marx sei aufgesetzt und habe mit der Utopie der Klassiker nichts mehr gemein. In der Lesart der SED wäre, so man Behrens' Manuskripte zur Kenntnis bekommen hätte, jene Analyse indes nicht der Diskussion wert gewesen und als übelste Häresie abqualifiziert worden. Wie freilich bereits die Auseinandersetzungen in den späten 1950er und den 1960er Jahren gezeigt hatten, war man hier indes zu einer sachlichen Polemik schlechterdings nicht in der Lage. Am Ende derartiger Auseinandersetzungen standen Denkverbote. Aufgrund seiner eigenen Erfahrungen war sich Behrens dessen bewusst. Zugleich wusste er inzwischen auch, dass es sich dabei nicht um temporäre oder vordergründig subjektiv bedingte Defizite handelte, sondern um solche struktureller Natur, die den offiziellen Politik- und Wissenschaftsbetrieb mehr und mehr steril werden ließen.

Was aber war das für eine Gesellschaft, die sich intellektuell selbstkasteite, sich letztlich auch ihrer eigenen Perspektiven beraubte? Wo lagen historisch betrachtet die Ursachen einer solchen Fehlentwicklung? Und: Wenn es sich dabei aufgrund der Abwesenheit von demokratischen, selbstbestimmten Strukturen nicht um Sozialismus handelte, was kennzeichnet ihr sozialökonomisches Wesen dann?

Zentrales Problem sind für Behrens letztlich die Eigentums- und Aneignungsverhältnisse. Das vorhandene Staatseigentum berge zwar die Möglichkeit der Überwindung der kapitalistischen Ausbeutung und der Entfremdung in sich. Es sei aber noch nicht die Lösung, solange die Produzenten nicht über demokratische Mitgestaltungsmöglichkeiten bei der Verteilung und Verwendung des Mehrproduktes verfügen. »Der sogenannte real existierende Sozialismus« sei, geht man konsequent von Marx aus, eher ein »Kapitalismus ›neuen Typus‹«, »eine neue höher entwickelte gesellschaftliche Formation« (ebd. 66). An anderer Stelle stellt Behrens fest: »Die Geschichte führte nicht zu einer sozialistischen Gesellschaft, sie führte kraft der Ökonomie zum Staatsmonopolismus.« (ebd. 36) »Der real existierende Sozialismus« – fasst Fritz Behrens zusammen – »ist eine auf staatlichem Eigentum an den Produktionsmitteln beruhende bürokratische Produktionsweise mit einem staatsmonopolistischen Überbau, die weit entfernt ist von einer erhofften neuen Gesellschaft des Sozialismus, kein Fortschritt im Bewusstsein der Freiheit, sondern Stagnation

und Rückschritt...« (ebd. 256). Entstanden sei jener Staatsmonopolismus als Resultat historischer Zufälligkeiten im 20. Jahrhundert. Es gebe kein historisches Gesetz, das zwingend zur Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus führe. Die sozialen Revolutionen seien nicht, wie von Marx und Engels erhofft, in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern ausgebrochen und zum Sieg geführt worden, sondern durch soziale und politische Krisen in einem Land der unterentwickelten Peripherie, in Russland mit seiner asiatischen Vergangenheit und halbasiatischen Gegenwart.

Um zum Ausgangspunkt zurückzukehren: Es ist an der Zeit, Behrens' sozialökonomische Analyse des Staatskapitalismus neu – oder besser – eigentlich erstmalig für die linken Debatten zur Geschichte und Zukunft zu erschließen. In der DDR war dies, wie gezeigt wurde, strukturell unmöglich. 1992, als Behrens' Spätwerk endlich erscheinen konnte, fand es aufgrund der Zeitumstände wenig Interesse und ist heute leider fast völlig in Vergessenheit geraten. Es ist daher begrüßenswert, wenn mit dem vorliegenden Band sowohl eine Teilneuaufgabe von Texten aus dem »Abschied von der sozialen Utopie« erfolgt als auch bisher unveröffentlichte Manuskripte der Öffentlichkeit vorgestellt werden können – und damit dem wissenschaftlichen und politischen Vermächtnis von Fritz Behrens in angemessener Weise entsprochen wird.

Für dieses Vorgehen sprechen im Übrigen nicht nur die eingangs geschilderten Defizite in der linken Literatur als vielmehr auch die Ignoranz und Arroganz, mit der z.B. Behrens in der jüngsten Geschichte der Leipziger Universität bedacht wird. So verweist die Autorin zur Geschichte der Leipziger Wirtschaftswissenschaften als Quelle für die Darstellungen zu Behrens auf das offizielle »Ökonomenlexikon« der DDR (Quaas 2009, 897). Das hier zu Fritz Behrens Formulierte war das seinerzeit politisch Erlaubte! Zwanzig Jahre später ist man in der offiziellen Geschichtsschreibung zu Behrens in der Bundesrepublik offenbar nicht viel weiter. Hier stellt sich gleichfalls die Frage nach den – neuerlichen – strukturellen Ursachen. Das aber wäre ein weiterführendes Thema.

Literatur

- Behrens, F. (1990a), Der real existierende Sozialismus (1), in: Utopie konkret, Heft 2, Oktober
- Behrens, F. (1990b), Der real existierende Sozialismus (2), in: Utopie kreativ, Heft 3, November
- Behrens, F. (1992), Abschied von der sozialen Utopie, Berlin
- Behrens, F. (1999), Erste Fassung der Rede zum Colloquium »Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre ›Kapital‹« in Frankfurt am Main im September 1967, in: Ich habe einige Dogmen angetastet... Werk und Wirken von Fritz Behrens, hrsg. v. E. Müller/M. Neuhaus/J. Tesch, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig
- Janke, D. (2005), Von der wissenschaftshistorischen Analyse zur »Sklavensprache« – Fritz Behrens und die Geschichte der politischen Ökonomie, in: Alternative Ökonomie in der Traditionslinie von Fritz Behrens, hrsg. v. H.-G. Draheim/R. Emmerich/D. Janke, *Diskurs*. Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig
- Kessler, M. (2005), Jürgen Kuczynski – Ein linientreuer Dissident?, in: Utopie kreativ, Heft 171, Januar
- Krause, G. (1998), Wirtschaftstheorie in der DDR, Marburg
- Kuczynski, J. (1996), Fortgesetzter Dialog mit meinem Urenkel. Fünfzig Fragen an einen unverbesserlichen Großvater, Berlin
- Quaas, F. (2009), Wirtschaftswissenschaften, in: Geschichte der Universität Leipzig 1409-2009, Bd. 4.1, Leipzig
- Steiner, H. (1999), Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens (1909-1980), in: Ich habe einige Dogmen angetastet... Werk und Wirken von Fritz Behrens, hrsg. v. E. Müller/M. Neuhaus/J. Tesch. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig
- Steiner, H. (2008), Fritz Behrens' Bemerkungen zum »Prager Frühling«, in: Sozialismus, Heft 7/8
- Wurl, E. (1999), Die politische Utopie bei Fritz Behrens, in: Ich habe einige Dogmen angetastet... Werk und Wirken von Fritz Behrens, hrsg. v. E. Müller/M. Neuhaus/J. Tesch. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig

Frieder Otto Wolf

Die Differenz denken

»Staatliches Produktionsmitteleigentum« und
Selbstverwaltung der Produzenten auf der Grundlage
von Gemeineigentum frei assoziierter Produzenten«
bei Fritz Behrens

Fritz Behrens gehört zu denen, die das Grundproblem des staatlich betriebenen Sozialismus¹ nicht nur in der DDR ganz deutlich gesehen haben: Inwiefern kann die Verstaatlichung der Produktionsmittel dazu beitragen, die Entfremdung der Arbeit zu überwinden und der Arbeit »unmittelbaren gesellschaftlichen Charakter« zu geben, indem sie die »Selbstverwaltung der Produzenten auf der Grundlage von Gemeineigentum frei assoziierter Produzenten« (Behrens 1980, 2/197) einführt?

Diese deutliche Beobachtung bildet bei ihm allerdings den Ausgangspunkt für eine scharfsinnige, klare und konsistente Argumentation, deren Ergebnis dann aber zum Widerspruch reizt: »Man kann das Geld so wenig wie die Warenproduktion und den Staat abschaffen!« (Behrens 1992, 164). Damit wäre der »Abschied von der sozialen Utopie« zwingend begründet.

Ich will im Folgenden zeigen, dass Behrens zwar konsistent argumentiert und auch politisch einen wirklich wichtigen Punkt berührt hat,² aber von nicht hinreichend kritisierten epistemologischen Hindernissen, die er aus dem offiziellen Marxismus³ übernimmt, daran gehindert wird, den theoretischen Durchbruch, dem er sich mehrfach annähert, auch wirklich

¹ Dem gegenüber hat er nicht nur (Behrens 1992, 27ff.) an Marx' und Engels' Überlegungen zum Sozialismus erinnert, sondern sah sich auch dazu veranlasst, seine eigene Konzeption einer »pluralistischen Selbstverwaltungsgesellschaft« von einer »sozialistischen Gesellschaft« (ebd. 248/238, vgl. 178 u. 182) abzugrenzen.

² Insbesondere die Problematik einer realen Produzentendemokratie, welche dazu in der Lage ist, mit unvermeidlichen ökonomischen »Zwängen« umzugehen (Behrens 1992, 255f.), was ihn auch zu der wichtigen Forderung führt, endlich »das Beil des Kampfes gegen den Anarchismus« zu begraben (ebd. 246/237) – vgl. auch etwa Balibar 1983.

³ In dessen wesentlichen Zügen m.E. der Leninismus bzw. Marxismus-Leninismus (d.h. der theoretische Stalinismus) mit seinen kautskyischen und trotzkistischen Konkurrenten übereingestimmt hat.

zu vollziehen – und eben deswegen zu seiner eher resignativen⁴ Gesamt-schlussfolgerung kommt.

Ich konzentriere mich hier auf Behrens' im engeren Sinne ökonomische Argumentation, in der als »Grundgesetz jeder Warenproduktion das Wertgesetz« (Behrens 1980, 2/197) vertreten wird – und zwar als »ein objektives, d.h. vom Willen der Menschen unabhängig wirkendes Gesetz ... und eine Erscheinungsform des Gesetzes der Ökonomie der Zeit« (ebd.): »Das ökonomische Kernproblem war bisher für die Politikökonomie, welche Erscheinungsformen das Gesetz der Ökonomie der Zeit unter verschiedenen historischen Bedingungen annimmt. Zum Beispiel als Wertgesetz in der warenproduzierenden Gesellschaft.« (Behrens 1979, 15).

Diesem Resultat der Untersuchungen von Fritz Behrens liegt eine bestimmte Kapitalrezeption zugrunde, die ich hier nur in ihrer philosophischen Zusammenfassung vorstellen kann, in der für Behrens der Begriff der »Kritik des Systems« (ebd. 37) zentrale Bedeutung gewonnen hat. Dieser wird von ihm anhand von Marx' Auseinandersetzungen mit Adam Smith (ebd. 37ff.) und David Ricardo (ebd. 40ff.) näher bestimmt: Dabei greift Behrens auch auf Marx' kritischen Begriff der Architektonik (ebd. 41, 43) zurück, der ins Zentrum der Problematik der Marxschen Systematik führt, die sich der »Grenzen der dialektischen Darstellung« bewusst ist (vgl. Wolf 2006). Behrens hält es aber für erforderlich, die auf diese Weise eröffneten Problemperspektiven gleich wieder zu schließen – indem er auf die methodologischen Postulate der »Einheit von Logik und Historik in der Methode« (ebd. 42) bzw. auf das der »Einheit von Theorie und Empirie« (ebd.) zurückfällt – anstatt etwa Marx' Hinweisen auf eine Abstraktion, die »zu unvollständig« sei, bzw. auf eine »formale Abstraktion, die an und für sich falsch ist« (ebd. 43), genauer nachzugehen. Stattdessen schließt er – ich denke, notgedrungen, weil ihm entweder die philosophischen Instrumente fehlten oder ihre Benutzung die Grenzen des Erlaubten überschritten hätte – seine eigene Argumentation dadurch ab, dass er sie philosophisch auflädt: »Der Planänderung des Marxschen ›Kapital‹ lagen also *prinzipielle* Erwägungen zugrunde. Die Erwägungen, die Marx zur Abänderung seines ursprünglichen Aufbauplanes führten, kom-

⁴ Er formuliert: »eine klassenlose Gesellschaft ja, aber keine herrschaftsfreie« (Behrens 1980, 4/200; vgl. 1992, 244/235 u. 246f./237). Im Verhältnis zu den offenen Problematiken einer realen Vergesellschaftung der gesellschaftlichen Reproduktionsprozesse durch Überwindung der »Warenform« und des »Absterbens des Staates« und nicht zu einem leichtfertigen »Utopismus«, der vom »sozialistischen Übergang« das Verschwinden aller Probleme erwartet, wie Behrens ihn völlig zu Recht kritisiert.

men *aus dem Wesen der materialistischen Dialektik* (Herv. FOW).« (ebd. 44f.) Genau diese Prinzipien wären aber als solche zu explizieren.

In seiner vielbeachteten Untersuchung »Ware, Wert und Wertgesetz. Kritische und selbstkritische Betrachtungen zur Werttheorie im Sozialismus« (Behrens 1961, urspr. 1958, 1959, 1960)⁵ hat Behrens seine Position zur Warenproduktion ausführlich begründet. Ein zweites Mal – und nach eigener Einschätzung davon abweichend – hat er dies in seinen »Bemerkungen zur ›sozialistischen‹ Warenproduktion« (Behrens 1992, 137–182) behandelt – mit dem expliziten Resultat, dass die »Aufhebung der Warenproduktion« (ebd. 177) zu einer »Produktionsweise« (ebd.) führen müsste, in der es »keine Chance für Freiheit und Gleichheit der Individuen« gäbe (ebd.). An die Stelle der »Illusion« (ebd. 177) einer Abschaffung des Wertes (bzw. der Warenproduktion) (ebd. 179) – die Behrens explizit parallelisiert mit der Problematik des Absterbens des Staates (ebd. 177, 179) – soll daher der Umstand treten, dass diese Formen »an Bedeutung [verlieren] mit dem wachsenden Reichtum der Gesellschaft« (ebd. 179).

Diese resignative Entschärfung der Problematik der »Entfremdung«, wie Behrens sie in diesen gesellschaftlichen Formen unausweichlich und unaufhebbar realisiert sieht, geht m.E. zentral wiederum auf seine spezifische »Kapital«-Rezeption zurück, wie sie schon 1961 ausgearbeitet gewesen war.

In Behrens (1961, 4) setzte er die beiden Fragen miteinander gleich, »ob das Produkt der gesellschaftlichen Arbeit unter den ökonomischen Bedingungen der sozialistischen Wirtschaft die Warenform annimmt oder nicht« bzw. »ob die Begriffe wie Wert, Preis, Selbstkosten, Zins usw. *ökonomische* Kategorien sind oder ob sie nur technisch-organisatorische Bedeutung haben«. Seine Option für die erste Antwort wird von der Argumentation unterfüttert, dass es »auf dem Gebiet der ökonomischen Theorie« zu den »größten Leistungen von Marx [gehört], dass er den historischen Charak-

⁵ Behrens (1980, 1/197) hat selber betont, »was fast immer übersehen worden ist, dass sich vor dem Inhaltsverzeichnis folgender Vermerk befindet: Manuskriptabschluss: 25. September 1958, 1. Überarbeitung: Mai 1959, 2. Überarbeitung: August 1960. Erschienen ist die Schrift im Herbst 1961. Dazwischen lagen Diskussionen, die mich veranlassten, um die Arbeit erscheinen zu lassen, Veränderungen vorzunehmen. Um nur einen Punkt zu nennen, um den es in der Diskussion geht: ich vertrat – und vertrete auch heute noch – die Auffassung, dass die Arbeit, solange staatliches Produktionsmitteleigentum herrscht, nur mittelbar gesellschaftlichen und keinen unmittelbaren gesellschaftlichen Charakter hat, was – im Klartext – bedeutet, dass sie noch entfremdete Arbeit ist und ihren Entfremdungscharakter erst verlieren kann bei Selbstverwaltung der Produzenten auf der Grundlage von Gemeineigentum frei assoziierter Produzenten.«

ter der ökonomischen Kategorien, die gesellschaftliche Verhältnisse zum Ausdruck bringen, ausgearbeitet hat« (ebd. 8). Dabei geht Behrens von einer überhistorischen bzw. omnihistorischen Definition der Ware aus: »ein Arbeitsprodukt, das in gesellschaftlicher Arbeitsteilung als Gebrauchswert entsteht und durch Austausch übertragen wird« (ebd. 8f.). Wir können hier die keineswegs unkomplizierte Frage des Verhältnisses von Nutzung, Nützlichkeit, individuellem und gesellschaftlichen Gebrauchswert vernachlässigen⁶ und uns auf die Bedeutung konzentrieren, die auf dieser Ebene die Kategorie des Austauschs hat, die sich nämlich für Behrens fraglos in Kauf und Verkauf realisiert.

Behrens konstatiert den »Warencharakter«, der dadurch zustande kommt, dass Güter »auf der Grundlage ihres Wertes ausgetauscht« werden (ebd. 9). Er unterscheidet dabei aber nicht, ob dieser Austausch den Wert zur »Grundlage« hat

- als »hinter dem Rücken« der Agierenden wirkendes »Wertgesetz«
- als deliberativ berücksichtigter Planungsgesichtspunkt.

Dementsprechend hinterfragt er auch nicht, ob sich der von Marx konstruierte »Widerspruch, dass die Ware erst Gebrauchswert werden kann, wenn ihr Wert realisiert ist, dass ihr Wert aber nur dann realisiert werden kann, wenn sie Gebrauchswert geworden ist« (ebd. 10), wirklich von Kauf und Verkauf, also dem Eigentümerwechsel (vgl. ebd. 9) lösen lässt. Stattdessen deutet Behrens den »Austauschprozess der Waren« (ebd. 11) – explizit über die Herrschaft der kapitalistischen Produktion hinausgehend – als Entfaltung dieses »Widerspruchs«: »indem er hier zu einem Doppelwiderspruch führt zwischen dem tatsächlichen und dem gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand sowie zwischen dem in der Ware tatsächlich vergegenständlichten Teil der gesellschaftlichen Gesamtheit und dem gesellschaftlichen Bedürfnis nach dieser Ware« (ebd.). Diese Lektüre löst die Warenform heraus aus der auf kapitalistischer Grundlage verallgemeinerten Warenproduktion – d.h. von der Konkurrenz zwischen privaten Unternehmen und von der geldwerten Nachfrage nach einer auf dem Markt angebotenen Ware: »Der Begriff der gesellschaftlich notwendigen Arbeit schließt somit ein, dass das Produkt der gesellschaftlichen Arbeit nicht ein beliebiger, sondern ein sowohl quantitativ bestimmter Gebrauchswert ist, d.h. ein Gebrauchswert, der sowohl hinsichtlich der verbrauchten – vergegenständlichten und lebendigen – Arbeit als auch hinsichtlich seiner Quantität und Qualität dem gesellschaftlichen Bedürfnis

⁶ Wie sie eine Dissertation von Javier Martínez Fernandes behandeln wird, mit deren Fertigstellung bis 2011 zu rechnen ist.

entspricht.« (ebd.) Genau dies ist m.E. zu problematisieren: Unter dem Gesichtspunkt der Reproduktion ist es sekundär, ob die erforderlichen Arbeiten mit »durchschnittlicher Intensität und Geschicklichkeit« erledigt worden sind – es geht eher (wie allgemein in vormodernen Formen der Teilung der Arbeit) um die Erledigung mit optimaler Qualität. Und was bedeutet es, dass »ein Gebrauchswert ... dem gesellschaftlichen Bedürfnis entspricht«, wenn dies nicht in einer »geldwerten Nachfrage« danach zum Ausdruck kommt?

Behrens fährt fort: »Erst nachdem die Ware den Produktionsprozess verlassen hat...« Aber was bedeutet dieses »Verlassen«, wenn es nicht mehr durch den Verkauf aus dem Eigentum des produzierenden Unternehmens definiert wird? Diese Frage wird nicht gestellt, stattdessen wird lapidar festgehalten: »Sobald eine Ware verkauft ist, ... existiert [sie] jetzt als Geld« (ebd.) – und zwar »einmal ideell, das andere Mal reell in den Preis verwandelt« bzw. »neben ihrem Gebrauchswert als Preis verselbständigt« (ebd. 12). Behrens sieht zwar durchaus das Problem, ob dies überhaupt von kapitalistischen Verhältnissen ablösbar ist. Hier setzt er mit einer spezifischen Interpretation der Wertformen an: »Der in dem Arbeitsprodukt als Ware enthaltene Gegensatz, Gebrauchswert und Wert, entfaltet sich in den von Marx entdeckten Wertformen« (ebd.), und konstruiert aber dann von hier aus die Grundzüge einer allgemeinen Theorie der Warenproduktion, die jedenfalls über Marx hinausgeht: »Wenn die Warenproduktion existiert, so gibt es auch Wert« (ebd.).

Was bedeutet aber die Rede vom Wert ohne Rückbezug auf das Kapitalverhältnis? Zumindest bedeutet »Wert« dann etwas ganz anderes als in Verhältnissen des »Fetischismus« von Ware, Geld und Kapital.

Behrens weicht dann allerdings dem Problem einer gesellschaftstheoretischen Bestimmung des Wertbegriffs durch eine subtile Wendung in ökonomistisch-administrative Überlegungen aus: »und Wert, das ist Geld und Preis, das aber ist Wertrechnung, d.h. wirtschaftliche Rechnungsführung und Kalkulation der Kosten und Gewinne und ihre Abführung als Steuern und dergleichen« (ebd.). Behrens erfasst zwar wiederum diese Begrifflichkeit in der Perspektive der historischen Herausforderung, der im sozialistischen Übergang zu lösenden Aufgabe: »Es ist Aufgabe, diese Dinge zu planen und das heißt, sie zu beherrschen und sich nicht von ihnen – wie im Kapitalismus – beherrschen zu lassen.« (ebd. 13f.)

Diese Auffassung wird von Behrens durch eine Theoretisierung der kommunistischen Gesellschaft gestützt: »Erst wenn es keine Warenproduktion mehr gibt, wird es auch keine Notwendigkeit mehr geben, den Aufwand an gesellschaftlicher Arbeit in der Produktion in abstrakt

menschlicher Arbeit, also Wert, zu messen. Erst dann verschwindet auch der Wert als Ausdruck der Verhältnisse arbeitsteiliger Produzenten, die ihre Arbeitsprodukte wechselseitig austauschen« (ebd. 14) – aber was heißt das genau? – »und damit auch die Notwendigkeit, ihn in einer besonderen Ware, dem Gold, auszudrücken und zu messen« (ebd.). D.h., die »gesellschaftliche Arbeit wird dann direkt in Arbeitszeit gemessen, nicht mehr indirekt über das Geld« (ebd.). Die Frage ist aber doch, ob sie überhaupt noch als solche gemessen wird bzw. ob diese Messung noch dem »Austausch von Leistungen« zugrunde liegt.

Offenbar gibt es für Behrens hier zunächst eine langfristige Übergangsproblematik: Solange dieser Zielzustand nicht erreicht ist, »(ist) im Sozialismus« – im Sinne der »sozialistischen Gesellschaft«, wie dies auch die im Zitat folgenden grammatischen Bezüge unterstellen – »der Wert nicht eine aus Bequemlichkeit beibehaltene Kategorie, ... sondern eine ihr immanente Kategorie, die ihr innewohnende gesellschaftliche Verhältnisse zum Ausdruck bringt« (ebd.).

Daraus ergibt sich für Behrens schon Ende der 1950er, Anfang der 1970er Jahre eine sehr weitreichende Schlussfolgerung – nämlich, »dass auch für den Sozialismus die erste und zweite von Marx formulierte ›Eigentümlichkeit‹ der Äquivalentform gilt: der Gebrauchswert wird zur Erscheinungsform seines Gegenteils, des Wertes, und die konkrete Arbeit wird zur Erscheinungsform ihres Gegenteils, der abstrakten Arbeit«. Dagegen versucht Behrens die »sozialistische Differenz« zu bestimmen: »Der neue Inhalt der Warenproduktion und des Wertes unter sozialistischen Bedingungen kommt aber darin zum Ausdruck, dass die dritte von Marx formulierte Eigentümlichkeit der Äquivalentform für den Sozialismus nicht mehr gilt. Im Sozialismus kann Privatarbeit nicht mehr zur Erscheinungsform ihres Gegenteils, Arbeit in unmittelbar gesellschaftlicher Form, werden, weil auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln alle Arbeit – wenn auch graduell verschieden – unmittelbar gesellschaftliche Arbeit ist.« (ebd. 15)

Das wirft zwei Fragen auf:

- a) Wie können diese drei Eigentümlichkeiten der Warenform überhaupt voneinander getrennt werden?
- b) Wie weit ist Behrens' Fragestellung davon geprägt, dass er einen allgemeinen Begriff des Sozialismus im Sinne einer »sozialistischen Gesellschaft« zugrundelegt, anstatt etwa einen je besonderen politischen Prozess des »sozialistischen Übergangs« (Balibar) zu denken, der in konkreten historischen Gesellschaftsformationen den Übergang zu einer befreiten Gestalt der gesellschaftlichen Verhältnisse organisiert (im

Hinblick auf Klassenherrschaft von Marx als Kommunismus bzw. klassenlose Gesellschaft bestimmt)?

Behrens' spätere originelle Umfunktionierung der stalinistischen Stadientheorie – auf den historischen »Zusammenbruch« des von Marx analysierten Kapitalismus (Behrens 1992, 35) sei historisch ein »Staatsmonopolismus« gefolgt, der im Westen eine monopolistische und im Osten, nach der Oktoberrevolution, eine etatistische Variante ausgebildet habe (Behrens 1979, 1ff.; 1992, 34ff.) – weicht diesen Fragen offenbar aus und geht einher mit einer anthropologischen Wendung⁷ der Problematik des Zusammenhanges von Knappheit und Herrschaft (Behrens 1992, 30f.)⁸, den er für omnihistorisch erklärt, »da es nie eine völlige Übereinstimmung zwischen individuellen und gesellschaftlichen Interessen geben kann« (Behrens 1980, 4/200; vgl. Behrens 1979, 11; vgl. unter expliziter Zurückweisung von Marx' »Utopie« Behrens 1992, 10f. u. 234/226).⁹

Dies verweist wiederum auf seine – auf Marx' überhistorische Analyse der Arbeit gestützte – Rekonstruktion der »Kategorie des Eigentums« (Behrens o.J., 96/172): insbesondere auf seine Unterscheidung von »Arbeitseigentum; Ausbeutungseigentum« (ebd.), deren gemeinsame Grundlage er darin sieht, »als vergegenständlichte – vergangene, lebendige – Arbeit ... durch Arbeit angeeignete Natur« zu sein, was für Behrens als solches bereits die Möglichkeit des »Ausbeutungseigentums« impliziert: »und ... damit potentiell auch immer Verfügung über fremde Arbeit«. Diese Möglichkeit sieht Behrens daher, gestützt auf die noch allgemein geschichtsphilosophischen Überlegungen von Marx und Engels in der Deutschen Ideologie über die Implikationen des »Privateigentums«, als in »jede(m) Eigentum« verwirklicht, »das kein Arbeitseigentum ist, somit auch ... (im) Staatseigentum, das kein Gemeineigentum ist, sondern eine – vorläufig letzte – Form des privaten Eigentums an Produktionsmitteln« (ebd. 97/174). Genau hier liegt aber das Problem, auf das Behrens

⁷ So explizit Behrens 1992, 234f./226 u. 244/235.

⁸ Behrens (1992, 33f.) stützt seine Auffassung auf die Überlegungen, die Marx im 3. Band des »Kapital« (vgl. MEW, Bd. 25, Berlin 1964, S. 800) über den Zusammenhang von Formen der Mehrarbeit und historischen Herrschaftsformen angestellt hat, indem er Marx' Thesen zur bisherigen Geschichte als Aussagen über die gesamte, also auch die künftige Geschichte interpretiert.

⁹ Die Problematik des darin angelegten Verständnisses von Macht und Herrschaft mit seiner Gleichsetzung von Verbindlichkeit, Zwang und Herrschaftlichkeit (vgl. Behrens 1992, 32ff., 246/237, 255f.), des Zusammenhangs zwischen »Utopie« und »Despotie« (ebd. 255) und seiner Auffassung des Verhältnisses von Freiheit und Gleichheit (Behrens 1992, 103/210) kann ich hier nicht weiter entfalten (vgl. Balibar 2009 sowie Lukes 1974 und Wartenberg 1990).

wegen seiner omnihistorisierenden Kapitallektüre keine tragfähige Antwort weiß: Worin unterscheidet sich das neue »Gemeineigentum« vom alten »Privateigentum«? Behrens (1992, 175) hilft sich in diesem Punkt durch den Rückgriff auf die von Engels ins Kapital projizierte Vorstellung von der »einfachen Warenproduktion«, für die erst nur das »Wertgesetz« (ebd. 176) gilt: Nach der Aufhebung des »Mehrwertgesetzes« (ebd.) »herrscht in der Wirtschaft einer sich selbst verwaltenden Gesellschaft zwar noch Warenproduktion, aber die Arbeitskraft hat ihren Warencharakter verloren, so dass aus dem Ausbeutungseigentum wieder Arbeitseigentum wurde, wie es vergleichsweise ... in der einfachen Warenproduktion existierte« (ebd.).¹⁰

Hier könnte erst eine andere, sich tiefgreifender von den Vorstellungen des offiziellen Marxismus befreiende »Kapital«-Lektüre (vgl. Hoff u.a. 2006) den nötigen Raum schaffen, um Behrens' resignativer Schlussfolgerung ihre scheinbare Folgerichtigkeit wieder zu nehmen: »Damit ist die Entfremdung zwar nicht vollständig aufgehoben, aber ... optimal beeinflussbar geworden.« (ebd. 176)¹¹. Diese Herausforderung in der nötigen Klarheit formuliert zu haben, bleibt aber Fritz Behrens' unbestreitbares und wichtiges Verdienst.

Literatur

- Balibar, E. (1983), Bakunismus, in: Kritisches Wörterbuch des Marxismus, hrsg. v. G. Labica, Bd. 1, Berlin
- Balibar, E. (2009), Die Proposition »Égaliberté« (Gleichfreiheit), übers. v. A. Russer, in: trivium, H. 3, <<http://trivium.revues.org/index3337.html>>
- Behrens, F. (1949), Hermann Heinrich Gossen oder die Geburt der wissenschaftlichen Apologetik des Kapitalismus, Leipzig
- Behrens, F. (1952a), Zur Methode der politischen Ökonomie. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Ökonomie, Berlin
- Behrens, F. (1952b), Die Arbeitsproduktivität, Leipzig
- Behrens, F. (1956), Zur ökonomischen Theorie und ökonomischen Politik in der Übergangsperiode, Berlin (nicht ausgeliefert)
- Behrens, F. (1958), Einige Fragen der ökonomischen Entwicklung im Lichte der großen sozialistischen Oktoberrevolution, Deutsche Akademie der Wissen-

¹⁰ Hierzu wäre die gründliche Kritik zu konsultieren, die Rakowitz (2000) an diesem für die »Kapital«-Lektüre hinderlichen Konstrukt geübt hat.

¹¹ Das bedeutet keineswegs, wiederum in die von Behrens (1992, 200) völlig zu Recht kritisierte Vorstellung von der »Möglichkeit einer perfekten Gesellschaft« zurückzufallen, wie sie seit Platons »Charmides« die europäische Philosophie heimgesucht hat.

- schaften zu Berlin, Vorträge und Schriften, Heft 63, Berlin
- Behrens, F. (1961), *Ware, Wert und Wertgesetz. Kritische und selbstkritische Betrachtungen zur Werttheorie im Sozialismus*, Berlin
- Behrens, F. (1979), Über Alternativen, in diesem Band
- Behrens, F. (o.J.), Exkurs zu Ota Šiks Drittem Weg!, in diesem Band
- Behrens, F. (1980), Antworten auf Interviewfragen im Frühjahr 1980, in diesem Band
- Behrens, F. (1992), Abschied von der sozialen Utopie, hrsg. v. H. Loschinski u.a. Berlin
- Hoff, J. u.a. (2006), *Das Kapital neu lesen*, Münster
- Lukes, St. (1974), *Power. A Radical View*, London 2005
- Rakowitz, N. (2000), *Einfache Warenproduktion. Ideal und Ideologie*, Freiburg
- Rojas, R. (1989), *Das unvollendete Projekt*, Hamburg
- Wartenberg, Th. (1990), *The Forms of Power. From Domination to Transformation*, Philadelphia
- Wolf, F.O. (2006), Marx' Konzept der Grenzen der dialektischen Darstellung, in: J. Hoff u.a., *Das Kapital neu lesen*, Münster

Christoph Lieber

Zwischen jakobinischer Illusion und sozialer Utopie

Fritz Behrens' kritischer Marxismus

Der bisherige Verlauf der Weltwirtschaftskrise hat seit ihrem offenen Ausbruch im Gefolge des Zusammenbruchs der Lehman Bank im Herbst 2008 ein unbestreitbares Resultat gezeitigt: die massive Rückkehr und Intervention des bürgerlich-kapitalistischen Staates in die gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesse mit einem Anstieg der öffentlichen Verschuldung, staatlichen Haushaltsdefiziten und der nicht mehr auszuschließenden Möglichkeit von Staatsbankrotten.

Der Mainstream in der Politik des bürgerlichen Lagers und seiner politisch-ökonomischen Eliten in allen kapitalistischen Metropolen bestand zunächst darin, durch eine historisch beispiellose Mobilisierung des öffentlichen Kredits und der Staatsverschuldung die bürgerliche Eigentumsordnung und dabei in erster Linie die Akteure der Finanzmärkte, Banken und Versicherungen, zu stabilisieren. Dieser finanzmarktkapitalistische Coup d'Etat erhöht die Gefahr, postdemokratische Entwicklungstendenzen – Krise der Repräsentation von unten und Demokratieentleerung von oben – zu verstärken und sowohl zu einer politischen Verselbständigung des Staates wie zu einem weiteren Verfall staatlicher Legitimität zu führen. Daher wird die bürgerliche Klasse zugleich durch die Angst umgetrieben, den letzten Rest ihres historischen Projekts einer sich demokratisch selbstorganisierenden Bürgergesellschaft zu verspielen, und streitet intern schon heftig über Zeitpunkt und Wege einer unumgänglichen Exit-Strategie aus diesem für sie fatalen Staatsinterventionismus. Das Bürgertum hat kein tragfähiges gesellschaftliches Projekt zur Erneuerung des Kapitalismus und ist selbst zerrissen zwischen Optionen sozialer Inklusion, neoliberaler Stärkung einer ownership-society und antisozialstaatlichen bis rechtspopulistischen Ressentiments. Das ist der wahre Hintergrund der oberflächlich feuilletonistischen Rede vom »Fehlstart der schwarz-gelben Regierungskoalition« in Deutschland 2009/2010.

Diese Krisenkonstellation bedeutet aber nicht, dass es die politische Linke mit ihren Gegenvorschlägen einfacher hätte. Trotz erster Diskussionsansätze um einen »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« besteht weder ein entwickelter Konsens über die Rolle des Staates in der aktuellen Krise

noch in einer modernen Sozialismuskonzeption. Für beide Baustellen linker Politik gilt: »Insofern ist heute auch ein Mehr an Staatsinterventionismus, eine Ausweitung staatlichen Einflusses keineswegs gleichzusetzen mit einem Mehr an progressiver Politik, es ist damit nicht per se eine zukunfts- und problemorientierte Antwort auf die immensen Herausforderungen des Krisenkapitalismus verbunden.« (Dellheim/Krause 2010, 8) Um hier zu einer differenzierteren Positionierung zu kommen, muss sich eine moderne sozialistische Linke selbstkritisch mit ihrer eigenen politischen Geschichte, ihrer strategischen Konzeption der Eroberung der Kommandohöhen der politisch-staatlichen wie wirtschaftlichen Macht und insbesondere mit den zentralen Konstruktionsfehlern des staatssozialistischen Entwicklungsweges im 20. Jahrhundert auseinandersetzen. Staatszentrierte Entwicklungswege mögen für unentwickelte Länder der Peripherie möglicherweise einen Ausbruch aus kapitalistischen Abhängigkeiten erlauben, aber für die Sozialismusversuche innerhalb der europäischen Moderne haben sie sich als nicht tragfähig und letztlich selbstzerstörerisch erwiesen.

Staatsmonopolismus der Arbeiter-Jakobiner

Fritz Behrens hat diesen Entwicklungszusammenhang und die grundlegenden Konstruktionsfehler des Staatssozialismus im kurzen 20. »Jahrhundert der Extreme« (Eric Hobsbawm) noch zu Lebzeiten des realsozialistischen Systems wie kaum ein anderer Zeitzeuge politisch auf den Punkt gebracht und insbesondere versucht, dies mit Rückgriff auf die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie auch theoretisch zu erklären und zu begreifen. Die Kernproblematik verortet er in einem spezifischen Verhältnis von ökonomischer Entwicklung und staatlich-politischem Überbau. »Wenn die materiellen Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus fehlen, durch die Gunst der politischen Konstellation eine sozialistische Partei aber die Macht ergreift, dann wird ungenügende ökonomische Reife durch die politische Gewalt des Staates als ökonomische Potenz kompensiert, dann bedarf es keiner politischen Ökonomie des Sozialismus und schon gar nicht einer ›Kritik der politischen Ökonomie‹, dann genügen staatliche Befehle und Weisungen und ihre Kommentierung und Propagierung.« (Behrens 1967, 292)

Diese auf dem Frankfurter Colloquium zu »100 Jahre ›Kapital‹« im September 1967 vorgetragene (selbst)kritische Bilanzierung der Geschichte des Realsozialismus – die ihn in der DDR erneut unter Revisionismusver-

dacht stellte, was ihn dann in Verbindung mit anderen Faktoren seit Beginn der 1970er Jahre endgültig in die »innere Emigration« trieb – verdichtete Behrens zu einer politischen Schlussfolgerung, nach der der Realsozialismus nicht mehr als eine geschichtlich offene »Übergangsgesellschaft« zu charakterisieren sei, sondern sozusagen als eine Produktionsweise *sui generis*. »Staatsmonopolismus ist eine Verschmelzung von Überbau und Basis, ohne aber die Spaltung der Gesellschaft in Überbau und Basis wirklich zu überwinden. Lenin irrte, als er schrieb, der staatsmonopolistische Kapitalismus sei die »unmittelbare Vorstufe zum Sozialismus«. Auf der »historischen Stufenleiter« gäbe es zwischen dem staatsmonopolistischen Kapitalismus und dem Sozialismus *»keinerlei Zwischenstufen mehr«*. Der Staatsmonopolismus ist indes keine Zwischenstufe, sondern hat sich als eine neue Produktionsweise konstituiert, als eine bürokratische Produktionsweise mit einem staatsmonopolistischen Überbau.« (Behrens 1992, 35)

Damit nimmt Behrens eine Schwerpunktverlagerung von Fragen der ökonomischen Wirtschaftsreformen im Realsozialismus hin zur Analyse und Einschätzung der politischen Strukturen vor. »Ich gehe heute davon aus, dass die Problematik einer »sozialistischen« Warenproduktion keine wesentliche Problematik ist, wenn man sie historisch betrachtet. Wesentlich ist die Frage, *wer* über die Macht verfügt...« (Behrens 1992, 137) Aber die Macht- und Staatsfrage spielte in der Geschichte des Realsozialismus, seiner ideologischen Legitimationssysteme und seiner politisch-theoretischen Reformer wie Kritiker immer schon eine Rolle. Sie war auch schon in den späten 1950er Jahren virulent, als Fritz Behrens zusammen mit Arne Benary in der DDR die Diskussionen um ökonomische Reformen und eine sozialistische Warenproduktion anstieß. Der Kern der Kritik an Behrens bestand letztlich nicht in seinen Zugeständnissen an Warenproduktion und Marktverhältnisse in einer postkapitalistischen, sozialistischen Ökonomie, sondern in der politischen Konsequenz, dass daraus auch eine Relativierung des Staates als dem entscheidenden Hebel beim Aufbau des Sozialismus resultiere.

Helmut Steiner erinnerte an diesen Zusammenhang in seinen Notizen zu einer Gesellschaftsbiographie von Fritz Behrens: »Auf dem 30. Plenum des SED-Zentralkomitees vom 30. Januar bis 1. Februar 1957 eröffnete Walter Ulbricht mit seinem Referat den Generalangriff gegen den Revisionismus ... »Wäre es nicht besser, wenn sich manche Genossen Wissenschaftler weniger mit der Propaganda über »Selbstverwaltung in Jugoslawien« und mehr mit der schöpferischen Anwendung der Staatstheorie des Marxismus-Leninismus auf die Entwicklungsbedingungen in der Deut-

schen Demokratischen Republik beschäftigen würden?« (Steiner 1999, 25) Dieser Kreis der Revisionismusvorwürfe in Sachen Staatsfrage sollte sich dann 1968 schließen in vergleichbaren Reaktionen bspw. auf die veränderte Konstellation von Einzelbetrieb, Staat und Rolle der Partei im Reformprogramm der tschechoslowakischen Kommunisten: hier werde »*die revisionistische Ideologie zur materiellen Gewalt ...* Was hier formuliert ist, bedeutet im Grunde genommen die *kalte Enteignung* des sozialistischen Staates ... Hier wird der Übergang zur ökonomischen Eingliederung in den Kapitalismus vorbereitet. Wer den sozialistischen Staat und vor allem auch die Partei von der realen Ausübung der ökonomischen Macht in den Betrieben trennt, untergräbt die Grundlagen der sozialistischen Ordnung an entscheidender Stelle.« (Günter Mittag, zit. in: Kaiser 1997, 301)

Der Staatssozialismus brachte kein entwicklungsfähiges Zusammenwirken von Staat, Zivilgesellschaft und Ökonomie zustande. Vielmehr wurde aufgrund des Hybridcharakters von sozialistischem Staat und Ökonomie in den 1970er und 1980er Jahren letztlich die Zivilgesellschaft sogar mit zu einem Faktor der Implosion. Konnte der staatszentrierte Sozialismusaufbau bis in die 1950er Jahre noch mit politischer und ökonomischer Ressourcenerzwingung zum Zwecke nachholender Industrialisierung und Modernisierung begründet werden, so war Mitte der 1950er Jahre ein anderes Niveau im Verhältnis von Ökonomie, Staat und Gesellschaft erreicht. Es ist kein Zufall, dass die Periode 1956 bis 1968 für den Realsozialismus durch Prozesse asynchroner Entstalinisierung charakterisiert ist – allerdings bei stalinistischer Strukturkontinuität.

Dieser Widerspruch markiert eine weitere Tragödie in der Geschichte des Sozialismus. Denn die 1960er Jahre markieren den verheißungsvollsten und zugleich letzten Zeitpunkt, dem staatszentrierten Sozialismusaufbau eine neue und entwicklungsfähigere Richtung zu geben. Dazu hätte es aber zivilgesellschaftlicher und politischer Strukturen bedurft, in denen sich die Differenzierung der ökonomischen Akteure hätte artikulieren können. Das wurde politisch unterbunden und die Reformversuche dieser Jahre wurden letztlich als »revisionistisch« stigmatisiert ähnlich wie zu Beginn des sowjetischen Weges die NÖP (Neue Ökonomische Politik). Die Reformen wie das Scheitern des »Prager Frühlings« 1968 belegen, dass eine erfolgreiche Reform des Sozialismus nur durch eine »Rücknahme« (Marx) der verselbständigten, staatssozialistisch-politischen Strukturen möglich gewesen wäre.

Darauf zielte auch Behrens mit seinen politisch-theoretischen Stellungnahmen und Analysen seit Ende der 1960er Jahre. Der selber in jenen Jahren für die wirtschaftsrechtliche Ausgestaltung des NÖS (Neues

Ökonomisches System) in der DDR engagierte Uwe-Jens Heuer bezeugt rückblickend: »Es ist ganz offensichtlich, dass Behrens eine grundsätzliche, an die Wurzeln gehende Änderung des Sozialismus forderte. Er bestritt keineswegs die Notwendigkeit einer starken Zentralisierung in der früheren Periode, sowohl im Kampf gegen die eigenen Ausbeuter, wie auch im Kampf gegen das nach wie vor bestehende kapitalistische System außerhalb des Landes. Jetzt aber war umfassende Demokratie nicht nur möglich, sondern unabdingbar notwendig.« (Heuer 1999, 116) Aber das war nun spätestens mit der Niederschlagung des »Prager Frühlings« definitiv gescheitert. Daher der gegenüber den Wirtschaftsreformdiskussionen der 1950er Jahre radikal verschobene Ausgangspunkt der Studien von Fritz Behrens in den 1970er Jahren. Jetzt ging es ihm »um die Wurzeln und die Gesamtheit des Systems. Mit anderen Worten: Jetzt wurde er wirklich zum Revisionisten des ML-Marxismus und darüber hinaus des Leninismus. In seinem Tagebuch vermerkte er u.a. am 21. Oktober 1973: ›1921 – Kronstadt – war die Schicksalsstunde für den Leninismus. Hier offenbarte sich als Folge, was im Keim im demokratischen Zentralismus angelegt war.« (Steiner 1999, 29)

Dieser Tagebucheintrag von Fritz Behrens ist bedeutungsschwer. In den Aufzeichnungen eines Arbeiter-Jakobiners der ersten Stunde, am Ende des ersten krisenhaften Abschnittes des Revolutionszyklus seit dem Oktober 1917, findet sich die Urfassung dieser Tagebuchnotiz: »Ökonomik im Frühjahr 1921 hat sich in Politik verwandelt: ›Kronstadt‹«, notierte Lenin 1921 in seiner Skizze zur Naturalsteuer (Lenin 1921, 339). Und es zeichnete Lenin in dieser politischen Konstellation aus, dass er im Unterschied zu einem überpolitisierten Jakobinismus in den Reihen der Bolschewiki sich als lernfähig erweist und versucht, mit dem Übergang zur NÖP einen Ausweg zu finden. »Wem von Lenins Mitstreitern wäre es in den Sinn gekommen, über einen eigenen Thermidor als Notwendigkeit, als unerbittliche *Norm* nachzudenken? Und er selbst? Ein Zeugnis dafür sind die Worte, die Lenin im Mai 1921 an Jacques Sadoul richtete: ›Die Arbeiter-Jakobiner sind scharfsinniger, fester als die bürgerlichen Jakobiner und hatten den Mut und die Weisheit, sich selbst zu thermidorisieren.« [Briefe an W.I. Lenin aus dem Ausland, Moskau 1966, S. 284, russ., CL] Die Intuition sagt dem Historiker: Der Text ist echt! Selbstthermidorisierung – das ist er, der Ausweg Lenins, der Ausweg und seine Wahl ... Zuerst verspätet, dann vorausseilend. Nein, ich möchte Lenin keineswegs den Gedanken an eine Beendigung der Revolution unterschieben, aber ihre Umwandlung in eine Reform, die ›Opferung‹ des bereits ins Leben gerufenen Sozialismus zugunsten der kulturell-erzieherischen Arbeit,

die die Wirtschaft und Politik, die oberen und die unteren Schichten einbeziehen sollte.« (Gefer 1988, 400)

Die Bezugnahme auf Implikationen des politischen Jakobinismus begleitete die kritische Selbstreflexion auf die Folgewirkungen des Sozialismusversuches im 20. Jahrhundert also von Beginn an. Behrens attestierte dem Realsozialismus keine Lernfähigkeit mehr, sondern machte mit Rosa Luxemburg gerade im Jakobinismus kommunistischer Parteipolitik die Gefahr für eine Inversion von Zweck und Mittel in der Politik und damit eine entscheidende Blockade in der Rücknahme verselbständigter und entfremdeter politischer Macht im Staatsmonopolismus des Realsozialismus aus. Die Oktoberrevolution brachte zwar eine Diktatur des Proletariats, »eine Diktatur allerdings«, schrieb Rosa Luxemburg in ihrer Schrift über die russische Revolution, »aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d.h. Diktatur im rein bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobinerherrschaft«, war das, was aus der Oktoberrevolution hervorging« (Behrens 1992, 104/211). In den Augen vieler Kritiker »parteiförmiger« Politik ist dieser Jakobinismus mit seinen Folgewirkungen auch »dem Marxismus in die Wiege gelegt. Das Jakobinertum wird bis zum heutigen Tage vom Volkstribun und Führer, vom Parteiboss und Parteichef repräsentiert.« (Behrens 1992, 239ff./231ff.) Daraus schlussfolgert Behrens 1975: Will ein Marxist heute also noch Marxist sein, so darf er kein Jakobiner und Leninist, sondern muss Utopist sein.

Das Projekt einer Rücknahme verselbständigter politischer Strukturen bis hin zum Charakter der kommunistischen Kaderpartei im Realsozialismus ging in den Reformen des »Prager Frühling« am weitesten. Hier sollte die Umgestaltung der Wirtschaft nicht mehr rein in technokratischem Fahrwasser verbleiben und auch der immer schon schwierige »Transmissionsriemen« von Staat und Partei in die Betriebe wurde weiter aufgelöst. Die ökonomischen Reformvorstellungen wurden konzeptionell in Richtung wirklicher Mitbestimmung, Demokratisierung der Betriebsleitungen und durch die spontane Bildung von Arbeiterräten weiterentwickelt, befördert auch durch eine gegenüber anderen sozialistischen Ländern entwickeltere Betriebsräte- und Gewerkschaftsbewegung. Damit wurde der Sache nach versucht, sozusagen die beiden Pole, die schon früh in der Geschichte des Realsozialismus auseinandergerissen und deformiert wurden – die »Sowjets« und der Staat – zu erneuern und ihr Verhältnis zueinander zu verändern. Fritz Behrens brachte in Auswertung der gescheiterten Entstalinisierung die immer noch »bürgerlichen Schranken« (Marx 1875, 20) eines staatlich etablierten Sozialismus und die Soll-Bruch-Stelle einer politischen Qualitätsveränderung in einer sozialistischen Transforma-

mation auf den Punkt: »Da es einen linearen Weg zur sozialistischen Gesellschaft aus der Gesellschaft eines staatlich etablierten Sozialismus nicht geben kann, war die Forderung nach Liberalisierung der Prager Reformer natürlich eine progressive Forderung. Ihre Verwirklichung hätte aber nur bessere Voraussetzungen für den Kampf um den Sozialismus gewährt, was natürlich nicht wenig ist. Die republikanischen Freiheiten hätten in geschichtlich neuer Weise organisatorische Voraussetzungen des revolutionären Kampfes für den Sozialismus in den Ländern des Warschauer Paktes geschaffen.« (Behrens 1968, 58/246) Daran schließt Behrens die weitergehende These an, dass der Kampf um notwendige republikanische Freiheiten den Selbstzentrismus der Massen verlangt: »Die Hauptforderung einer auf den Sozialismus gerichteten Bewegung des Selbstzentrismus der Massen muss die Bildung von Arbeiterräten und die Errichtung einer Rätedemokratie sein. Soweit noch eine Repräsentation der Massen erforderlich ist, hat hierzu Marx alles notwendige in seiner Analyse der Pariser Kommune gesagt.« (ebd.)

An diese Lehren aus dem Scheitern des Realsozialismus kann auch für eine moderne sozialistische Transformationskonzeption angeknüpft werden, die nach wie vor sensibel gegenüber den Entfremdungs- und Verselbstständigungstendenzen des Staates nach dem Scheitern des neoliberalen Finanzmarktkapitalismus bleibt. Eine qualitativ neue politische Rationalität muss auf die Erhöhung von Handlungsfähigkeit und Autonomie der Subjekte ausgerichtet sein. Es kann kein Zurück zu einem einfachen Etatismus geben. Die sozialistische Plan- und Kommandowirtschaft stellte ihrerseits schon eine schlechte und unzulängliche Alternative zum Fordismus dar. Insofern muss an die heute entwickelten Formen von Selbstorganisation und Selbststeuerung angeknüpft werden, die sich inner- und außerhalb der Unternehmen im gegenwärtigen Kapitalismus herausgebildet haben. Aber bei allem Selbststeuerungspotenzial der flexiblen Betriebsweise schließt der entfesselte Kapitalismus immer noch Über- und Unterordnungsverhältnisse ein, die mögliche Freiheits- und Gestaltungsspielräume immer wieder konterkarieren oder gar zerstören. Gegen die schleichende Aushöhlung demokratischer Repräsentationsstrukturen und von Tendenzen zur Transformation in einen autoritären Kapitalismus mit Sicherheitsstaat müssen politische Rahmenbedingungen, die dagegen eine erhöhte Selbsttätigkeit der Individuen ermöglichen, durchgesetzt und mit einer bewussten Steuerung und Regulierung der kapitalistischen Wertschöpfungsprozesse verknüpft werden.

Die sozialistische Kapitalismuskritik basiert auf der These: Es kommt darauf an, den kapitalistischen Charakter der organisierten Arbeit und der

zentralisierten Produktionsmittel in Formen der assoziierten Arbeit und in gesellschaftliche Arbeitsmittel zu verwandeln. Der etatistische Ansatz war ein untauglicher Ansatz für diese Transformation. Heute tritt deutlich hervor, dass die erweiterte Selbstorganisation der Subjekte aufgegriffen und durch einen veränderten Rahmen die Einschränkungen und Widersprüche beseitigt werden müssen.

Fritz Behrens und der »westliche Marxismus«

Behrens' Abarbeitung an den verhängnisvollen Folgewirkungen des politischen Jakobinismus in den staatsmonopolistischen Strukturen des Realsozialismus leistet nicht nur einen Beitrag für eine moderne Sozialismuskonzeption, sondern in seinen Studien der 1970er Jahre legt Behrens darüber hinaus auch wieder den eigentlichen Impetus des (westlichen) Marxismus gegenüber einer bloßen Modernisierungstheorie im Rahmen des Staatssozialismus frei. Seine Skizze »Über eine sich selbst verwaltende Gesellschaft« eröffnet er wie folgt: »Sozialismus ist nicht ohne Wohlstand, wohl aber ohne Überfluss zu verwirklichen.« (Behrens 1992, 97/205)

Zu dieser in sich zunächst widersprüchlichen Ausgangsthese kommt Behrens aufgrund einer ökologiekritischen Fassung der Dialektik der Naturbeherrschung im Kapitalismus wie im Realsozialismus. Es zeugt von einer beeindruckenden Marx-Kenntnis, dass Behrens dazu zwei grundlegende Einsichten aus der »Kritik der politischen Ökonomie« aufgreift und dann ihren inneren Zusammenhang in seinem Sinne interpretiert. Zunächst die erste These bei Marx: »Die Millionen Arbeiter Großbritanniens haben als erste die reale Basis für eine neue Gesellschaft gelegt – die moderne Industrie, welche die zerstörenden Kräfte der Natur in die Produktivkräfte des Menschen verwandelte. Die englische Arbeiterklasse hat mit unbezwingbarer Energie, mit ihrem Schweiß und Verstand die materiellen Voraussetzungen dafür geschaffen, die Arbeit selbst zu adeln und ihre Früchte in solchem Maße zu vervielfachen, dass ein allgemeiner Überfluss ermöglicht wird. Indem sie die unerschöpflichen Produktivkräfte der modernen Industrie schuf, hat sie die erste Bedingung für die Befreiung der Arbeit erfüllt. Jetzt muss sie die zweite Bedingung hierfür verwirklichen. Sie muss jene Reichtum produzierenden Kräfte von den schmachvollen Ketten des Monopols befreien und sie der gemeinsamen Kontrolle der Produzenten unterwerfen, die es bis jetzt zuließen, dass gerade die Produkte ihrer Arbeit sich gegen sie wenden und sich in ebensoviele Instrumente ihrer eigenen Unterjochung verwandeln. Die Arbeiterklasse hat die Natur

erobert; jetzt muss sie die Menschen erobern.« (Marx 1854, 125) Behrens fasst dies in der These zusammen: »Marx gab wohl die knappste Formulierung seines Begriffs von Sozialismus in seinem Brief vom 9.3.1854 an das Arbeiterparlament: ›Die Menschen erobern.« (Behrens 1992, 98/206) Nach einer der Behrensschen Paraphrasierung vergleichbar durchdacht prägnanten und plastischen Definition von Sozialismus als sozialer Emanzipationsbewegung wird man in der Geschichte der sozialistisch-kommunistischen Literatur lange suchen müssen.

Aber in diesem Übergang von der ersten zur zweiten Bedingung im geschichtlichen Prozess der Emanzipation der Arbeit liegt die eigentliche Schwierigkeit (im Kapitalismus) und für Behrens die Tragödie (im Realsozialismus): Denn »die eroberte Natur stirbt inzwischen, wenn sie die Arbeiterklasse nicht in letzter Stunde rettet, und was die Menschen betrifft – sie sind noch nicht erobert, trotz des die eigene Enttäuschung übertönenden Siegesgeschrei der Ideologen des real existierenden Sozialismus« (ebd.). Der heimliche Grund dieser Tragödie in der Geschichte des Staatssozialismus liegt wiederum in einer folgenschweren (Diskurs)Verschiebung des eigentlichen Kerngehalts der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie im Gefolge der Oktoberrevolution und damit der Herausbildung des Systemgegensatzes, der »das kurze 20. Jahrhundert der Extreme« (Eric Hobsbawm) gesellschaftsgeschichtlich und politisch prägen sollte. Die Marxsche Werttheorie mit ihrer *differentia specifica* der bestimmenden Rolle des Mehrwerts ist der Sache nach eine Theorie dynamischer Reichtums- und Surplusproduktion und gemäß der darin eingeschlossenen Sozialismuskonzeption sollte das permanente Resultat entwickelter bürgerlicher Reichtumsproduktion – Überschuss und Überfluss – produktions- wie distributionsseitig dem gemeinsamen regulierenden Verstand einer Assoziation freier Individuen unterworfen werden. Gegenüber dieser Lesart der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie setzte eine West-Ost-Verschiebung des Marxismus ein, der unter den ideologischen (Legitimations)Zwängen des Sozialismusaufbaus (in einem Lande) in eine Modernisierungs- und Produktivkraftentwicklungstheorie mit philosophischem ML-Überbau uminterpretiert wurde. Über diese Schwerpunktverlagerung des Marxismus im Realsozialismus erlitt der »westliche Marxismus« (Perry Anderson) eine doppelte Niederlage. Zum einen kam der Kerngehalt des Marxismus – die Freisetzung der sozialen Potenziale des gesellschaftlich produzierten Surplus – in den drei großen Transformationskrisen des Kapitalismus im 20. (1928-1932, 1968-1975) und beginnenden 21. Jahrhundert (2007-2011) politisch nicht zum Zuge, sondern das katastrophische »weiter so« (Walter Benjamin). Zum

ändern wurde darüber auch die Verbindung von (theoretischem) Marxismus und (politischer) Arbeiterbewegung geschichtlich traumatisiert: »Das verborgene Kennzeichen des westlichen Marxismus besteht darin, dass er Resultat einer Niederlage ... der proletarischen Revolutionen in den fortgeschrittenen Gebieten des europäischen Kapitalismus nach dem ersten Weltkrieg ist ... Für die Exponenten des nun im Westen neu entstehenden Marxismus stellte die offizielle kommunistische Bewegung die einzige wirklich bedeutsame Verkörperung der internationalen Arbeiterklasse dar, gleichgültig ob diese Theoretiker sich ihr anschlossen, ob sie mit ihr ein Bündnis eingingen oder sie ablehnten. Die im Wesen der kommunistischen Parteien dieser Epoche angelegte strukturelle Trennung von Theorie und Praxis schloss eine einheitlich politisch-intellektuelle Arbeit aus, wie sie den klassischen Marxismus gekennzeichnet hatte...« (Anderson 1976, 68ff.) Zum Resultat dieser für die Linke folgenschwere Trennung von westlichem und östlichem Marxismus gehört auch das Paradox, dass im Unterschied zum westlichen Marxismus der Marxismus des Realsozialismus keine »politische Kultur der Niederlage« ausgebildet hat.

Eine solche drückt sich aber in dem Titel »Abschied von der sozialen Utopie« aus – und damit wieder zurück zu Fritz Behrens. Ihm gelingt es in seinen Studien aus den 1970er Jahren, den explosiven Gehalt der Modernisierungstheoretischen Verflachung des östlichen Marxismus freizulegen, indem er auf eine zweite grundlegende Einsicht in der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie zurückgeht und sie in dem Aufsatz »Über eine sich selbst verwaltende Gesellschaft« (Behrens 1992, 97/205) ausführlich zitiert: »Dass diese Entwicklung der Fähigkeiten der Gattung Mensch, obgleich sie sich zunächst auf Kosten der Mehrzahl der Menschenindividuen und ganzer Menschenklassen macht, schließlich diesen Antagonismus durchbricht und zusammenfällt mit der Entwicklung des einzelnen Individuums, dass also die höhere der Individualität nur durch einen historischen Prozess erkaufte wird, worin die Individuen geopfert werden, wird nicht verstanden...« (Marx 1861/63, 111) Das »nicht verstanden« ist bei Marx an die Adresse der Produktivkraftkritiker im Anfangsstadium der bürgerlichen Gesellschaft gerichtet, die im Unterschied zu Ricardo das progressiv-zivilisatorische Prinzip maßloser Profitproduktion nicht verstanden haben, das ja nach der geschichtlichen Phase der Kapitalknappheit und dem gelungenen Aufbau eines gesellschaftlichen Kapitalstocks zu einer Konstellation von Überschuss und Überfluss in der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion führt. Behrens hat es verstanden, leidet aber daran, dass der östliche Marxismus als (nachholende) Modernisierungstheorie die Menschenopfer im geschichtlichen Progress immer in »hero-

ischen Illusionen« rechtfertigt und gerechtfertigt hat, obwohl dies nur auf ein bestimmtes Stadium der Produktivkraftentwicklung und Reichtumsproduktion zutrifft. Diesen Rechtfertigungsdiskurs menschlicher Opfer beim Aufbau des Sozialismus, Verkehrung von Zweck – höheres Entwicklungsniveau der sozialistischen Gesellschaft – und Mittel – auf Kosten von Individuen – verortet Behrens wie schon gesehen zusätzlich politisch in einem tiefsitzenden *Jakobinismus* innerhalb des Marxismus: »Der Keim für diese Inversion von Zweck und Mittel wurde dem Marxismus in die Wiege gelegt, indem er das Organisationsprinzip der bürgerlich demokratischen Revolution, das im Klub und in der Partei, als eines überdimensionierten exklusiven Klubs, übernahm. Das Jakobinertum wird bis zum heutigen Tage vom Volkstribun und Führer, vom Parteiboss und Parteichef repräsentiert.« (Behrens 1992, 242/234) Behrens sah die kommunistischen Parteien im Staatssozialismus immer in der Rolle, die Notwendigkeit der Entwicklung der Produktivkräfte gegen die Menschenindividuen und auf ihre Kosten zu repräsentieren und diese fatale Konstellation immer wieder mit eben der Notwendigkeit der Produktivkraftentwicklung zu rechtfertigen. Dagegen hätte dieser fatale Zusammenhang ab Ende der 1960er Jahre, in denen auch die realsozialistischen Länder einen Zustand des Überschusses erreicht hatten, durchbrochen werden müssen, und so der Gehalt der westlichen Lesart des Marxismus als einer Theorie emanzipatorischen Umgangs mit dem Surplus auch für eine Reform des Realsozialismus freigesetzt werden können. Dieses unabgegoltene Vermächtnis von Fritz Behrens muss nun Bestandteil einer modernen zivilgesellschaftlichen Sozialismuskonzeption des 21. Jahrhunderts werden.

Literatur

- Anderson, P. (1976), Über den westlichen Marxismus, Frankfurt/M.
 Behrens, F. (1967), Kritik der politischen Ökonomie und ökonomische Theorie des Sozialismus, in: Kritik der politischen Ökonomie heute – 100 Jahre »Kapital«, hrsg. v. W. Euchner/A. Schmidt, Frankfurt/M. 1968.
 Behrens, F. (1968), Kurze Bemerkungen zum Prager Frühling (1968), in: Sozialismus, Heft 7/8-2008
 Behrens, F. (1992), Abschied von der sozialen Utopie, Berlin
 Dellheim, J./Krause, G. (Hrsg.) (2010), Sichtbare Hände – Staatsinterventionismus im Krisenkapitalismus, Berlin
 Gefter, M. (1988), »Stalin ist erst gestern gestorben...«, in: Afanassjew, J. (Hrsg.), Es gibt keine Alternative zu Perestroika: Glasnost, Demokratie, Sozialismus. Dreißig aktuelle Beiträge aus der Sowjetunion, Moskau/Nördlingen
 Heuer, U.-J. (1999), Ist demokratischer Sozialismus möglich?, in: »Ich habe ei-

- nige Dogmen angetastet...« Werk und Wirken von Fritz Behrens, hrsg. v. E. Müller/M. Neuhaus/J. Tesch, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig
- Kaiser, M. (1997), Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972, Berlin
- Lenin, W.I. (1921), Plan der Broschüre »Über die Naturalsteuer«, März-April 1921, in: W.I. Lenin, Werke (LW), Bd. 32, Berlin 1970
- Marx, K. (1854), Brief an das Arbeiterparlament, in: K. Marx/F. Engels, Werke (MEW), Bd. 10, Berlin 1960
- Marx, K. (1861/63), Theorien über den Mehrwert. Zweiter Teil, in: MEW, Bd. 26.2, Berlin 1972
- Marx, K. (1875), Kritik des Gothaer Programms, in: MEW, Bd. 19, Berlin 1962
- Steiner, H. (1999), Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens (1909-1980), in: »Ich habe einige Dogmen angetastet...« Werk und Wirken von Fritz Behrens, hrsg. v. E. Müller/M. Neuhaus/J. Tesch, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig

Manfred Lauermann

Behrens, Marx und die bundesdeutsche 68er-Bewegung

in memoriam Helmut Steiner (1936-2009)

»... dass der ›Wert‹ der Ware nur in einer historisch entwickelten Form [*Wertform*] ausdrückt, was in allen andern historischen Gesellschaftsformen ebenfalls existiert, wenn auch *in andrer Form, nämlich als gesellschaftlicher Charakter der Arbeit.*«

Karl Marx

Es ist ein Gemeinplatz, dass die Inkubationszeit von »68« vor 1968 zu verorten ist, wie andererseits »68« in der BRD bis 1970 dauert (Lauermann 2009a). Ein symbolisches Jahr für den Marxismus ist 1967, einhundert Jahre Erstveröffentlichung von Marx' »Kapital«, gewürdigt durch Tagungen und Publikationen in der DDR wie in der BRD. In der DDR treten Philosophie, Ökonomie, Politik fein getrennt auf, in der BRD gewissermaßen synthetisiert.

Fritz Behrens ist auffällig abwesend im DDR-Diskurs, dafür Referent und Diskutant in Frankfurt/M. im September 1967. Der Ort ist alles andere als zufällig. Iring Fetscher, Direktor des Instituts für Politikwissenschaft der Goethe-Universität, ist einer der kenntnisreichsten Marxologen, dessen für den Kalten Krieg ungewöhnliche Fairness erst heute, nach 1989, richtig begriffen werden kann. Frankfurt heißt auch: »Frankfurter Schule«, die Wirkung speziell der Adorno-Seminare auf den SDS, der 1968 Avantgarde, Provokationselite der Studentenbewegung sein wird. Kaum zufällig hat bis 1967 Fritz Behrens intensive Kontakte mit bundesdeutschen SDS-Gruppen (H. Steiner 1999, 27; Lauermann 2005, 17). Und nicht zuletzt ist Frankfurt mit dem »Vorort« Marburg lebendiges Zentrum der Linkssozialdemokratie bzw. ausgeschlossener SPDler wie Wolfgang Abendroth, zudem eng verkoppelt mit der Zentrale der IG Metall (Otto Brenner) und dem Übergangsfeld von Gewerkschaftslinken wie Heinz Brakemeier (vgl. Fetscher 2002).

Wer sich in der Marxschen Literatur, zum Teil im »Untergrund« oder am Rande des akademischen Betriebs, auskennt, wird wohlvertraute Namen unter den Teilnehmern finden: E. Altvater, Th. Bergmann, W. Fabian, J.M. Gillman, W. Hofmann, E. März, E. Mandel, O. Negt, A. Schmidt, P.

von Oertzen, Th. Prager, P. Vranicki. Star ist zweifellos Nicos Poulantzas, der dem sensationellen Projekt von Althusser's »Lire le Capital« zugerechnet wird; Geheimtipp ist Roman Rosdolsky, der einen Monat später stirbt, noch bevor seine epochale Marx-Interpretation »Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen Kapital« (1968) erscheinen kann. Weitere, sogenannte bürgerliche Wissenschaftler sind: H.-D. Ortlieb, K.W. Rothschild, G. Rittig und als »bunter Hund«: der Jesuit O. von Nell-Breuning. Aus der DDR: K. Steinitz, O. Reinhold, K. Bichtler und, last but not least, Fritz Behrens mit »Kritik der politischen Ökonomie und ökonomische Theorie des Sozialismus«.

Im Grunde könnte ich meine Aufgabe darin sehen, diesen Beitrag zu kontextualisieren. Dazu wäre das Lesefeld zu rekonstruieren, die heterogenen Traditionen, die, sei es in Berlin (Rudi Dutschke), sei es in Frankfurt (Hans-Jürgen Krah) kulminieren. Schon die bloße Wiedergabe der drei wichtigsten Publikationsorte, die Reihen: Politische Ökonomie (EVA), Archiv Sozialistischer Literatur (Neue Kritik) und edition suhrkamp benötigen einen eigenen Aufsatz (zum Lesefeld vgl. Lauermann 2009a, 139f.).

2008 erinnert Heinz Bude in einem launischen Text (»Wie weiter mit Karl Marx?«) an Paul M. Sweezys »Theory of Capitalist Development« und meint, sie sei 1970 während der Studentenbewegung bei Suhrkamp erschienen – nun, nicht richtig falsch, aber Sweezys deutsche Erstausgabe erschien elf Jahre früher in einem *Gewerkschaftsverlag*, in einer Reihe von Ortlieb und herausgegeben von Rittig, beide dann Teilnehmer der Septembertagung. Der Lieblingsschüler von Schumpeter, der amerikanische Marxist, wird quasi zweimal entdeckt (Sweezy 1959)! Bude wählt seinen Einstieg sehr geschickt, denn sein Thema wird die Auflösung dieses harten Kerns des Marxismus sein. Er registriert amüsiert, dass nunmehr Kapitalismuskritik wieder mit Marx angesagt ist, doch ohne die Niederlage des realen Sozialismus auch nur ansatzweise bedenken zu wollen. »Durch eine folgenreiche Verschiebung der Fragestellung ist Marx zu einem Theoretiker der kapitalistischen Gesellschaft geworden. Man hat dem marxistischen Denken unter dem Einfluss von Weber seine Basis in der Ökonomie und seine Hoffnung auf die Geschichte genommen. Übrig geblieben ist eine Endlosanalyse der Gesellschaft, die aus vielen Widersprüchen besteht, nicht aber an dem einen zerbricht« (Bude 2008, 24). Ein damit verwandter Verdrängungsmechanismus ist die Manie der Wertanalytiker, denen eine Hagiographie von 650 Seiten gewidmet ist, die nicht etwa ein Sachverzeichnis aufweist, sondern ein Personenverzeichnis, welches einen raschen Überblick darüber erlaubt, welcher Wertfetischist wie abweicht,

nicht dogmatisch genug ist und auf den rechten Weg durch den Doktoranden zurückgeführt werden muss.¹

Die Intentionen von Behrens

In seiner frühen Arbeit über H. H. Gossen stellt er die zentrale Frage: »Wie ist gesellschaftliche Produktion privater Produzenten überhaupt möglich? Wie ist es möglich, dass voneinander unabhängig produzierende Produzenten ohne Plan die vorhandenen gesellschaftlichen Bedürfnisse befriedigen können?« (Behrens 1949, 24) Die Antwort liegt im Wertgesetz und Mehrwertgesetz, die zeigen, wie vergesellschaftete Menschen sich isolieren und gleichwohl als isolierende vergesellschaftete Menschen existieren können (ebd. 26). Dazu resümiert Behrens in seinem 2. Abschnitt die Marxsche Tradition der Kritik der Politischen Ökonomie von Petty bis Ricardo, analysiert den Widerspruch von abstrakter und konkreter Arbeit, von Wert und Gebrauchswert, die Ausgangsstruktur der Krise. Seine Leitidee ist dabei, dass Marx mit der Bestimmung des historischen Ortes der bürgerlichen Ökonomie bereits diese im Prinzip aufhebt. »Damit wurde die bürgerliche Ökonomie durch die Marxsche Ökonomie als ihre Kritik zur *sozialistischen* Ökonomie.« (ebd. 28) Die Kritik der bürgerlichen Ökonomie wird zur Folie ex negativo für die Ökonomie des Sozialismus. »Dass die kommunistische Wirtschaft, obwohl zentral geleitet, eine demokratische Ordnung ist, die nicht nur entartet ist, wenn die Massen an der Wirtschaftsleitung unbeteiligt sind, sondern die ohne eine solche Beteiligung der Massen an der Wirtschaftsleitung überhaupt nicht funktionieren kann« (ebd. 33); dieses übersieht die moderne bürgerliche Ökonomie, namentlich Schumpeter, der ansonsten ein »großer Theoretiker« ist (ebd. 34).

Zwanzig Jahre später kann er in Frankfurt nur konstatieren, dass dieses Unternehmen, eine ökonomische Theorie des Sozialismus zu entwerfen, die dem Marxschen Projekt zumindest im Ansatz adäquat ist, gründlich gescheitert ist (Behrens 1968, 288). Einer der außertheoretischen Gründe

¹ Vgl. die köstliche Kritik von Henning 2009, eine Langfassung ist für das Marx-Engels-Jahrbuch 2009 geplant. Immerhin hat der intellektuelle Wertfetischismus, wie in der Geistesgeschichte die »kritischen Kritiker« 1848, seine Satiriker gefunden (Hanloser/Reitter 2008). Dass immer wieder redliche Reflexion qua Zufallsquotient wie in jedem Gruppenprozess auftritt, versteht sich von selbst, so m.E. Wolf (2008). Meine Antwort auf den Wertfetischismus als Urgrund des Marxschen Denkens habe ich angedeutet in Lauer mann 1998.

liegt in der Unterkomplexität einer sozialistischen Demokratie der Massen, d.i. »Selbstverwaltung der unmittelbaren Produzenten auf der Grundlage eines ›delegierten Gruppeneigentums‹« (ebd. 298) als Emergenzform von Selbstorganisation. In den Worten der Erstfassung: »Der Sozialismus entspricht erst dann seinem Begriff, er ist erst dann vollendet, wenn die Beseitigung der Entfremdung des Arbeiters von seinem Produkt nicht nur von zeitgenössischen Philosophen proklamiert [z.B. Eschke in Mende 1968, 177ff.; M.L.], sondern auch vollzogen wird, wenn die Produzenten ihre Produktionsmittel selbst verwalten und wenn ein bürokratischer Apparat, der notwendig ist, auf das Notwendigste beschränkt bleibt und die Mitbestimmung der Werk tätigen, ihre Mitwirkung an der Leitung und Planung der Wirtschaft nicht mehr behindert..., wenn die volle Entfaltung einer sozialistischen Demokratie weder durch innenpolitische noch außenpolitische Momente behindert wird.« (Behrens 1999a, 140)

Ich spreche von außertheoretischen Gründen. Aber liegt nicht zugleich bei Behrens eine Selbstkritik an seiner eigenen, umfangreichen Produktion vor, ist trotz der Fülle von Spezialstudien auch ihm kein Durchbruch zu einer Politischen Ökonomie des Sozialismus gelungen? 1967 vergleicht er die Stadien, die die Politische Ökonomie nach Marx durchlaufen hat, mit der Theorienlage im Sozialismus und überlegt, »dass die Theorie der sozialistischen Ökonomie die Schwelle zum Übergang vom Merkantilismus zum Physiokratismus überschritten hat und den reifenden Produktionsverhältnissen entsprechend sich ihrer klassischen Periode nähert« (Behrens 1968, 295). Letzteres ist bestenfalls Programmatik, was die Metaphorik des Näherns ausdrückt, dem westdeutschen Publikum geschuldet.² Denn in der Erstfassung ist er bestimmter: »Die historischen Bedingungen waren und sind die Ursache dafür, dass die politische Ökonomie des Sozialismus bis in die Gegenwart hinein – mit oder ohne Zustimmung ihrer Träger – ausschließlich in den Dienst der Sicherung des sozialistischen Aufbaus gestellt wurde, Merkantilismus und Kameralismus blieb.« (Behrens 1999a, 137)

Es sei ein spekulativer Gedanke erlaubt: Die Phase, die mit seinen eigenen Arbeiten erreicht wurde, ist die von Steuart (vgl. Behrens 1962, 100ff.) und vor allem die von Quesnay, dessen Reproduktionsschemata er für *seine* Themen umbaut, für die Differenz produktiver/unproduktiver Arbeit, für die vielfältigen Studien zur Arbeitsproduktivität und für

² Genauer gesagt: Behrens muss an seine Delegation denken und die ideologischen Auswirkungen nach der Rückkehr in die DDR antizipieren. Das nützt aber nichts! Vgl. Krause 1998, 169 u. 203; H. Steiner 1999, 28.

seine Theorie der *Messung* des Nutzeffektes der gesellschaftlichen Arbeit. Man könnte sich den Spaß machen, auf diesem Hintergrund von Stuart, dessen reiche Phänomenbeobachtung ökonomischer Tatsachen vorbildlich ist, und mit Anleihen an Quesnay ein negatives Reproduktionsmodell zu entwerfen: hilfreich ist die konstitutive Idee einer Mangelwirtschaft, die von Anfang an im Sozialismus gesetzt ist und die sich auf jeder erweiterten Stufe der Reproduktion wiederholt, bis schließlich die sozialistischen Produktionsverhältnisse Fesseln der Produktivkraftentwicklung darstellen.³

Wissenschaft ist nach einer Definition von Marx (1964, 113f.) »allgemeine Arbeit«, also nicht die Tätigkeit isolierter Individuen, beziehungsloser Einzelwissenschaftler. Doch zu solch einem wurde Behrens nach dem »Revisionismus«-Vorwurf zwangsweise gemacht, in moderner Ausdrucksweise: er wurde sozial, aber auch teilweise in seiner Subsistenz exkludiert. Zu der Unwahrscheinlichkeit der 1950er Jahre gehört, dass das Mitglied des ZK der SED, Wolfgang Steinitz, der international renommierte Sprachwissenschaftler und Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften, Behrens und Kohlmey in Anwesenheit von Walter Ulbricht vor dem ZK verteidigt, was den Parteibann selbstredend eher provoziert, denn bei dem niedrigen Stand der Demokratie in der DDR verhindert.⁴ Behrens versucht danach in die scientific community der Wirtschaftswissenschaftler zurückzukommen, mittels obligatorischer Selbstkritik, verstärkt durch ein Feiern des sowjetischen Kommunismus, wo schwer zu entscheiden ist, was Parodie, was flacher Positivismus ist (Behrens 1958).

Seine gehaltvollere, mehrfach umgearbeitete Monographie zum sozialistischen Wertgesetz scheitert an den Resonanztexten – ganz abgesehen von seiner im Titel offerierten, durchschaubaren Selbstkritik. Der Versuch, das Thema weitgehend auf dem Hintergrund der sowjetischen Ökonomie-Dogmatik zu behandeln, scheitert an derer Substanzlosigkeit, da hilft ein einziger Bezug auf den bedeutenden Marxisten Maurice Dobb nicht wirklich.⁵ Die Phase der (versuchten) Anpassung wird nicht lange wäh-

³ Siehe Nick 2001, bes. 40f., geradezu der Gegenverlauf zu Behrens' Produktivitätspostulat. Nick gehört zu denjenigen, die 1989 unsanft aus ihrem ideologischen Tiefschlaf aufgeweckt wurden. Noch 1967 in Reaktion auf Behrens fühlt sich Nick in Übereinstimmung mit der SED- und Staatsführung (vgl. Krause 1998, 169).

⁴ Zum Vorgang siehe H. Steiner 1999, 24–26; Krause 1998, 125–133; A. Steiner 2006 und W. Steinitz 1956, 349–354.

⁵ Vgl. Behrens 1961, 43. Erst zehn Jahre später wird ein Außenseiter im sowjetischen Feld eine gehaltvolle theoretische Studie verfassen, die ein radikaler Gegenentwurf zur kapitalistischen Produktionsweise ist: die Analyse des Sozialismus aus

ren, Behrens gerät allmählich in die Stimmung einer inneren Emigration, alsbald in Resignation (Hopfmann 1997). Mich würde interessieren, ob er bei seinen neuen vier Bänden des »Grundrisses der Geschichte der politischen Ökonomie«, deren Mängel der Einzelkämpfer deutlich verspürt (Krause 1999, 90), an seine frühen Texte wie den zu Gossen gedacht hat. Die Zurechnungsmanie – mit problematischen, weil identifikatorischen Verweisen auf Marx – der überwiegenden Anzahl der Ökonomen der Marx-Epoche zur Vulgärökonomie, die »nach einer allzu groben, schablonenhaft und klassenreduktionistisch verfassten ›Lager‹-Theorie« (ebd. 95) vorgenommene Einteilung von marxistischer/bürgerlicher Wissenschaft mag bei Gossen noch diskutabel sein. Krause spricht zutreffend von einer »Selbstprivilegierung der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse als ›wahre(r)‹ Wissenschaft« (ebd. 97), ich möchte mit Blick auf die linksradikale Tradition seit '68, die heuer besonders von den »Wertfetischisten« gepflegt wird, den systemtheoretischen Terminus *Selbstsimplifikation* vorschlagen. Jedoch bleibt es nicht bei dieser Lagerbildung, sondern abweichende Meinungen aus dem eigenen werden allzu leicht dem feindlichen zugeschlagen. Behrens kann in seiner Behandlung des berühmten »6 Bücher Plans« nicht einfach seine Differenz zu Henryk Grossmanns Pilotstudie markieren, sondern muss ihm mit Lenin (!) undialektisches Denken vorwerfen, Formalismus insinuieren. Dabei dürfte er ohne Grossmanns Arbeit von 1929 gar nicht auf die Idee seiner Interpretation gekommen sein, wohl in Vorbereitung auf die *gemeinsame* Lehrtätigkeit in Leipzig, an die der jüdische Emigrant, der dem marxistischen Kern der Frankfurter »Kritischen Theorie« angehörte, berufen war. Ganz im Sinne von Behrens, der für den frühen Aufbau der DDR-Universitäten forderte: »Da hilft nichts, da muss ein Haufen jüdischer Emigranten her!«⁶

Das »innere Band« (Marx zu Smith und Ricardo) der kapitalistischen Produktionsweise, zu deren Erforschung nicht zuletzt Grossmann Wichtiges beigetragen hat, wird für die sozialistische nicht entdeckt, die Marxsche Aufgabenstellung wird verfehlt. »Der Maßstab der ›Gesellschaftlich-

der konstruierten Perspektive der »letzten«, der kommunistischen Formation. Also ist er gewissermaßen doppelt defizitär! Siehe Pokrytan 1973.

⁶ Zitiert bei H. Steiner (1999, 18) nach Auskunft von Walter Markov. Zum Plan-Entwurf vgl. Grossmann 1929; Behrens 1952. Der aktuelle Forschungsstand ist unvergleichlich komplexer, vor allem weil umfangreiche neue Marxsche Manuskript-Massen einbezogen sind (Jahn/Marxhausen 1983, 51ff.). Grossmann konnte die Lehre nicht mehr aufnehmen, er starb schwer erkrankt bereits 1950 (Scheele 1999).

keit« muss aus der Natur der jeder Produktionsweise eigenthümlichen Verhältnisse, nicht aus ihr fremden Vorstellungen entlehnt werden«. ⁷

Welchen Optimismus hatte der junge Behrens in seiner Gossenstudie für die Ideenevolution der entstehenden marxistischen Wissenschaft gehabt, selbstbewusst das wohlbekannte »Wertfreiheits«-Postulat von Marx zitierend: »Einen Menschen aber, der die Wissenschaft einem nicht aus ihr selbst (wie irrtümlich sie immer sein mag), sondern *von außen*, ihr *fremden, äußerlichen Interessen* entlehnten Standpunkt zu akkomodieren, nenne ich »gemein«. Es ist nicht gemein von Ricardo, wenn er die Proletarier der Maschinerie oder dem Lastvieh oder der Ware gleichstellt, weil es die »Produktion« (von seinem Standpunkt aus) befördert, dass sie bloß Maschinerie oder Lastvieh seien oder weil sie wirklich bloß Waren in der bürgerlichen Produktion sind. Es ist dies stoisch, objektiv, wissenschaftlich.« ⁸ Wie Planwirtschaft und Demokratie der Massen (multitudo!) notwendig zusammengehören, so logischerweise Denk-Freiheit der Wissenschaft und demokratischer Sozialismus – aber das wusste auf seine Art etwas früher Spinoza (1670) und dank Helmut Seidel hätte es die SED- und Staatsführung der DDR zumindest seit 1967 wissen können!

Nachsatz: China und Behrens

Vorbemerkung: Während des Vortrags von Christa Luft (vgl. ihren Beitrag in diesem Band), die Behrens in die Perspektive der Partei DIE LINKE rücken möchte, dachte ich an meine aktuelle Beschäftigung mit der VR China (Lauermann 1999b) und habe in der Präsentation meines Vortrags diese Perspektive versuchsweise vorgeschlagen. Folge war, dass Uwe Behrens, ein Sohn von Behrens, der in China lebt und arbeitet, mit mir in der Kaffeepause intensiv und anregend diskutierte; ferner, dass ich in der ausliegenden Broschüre der Luxemburg-Stiftung Sachsen (»Alternative Ökonomie in der Traditionslinie von Fritz Behrens«) den amüsanten Artikel von Zwerenz (2005) zum chinesischen Drachen fand.

In den »Sitzungsberichten« der Akademie der Wissenschaften, weitgehend der letzte Publikationsort für das Akademie-Mitglied Behrens, kon-

⁷ MEGA 2 II/5: 41f., zitiert nach Wolf 2008, 136. Dazu der gesamte Abschnitt, Gesellschaftliche Rolle der abstrakten Arbeit in einem nichtkapitalistischen Gemeinwesen (ebd. 133-140) und die wichtige conclusio (178).

⁸ Behrens 1949, 35/36. Behrens zitiert nach der Kautsky-Ausgabe der »Theorien über den Mehrwert«, ich habe die Textfassung leicht verbessert nach Marx 1974, 112.

zentrierte er sich auf Miniaturen. 1966 nimmt er zurückhaltend zur Ulbrichts »Reform von oben«, dem Neuen Ökonomischen System (NÖS), Stellung, sehr diskret auf seine inkriminierte Überlegungen von 1956/57 zurückkommend, den frei flotierenden Preisen. Das NÖS »erweitert das Instrumentarium dieser Leitung und ermöglicht es, sorgfältig abzuwägen, unter welchen Bedingungen sich die eine oder die andere Form der Leitung am günstigsten anwenden lässt. Der Plan bleibt das Hauptinstrument der staatlichen Leitung, aber er berücksichtigt nicht nur die Marktbeziehungen, sondern bezieht sie ein, weil nur, wenn Plan und Markt nicht als sich ausschließende Gegensätze, sondern als Pole einer dialektischen Beziehung verstanden werden, bilanzierende Pläne als reale Pläne oder – genauer – als zu realisierende Pläne aufgestellt werden können.« (Behrens 1966, 15) Ergänzend wird unterschieden zwischen Wachstums- und Wohlstandseffekt, ersterer Tauschwert = Kapitalfixiert, dagegen der zweite Gebrauchswertorientiert. Gunther Kohlmey konkretisiert diese Dimension an dem absichtsvoll gewählten Beispiel der »Autogesellschaft«. »Wer bestimmt im Sozialismus die Richtungen der Konsumtionsentwicklung? ... Wichtig ist also, einen Mechanismus zu entwickeln, der für sozialistische Bedingungen einen zweckmäßigen Einfluss der Konsumenten auf die Produktion gewährleistet. Das wäre wohl erstens ein echter Marktmechanismus sozialistischer Konsumenten und Produzenten und zweitens der Ausbau der sozialistischen Demokratie, damit die Konsumenten in den Betrieben, Wohnbezirken, Vertretungen, Organisationen ... wirk-same Möglichkeiten erhalten, mitzuplanen.« (1966, 20/21)

Nach der Unterbrechung des chinesischen Sozialismus, der seit 1949 strukturell dem SU- bzw. DDR-Modell verwandt war, durch die »Kulturrevolution« 1966/67 – gewissermaßen ein politisches Großexperiment und ein Reflexionsschub in einem (Lauer mann 2009b) – startet China mit einer bewussten Phase des »Neoliberalismus« (David Harvey) in den 1990er Jahren. Die Freisetzung von *Markt*,⁹ um diesen nach einer Ver-

⁹ »Sozialismus als verständige und vernünftige Ordnung der Gesellschaft kann nur unter Voraussetzung der institutionellen Sicherung der Produktivkraftentwicklung eine akzeptable Realität haben. Da der Markt das soziale Medium positiver Selektion wertbevorzugter Produktivkräfte ist, kann eine künftige Sozialismustheorie keine Negation des Marktes, keine Denunziation des Handels implizieren. Die Produktivkraftsteigerung ist die condition sine qua non der schlichten physischen Erhaltung des materiellen Lebens der Menschen. Und sie ist ohne progressive Produktivkraftentwicklung nicht zu haben. ... Der Widerspruch zwischen persönlichen und gemeinschaftlichen Interessen ist nicht auszuschließen, sondern zu beherrschen.« (Ruben 1992, 376) Das dialektische Gegenteil dazu ist die Planungs-

suchszeit und nach den erwarteten wie eingetretenen Folgen von Wachstumsraten um 8-10 Prozent, auf anderer Stufenleiter wieder zu kontrollieren, ihn in einen Gesamtplan dialektisch hineinzucopieren. Dieses ist inzwischen seit 2005 sukzessive in Angriff genommen, unter dem chinesisch-blumigen Titel »harmonische Gesellschaft« (vgl. hierzu Peters 2009, 519ff.). Wir erleben aktuell den strukturelle Umbau von Wachstumseffekt auf Wohlfandseffekt im Sinne Behrens', ferner den Ausbau der Demokratie in Gestalt von Dorfverwaltungsomitees (*cunmin weiyuanhui*), von lokaler Selbstverwaltung (*difang zizhi*), von Stadtnachbarschaftskomitees (*jumin weiyuanhui/shequ weiyuanhui*). Schließlich, unterstützt durch neue, anti-neoliberale Arbeitsgesetze, wird die Organisation gewerkschaftlicher/betrieblicher Mitbestimmung reanimiert.

Die VR China musste sich 1989/90 der Tatsache stellen, die Behrens gegen seine eigene Wunschvorstellung antizipiert: Wenn die kapitalistischen Verhältnisse nicht revolutionär aufgesprengt werden, oder gar die alternativen sozialistischen Produktionsverhältnisse stagnieren und zerfallen, dann gilt: Es »ist vielmehr ein revolutionärer Prozess, der – wenn er nicht stattfindet, verpasst oder verfehlt wird – zu Anpassungen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse an die neuentwickelten Produktivkräfte statt zu ihrer Ersetzung führt.« (Behrens 1976, 178) Nun, dieser Mechanismus wird von der KP China aufgegriffen oder vielmehr: umfunktioniert. Einer der Hauptbedingungen für dialektische Planung ist die freie Diskussion, zum einen mit und unter der Wissenschaft, zum anderen in den Parteigremien. Daher noch einmal der Kontrast zur Behrens-DDR. »Wissenschaft ist stets mit strategischen Fragen verbunden. Auch für einen marxistischen Wissenschaftler gilt es, nach Wahrheit zu streben. ... Dieses Streben der Wissenschaftler nach nützlichen Wahrheiten ist immer wieder mit politischen Absichten der Parteiführung in Konflikt gekommen. Die sich aus dem staatlichen Eigentum an den Produktionsmitteln ergebende Zentralisierung der Macht erforderte ein hohes Maß an Wissenschaftlichkeit der Politik. Dieselbe Zentralisierung der Macht brachte zugleich den Wunsch und die Möglichkeit nach Manipulierung mit sich.« (Heuer 1999, 114) Der geneigte Leser möge Heuers Analyse des Konflikts Behrens/Partei in den Präsenz übertragen und die Vorzeichen umkehren (Dezentralisierung der Macht, Nicht-Manipulierung von Wissenschaft, kein Konflikt mit der Parteiführung, sondern harmonisch = dialektische Anerkennung

dimension, die von Zelik/Altwater für eine sozialistische Gesellschaft stark gemacht wird (2009, 186-194).

der Rollenspezifik von Parteiführung und Wissenschaft), dann hätte er ein Bild des gegenwärtigen revolutionären Prozesses Chinas.

Literatur

- Behrens, F. (1949), Hermann Heinrich Gossen oder die Geburt der »Wissenschaftlichen Apologetik« des Kapitalismus. Leipziger Schriften zur Gesellschaftswissenschaft, Heft 1, Leipzig
- Behrens, F. (1952), Der Aufbauplan des Marxschen »Kapital«, in: F. Behrens, Zur Methode der Politischen Ökonomie, Berlin
- Behrens, F. (1958), Einige Fragen der ökonomischen Entwicklung im Lichte der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin Vorträge und Schriften, Heft 63, Berlin
- Behrens, F. (1961), Ware, Wert und Wertgesetz. Kritische und selbstkritische Betrachtungen zur Werttheorie im Sozialismus, Berlin
- Behrens, F. (1962), Grundriss der Geschichte der Politischen Ökonomie, Bd. I: Die politische Ökonomie bis zur bürgerlichen Klassik, Berlin
- Behrens, F. (1963), Zur Theorie der Messung des Nutzeffektes der gesellschaftlichen Arbeit. Deutsche Akademie der Wissenschaften, Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften, Nr. 13, Berlin
- Behrens, F. (1966), Ursachen, Merkmale und Perspektiven des neuen Modells der Leitung der sozialistischen Wirtschaft, Sitzungsberichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin – Klasse für Philosophie, Geschichte, Staats-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, Nr. 1, Berlin
- Behrens, F. (1968), Kritik der politischen Ökonomie und ökonomische Theorie des Sozialismus, in: W. Euchner/A. Schmidt (Hrsg.), Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre »Kapital«, Frankfurt a.M./Wien
- Behrens, F. (1976), Grundriss der Geschichte der politischen Ökonomie, Bd. II: Die Marxsche Politische Ökonomie, Berlin
- Behrens, F. (1999a): Erste Fassung der Rede zum Colloquium »Kritik der politischen Ökonomie«, in: E. Müller/M. Neuhaus/J. Tesch, Joachim (Hrsg.), »Ich habe einige Dogmen angetastet...« Werk und Wirken von Fritz Behrens, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig
- Behrens, F. (1999b): Verzeichnis der wissenschaftlichen Arbeiten und Veröffentlichungen, in: E. Müller/M. Neuhaus/J. Tesch (Hrsg.), a.a.O.
- Bude, H. (2008), Wie weiter mit Karl Marx?, Hamburg
- Euchner, W./Schmidt, A. (Hrsg.) (1968), Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre »Kapital«, Frankfurt a.M./Wien
- Fetscher, I. (Hrsg.) (1968), Der Kommunismus von Marx bis Mao Tse-tung. Klagenfurt.
- Fetscher, I./Schmidt, A. (Hrsg.) (2002), Emanzipation als Versöhnung (Festschrift für Heinz Brakemeier), Frankfurt a.M.
- Grossmann, H. [1929], Die Änderung des ursprünglichen Aufbauplans des Marxschen »Kapital« und ihre Ursachen, Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, erneut in: H. Grossmann, Aufsätze

- zur Krisentheorie, Frankfurt a.M. 1971
- Grossmann, H. (1967), Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems, Reihe: archiv sozialistischer literatur, Bd. 8, Frankfurt a.M.
- Hafner, K./Huckenbeck, K. (2008), 150 Jahre Grundrisse: Eine Revolutionierung der Marx-Lektüre, Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge 2008, Berlin
- Hanloser, G./Reitter, K. (2008), Der bewegte Marx. Eine einführende Kritik des Zirkulationsmarxismus, Münster
- Heuer, U.-J. (1999), Ist demokratischer Sozialismus möglich?, in: E. Müller/M. Neuhaus/J. Tesch (Hrsg.), a.a.O.
- Henning, Ch. (2009), Rezension – Ingo Elbe: Marx im Westen, Berlin 2008, in: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/type=rezbuecher> 07.05.2009
- Hopfmann, A. (1997), Fritz Behrens – ein Wissenschaftlerleben zwischen Aufbruch, Anpassung, innerem Widerstand und Resignation, in: UTOPIE kreativ, Heft 76
- Jahn, W./Marxhausen, Th. (1983), Die Stellung der »Theorien über den Mehrwert« in der Entstehungsgeschichte des »Kapitals«, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED/Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Hrsg.), Der zweite Entwurf des »Kapitals«, Berlin
- Kohlmeier, G. (1966), Zielfunktionen des sozialistischen Wirtschaftens, Sitzungsberichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Berlin
- Kosłowski, P./Chen, Y. (Hrsg.) (1986), Sozialistische Marktwirtschaft. Soziale Marktwirtschaft. Theorie und Ethik der Wirtschaftsordnung in China und Deutschland, Heidelberg
- Krause, G. (1998), Wirtschaftstheorie in der DDR, Marburg
- Krause, G. (1999), Fritz Behrens und die Geschichte der politischen Ökonomie, in: E. Müller/M. Neuhaus/J. Tesch (Hrsg.), a.a.O.
- Lauermann, M. (1998), Marx als Wirtschaftssoziologe. Eine Problemskizze, in: C. Warnke/G. Huber (Hrsg.) (1998), Die ökonomische Theorie von Marx – was bleibt? Reflexionen nach dem Ende des europäischen Kommunismus, Marburg
- Lauermann, M. (2005), Die Sozialwissenschaften der DDR aus der Sicht des bundesdeutschen SDS, Philosophische Gespräche, Heft 7, Helle Panke, Berlin
- Lauermann, M. (2009a), Vierzig Jahre 1968. Ein Literaturüberblick, in: Berliner Debatte Initial 20
- Lauermann, M. (2009b), Chinas dialektische Planwirtschaft – eine Antwort auf die Finanzkrise, in: Z. Zeitschrift für Marxistische Erneuerung, Heft 78
- Lauermann, M. (2010), Der Briefwechsel Rosdolsky-Korsch im Horizont der Marx-Rezeption 1968, Beiträge zur Marx-Engels-Forschung NF (i.V.)
- Marx, K. (1974), Theorien über den Mehrwert. Zweiter Teil, in: K. Marx/F. Engels, Werke (MEW), Bd. 26.2, Berlin
- Marx, K. (1964), Das Kapital. Dritter Band, MEW, Bd. 25, Berlin
- Marx, K. (1879/1880), Randglossen zu Adolph Wagners »Lehrbuch der politischen Ökonomie«, in: K. Marx/F. Engels, Werke (MEW), Bd. 19, Berlin
- Mende, G./Lange, E. (Hrsg.) (1968), Die aktuelle philosophische Bedeutung

- des »Kapitals« von Karl Marx, Berlin
- Müller, E./Neuhaus, M./Tesch, J. (Hrsg.) (1999), »Ich habe einige Dogmen angetastet...« Werk und Wirken von Fritz Behrens, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig
- Nick, H. (2001), Mangelwirtschaft in der DDR. Ursachen und Wirkungen, Hefte zur DDR-Geschichte, Heft 68, Helle Panke, Berlin
- Peters, H. (2009), Die VR China – aus dem Mittelalter zum Sozialismus. Auf der Suche nach der Furt, Essen
- Pokrytan, A.K. (1973), Produktionsverhältnisse und ökonomische Gesetze des Sozialismus, Berlin
- Reichelt, H. (1970), Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx, Frankfurt a.M./Wien
- Reichelt, H. (2008), Neue Marx-Lektüre, Hamburg
- Ruben, P. (1998), Was bleibt von Marx' ökonomischer Theorie?, in: C. Warnke/G. Huber (Hrsg.), a.a.O.
- Ruben, P. (1992), Der Herbst '89 und die Perspektiven der Sozialismustheorie, in: Sinn und Form (44)
- Scheele, J. (1999), Zwischen Zusammenbruchsprognose und Positivismusverdikt. Studien zur politischen und intellektuellen Biographie Henryk Grossmanns (1881-1950), Frankfurt a.M. u.a.
- Spinoza, B. [1670]: Der Theologisch-politische Traktat. Mit einem Essay »Spinoza und die Denkfreiheit« von H. Seidel, Leipzig 1967
- Steiner, A. (2006), Die »Revisionismus«-Debatte und die DDR-Wissenschaftler Fritz Behrens und Arne Benary, Internet: www.zeitgeschichte-online.de/zol/portals_ungarn1956/documents/steiner_behrensbenary.pdf
- Steiner, H. (1999), Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens (1909-1980), in: E. Müller/M. Neuhaus/J. Tesch (Hrsg.), a.a.O.
- Steinitz, W. (1956), Rede vor dem ZK der SED am 28. Juli 1956, in: K. Steinitz/W. Kaschuba (Hrsg.), Wolfgang Steinitz. Ich hatte unwahrscheinliches Glück. Ein Leben zwischen Wissenschaft und Politik, Berlin 2006
- Sweezy, P.M. (1959), Theorie der kapitalistischen Entwicklung. Eine analytische Studie über die Prinzipien der Marxschen Sozialökonomie, Köln
- Warnke, C. /G. Huber (Hrsg.) (1998), Die ökonomische Theorie von Marx – was bleibt? Reflexionen nach dem Ende des europäischen Kommunismus, Marburg
- Wolf, D. (2008), Zur Methode in Marx' *Kapital* unter besonderer Berücksichtigung ihres logisch-systematischen Charakters, in: Berliner Verein zu Förderung der MEGA-Edition e.V., Wissenschaftliche Mitteilungen, Heft 6, Berlin
- Zelik, R./E. Altwater (2009), Vermessung der Utopie. Ein Gespräch, München
- Zwerenz, G. (2005), Bloch, Behrens und der Chinesische Drache, in: H.-G. Draheim/R. Emmrich/D. Janke (Hrsg.), Alternative Ökonomie in der Traditionslinie von Fritz Behrens, Diskurs – Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus, Heft 18, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig

Christa Luft

Die Behrens'sche Suche nach einer sozialistischen Reformökonomie geht weiter

1.

Mein Beitrag dient der Erinnerung an einen Politökonom der DDR, der verdientermaßen ein »Vordenker des demokratischen Sozialismus« genannt wird. Von persönlichen Begegnungen mit Fritz Behrens kann ich leider nicht berichten. Meine Bekanntschaft mit seinen Auffassungen stammt aus dem aufmerksamen Verfolgen seiner Aufsätze in der Zeitschrift »Wirtschaftswissenschaft«. Das war Mitte der 1950er bis Mitte der 1960er Jahre. Als Studentin und junge Assistentin interessierten mich die auch mit seinem Schüler Arne Benary zusammen verfassten Artikel zur Messung der Arbeitsproduktivität, zur Zeitsummenmethode, vor allem aber zur Warenproduktion im Sozialismus und zur Rolle des Wertgesetzes.

Von Nummer zu Nummer wurden die Reaktionen auf die Beiträge heftiger, diffamierender. Ich habe zu jener Zeit erstmals bewusst wahrgenommen, wie ein redlicher Mann der Wissenschaft von jenen, die sich als Inhaber der absoluten Wahrheit aufführten, des »Revisionismus« bezichtigt und ins Abseits manövriert wurde. Etwas später wiederholte sich das an einem meiner Lehrer Gunther Kohlmey. Wie weit war doch die SED-Obrigkeit entfernt von einem toleranten Umgang mit Menschen, die Parteibeschlüsse nicht einfach nachbeteten, sondern sich in bester Absicht mit eigenen, über den Tag hinausreichenden Ideen und Vorschlägen positionierten, die »Demokratie« nicht nur auf den Lippen führten, sondern praktisch einforderten. Um einen Rat von Brecht aufzugreifen, sollten wir Fritz Behrens ehren, indem wir uns nützen.

Das Gedankengut von Behrens ist in jüngerer Zeit mehrfach gewürdigt und kritisch-konstruktiv befragt worden. Ausdrücklich nenne ich das von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen veranstaltete Kolloquium (Alternative Ökonomie 2005), Aufsätze von Helmut Steiner (2008) und von Anneliese Braun (2009). Ich stütze mich darauf und stelle einige weitere Überlegungen zur Diskussion.

2.

Hätte Behrens den politischen Umbruch, die Implosion der DDR und der anderen Länder Mittel- und Osteuropas Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre erlebt – er hätte gewiss davor gewarnt, das als endgültiges Aus für den Sozialismus und damit, wie etwa F. Fukuyama (1992), als »Ende der Geschichte« zu postulieren. Der war bekanntlich der Meinung, dass es zu bürgerlicher Demokratie und freier Marktwirtschaft nach dem Ende der Systemauseinandersetzung keine Alternative mehr gäbe. Behrens hätte wohl deshalb dagegen gehalten, weil er, jedenfalls in seinen späten Manuskripten, den real existierenden Sozialismus nicht als einen Sozialismus gesehen hatte. Der Sozialismus sei nicht aus dem Zustand der konkreten Utopie herausgekommen, konstatierte er. »Ein nicht- oder undemokratischer Sozialismus ist überhaupt kein Sozialismus« (Behrens 1992, 34). Diese Sicht muss man nicht teilen. Andere Autoren sprechen differenzierter von »unreifem« oder »frühem« Sozialismus, von »Sozialismus sowjetischer Prägung« oder »Pseudosozialismus«.

Behrens legt aber zu Recht den Finger darauf, dass Demokratie ein konstitutives, ein unabdingbares, nicht ersetzbares Element für Sozialismus ist. Das muss bei der weiteren Suche nach Alternativen zur gescheiterten Ordnung ein Imperativ sein. Im Zentrum des entwickelten Sozialismus steht bei Behrens die Entfaltung einer realen Demokratie, bei der die Produzenten ihrer Eigentümerfunktion auch tatsächlich gerecht werden können (ebd. 140). Staatliches Eigentum an Produktionsmitteln und zentralistische Planwirtschaft machen noch keinen Sozialismus aus. Sie sind nicht das eigentliche Ziel. Staatseigentum, so Behrens, birgt zwar die Möglichkeit der Überwindung der kapitalistischen Ausbeutung und der Entfremdung in sich. Es ist aber noch nicht die Lösung, solange die Produzenten nicht über demokratische Mitgestaltungsmöglichkeiten bei der Verteilung und Verwendung des Mehrproduktes verfügen.

Wie sah der DDR-Wirtschaftsmechanismus zu Zeiten von Behrens aus? Die radikale Verstaatlichung des Eigentums an Produktionsmitteln in allen Branchen und bis zur kleinsten Fabrik, oft fälschlich als originäres Merkmal von Sozialismus ausgegeben, ging bekanntlich ohne Gewährleistung der realen Verfügung der Produzenten über dieses Eigentum vor sich, ohne gleichzeitige reale Mitbestimmung der Belegschaften und ohne Pflege eines Eigentümerbewusstseins. Das verstaatlichte Eigentum erwies sich als anonym, die Vergesellschaftung des Eigentums an Produktionsmitteln war formal, nicht real. Außerdem war es eine irrige Annahme, verstaatlichtes Eigentum sei per se fortschrittlich und trüge automatisch Früchte im Interesse der Menschen.

Mit dem verstaatlichten Eigentum korrespondierte ein überdimensioniertes zentralistisches Planungssystem. Das engte die Handlungsspielräume der wirtschaftenden Einheiten stark ein und ignorierte deren eigenständige ökonomische Interessen. Die verbindlich »von oben« vorgegebenen Ziele passten selten solide mit den verfügbaren Mitteln zusammen.

Waren Ideen und Vorschläge aus den Belegschaften heraus noch so gut, wenn es an Bilanzanteilen, also an geplanten Ressourcen für die Umsetzung mangelte, waren sie meist nicht willkommen, sondern galten eher als störend. Bereits 1948 verkündete der damalige Verantwortliche für die volkseigenen Betriebe, Fritz Selbmann: »Wir werden bis zur letzten Maschine, bis zur letzten Produktionseinheit der volkseigenen Industrie durchplanen.« (1949, 109). So drastisch kam es zwar nicht, aber Anfang 1950 waren 74 Prozent der Kapazitäten von Betrieben »mit bestätigter Produktionsauflage« verplant (Roesler 1978, 48). Mitte der 1950er Jahre enthielt die von der zentralen Plankommission vorgegebene »Schlüssel-liste« 2.700 Positionen, d.h. jene Produktionsaufträge, deren Realisierung – auf die einzelnen Betriebe aufgeschlüsselt – in einer genau festgelegten Menge und Qualität zu erfolgen hatte (ebd. 154). Und 1989 schließlich umfasste der Staatsplan 3.800 Positionen. Somit war kaum noch Spielraum für eigenverantwortliches Handeln der Betriebe, für Kreativität, für Innovationsprozesse und Steigerung der Produktionseffizienz. Das ökonomische Interesse der Betriebe galt mehr der möglichst umfangreichen Bereitstellung von Ressourcen als dem sparsamen Umgang damit (Steinitz 2009, 55/56).

Behrens kritisierte das bürokratische, Voluntarismus fördernde undemokratische Planungssystem. Die zentralen Leitungsinstanzen sollten nicht mehr jede Einzelheit im Auge haben, sondern nur die Rahmenbedingungen setzen, um das Handeln der Betriebe wie auch der Beschäftigten in die von der Zentrale gewünschte Richtung zu führen. Ein Minimum zentraler Anweisungen und ein Maximum an Initiative und Selbständigkeit »von unten« sollte mit der bewussten Ausnutzung des Wertgesetzes, also bestimmten Marktkategorien, erreicht werden. Das erfordere, so Behrens, wirtschaftliche Handlungsspielräume für die Betriebe und ein funktionsfähiges Zentralbanksystem. Für eine reale Planung müssten die Betriebe auf den sich wandelnden Bedarf reagieren können. Um Angebot und Nachfrage ausbalancieren zu können, sei es erforderlich, die Preise innerhalb einer bestimmten Bandbreite beweglich zu gestalten. Das auf diese Weise aktivierte wirtschaftliche Eigeninteresse der Betriebe galt Behrens als Hauptanreiz für eine sozialistische Entwicklung.

Missachtet wurden im real existierenden Sozialismus Marktbeziehungen und die ihnen entsprechenden Kategorien wie Wert, Preis, Gewinn, Kredit, Währungskurs. Statt dessen dominierte die Anwendung administrativer Surrogate, wie Festpreise, Subventionen, ökonomische Hebel, Währungsumrechnungs- und Richtungskoeffizienten. Durch überwiegende Nutzung von Natural- statt Wertkennziffern wurden die wahren Produktionskosten verschleiert. Eine international vergleichbare Wirtschaftlichkeitsrechnung war erschwert. In solchem Umfeld war es ein Leichtes, die These in Umlauf zu setzen, die DDR sei dem absoluten Produktionsumfang nach die zehntgrößte Industrienation der Welt, wie das unter Walter Ulbricht geschehen war. Leider war der eingesetzte Arbeitsaufwand nicht erwähnt. Die Arbeitsproduktivität aber erwies sich im stets naheliegenden Vergleich mit der angrenzenden kapitalistischen Bundesrepublik als Achillesferse.

Der Versuch, den Markt abzuschaffen, führte zu solch verhängnisvollen Ergebnissen wie Produktion am Bedarf vorbei, so dass es einerseits zu Ladenhütern und andererseits zu Versorgungsmängeln kam, typisch war ein Kaufkraftüberhang. Über Jahrzehnte festgeschriebene Preise etwa für Grundnahrungsmittel, Mieten und Verkehrstarife deckten nicht einmal die Kosten.

Solche, bereits von Behrens benannten Defekte und Fehlentwicklungen verdienen eine kritische Analyse und Bewertung, um Wiederholungen in künftigen linken Gesellschaftskonzepten zu vermeiden. Am verblichenen Realsozialismus können – abgesehen davon, dass es neue Herausforderungen durch die Globalisierung und den Klimawandel gibt – keine 1:1-Anleihen für sozialökonomische Alternativen genommen werden. Dennoch ist nicht zu übersehen, dass er Leistungen hervorgebracht hat, die im kollektiven Gedächtnis der Bevölkerung positiv verankert sind. Sie bieten für alternative Gesellschaftsmodelle jenseits des real existierenden Kapitalismus nützliche Erfahrungen. So gab es entlohnte Arbeit für alle, die arbeiten wollten und konnten, ebenso bezahlbaren Zugang zu Energie und Wasser für jedermann und ein modernes, polytechnisch ausgerichtetes Schulsystem. Gewährleistet waren ein Recht auf menschenwürdiges Wohnen, auf eine Lehrstelle für jeden Jugendlichen, auf kostenlose oder kostengünstige Bildungs- und Gesundheitsleistungen für alle und eine weitgehende Gleichberechtigung der Frauen. Deren Chancen, Beruf und Familie zu vereinbaren, hatten sich von Jahr zu Jahr verbessert. Eine dramatische Arm-Reich-Polarisierung in der Bevölkerung, gigantische leistungslose Einkommen, wie sie heute existieren, waren unbekannt. Gebrochen war das Privileg, dass Führungspositionen in den verschiedenen

Bereichen der Gesellschaft jenen aus elitären Schichten vorbehalten waren. Bewährt hatte sich das Genossenschaftswesen in Landwirtschaft und Handwerk (Bollinger 2009, 99).

Das alles wird mitunter abgetan als Aneinanderreihung von Einzelheiten ohne gesellschaftlichen Zusammenhang. In Wahrheit entspringen die genannten zivilisatorischen »Errungenschaften« sehr wohl einem humanistisch-sozialistischen Ideal, einem gesellschaftlichen Anspruch, nämlich: Die Wirtschaft hat eine Mensch und Umwelt dienende Funktion, eine Gemeinwohlverpflichtung, sie ist kein Selbstzweck. Es bleibt zu trennen zwischen den hehren, beispielgebenden humanen Zielen des Realsozialismus und der Art und Weise ihrer Umsetzung durch eine selbstherrliche, sich der Realität verweigernde SED- und Staatsführung.

Es gibt also nicht nur Fehlerhaftes, zu Entsorgendes, sondern auch Aufhebenswertes und Weiterzuentwickelndes. Ein einziger Irrweg, ohne jeglichen Belang für die Zukunftsgestaltung war der real existierende Sozialismus nicht. Deshalb stand im Herbst 1989 für eine Bevölkerungsmehrheit der DDR zunächst nicht die Beseitigung des sozialistischen Systems an, allerdings auch keine bloße Reparatur, sondern seine grundlegende demokratische Reformierung.

3.

Dieser Aufgabe widmete sich die am 17. November 1989 ins Amt gekommene Modrow-Regierung vom ersten Tage an. Dabei hatte sie bei Amtsantritt auch auf Gedanken von Behrens und auf den Geist des Neuen Ökonomischen Systems von Anfang der 1960er Jahre zurückgreifen können, aber nicht auf ein fertiges Modell einer reformierten sozialistischen Ökonomie. Überdies war nach der unvermittelten Grenzöffnung zur BRD und damit zum westlichen Ausland manch vorgedachter Reformschritt überholt. Das betraf zum Beispiel das Prozedere, in welchen Zeiträumen und mit welchen Konsequenzen die Mark der DDR konvertierbar gemacht werden könnte.

Das kurzfristig entwickelte Konzept einer Wirtschaftsreform definierte als strategisches Ziel den »Übergang zu einer ökonomisch effizienten sozialen Marktwirtschaft mit ökologischer Orientierung« (Luft 1991/1999, 85ff.). Griffig war der Begriff nicht, drückte aber aus, dass die Missachtung von Marktbeziehungen ein Ende haben sollte, Ökonomie und Ökologie eine Einheit bilden müssen und der Mensch Anspruch auf Teilhabe am Produktivitätsfortschritt in der Gesellschaft hat.

Mit einhelliger Zustimmung in der breiten Öffentlichkeit konnte das so formulierte Vorhaben allerdings nicht rechnen. Denn in der bürgerlichen

Ökonomie, auch in der Alltagssprache, wird der Terminus »Marktwirtschaft« gern als Ersatzwort für »Kapitalismus« verwendet. Wir aber sahen in der Marktwirtschaft eine Funktionsweise der Wirtschaft und keine sozialökonomische Ordnung, kein Synonym für Kapitalismus.

Schon die ersten praktischen Umsetzungsschritte des Reformkonzepts (vgl. Beilage der Wochenzeitung »Die Wirtschaft« Nummer 1/1990) setzten demokratische und zivilgesellschaftliche Potenziale frei, trugen zur vorübergehenden Stabilisierung der Lage in der DDR sowie zum kreativen unternehmerischen Aufbruch bei. Nachdem Kanzler Kohl Anfang Februar 1990 überraschend das Angebot unterbreitete, die harte Deutsche Mark als alleiniges Zahlungsmittel auf das Territorium der DDR zu übertragen, wollte eine Bevölkerungsmehrheit einen eigenen, durchaus schmerzhaften, dabei ungewissen Weg in eine erneuerte DDR als selbstständiger Staat mit reformierter Wirtschaft nicht mehr gehen. Sie stimmte daher am 18. März 1990 bei den Wahlen zur Volkskammer für die Übernahme der D-Mark und die rasche staatliche Vereinigung mit der BRD. Damit war dem Vorhaben einer eigenständigen Reformierung der DDR-Wirtschaft, wie es auch die oppositionellen Parteien und Organisationen am Zentralen Runden Tisch anstrebten und unterstützten, schlagartig der Boden entzogen. An der Reaktion der Bevölkerung zeigte sich, wie einseitig es war, den Menschen überwiegend als gesellschaftliches Wesen zu sehen, obwohl er natürlich auch ein Individuum ist. Das sozialistische Menschenbild, das wir in der DDR hatten, war idealisiert.

4.

Eine fertige Vision von einer künftigen sozialistischen Ökonomie gab und gibt es bis heute nicht. Es ist auch nicht sinnvoll, lehrbuchhaft ein Modell am grünen Tisch zu entwickeln. Praktische Schritte der Annäherung an die Vision könnten sein:

- Die sorgfältige Trennung der Fehlentwicklungen des Realsozialismus von den zivilisatorischen Errungenschaften,
- die kritische Analyse des real existierenden Kapitalismus unter dem Aspekt, wo Bewahrenswertes wäre und wo eine strikte Absage notwendig ist. Eine alternative Gesellschaft entsteht nicht im luftleeren Raum. Im Sinne der Hegelschen Philosophie geht es um das Aufheben, das Aufbewahren von zivilisatorischen Errungenschaften vorangegangener gesellschaftlicher Entwicklungen, insbesondere der Grundideen des Liberalismus, nämlich Wahrung statt Geringschätzung bürgerlicher Freiheitsrechte und Anerkennung statt Unterbewertung des Marktes als ein Element effizienten Wirtschaftens,

- die Berücksichtigung der Herausforderungen von Globalisierung und Klimawandel, die in der politischen Ökonomie zu Zeiten des Realsozialismus explizit kaum eine Rolle spielten.

Obwohl der real existierende Sozialismus schon vor 20 Jahren implodierte, gibt es über das, was zu überwindende »Fehlentwicklungen« zu nennen wären, unter den Linken noch keine Einigkeit.

Erstens halten Auseinandersetzungen darüber an, ob und inwieweit ein sozialistisches Wirtschaftssystem mit der Existenz von Warenproduktion, Markt und Wertgesetz, den davon abgeleiteten marktwirtschaftlichen Kategorien und Mechanismen zu vereinbaren ist. Aus den gesellschaftszerstörerischen Erfahrungen mit dem Kapitalismus resultiert bei vielen Linken eine kritische, mitunter strikt ablehnende Haltung zu Markt und Marktwirtschaft. Übersehen wird, dass Plan und Markt kein Gegensatzpaar sind. Gegensatz des Planes oder der Planmäßigkeit ist die Unordnung, die Anarchie. Gegensatz des Marktes, genauer: der Marktwirtschaft, ist die Naturalwirtschaft. Marktwirtschaft ist viel älter als die kapitalistische Produktionsweise. Folglich ist Gleichsetzen von Marktwirtschaft und Kapitalismus nicht gerechtfertigt. Den Markt abschaffen zu wollen, ist ökonomisch naiv, man darf ihn nur nicht, wie dies Neoliberale fordern, sich selbst überlassen. Er muss politisch reguliert und sozial eingebettet, statt überwunden werden. Nicht generelle Ablehnung des marktwirtschaftlichen Prinzips kann Imperativ linker Politik sein, sondern Ablehnung seiner kapitalistischen Form, nach der *alle* Lebensbereiche der Vermarktung unterworfen werden, der Finanzsektor die Realwirtschaft stranguliert und die Existenz breiter Bevölkerungsschichten gefährdet.

Aufgabe des gesellschaftliche Gesamtinteressen wahrnehmenden demokratischen Staates muss es sein, Rahmen und Raum für die Nutzung von Marktpulsen vorzugeben. Welchen Zielen der Markt dienen soll, muss die Gesellschaft entscheiden. Dies war auch die Position von Fritz Behrens, für den Warenproduktion jeder arbeitsteiligen Gesellschaft immanent ist sowie Ware, Wert und Wertgesetz in den staatlichen Plan zu integrieren sind (Behrens 1992, 148).

Seit einiger Zeit spielt die »Äquivalenzökonomie« eine Rolle im linken Diskurs über sozialistische Perspektiven. Diese soll nicht auf dem Austausch der Waren zu ihren Preisen, sondern zu ihren Werten beruhen. Dies wird neben der Demokratisierung der Wirtschaft als unverzichtbarer Bestandteil eines »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« betrachtet. Ihre Protagonisten sind z.B. der deutsche Universalgelehrte Arno Peters sowie Heinz Dieterich, ein in Mexiko lehrender deutscher Ökonom, der zugleich Berater des venezolanischen Präsidenten Chávez ist und ein solches Modell für

die dortige Wirtschaftspraxis vorbereiten soll (Dieterich 2006, 89ff.). Sie argumentieren, der Austausch der Waren zu Marktpreisen, international zu Weltmarktpreisen, sei ein nichtäquivalenter Austausch und Grundlage für die Ausbeutung der Arbeitskräfte durch die Eigentümer der Produktionsmittel. Hingegen sichere die Äquivalenzökonomie den Austausch der Waren entsprechend den zu ihrer Herstellung erforderlichen Arbeitszeiten und die Bezahlung der Arbeitskräfte entsprechend der von ihnen aufgewandten Arbeitszeit. So ließe sich die Ausbeutung überwinden. Schließlich mache die moderne Computertechnik die Erfassung der für die Herstellung der Waren erforderlichen Arbeitszeiten problemlos möglich.

Diese Idee wird in linken Kreisen kontrovers diskutiert. Befürworter sehen darin einen Ausweg aus den ungerechten Verteilungsverhältnissen im Kapitalismus und eine Grundlage für ein Sozialismusprojekt des 21. Jahrhunderts. Ablehnende Stimmen betonen, der Austausch von Waren auf der Grundlage der für ihre Herstellung aufgewandten Arbeitszeit berücksichtige nicht Marx' Arbeitswertlehre. Dieser untersucht insbesondere die Beziehungen zwischen einfacher und komplizierter Arbeit sowie zwischen intensiver und weniger intensiver Arbeit, die den durchschnittlichen gesellschaftlichen Arbeitsaufwand zur Herstellung einer Ware und damit ihre Wertgröße wesentlich beeinflussen. Ein Gleichsetzen der Arbeiten nur nach der geleisteten Arbeitszeit widerspricht den Effektivitäts- und Innovationserfordernissen einer sozialistischen Ökonomie und auch dem Leistungsprinzip bei der Verteilung der Einkommen.

Zweitens: Kontrovers diskutiert wird auch die Frage, ob unternehmerisches Gewinnstreben in einer sozialistischen Gesellschaft legitim oder abzulehnen ist. Ich meine, linke Alternativen müssen sich von neoliberalen Politikverständnis vor allem im Maßstab unterscheiden, den sie an das Funktionieren eines Gemeinwesens überhaupt und der Wirtschaft im Besonderen anlegen. Das kann nicht die betriebswirtschaftliche Logik sein, also die Maximierung unternehmerischen Gewinns. Freiwillig wird sich ein Unternehmer auf soziale und ökologische Belange nur einlassen, wenn er darin langfristig eine Chance zur Gewinnsteigerung sieht, was im Einzelfall durchaus möglich ist. Häufig aber wirkt, was einzelwirtschaftlich als rational und logisch erscheint, gesamtwirtschaftlich in der Tendenz kontraproduktiv, sozial zerstörerisch und die Umwelt belastend. Am deutlichsten wird das in kapitalistischen Ländern an der Parallelität zwischen Explosion von Konzernprofiten und Exklusion von immer mehr erwerbsfähigen Menschen aus dem Arbeitsprozess. Auch werden betriebswirtschaftlicher Kostenvorteile wegen Produkte aus immer ferneren Gegenden bezogen, während die lokale und regionale Wirtschaft

schrumpft und die Umwelt geschädigt wird. Die Folgen (Kosten der Arbeitslosigkeit und der Umweltreparatur) werden auf die Gesellschaft abgewälzt. Je höher die angestrebten Profitmargen, desto stärker die Fokussierung auf das betriebswirtschaftliche Eigeninteresse.

Als Mehrheitsmeinung bildet sich nach meiner Wahrnehmung heraus, dass die angestrebte Überwindung der Profitdominanz nicht Geringschätzung oder gar Diffamierung des unternehmerischen Interesses an Gewinnerzielung bedeuten kann. Die Erzeugung eines Mehrprodukts bleibt auch in einer sozialistischen Ökonomie unerlässliche Grundlage für die Lösung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben. Es geht daher um eine staatliche Rahmensetzung, die das unternehmerische Gewinninteresse weitestgehend mit den gesamtgesellschaftlichen Zielen in die Balance bringt. Ein Weg ist, betriebliche Gewinne über eine entsprechende Besteuerung angemessen für die Finanzierung des Gemeinwesens nutzbar zu machen. Ein weiterer Weg besteht in der Vorgabe sozialer und ökologischer Standards für Unternehmen.

Drittens: Auszufüllen gilt es in einer sozialistischen Reformökonomie eine bisherige Leerstelle – die Ergänzung der Verstaatlichung durch die reale Vergesellschaftung von Eigentum an Produktionsmitteln, mithin die Demokratisierung der Wirtschaft.

In der Endzeit der DDR hatte es zwar in Publikationen dazu Forderungen gegeben, aber in der Praxis war kaum Entsprechendes passiert. Die Traditionen der Demokratiebewegung kamen nur eingeschränkt zur Wirkung. In seinem 1989 publizierten Buch »Marxismus und Demokratie« sah Uwe-Jens Heuer in der widersprüchlichen Welt eine neue, große Chance des Sozialismus, der sich allerdings radikal verändern müsse. Die Kernfrage für die Nutzung dieser Chance lag für ihn in der Ökonomie. Im Vorwort zur 2. Auflage dieses Buches (erschieden nach der Wende) zieht er den Bogen weiter und stellt fest, dass Sozialismus ohne entwickelte Demokratie, ohne »bürgerliche Gesellschaft«, ohne Rechtsstaat, ohne Gewaltenteilung, ohne Öffentlichkeit keine wirkliche Alternative ist (Heuer 1990, XXIII). Und weiter: »Ein demokratischer Sozialismus kann nur mit demokratischen Mitteln erreicht werden« (ebd. XXIII/XXIV). Die politische Demokratie kann nur erhalten werden, wenn sie durch eine entwickelte Wirtschaftsdemokratie untermauert wird.

Demokratisierung der Wirtschaft oder Wirtschaftsdemokratie galt seit der programmatischen Konzeption des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (unter dem Leiter der Arbeitsgruppe Fritz Naphtali) Ende der 1920er Jahre als Inbegriff reformsozialistischer Ziel- und Strategiekonzeptionen. Dies war auch die Sicht von Behrens. Der Modellentwurf

von Naphtali sah neben der Demokratisierung der Arbeitsverhältnisse durch arbeitsrechtliche Bestimmungen und der Schaffung einer Betriebsdemokratie sowie einer arbeitnehmerorientierten Sozialpolitik insbesondere die Bildung von Gegenmacht zur privaten Wirtschaft in Form öffentlicher Unternehmen und den Aufbau einer Gemeinwirtschaft vor (vgl. Naphtali 1928/1977).

Heute sind wichtige Säulen einer Demokratisierung der Wirtschaft

- die Vergesellschaftung von Schlüsselbereichen der Wirtschaft wie Energie- und Wasserversorgung, aber auch des Bankensektors sowie die Förderung von Genossenschaften,
- die gesamtwirtschaftliche Planung als Investitionslenkung,
- die Teilnahme der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen an allen Phasen der Planausarbeitung nach dem Sachkundeprinzip. So verliert öffentliches Eigentum seine Anonymität und Unverbindlichkeit, und im Bewusstsein der Beschäftigten vollzieht sich der Schritt vom Lohnarbeiter zum Eigentümer.

5.

Die das 20. Jahrhundert hierzulande und weltweit prägende Suche nach einem Wirtschaftssystem, das die Zukunftsprobleme der Menschheit lösen hilft, ist mit dem Scheitern des Realsozialismus nicht ans Ende gekommen. Eine alternative Gesellschaft wird eher nicht durch einen revolutionären politischen Umsturz entstehen, sondern im Ergebnis eines längeren demokratischen Transformationsprozesses aus der kapitalistischen Gesellschaft heraus (vgl. Steinitz 2008). Geschichte, das war schon die Position von Fritz Behrens, ist nach vorn offen. Aber das Ziehen von Lehren aus dem gescheiterten Realsozialismus wie aus dem real existierenden Kapitalismus kann für die Suche nach dem Pfad in die Zukunft dienlich sein.

Literatur

- Alternative Ökonomie in der Traditionslinie von Fritz Behrens (2005), hrsg. v. H.-G. Draheim/R. Emmerich/D. Janke, in: *Diskurs*. Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus, Heft 18, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig
- Behrens, F. (1992), Abschied von der sozialen Utopie, hrsg. v. H. Loschinski u.a., Berlin
- Bollinger, St. (2009), Mit den Erfahrungen der DDR zum Sozialismus des 21. Jahrhunderts?, in: *Marxistische Erneuerung Z*, Heft 79/September
- Braun, A. (2009), Fritz Behrens' Konzept einer »sozialistischen Warenpro-

- duktion«, seine Kritik am Staatssozialismus und ihre Relevanz für die Gegenwart, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, II/Mai
- Dieterich, H. (2006), Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts, Berlin
- Fukuyama, F. (1992), Das Ende der Geschichte, München
- Heuer, U.-J. (1990), Marxismus und Demokratie, 2. Aufl., Baden-Baden
- Luft, Ch. (1991/1999), Zwischen WEnde und Ende, 3. Aufl., Berlin
- Naphtali, F. (1928/1977), Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, hrsg. im Auftrag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin/4. Aufl., Frankfurt a.M.
- Roesler, J. (1978), Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, Berlin
- Selbmann, F. (1949), Demokratische Wirtschaft. Drei Vorträge, Dresden
- Steiner, H. (2008), Fritz Behrens' Bemerkungen zum Prager Frühling, in: Sozialismus, Heft 7/8
- Steinitz, K. (2008), Erfahrungen des gescheiterten Realsozialismus – Schlussfolgerungen für einen demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin, Heft 95
- Steinitz, K. (2009), 40 Jahre Planwirtschaft, in: Sozialismus, Heft 7/8

Klaus Steinitz

Zum Nutzen der Behrens'schen Kritik an der Politischen Ökonomie des Sozialismus für ein modernes Konzept sozialistischer Regulierung/Planung

Es ist gewiss ein Zufall, aber doch ein Zufall von symbolträchtigem Charakter, dass die gegenwärtige Diskussion zu sozialistischen Alternativen im Zusammenhang mit dem 100. Geburtstag von Fritz Behrens in einer Zeit stattfindet, in der diese wieder größere Aktualität gewinnen. Ein solcher Diskurs war nach 1989/90 für eine längere Zeit fast vollständig aus der Öffentlichkeit verschwunden. Angesichts des offensichtlichen Versagens des Kapitalismus bei der Lösung der grundlegenden Gegenwarts- und Zukunftsprobleme gewinnen die hiermit verbundenen Fragen wieder an öffentlichem Interesse und an Relevanz für eine nachhaltig lebenswerte Perspektive der Menschheit. Die Erörterung der hiermit verbundenen Fragen sollte von zwei Prämissen ausgehen:

Erstens muss eine sozialistische Alternative sich *grundlegend vom gescheiterten Real- oder Staatssozialismus des vergangenen 20. Jahrhunderts unterscheiden*. Dies bezieht sich auf den Charakter und die Kriterien einer sozialistischen Ökonomie, auf den realen Einfluss der Menschen auf ihre Entwicklung, auf die Art und Weise der Produktion und die Lebensweise, auf die Eigentumsordnung, die Triebkräfte, die Akteure sowie auf Regulationsweise der gesellschaftlichen und vor allem der ökonomischen Entwicklung.

Die *Notwendigkeit erneuerter Sozialismusvorstellungen* ergibt sich *einmal aus den strukturellen Verzerrungen sozialistischer Ideen und den grundlegenden Fehlentwicklungen des weitgehend auf dem sowjetischen Modell beruhenden Staatssozialismus*. Sie wurden von Fritz Behrens insbesondere in seiner Arbeit »Abschied von der sozialen Utopie«, die erst nach 1990 erscheinen konnte, analysiert. Die in dieser und anderen Arbeiten Behrens' enthaltene grundsätzliche Kritik am Staatssozialismus wurde schon auf den beiden ihm gewidmeten Kolloquien der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 1996 und 2005 umfassend gewürdigt.

Sie ergibt sich *zum anderen*, und dieser Aspekt wird m.E. in den meisten Diskussionen noch nicht ausreichend beachtet, *aus den veränderten*

Entwicklungsbedingungen im 21. Jahrhundert. Diese betreffen insbesondere:

- den neuen, dominierenden Stellenwert aller mit der Umweltproblematik verbundenen Prozesse und Zusammenhänge für eine sozialistische Ökonomie,
- die neoliberale Globalisierung und kapitalistische Weltwirtschaftsordnung, insbesondere die neue Qualität ihrer zerstörerischen Einflüsse auf die Arbeit und das Leben großer Teile der Weltbevölkerung,
- die Vertiefung der Nord-Süd-Kluft sowie
- die Veränderungen in den internationalen politischen und ökonomischen Kräfteverhältnissen – Erschütterung der Hegemonie der USA, größeres Gewicht der BRIC-Staaten.

Auf einige daraus zu ziehende Schlussfolgerungen werde ich noch zurückkommen.

Zweitens müsste, unabhängig von den unterschiedlichen Bewertungen des gescheiterten Staatssozialismus, darin Übereinstimmung bestehen, dass diese Vergangenheit nicht einfach ad acta gelegt werden darf. Vielmehr gilt es, *die vielfältigen und widersprüchlichen Erfahrungen aus dem Realsozialismus gründlich zu analysieren und zu erörtern in Hinblick auf die Konsequenzen, die sich daraus für einen modernen, demokratischen und emanzipatorischen Sozialismus im 21. Jahrhundert ergeben.* Ohne eine gründliche Auswertung dieser Erfahrungen einschließlich der Gründe seines Untergangs, der heutigen Entwicklungsprozesse in China und Vietnam sowie ganz anderer Art in Kuba, würde die Linke auf eine äußerst wichtige Erkenntnisquelle für sozialistische Visionen und neue Überlegungen zu sozialistischen Perspektiven im 21. Jahrhundert verzichten.

Behrens' Leistungen und Beiträge für Erkenntnisfortschritte zu den Kriterien und zur Funktionsweise eines modernen Sozialismus, der den Lehren der Vergangenheit und den Herausforderungen der Zukunft entspricht, sind eng mit der Analyse und Wertung dieser Erfahrungen verknüpft. Sie liegen weniger darin, dass er auf Fragen, die um eine sozialistische Alternative und speziell um eine sozialistische Regulierungsweise kreisen, schon endgültige Antworten vorgelegt hat. Das wollte und konnte er auch nicht. Sie bestehen vor allem darin, dass er wichtige Fragen, die ein sozialistisches Projekt beantworten muss, aufgeworfen hat, dass er sich äußerst kritisch und grundsätzlich mit den strukturellen Konstruktionsfehlern des Realsozialismus auseinandergesetzt hat und dass er schließlich für wichtige Probleme Überlegungen zu deren Lösung vorgelegt hat. Er hat somit für unsere Diskussion zu einer sozialistischen Alternative wichtige Vorarbeiten geleistet, die auch die Gestaltung der ambivalenten,

widersprüchlichen Prozesse und Zusammenhänge von Markt, Ware und Wert betreffen.

Ich möchte hierzu einige Passagen aus Behrens' »Abschied von der sozialen Utopie« anführen, die für die Problematik der gesellschaftlichen Regulierung und Planung im Sozialismus und den Diskurs unter den Linken über einen Sozialismus im 21. Jahrhundert von Bedeutung sind.

Sozialistische Wirtschaft »ist immer Planwirtschaft. Die Frage ist nur, wie der zentrale Plan zustandekommt und durchgeführt wird. Als sozialistischer Plan muss er demokratisch aufgestellt, durchgeführt und kontrolliert werden. Er muss das Spiegelbild einer Gesellschaft sein, die auf sozialistischer Demokratie, d.h. der Selbstverwaltung der Wirtschaft beruht.« (Behrens 1992, 117)

Behrens wandte sich gegen die Gleichsetzung von Zentralverwaltungswirtschaft und einer richtig verstandenen, wirklich sozialistischen Planwirtschaft (ebd. 132).

Er sah die Aufhebung des Warencharakters der Arbeitskraft und nicht der Warenproduktion schlechthin als eine wesentliche Bedingung für den Sozialismus an. Diese Aufhebung des Warencharakters der Arbeitskraft war für ihn an zwei Kriterien gebunden: Die Verfügung der Produzenten über die Produktionsmittel und die Aneignung des Produkts ihrer Arbeit durch die Produzenten selbst. Diese Kriterien sind für ihn im Staatseigentum nicht gegeben (ebd. 135).

Behrens ging von der Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Planung im Sozialismus aus. Diese Planung müsse zentral sein, um die gesamtgesellschaftlichen Bedürfnisse zum Ausdruck zu bringen. Um effektiv zu sein, müsse sie auf dem Wirken der Wertkategorien beruhen. Damit der Plan ein wirklich sozialistischer Plan sei, müsse er als indirekt-zentraler Plan von unten nach oben aufgestellt werden. Der indirekt-zentrale Plan als *gemeinschaftlicher Plan* wird von einem durch weitgehende direkte Demokratie gebildeten gesellschaftlichen Organ einer Selbstverwaltungsgesellschaft aufgestellt und in seiner Verwirklichung von diesem Organ kontrolliert (ebd. 152, 160f.).

Aus diesen Reflexionen von Fritz Behrens lassen sich im Zusammenhang mit dem Scheitern des Realsozialismus und den Entwicklungsprozessen des Kapitalismus in den letzten Jahrzehnten bis zur gegenwärtigen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise Schlussfolgerungen für die Regulierungsweise in einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts ziehen.

Sie betreffen einmal Schlussfolgerungen zum Inhalt und zur Art und Weise der gesellschaftlichen Regulierung, die *unverzichtbare Bestandteile einer sozialistischen Gesellschaft* sein müssen. Hierzu gehören m.E.:

- Die Demokratisierung des Planungsprozesses in allen seinen Phasen, die durch die Aktivität der assoziierten Produzenten bei der Diskussion der Planziele und der zu ihrer Erfüllung erforderlichen Ressourcen und durch eine umfassende reale Einflussnahme ihrer Selbstverwaltungsorgane auf die Ausarbeitung, Durchführung und Kontrolle des Plans realisiert wird.
- Zentrale Pläne, die gesamtgesellschaftliche Bedürfnisse zum Ausdruck bringen sollen, müssen auf Wertkategorien beruhen. Vor allem die Effizienz der sozialistischen Produktion kann nur durch Nutzung des Werts und der auf ihm beruhenden Mechanismen und Instrumente umfassend bewertet und als eine Zielgröße des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses wirksam werden. Dass eine direkte Planung der Produktion nach millionenfach unterschiedlichen Gütern und Leistungen nicht umfassend in natural-stofflicher Form erfolgen kann, ist nicht eine Frage der Kapazität der Informations- und Kommunikationstechnik, wie dies vom Erfinder und den Anhängern des »Computer-Sozialismus« (Arno Peters, Paul Cockshott, Paul Cottrell u.a.) vertreten wird, sondern die Konsequenz aus der Vielfältigkeit, Individualität und Veränderungsdynamik des Bedarfs und der Bedürfnisse als gesellschaftliche Kategorien. Der Versuch, dies mit einer zentralen Bedarfsplanung zu realisieren, würde, auch wenn dies nicht beabsichtigt wird, wieder zu administrativ-bürokratischen Zügen der Planung führen sowie Versorgungsprobleme hervorrufen und begünstigen.
- Im Sozialismus ist eine gesamtgesellschaftliche Planung notwendig. Sie wird auf der Grundlage eines zentralen Plans realisiert, der Art, Richtung und Umfang der gesellschaftlichen, vor allem der ökonomischen, Entwicklung bestimmt und kontrolliert. Dabei müssen ökologische und soziale Erfordernisse einen bestimmenden Einfluss auf die geplante ökonomische Entwicklung nehmen. Welchen Umfang und Inhalt zentrale Pläne aufweisen sollen, kann nicht für alle Zeiten und nicht primär aus theoretischen Überlegungen allgemeingültig abgeleitet werden. Sie werden von den konkreten Bedingungen und den zu lösenden Aufgaben bestimmt. Der Plan darf auf keinen Fall so detailliert und umfangreich die Produktionsaufgaben der Unternehmen und Betriebe festlegen, wie es im Staatssozialismus praktiziert wurde. Er muss weit größere Spielräume für ein selbständiges wirtschaftspolitisches Handeln der Unternehmen und der Regionen sowie für die individuellen Wünsche der Verbraucher lassen.
- Eine gesellschaftliche Planung im Sozialismus kann selbstverständlich nicht bei den nationalstaatlichen Grenzen stehen bleiben. Sie muss in-

ternationale Verflechtungen und gemeinsame Aufgaben aller Staaten einschließen.

Des Weiteren gehören hierzu einige Forderungen, die Behrens an eine sozialistische Planung stellt, die meines Erachtens zwar richtige Überlegungen enthalten, aber zugleich überzogen und problematisch sind. Sie sind im Wesentlichen abgeleitet von seinen Auffassungen zu den sozialistischen Eigentumsformen – staatliches Eigentum versus Eigentum der Produzentenkollektive – und der absoluten Gegenüberstellung von zentralistischer Planung als einer direkt zentralen Planung von oben und einer indirekt zentralen Planung, die sich von unten in direkter Verantwortung der Selbstverwaltungsorgane durch die Aktivität der Produzenten vollzieht. Die hiermit zusammenhängenden Probleme können hier natürlich nicht umfassend analysiert werden. Einige Stichpunkte müssen genügen.

Das staatliche Eigentum ist zwar aus sich heraus noch kein vergesellschaftetes Eigentum. Die Verstaatlichung von Banken und Konzernen in Schlüsselbereichen der Wirtschaft kann jedoch als Bestandteil einer sozialistischen Systemalternative *eine wichtige Stufe* zum vergesellschafteten oder gesellschaftlichen Eigentum sein. Sie enthält Voraussetzungen oder Möglichkeiten dafür, dass durch konsequente Demokratisierung, vor allem durch höhere reale Einfluss- und Verfügungsrechte der Produzenten und der gesamten Bevölkerung, öffentliches Eigentum zu real vergesellschaftetem Eigentum entwickelt werden kann. Diese Möglichkeiten blieben im Realsozialismus weitgehend ungenutzt. Ihre Realisierung hätte das Aufgeben des Macht- und Entscheidungsmonopols der Partei und der überzentralisierten Staatsmacht bedeutet.

Ob und inwieweit die Umwandlung des staatlichen Eigentums in Eigentum der Produzentenkollektive der Hauptweg zur realen Vergesellschaftung sein wird, ist zumindest noch eine offene Frage, die auch nach den jugoslawischen Erfahrungen nicht eindeutig positiv beantwortet werden kann. Gruppeneigentum schafft zwar bessere Bedingungen für die unmittelbare Verfügung der Produzenten über die Produktionsmittel und für die Herstellung engerer Beziehungen zwischen den Ergebnissen der Wirtschaftstätigkeit des Betriebes bzw. Unternehmens und der Verbesserung der Einkommen der Beschäftigten. Diese Eigentumsform enthält aber zugleich ein beträchtliches Potenzial für Konflikte zwischen diesen unmittelbaren Interessen der beschäftigten Miteigentümer auf der einen und den langfristigen Investitionserfordernissen und den gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen auf der anderen Seite.

Es ist auch richtig, dass Verstaatlichung als solche noch nichts mit realer Demokratisierung und realer Vergesellschaftung zu tun hat. Das hat

sich im Staatssozialismus gezeigt und wird auch im heutigen Kapitalismus deutlich. Staatliches Eigentum oder gesamtgesellschaftliches Eigentum bietet jedoch bessere Voraussetzungen als Gruppeneigentum, um gesellschaftliche Zielstellungen, wie notwendige Veränderungen in den Wirtschafts- und insbesondere den Produktionsstrukturen und im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess, umzusetzen, die unerlässlich sind für eine nachhaltige, zukunftsorientierte Entwicklung, insbesondere für einen konsequenten ökologischen Umbau zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft. Ohne gesamtgesellschaftliches Eigentum wird es auch keine wirksame gesamtgesellschaftliche Planung geben. Die Frage ist daher nach meiner Meinung nicht staatliches Eigentum *oder* Eigentum der Produzentenkollektive. Beide haben ihre Existenzberechtigung. Bei einer sozialistischen Alternative geht es darum, nicht bei der Verstaatlichung stehen zu bleiben, sondern diese durch Demokratisierung und tatsächliche Mitbestimmung, d.h. durch reale Vergesellschaftung, zu einer anderen, bisher noch in keinem Land realisierten Qualität der Verfügung der gesellschaftlichen Produzenten über das Eigentum zu entwickeln.

Behrens' Kritik an der Praxis der zentralistischen Planung im Staatssozialismus stimme ich zu. Ich halte aber die von ihm vorgenommene Gegenüberstellung von direkt-zentraler und indirekt-zentraler Planung, als einer Planung der Produzenten von unten, für überzogen und nicht realistisch. Es geht nicht darum, das erste Modell durch das zweite zu ersetzen, sondern um eine möglichst sinnvolle Synthese zwischen beiden. Die direkt-zentrale Planung müsste von den für den Staatssozialismus typischen zentralistischen, administrativ-bürokratischen Elementen befreit und die nur formale Mitbestimmung bei der Planaufstellung durch eine reale, bestimmende Einflussnahme der Produzenten überwunden werden. Dabei wird es keine allgemeingültige, von Ort und Zeit unabhängige Lösung des Verhältnisses zwischen zentral zu bestimmenden gesellschaftlichen Zielen und Ressourcenallokationen einerseits und dem gestaltenden Einfluss der Vorschläge von unten andererseits geben. Es handelt sich vielmehr um ein widerspruchsvolles Verhältnis, das jeweils von den konkreten Bedingungen und zu entscheidenden Fragen ausgehen und ständig neuen Erkenntnissen und Erfahrungen angepasst werden muss.

Hier möchte ich einflechten, dass ich in der zweiten Hälfte der 1960er und in den 1970er Jahren in der Staatlichen Plankommission auf den Gebieten Prognose, langfristige Planung und Strukturentwicklung tätig war. Ich habe miterlebt, wie mehrere Ansätze zur Reduzierung des Umfangs zentraler Vorgaben und zu einer stärkeren Beachtung der Planvorschläge von unten relativ schnell an den sogenannten »volkswirtschaftlichen Not-

wendigkeiten« – die einige Ähnlichkeiten mit den heutigen »Sachzwängen« aufweisen – scheiterten. Erst später wurde mir klar, dass einzelne Veränderungen im Planungssystem wenig bewirken können, wenn sie nicht mit tieferen, auch politischen Veränderungen in der Demokratisierung der Gesellschaft und in den Machtstrukturen verbunden werden.

Ich halte es für notwendig, die Diskussionen über eine gesellschaftliche Regulierung/Planung im Sozialismus des 21. Jahrhunderts unter Auswertung der Planungserfahrungen im Realsozialismus zu führen.

Eine *erste* Frage: Wie können zentrale Vorgaben mit einer Korrektur und Qualifizierung durch Planvorschläge von unten verbunden werden? Hier könnte die Ausarbeitung der Pläne in zwei Phasen eine Rolle spielen, die mit zentralen Orientierungen begann und nach deren Diskussion in den nachgeordneten Wirtschaftsorganen, in den Betrieben und in den regionalen Institutionen zu Planvorschlägen an die Zentrale führten. Diese mündeten nach ihrer Verteidigung und von oben vorgenommenen Korrekturen, die oft unrealistisch waren, schließlich in einen verbindlichen Volkswirtschaftsplan. Dieser wurde durch verbindliche Planaufgaben nach unten, bis zu den Betrieben und Kreisen, untersetzt.

Eine *zweite* Frage: Wie können die Aufgaben und Schritte für eine zukunftsfähige Entwicklung in den Regionen qualifiziert ausgearbeitet werden? Hierfür könnten die Erfahrungen der Planberatungen in den Regionen fruchtbar gemacht werden, in denen die Verknüpfung der Entwicklung von Wirtschaftszweigen und der Bereiche für Bildung, Gesundheit, Kultur u.a. mit den regionalen Möglichkeiten und Erfordernissen im Vordergrund stand.

Selbstverständlich müssten diese Methoden von formalistischen Elementen befreit und mit einer echten Demokratisierung des Planungsprozesses verbunden werden. Eine reale Mitbestimmung der Produzentenkollektive wäre ein wichtiger Beitrag für eine umfassende Wirtschaftsdemokratie. Damit könnten auch die Triebkräfte in einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft gegenüber dem gescheiterten Staatssozialismus positive Impulse erhalten und Potenziale für eine wirksamere Effizienzsteigerung erschlossen werden.

Eine *dritte* und vielleicht die komplizierteste Frage: Welche Rolle spielen der Markt und damit in Verbindung die Ausnutzung der Ware- und Wertkategorien, Geld, Preise, Kredit, Zins u.a. in einer sozialistischen Gesellschaft? Hierzu müssen ein paar Bemerkungen zur Diskussion dieser Problematik in der Linken genügen, die hier unvermeidlich fragmentarisch bleiben müssen. Es zeigen sich vor allem zwei extreme Auffassungen, einmal die Charakterisierung eines modernen Sozialismus als Marktsozia-

lismus, zum anderen die Verneinung der Möglichkeit, den Markt und die Wertkategorien mit der Planwirtschaft in einer sozialistischen Gesellschaft zu verbinden. Beiden Auffassungen liegt m.E. eine falsche Bestimmung des Markts zugrunde. Der Markt wird nicht als gesellschaftliche Form oder als Mittel zum Erreichen von Zielen, sondern mit dem Ziel selbst und mit dem Wesen der jeweiligen Gesellschaft identifiziert.

Marktsozialismus ist kein geeigneter Begriff, um die Spezifik und das Wesen des Sozialismus zu bestimmen. Der Markt muss zwar nach meinen Erfahrungen und Überzeugungen im Sozialismus genutzt werden, aber der Sozialismus ist keine Marktgesellschaft, Marktbeziehungen drücken nicht Wesen und Spezifik des Sozialismus aus.

Die entgegengesetzte Auffassung, Markt lasse sich nicht mit Sozialismus verbinden, äußert sich in verschiedenen Varianten u.a.:

- Robert Kurz: Ein Grundübel des Sozialismus sei das Weiterbestehen der abstrakten Arbeit und der Warenproduktion als Grundkategorien der auf Verwertung gerichteten Ausbeutungsverhältnisse (Kurz 2003, 434ff.).
- Heinz Dieterich: Der Markt und sein Preiskalkül müsse durch die demokratisch koordinierte kybernetische Regulation der unmittelbaren Produzenten ersetzt werden. An die Stelle des Wert-Preismechanismus müsse die Äquivalenzökonomie treten, die auf der unmittelbaren Erfassung der Arbeitszeit beruht und die direkte Verteilung der Produkte an die Produzenten nach ihrer geleisteten Arbeit erfordert (Dieterich 2006, 79, 89ff.).
- Beiträge der PROKLA zum Thema: »Sozialismus?« In einem Artikel von Kathrina Götzsch wird in Polemik mit den »Marktsozialisten« die Konsequenz gezogen, dass die eigentliche Alternative Sozialismus oder Markt sei (Götzsch 2009, 229ff.).

Im Unterschied zu diesen Auffassungen ist die eigentliche Frage jedoch: *Lässt sich die Marktordnung so gestalten, dass sie dazu beiträgt, sozialistische Zielstellungen zu realisieren?*¹ Theoretisch beantworte ich diese Frage eindeutig mit ja! Die Alternative Plan bzw. Sozialismus *oder* Markt führt in eine Sackgasse. Die Augen dürfen auch nicht davor verschlossen werden, dass die Existenz des Marktes und die Nutzung seiner Kategorien und Instrumente in einem modernen Sozialismus immer mit Problemen, Widersprüchen und auch Konflikten verbunden sein wird. *Eine ideale Lösung im Sinne einer vollständigen Nutzung seiner positiven Wirkungen und einer Vermeidung seiner negativen Effekte wird es nicht geben.* Um

¹ Vgl. zu dieser Problematik: Thomasberger 2009.

so wichtiger ist es, offen zu sein für unterschiedliche Erfahrungen und für deren Diskussion sowie für daraus abzuleitende Vorschläge.

Schließlich geht es um eine *vierte* Gruppe von Schlussfolgerungen, um Konsequenzen für die Regulierung und Planung in einer sozialistischen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts, die sich vor allem aus neuen Herausforderungen und veränderten Bedingungen ergeben, die Behrens nicht behandeln konnte oder nur gestreift hat. Sie betreffen vor allem:

- Konsequenzen, die sich aus der Zuspitzung der Umweltprobleme, insbesondere den Gefahren einer Klimakatastrophe und der Ressourcenknappheit ergeben, um die Zukunftsfähigkeit der menschlichen Gesellschaft zu sichern. Diese verlangen ein neues Herangehen an alle Fragen der ökonomischen und sozialen Entwicklung und damit auch an ihre gesellschaftliche Regulierung bzw. Planung. Zwei Erfordernisse sind hier hervorzuheben: Einmal die Neubestimmung der Fortschrittskriterien für die Entwicklung der Produktivkräfte und der gesamtwirtschaftlichen Effizienz, zum anderen ein radikal verändertes, neues Herangehen an Fragen des Wirtschaftswachstums und der weiteren Entwicklung der Lebensweise der Menschen.
- Konsequenzen für die internationale und globale Regulierung von Problemen, für die nationale Lösungsanstrengungen und Beiträge zwar unverzichtbar, aber auch eindeutig unzureichend sind. Sie sind vor allem eine Folge der schon erwähnten drohenden Klimaveränderungen und der sich zuspitzenden Ressourcenknappheit im Zusammenhang mit der zunehmenden Nord-Süd-Kluft und der Ungleichheit in der Verteilung der Chancen zur Nutzung dieser knappen Ressourcen. Notwendig ist nicht nur eine stärkere Wirksamkeit internationaler Regulierung, sondern auch eine durchgreifende Demokratisierung und eine wirkliche demokratische Legitimierung der internationalen Institutionen als UN-Institutionen. Ebenso wichtig sind ihre stärkere Orientierung auf die Unterstützung der Länder der Dritten Welt bei der Überwindung ökonomischer Rückstände und für das Erreichen von Bedingungen für ein Leben frei von Armut und Hunger.
- Konsequenzen, die notwendig sind, um der unkontrollierten Dominanz der internationalen Finanzmärkte, der Deregulierung internationaler Finanz- und Kapitalströme und der Eskalation von Finanzspekulationen mit ihren verheerenden Wirkungen entgegenzuwirken.

Vor allem diese letzte Gruppe macht deutlich, dass mit einer Alternative zur gegenwärtigen Deregulierung finanzieller Beziehungen, zur Spekulation und Loslösung der Finanzmärkte von der Realwirtschaft nicht gewartet werden darf, bis eine sozialistische Regulierung im nationalen und

weltwirtschaftlichen Rahmen möglich wird, sondern dass die Auseinandersetzungen hierzu heute geführt werden müssen.

Hieran wird auch deutlich, dass die Frage nicht heißt: Alternativen heute, im kapitalistischen System, oder erst in einer sozialistischer Gesellschaft, sondern vielmehr: *Heute um Alternativen kämpfen, um damit sowohl die Verhältnisse der Menschen heute und morgen zu verbessern, den Menschen eine lebenswerte Perspektive zu geben, aber auch und zugleich, um dadurch überhaupt die Chancen für eine sozialistische Alternative zu nutzen.*

Ein solches Herangehen würde auch dem Anliegen und den Bestrebungen von Fritz Behrens gerecht werden.

Literatur

- Behrens, F. (1992), Abschied von der sozialen Utopie, Berlin
 Dieterich, H. (2006), Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts, Berlin
 Götzsch, K. (2009), Marktsozialismus – Die Linke auf der Suche nach einer neuen Theorie, in: PROKLA, Heft 155, 39. Jg.
 Kurz, R. (2003), Weltordnungskrieg. Das Ende der Souveränität und die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung, Bad Honeff
 Thomasberger, C. (2009), »Planung für den Markt« versus »Planung für die Freiheit«, in: W.O. Ötsch/C. Thomasberger (Hrsg.), Der neoliberale Marktdiskurs. Ursprünge, Geschichte, Wirkungen, Marburg

Peter Thal

Fritz Behrens – Pionier der »Geschichte der politischen Ökonomie« in der DDR

Über die »Geschichte der politischen Ökonomie« oder »... der ökonomischen Lehrmeinungen« als Studienfach und Forschungsgegenstand an den Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten bzw. Sektionen der Universitäten und Hochschulen sowie der Akademie der Wissenschaften der DDR hat sich erst kürzlich Herbert Meißner in einem fundierten Vortrag vor der Leibniz-Sozietät geäußert (Meißner 2007). Auch über die spezifische Rolle, die Fritz Behrens *in* dieser und *für* diese Disziplin in der DDR gespielt hat, gibt es aufschlussreiche Publikationen (Krause 1999, Janke 2005). Insofern sind von meinem Beitrag zu diesem Thema keine neuen Erkenntnisse zu erwarten. Es geht mir mehr um einige persönliche Reflexionen, die um Fritz Behrens und die genannte Wissenschaftsdisziplin kreisen, in der ich rund 35 Jahre an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg lehren und forschen durfte – zunächst unter meinem Lehrer Gerhard Bondi, dann, nach dessen frühem Tod im Jahre 1966, in seiner Nachfolge bis zur »Abwicklung« in den Jahren 1990/91.

Betreut von Gerhard Bondi und Rudhard Stolberg habe ich 1957 meine Diplom-Arbeit über den Kredit als Mittel der Konjunkturbeeinflussung bei John M. Keynes geschrieben. Das Thema reihte sich ein in das Programm eines DDR-offenen Arbeitskreises zur zeitgenössischen bürgerlichen Ökonomie, den Bondi in der Mitte der 1950er Jahre in Halle für Nachwuchswissenschaftler organisiert hatte und der sich regen Zuspruchs erfreute. Am Rande sei hinzugefügt, dass eine später zum Artikel für die Zeitschrift »Wirtschaftswissenschaft« überarbeitete Fassung meines Elabors keine Gnade bei den Redaktionsgutachtern Alfred Lemnitz und – Fritz Behrens fand. Der Tenor bei Lemnitz: »Zuviel immanente Kritik, zuwenig Entlarvung des Klassenfeindes!« Das musste ich einstecken, befand ich mich doch ganz im Fahrwasser von Bondi, der stets Wert darauf legte, andere Theorien sowie deren Verfasser nicht mit Kraftausdrücken zu verunglimpfen, sondern sie ernst zu nehmen und mittels des Marxschen methodischen Instrumentariums zu analysieren bzw. zu widerlegen. Offenbar war dies im Zeichen der damals gerade geführten sogenannten Revisionismusdebatte nicht die richtige Leitschnur für einen Artikel in der »Wirtschaftswissenschaft«.

Behrens bemängelte in seinem Gutachten gleichfalls Unzulänglichkeiten, die die Parteilichkeit meiner Argumentation aufweise – eine Problematik, auf die ich später noch einmal zurückkommen werde. Im Übrigen hatte er wohl zutreffend erkannt, dass das Thema selbst für mich eine Nummer zu groß gewesen sein dürfte, um damit souverän zurecht zu kommen.

Jedenfalls bin ich nach dem Diplom-Examen Assistent von Bondi geworden, um die im Berliner Akademie-Verlag geplante, neu herauszugebende Reihe »Ökonomische Studientexte« wissenschaftsorganisatorisch zu betreuen. In diesem Zusammenhang habe ich Fritz Behrens erstmals Ende 1957, Anfang 1958 getroffen, und zwar auf mehreren Beratungen, die am Akademie-Institut mit dessen damaligem Direktor Gunther Kohlmeier, ihm als wissenschaftlichem Mitarbeiter und G. Bondi als dem auf Vorschlag von Jürgen Kuczynski in Aussicht genommenen Herausgeber der Gesamtreihe stattfanden.¹

Als junger Mann von 25 Jahren dabei gewesen zu sein, als dieses große wissenschaftshistorische Projekt von solch herausragenden Vertretern der politischen Ökonomie der kleinen DDR aus der Taufe gehoben wurde, erfüllt mich noch heute mit Genugtuung.²

Es war kein Zufall, dass sich Fritz Behrens aktiv für die »Ökonomischen Studientexte« einsetzte, galt er doch an der Universität Leipzig von Anfang an (neben Jürgen Kuczynski an der Humboldt-Universität zu Berlin) als konsequenter Verfechter der Aufnahme der »Geschichte der politischen Ökonomie« in den Fächerkanon des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums.

Seine seit 1946 gehaltenen diesbezüglichen Vorlesungen wurden später in einer kleinen Auflage vornehmlich zur Schulung der Lehrkräfte anderer

¹ Nicht unerwähnt lassen möchte ich, dass diese Beratungen mittags oder abends in der Regel in einem Feinschmecker-Restaurant namens »Lukullus« in der Französischen Straße mit »Rehbraten« oder »Forelle blau« unterbrochen bzw. abgeschlossen wurden. Es war dies für mich immer etwas Besonderes, als stiller »Zaungast« zu erleben, wie diese biographisch unterschiedlich geprägten Wissenschaftler ihre kritische, sich selbst nicht überhebende, oft ironische, aber *basically* konstruktive Sicht auf politische oder wissenschaftliche Probleme in zwangloser Unterhaltung entwickelten. Das hier unmittelbar aus der Persönlichkeit erwachsende Engagement für die »neue Zeit« war etwas anderes als die dogmatische Enge, wie ich sie vom offiziellen Parteigeschehen, trotz des XX. KPdSU-Parteitages, gewohnt war.

² Immerhin sind in der Reihe »Ökonomische Studientexte« zwischen 1959 und 1989 Editionen der Hauptwerke von 12 britischen und französischen Klassikern der politischen Ökonomie bzw. utopischen Sozialisten sowie von Friedrich List in neuen Übersetzungen mit insgesamt 18 Bänden erschienen.

Fakultäten »Als Manuskript gedruckt«, versehen mit dem Zusatz »Manuskriptabschluss: Sommer 1953« (Behrens 1956a). Außerdem existierten Kurzfassungen, die an Studenten verteilt wurden (Behrens 1957).

Fritz Behrens genoss ein hohes Ansehen als marxistischer Hochschullehrer. Viele Studenten und Nachwuchswissenschaftler, unter ihnen beispielsweise Günter Fabiunke oder Herbert Meißner, wurden von ihm geprägt. Es ist völlig zu Recht des Öfteren darauf verwiesen worden, dass er für die Gesellschaftswissenschaften der Universität Leipzig auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften bzw. der Politischen Ökonomie Ebenbürtiges geleistet hat wie etwa Ernst Bloch für die Philosophie, Werner Krauss für die Romanistik, Hans Mayer für die Germanistik oder Walter Markov für die Geschichte. Bezeichnend ist, dass die SED-Oberen mit ihnen allen Schwierigkeiten hatten, das gehört leider auch zur DDR.

Will man unter den Pionierleistungen von Behrens für die »Geschichte der politischen Ökonomie«, neben seinen Publikationen und seiner Lehre, einen *ersten* inhaltlich-methodologischen Fragenkomplex besonders hervorheben, so ist dies in meinen Augen die durch ihn nachdrücklich herausgearbeitete Einheit von Theorie und Geschichte. Als Marxist grenzt er sich sowohl von der Dogmengeschichte als auch von der »reinen« Theorie ab, die *beide* der Verankerung theoretischer Erkenntnisse in sich historisch verändernden Produktionsverhältnissen zu wenig Aufmerksamkeit widmen.

Unter Bezugnahme auf Hegel und Marx entwickelt Behrens den Gedanken, dass die Logik der Theorie letztlich die geschichtliche Erkenntnisgewinnung widerspiegelt, und umgekehrt, dass der theoriehistorische Prozess in den jeweils erreichten wissenschaftlich-theoretischen, systematisch-kategorialen Erkenntnisstand einmündet. Zugespitzt formuliert: »... die Geschichte der politischen Ökonomie (ist) ... die Theorie der politischen Ökonomie, aber in ihrer historischen Entwicklung dargestellt« (1956a, 11).

Wenig später führt er aus: »Die Geschichte der politischen Ökonomie zeigt uns, wie das wissenschaftliche System der politischen Ökonomie entstand, wie das Sinnlich-Konkrete im wissenschaftlichen System verarbeitet wurde und auf welche Ursachen diese Entwicklung zurückzuführen ist. ... Das aber macht uns deutlich, dass neben der Theorie zu ihrem völligen Verständnis auch die Geschichte der politischen Ökonomie notwendig ist!« (ebd. 12)

Behrens hat diese Grundaussage nicht zuletzt direkt an Marx veranschaulicht und sich dabei auf die bekannte Feststellung von Lenin über den Marxismus als rechtmäßigen Erben der klassischen bürgerlichen Öko-

nomie gestützt (Lenin 1953). Demgegenüber bezeichnet er Leute, die sich der Geschichte der politischen Ökonomie verschließen, als »Vulgärmarxisten«. Sie können Marx nicht verstehen, weil ihnen der historische Charakter seines (wie jedes) Erkenntnisprozesses verborgen bleibt, was, wie ich hinzufügen möchte, Voluntarismus und Wunschdenken ohne theoretische Substanz Tür und Tor öffnet.

Leider war die DDR nicht frei von »Vulgärmarxisten«. Im Kreise der Theoriehistoriker werden sich ganz sicher viele daran erinnern, welche Kämpfe ausgefochten werden mussten, um die »Geschichte der politischen Ökonomie« als Studienfach zu erhalten. Unter dem Deckmantel einer stärkeren Praxisorientierung fiel manchem unserer verehrten wirtschaftswissenschaftlichen Fachkollegen immer als erstes ein, die »GPÖ« stundenmäßig zu kürzen oder gar aus dem Studienplan zu streichen.³

Da mussten schon schwere Geschütze aufgefahren werden. Und eins davon war eben die sich auf Marx selbst stützende Argumentationskette von Behrens über die Einheit von marxistischer Theorie und Geschichte der politischen Ökonomie (vgl. hierzu Fabiunke 1972). Auch wer darauf aus war, die Wirtschaftswissenschaften auf ein Kochbuch ökonomischer Rezepte zur Erfüllung der Willkürforderungen des SED-Politbürokraten Günter Mittag zu reduzieren, mochte sich nicht dem Vorwurf aussetzen, »Vulgärmarxist« im Sinne von Behrens, also letztlich *kein* Marxist zu sein.

So konnte die »Geschichte der politischen Ökonomie« dank ihrer offensiven, Marx/Behrens folgenden Verteidigung als integraler, unverzichtbarer Bestandteil echter Wissenschaftlichkeit mit mindestens 30 Lehrstunden in allen wirtschaftswissenschaftlichen Fachrichtungen der DDR bis zu deren Beitritt zum Bundesgebiet erhalten werden. Dann war damit Schluss – wie in den meisten Ländern dieser Welt.

Ein *zweiter* methodologischer Aspekt von Behrens' Beschäftigung mit der Geschichte der politischen Ökonomie, den ich im Folgenden berühren möchte, betrifft die strittige Dialektik von »Parteilichkeit und Wahrheit«, und zwar sowohl bezogen auf die Analyse der ökonomischen Wirklichkeit selbst als auch in der Auseinandersetzung mit den Resultaten nichtmarxistischen bzw. bürgerlichen ökonomischen Denkens, das die wirtschaftliche

³ Dieser oder jener stellte dabei zuweilen sogar klassische Bildung unter Beweis und zitierte aus »Faust« den berühmten Satz: »Grau, treuer Freund, ist alle Theorie, und grün des Lebens goldner Baum«, wozu ich dann jedes Mal einwarf, dass Goethe ihn bemerkenswerter- und ironischerweise Mephisto in den Mund gelegt hatte, um den wissbegierigen, lernwilligen »Schüler« in Fausts »Studierzimmer« zu verunsichern.

Realität des Kapitalismus ebenfalls in dieser oder jener Form widerspiegelt – sofern es sich nicht auf reine »Modellschreinerei« beschränkt.

Behrens war Marxist. Für ihn stand daher fest, dass mit der Schaffung der marxistischen proletarischen politischen Ökonomie eine historisch höhere Erkenntnisstufe in der Aufdeckung des Wesens der kapitalistischen Produktionsweise erreicht worden ist.⁴ Marxistische Parteilichkeit und Wissenschaftlichkeit der Wirklichkeitsanalyse bzw. Wahrheitsfindung bilden also nicht nur keinen Gegensatz, sondern bedingen einander. Insofern ist dieses Bekenntnis zur Parteinahme alles andere als eine Rechtfertigung zur Umdeutung oder Verfälschung der Realität.

Wie Marx interpretierte auch Behrens den Prozess, in dem sich die bürgerliche Ökonomie vom wissenschaftlichen Gegenstand der politischen Ökonomie, kurz: der Aufdeckung ökonomischer Gesetze einer Produktionsweise, entfernt, als Verflachung hin zur Vulgärökonomie. Daraus folgt: So wie sich Bourgeoisie und Proletariat im Klassenkampf gegenüberstehen, gibt es auch einen unvermeidlichen Konflikt bei der politisch-ökonomischen Reflexion wirtschaftlicher Erscheinungen und deren Verallgemeinerung zu theoretischen Erkenntnissen.

Fritz Behrens war völlig klar, auf welche Seite er gehört – auf die der »aufsteigenden Klasse«. Er wollte »konsequent und kämpferisch den Klassenstandpunkt ... der Arbeiterklasse (vertreten) ..., parteisch für das Neue, Werden eintreten und das Alte, Sterbende bekämpfen ...«, um so »der wissenschaftlichen Wahrheit (zu) dienen« (Behrens 1956a, 19).

Und ähnlich bemerkt er an anderer Stelle: »Ohne bewusste Parteinahme für das Neue, Werden, ist die Erkenntnis der Wahrheit, der objektiven Wirklichkeit überhaupt unmöglich. Der Standpunkt der herrschenden Klassen in der Ausbeutergesellschaft führt zu Verfälschungen und Verzerrungen der Wahrheit und schließlich zu einer Zerstörung der Wissenschaft, sobald eine Ausbeutergesellschaft sich überholt hat und eine neue Klasse zur Herrschaft drängt.« (Behrens 1955, 386)

Die praktische Erfahrung, die uns die Entwicklung des Kapitalismus über mehr als zwei Jahrhunderte bis in die Gegenwart vermittelt, beweist, dass Marx recht hatte, wenn er mit seiner auf Ricardo fußenden ökonomisch-theoretischen Analyse die Unaufhebbarkeit des antagonistischen Widerspruchs zwischen Kapital und Lohnarbeit unter Bedingungen des Privateigentums an den – für die herrschenden Produktionsverhältnisse ausschlaggebenden – Produktionsmitteln behauptet. Hier liegt eine wis-

⁴ Dabei ging er so weit, schon der klassischen bürgerlichen Ökonomie eine »apologetische Grundkonzeption« zuzuschreiben (Behrens 1956a, 151).

senschaftlich solide fundierte Erkenntnis vor, die heute nicht weniger wahr als gestern ist.

Von der durch Marx daraus abgeleiteten *soziologisch-politischen Vision* über die revolutionäre historische Mission des Proletariats als Klasse, die nach Behrens »zur Herrschaft drängt«, muss man hingegen, zurückhaltend formuliert, einige Abstriche machen. Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Durchsetzung, Erhaltung und Erweiterung sozialer Errungenschaften und des zivilisatorischen Fortschritts sind bedeutend vielschichtiger, als dass sie mit dem groben Raster »revolutionäres Proletariat vs. reaktionäre Bourgeoisie« erfasst werden könnten. Damit ist aber auch die Allgemeingültigkeit der zitierten Überzeugung von Behrens, und mehr oder weniger aller (damaligen) Marxisten, über die *proletarische* Parteilichkeit als zwingende Voraussetzung überhaupt für wissenschaftliches Arbeiten auf dem Gebiet der politischen Ökonomie und ihrer Geschichte zu hinterfragen.

Es ist nicht zu übersehen, dass diese Auffassung in ihrer dogmatisch-doktrinären Enge einen quasi-religiösen Ausschließlichkeitsanspruch für die Wahrheitsfindung enthält, der fundamentalistische Intoleranz nicht nur begünstigt, sondern gewissermaßen aus sich selbst heraus befördert. Stefan Zweig hat für einen derartigen Standpunkt in einer Studie über Erasmus von Rotterdam den plastischen Begriff »Gesinnungsunduldsamkeit« geprägt (1990, 10).⁵

Davon unberührt bleibt die Richtigkeit des bei Marx angelegten und von Behrens vertretenen Kerngedankens, dass die Aufhebung von Ausbeutung und sozialer Diskriminierung auch und gerade in der wissenschaftlichen Analyse der ökonomischen Realität unbedingt eine Interessen bedingte Parteinahme für unterprivilegierte Klassen und Schichten (welcher Schattierung auch immer) erfordert. Emanzipatorische Bewegungen und Denkansätze bzw. Theorien dürfen jedoch nicht daran gemessen werden, ob sie einer *irgendwie* definierten marxistisch-leninistischen Orthodoxie folgen oder nicht.

Wird dieser Maßstab angelegt, sind eher haarspalterische Grabenkämpfe um die allein seeligmachende »theoretische Wahrheit« angesagt und weniger die sich auf die Realität selbst beziehende Wahrheitsfindung – wie

⁵ Nach Zweig verachtete und bekämpfte Erasmus »die Halsstarrigen und Denkeinsichtigen, ob im Priestergewand oder Professorentalar, die Scheuklappendenker ... jeder Klasse und Rasse, die allerorts für ihre eigene Meinung Kadavergehorsam verlangen und jede andere Anschauung verächtlich Ketzerei nennen oder Schurkelei.« (ebd.)

wir aus eigener leidvoller Erfahrung im Kampf gegen »Revisionisten« und andere »Abweichler« von der Parteilinie wissen.

Fritz Behrens war viel zu klug, um sich des Spannungsbogens zwischen Parteilichkeit und objektiver Wirklichkeitsanalyse, der »Klippen«, die in diesem Verhältnis stecken, nicht bewusst zu sein (vgl. Behrens 1956a, 23). Und er hat mutig darauf eingewirkt, die Wissenschaftlichkeit der politischen Ökonomie davor zu bewahren, auf dem Altar einer falsch verstandenen, primitiven »Parteilichkeit« geopfert zu werden.

Ein gutes Beispiel hierfür ist sein Diskussionsbeitrag, den er auf der im Januar 1956 vom Institut für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin veranstalteten Konferenz zum Thema »Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaften in Westdeutschland« gehalten hat. Er nahm dabei die beiden grundlegenden Referate von Rudolf Agricola und Siegbert Kahn zum Anlass, um den unzureichenden Stand der wirtschaftswissenschaftlichen Arbeit in der DDR zur Analyse des zeitgenössischen Kapitalismus und in der Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ökonomie zu kritisieren. Insbesondere beklagte er, dass im Allgemeinen nicht »die Wirklichkeit« selbst untersucht wird, »sondern die Theorien, wie wir sie in den Werken der Meister der politischen Ökonomie von Marx bis Stalin niedergelegt finden. ... Wir benutzen daher die Wirklichkeit lieber dazu, die Lehren der Klassiker zu illustrieren, wobei wir ... dasjenige herauslassen, was nicht passt.« (Behrens 1956b, 48)

Um diese Feststellung zu beweisen, führt er die Tatsache an, dass auch der Monopolkapitalismus »eine teilweise sogar stürmische Entwicklung der Produktivkräfte nicht ausschließt«. Das hätten zwar viele Ökonomen gewusst, aber nicht gelehrt. Und er fährt fort: »Jetzt werden die Ökonomen kritisiert, wenn sie das nicht lehren, für das sie vor einigen Jahren als Objektivisten deklariert worden wären, hätten sie es gelehrt.« (ebd. 49) Ähnlich verhalte es sich mit der Behandlung der Arbeitsproduktivität, die in Westdeutschland aufgrund einer höheren Investitionsquote und nicht nur wegen der höheren Arbeitsintensität das Niveau in der DDR übersteige.

Dieselbe Herangehensweise finden wir bei Behrens, wenn es um die Auseinandersetzung mit der zeitgenössischen bürgerlichen Ökonomie geht. Auch hier fordert er eine gründliche Analyse dessen, was tatsächlich von bürgerlichen Autoren geschrieben wurde. Als Beispiel bezieht er sich auf die Behandlung von Paul A. Samuelsons »Volkswirtschaftslehre« im Referat von R. Agricola, das sich seines Erachtens auf »einige oberflächliche Bemerkungen« beschränkte, die der Bedeutung und dem weitreichenden Einfluss dieses Werkes nicht angemessen seien.

In diesem Zusammenhang führe ich ein etwas längeres Zitat aus seinem Diskussionsbeitrag an, um den Sarkasmus, mit dem er Missstände auf dem Gebiet der Theoriekritik geißelt, im Original zu belegen: »Wir widerlegen die Gegner der politischen Ökonomie des Marxismus-Leninismus, indem wir immer wieder erneut feststellen, und man hat manchmal den Eindruck, dass mancher das sogar mit einigem Erstaunen feststellt, dass sie nicht auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stehen. Wir versichern immer aufs neue, dass bürgerliche Ökonomen eben bürgerliche Ökonomen sind, und freuen uns sehr über dieses eherne Axiom unserer Erkenntnis. ... das Problem der Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ökonomie wird viel zu flach, zu oberflächlich entwickelt, nicht selbst als theoretisches Problem aufgefasst« (ebd. 50). Und resümierend schreibt er den DDR-Ökonomen ins Stammbuch: »Ideologische Auseinandersetzungen sind theoretische Auseinandersetzungen, oder sie bleiben auf den Gegner wirkungslos.« (ebd. 52)

Es konnte nicht ausbleiben, dass diese Positionsbestimmung theoriekritischen Arbeitens bei einigen Konferenzteilnehmern auf Widerspruch stieß (vgl. Naumann 1956, Berger 1956). Doch daraus erhellt, dass der Umgang mit dem Thema »Parteilichkeit« in der DDR ziemliche Niveauunterschiede aufwies. Wer es mit klugem Raisonement so wie Behrens tat, setzte sich schnell dem Vorwurf aus, den »Klassenstandpunkt« zu verwässern. Hierzu konnte man sich nicht zu Unrecht sogar auf Behrens selbst berufen, weil er, wie andere Marxisten eben auch, die oben apostrophierte *prinzipielle* Beschränktheit einer dogmatisch-verabsolutierenden Herangehensweise an das Problem »proletarische Parteilichkeit« und »Wahrheitsfindung« nicht reflektiert hatte oder angesichts des herrschenden Zeitgeistes nicht reflektieren konnte. Solche Überlegungen setzen die Berechtigung der Forderung von Behrens nach kritischer, differenzierter Auseinandersetzung der marxistischen mit der ideologischen wie praktischen Funktion der bürgerlichen Ökonomie nicht außer Kraft, wie er sie zum wiederholten Male auch auf der 1960 abgehaltenen internationalen Konferenz über »Neue Erscheinungen in der modernen bürgerlichen Ökonomie« erhoben hat. (Behrens 1961, 676ff.)

Gerade für die Lehre und Forschung zur Geschichte der politischen Ökonomie stand diese Thematik in der DDR stets auf der Tagesordnung, denn dieses Fach war gewissermaßen das einzige im wirtschaftswissenschaftlichen Studium, das sich systematisch mit der nichtmarxistischen Ökonomie einschließlich ihrer zeitgenössischen Strömungen beschäftigte. Dies trug ihm sogar den Verdacht ein, es würde die »bürgerliche Ideologie« in die Studierenden hineinragen – ein bornierter, völlig unberech-

tiger Vorwurf (vgl. Thal 1973). Doch die Lehrkräfte auf diesem Gebiet waren sich ihrer wissenschaftlichen ebenso wie ihrer erzieherischen Verantwortung sehr wohl bewusst und wollten mit dem Fach »Geschichte der politischen Ökonomie« einen Beitrag leisten, um die Studierenden zu einem besseren, das heißt tieferen theoretischen Verständnis der ökonomischen Realität sowohl im Kapitalismus als auch im Sozialismus zu befähigen und ihr bewusstes Engagement für die Bewältigung der wirtschaftlichen Aufgaben in der DDR zu befördern.

Anders formuliert: Wir haben uns bemüht, unsere Arbeit in Lehre und Forschung in dem Geist zu leisten, den wir von Fritz Behrens und seinen Freunden Jürgen Kuczynski und Gerhard Bondi aus den Anfangsjahren der DDR kannten – in Parteinahme für unsere Sache *und* mit solider marxistischer Wissenschaftlichkeit.

Dass dem Traum unserer Lehrer vom Sozialismus, den sie in uns gepflanzt hatten, der historische Erfolg versagt geblieben ist, hinterlässt Resignation. Doch zur Aufarbeitung und Analyse dessen, was in der DDR zur Umsetzung dieses Traums in die gesellschaftliche Realität versucht worden ist, braucht es mehr als undifferenzierte Verdammungsurteile oder die häufig erhobene Forderung, wir sollten uns alle in ein Büßergewand hüllen. Deshalb also dieser durchaus selbstbewusste, wenngleich nicht unkritische Blick zurück auf *unsere* »Geschichte der politischen Ökonomie« und ihren marxistischen Protagonisten Fritz Behrens.

Literatur

- Behrens, F. (1955), Um eine »Geschichte der politischen Ökonomie«! Einige Bemerkungen zu einer Arbeit Jürgen Kuczynskis, in: Wirtschaftswissenschaft, Heft 3
- Behrens, F. (1956a), Grundriss einer Geschichte der politischen Ökonomie, Berlin
- Behrens, F. (1956b), Diskussionsbeitrag, in: Protokoll der Konferenz »Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaften in Westdeutschland«, Deutsche Akademie der Wissenschaften, Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften Nr. 5, Berlin
- Behrens, F. (1957), Theorie und Geschichte der politischen Ökonomie. Zu Studienzwecken für die Studiengruppen IIa und IIb der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät (Als Manuskript gedruckt), Halle
- Behrens, F. (1961), Zur Einschätzung der Funktion der gegenwärtigen bürgerlichen Ökonomie und zur Kritik der bürgerlichen Betriebswirtschaftslehre, in: Protokoll der internationalen Konferenz 1960 »Neue Erscheinungen in der modernen bürgerlichen Ökonomie«, Berlin, 2. Halbband

- Berger, W. (1956), Diskussionsbeitrag, in: Protokoll der Konferenz »Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaften in Westdeutschland«, Deutsche Akademie der Wissenschaften, Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften Nr. 5, Berlin
- Fabiunke, G. (1972), Bildungs- und Erziehungsaufgaben des Lehrgebiets »Geschichte der politischen Ökonomie« in der Grundstudienrichtung Wirtschaftswissenschaften, in: Wirtschaftswissenschaft, Heft 8
- Janke, D. (2005), Von der wissenschaftshistorischen Analyse zur »Sklavensprache« – Fritz Behrens und die Geschichte der politischen Ökonomie, in: Alternative Ökonomie in der Traditionslinie von Fritz Behrens, hrsg. v. H.-G. Draheim/R. Emmerich/D. Janke. *Diskurs* – Streitschriften zur Geschichte und Politik des Sozialismus, Heft 18, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig
- Krause, G. (1999), Fritz Behrens und die Geschichte der politischen Ökonomie, in: Ich habe einige Dogmen angetastet... Werk und Wirken von Fritz Behrens, hrsg. v. E. Müller/M. Neuhaus/J. Tesch. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig
- Lenin, W. I. (1953), Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus, in: W.I. Lenin, Ausgewählte Werke in 2 Bänden, Bd. I, Berlin
- Meißner, H. (2007), Zur Entwicklung der »Geschichte der politischen Ökonomie« in der DDR – eine wissenschaftsgeschichtliche Studie, Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Band 88. Jahrgang, Berlin
- Naumann, R. (1956), Diskussionsbeitrag, in: Protokoll der Konferenz »Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaften in Westdeutschland«, Deutsche Akademie der Wissenschaften, Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften Nr. 5, Berlin
- Thal, P. (1973), Die Auseinandersetzung mit der zeitgenössischen bürgerlichen Ökonomie im wirtschaftswissenschaftlichen Studium – Aufgaben und Probleme, in: Wirtschaftswissenschaft, Heft 8
- Zweig, St. (1990), Triumph und Tragik des Erasmus von Rotterdam, Frankfurt/M.

Joachim Tesch

Fritz Behrens, Ota Šik und die Debatte über den Sozialismus im 21. Jahrhundert

Für die Debatte über den Sozialismus im 21. Jahrhundert sind die Ideen von Fritz Behrens nach wie vor bedeutsam. Mit Bezug auf ihn und andere sozialistische Dissidenten der DDR hat Anneliese Braun erst kürzlich Antworten auf die Frage, »was von ihnen bleibt« (2009), gegeben. Die Debatte ist aber auch im Kontext der Vorschläge der »Reform«-Ökonomen in anderen staatssozialistischen Ländern Europas nach dem XX. KPdSU-Parteitag zu führen. Erste Bemerkungen machte dazu Günter Krause (1998, 121ff.). Ausführlicher äußerte sich dann später Helmut Steiner (2010).

Behrens und die »Reform«-Ökonomen im Staatssozialismus

Nach Steiner verfolgte Behrens »mit wachem Interesse und einem Wechselbad der Gefühle ...die verschiedenen Reform-Bestrebungen im eigenen Lande, aber auch in der Volksrepublik Polen, in der ČSSR, in Ungarn und in der UdSSR.« (2008, 62) Steiner (2010) hob dabei folgende Namen hervor: aus der UdSSR E.G. Liberman und W.W. Nowoschilow, aus Ungarn J. Kornai, aus Polen O. Lange und W. Brus sowie aus der ČSSR J. Kosta und O. Šik.

In Behrens' Veröffentlichungen und zugänglichen Ausarbeitungen (vgl. Verzeichnis 1999, 146/153) ist allerdings die Zahl der wörtlichen und indirekten Zitate relativ gering:

- im Beitrag, der 1957 den Revisionismusvorwurf auslöste (Behrens 1957), nur vom polnischen Ökonomen Włodzimierz Brus (1921-2007);
- in »Ware, Wert und Wertgesetz« (1961), als die Plan-Markt-Beziehungen im Zusammenhang mit dem NÖS in der DDR verstärkt diskutiert wurden, nur im Bezug auf sowjetische Autoren in der deutschsprachigen Zeitschrift »Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge« aus den Jahren 1957 bis 1959;
- im Akademievortrag vom September 1965 (Behrens 1966) aus staatssozialistischen Ländern Z. Šulc, W. Brus, R. Lang/M. Mesoric und J. Goldmann;

- in der Rede in Frankfurt am Main im September 1967 (Behrens 1999) nur von sowjetischen Autoren: W.W. Nowoschilow sowie Berg, Belkin und Birman.

Seitdem hatte sich Behrens nicht mehr öffentlich zur »Reform« des Sozialismus geäußert, denn wie sich spätestens in seinen Bemerkungen zum »Prager Frühling« 1968 (2008) zeigte, hielt er den Staatssozialismus nicht mehr für reformierbar bzw. die Vorschläge der Reformer für unzureichend. Auch in den erst nach dem Ende der DDR veröffentlichten Texten findet sich kein direkter Bezug auf »Reform«-Ökonomen. Im Buch »Abschied von der sozialen Utopie« (Behrens 1992) wird lediglich sehr häufig der polnische Philosoph Leszek Kołakowski (1927-2009) zitiert.

Mit dem im vorliegenden Band veröffentlichten Text aus dem Nachlass gibt es einen einzigen Beitrag, in dem sich Behrens explizit mit einem »Reform«-Ökonomen auseinandersetzt – mit Ota Šik. Es reizt deshalb, die Auffassungen dieser beiden Autoren über die Jahrzehnte zu verfolgen, zumal beide in den industriell am weitesten entwickelten Ländern des Ostblocks wirkten und auch ihre Lebensläufe viel über das vergangene Jahrhundert aussagen.

Fritz Behrens (1909-1980) und Ota Šik (1919-2004) – Gemeinsames und Unterschiedliches

In der Jugend fuhr der eine zur See und begann der andere Malerei zu studieren – bevor sie sich der politischen Ökonomie zuwandten; während des Zweiten Weltkrieges arbeitete der Deutsche in Prag, während der Tscheche in einem deutschen Konzentrationslager (Mauthausen) einsaß; beide gelangten in verantwortungsvolle staatliche Positionen: Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik beim Ministerrat der DDR bzw. stellvertretender Ministerpräsident der ČSSR; nach 1956 publizierten beide zunächst Reformvorschläge im eigenen Lande (u.a. inspiriert von W. Brus), wurden aber dann zu »sozialistischen Dissidenten«: der eine emigrierte nach »Innen«, der andere wurde Schweizer Staatsbürger mit Professur an der Hochschule St. Gallen; im Alter schrieb der eine für die Nachwelt, und der andere malte nur noch.

Wenden wir uns mit Respekt ihren Texten zu! Dem interessierten Publikum in der DDR ist Šik durch sein Buch »Ökonomie – Interessen – Politik« (1966) bekannt geworden. Nach dem Vorwort handelte es sich um den ersten allgemein-theoretischen Teil einer größeren Arbeit und betraf noch nicht aktuelle sozialistische Wirtschaftsprobleme. Charakteristisch

ist die breite Darstellung der Interessen sowohl der Gesellschaft als auch von Gruppen und Einzelnen. Punktuell blitzt bereits Kritik an der herrschenden Auslegung des Marxismus-Leninismus auf: »Die bloße Nationalisierung der Produktionsmittel bedeutet an und für sich noch keineswegs die Entstehung des sozialistischen Eigentums, sondern nur die wirkliche Veränderung der gesamten Aneignungsweise, die Veränderung der Kooperation und der Arbeitsteilung, der Verteilung der Produktionsmittel, des Austausches der Tätigkeiten, der Verteilung der Konsumtionsmittel und der entsprechenden Willensverhältnisse bedeutet die Entstehung des sozialistischen Eigentums ... Aber erst die wirkliche Herausbildung der von gesellschaftlichen Organen der Werktätigen geleiteten und kontrollierten sozialistischen Arbeit ... bedeutet den Beginn der sozialistischen Aneignung.« (ebd. 299)

Das nächste Buch Šiks – »Plan und Markt im Sozialismus« (1965/1967), der Anschlussband zu »Ökonomie – Interessen – Politik« – wurde schon nicht mehr in der DDR publiziert. In ihm erscheint Behrens zweimal als Quelle: mit »Arbeitsproduktivität, Lohnentwicklung und Rentabilität« (1955) und »Ware, Wert und Wertgesetz« (1961).

Dann wandelte sich Ota Šik vom »Reformer« zum Dissidenten. Es folgten Parteiausschluss, Exil und Ausarbeitung einer Alternative zu Staatssozialismus und Kapitalismus, ausführlich dargestellt in »Der dritte Weg« (1972). Einleitend erklärte er hier seinen Wandel.

Der »dritte Weg« ist als allgemeiner, vielfältig gebrauchter Begriff keine Neuschöpfung. Die Deutsche Nationalbibliothek nennt z.B. unter diesem Suchwort als erstes einen Roman (Colerus 1921). Auf sozialökonomischem Gebiet wird der Begriff u.a. von Franz Oppenheimer in »Weder so – noch so. Der dritte Weg« (1933) benutzt, nachdem sein ein Jahr vorher erschienenenes Buch »Weder Kapitalismus noch Kommunismus« (1932) titelte. Von Šik wurde er als Alternative zu den real existierenden Systemen Sozialismus und Kapitalismus beschrieben (vgl. 1977). So würdigt Thomas Straubhaar (2007, 5) dreißig Jahre später Šiks Suche nach einem dritten Weg im Zusammenhang mit Exponenten so unterschiedlicher theoretischer und politischer Richtungen wie Wilhelm Röpke, Alfred Müller-Arnack, Joseph Stiglitz und Anthony Giddens.

Auf die komprimierte Fassung »Argumente für den Dritten Weg« (Šik 1973) bezieht sich Fritz Behrens in seinem bislang unveröffentlichten Text »Exkurs: Zu Ota Šiks Dritten Weg!« (o.J.).¹ Behrens und Šik stimmten in

¹ Diese Ausarbeitung ist Bestandteil eines längeren Textes von Behrens und ist im vorliegenden Band erstmals publiziert. Dem Autor wurde sie von Günter Krause

ihrer Kritik bzw. Ablehnung des staatssozialistischen Systems überein, unterschieden sich aber in ihren Auffassungen hinsichtlich des alternativen Systems bzw. des Weges dahin gravierend.

Übereinstimmung in der Kritik am »real existierenden Sozialismus«

Behrens stellte fest: »... nach der Oktoberrevolution (ist) aus einer Reihe historischer Ursachen und Bedingungen eine Ordnung entstanden ..., die den Rahmen der bürgerlichen Ordnung noch nicht durchbrochen hat« (ebd. 114/185). Nach seiner Auffassung charakterisiert Šik diese bürokratische Produktionsweise – den Staatsmonopolismus – treffend (ebd. 115/186). Insbesondere teilt Behrens Šiks Kritik am staatlichen Eigentum und unterscheidet in diesem Zusammenhang in Anlehnung an Marx Arbeitseigentum und Ausbeutungseigentum. Letzteres gelte auch für Staatseigentum (ebd. 96f./173). Weiter schreibt Behrens: »Die Alternative lautet also – darin sind wir mit Šik einig: *Staatsmonopolismus oder Sozialismus!*« (ebd. 104/178)

Behrens stimmte Šik auch darin zu, »dass das ›östliche Wirtschaftssystem‹, solange es ›in seinen Grundzügen beibehalten wird, nicht fähig (sei), in der qualitativen Entwicklung dem Westen gleichzukommen« (ebd. 113/185).

Zugleich äußerte sich Behrens mehrfach heftig gegen die Bezeichnungen »Sozialismus« und »Kommunismus« für den »real existierenden Sozialismus«, »weil es verschleierte, dass die Idee des Sozialismus missbraucht wird für die Machtansprüche einer staatlich etablierten Parteibükratie ... Es ist also nicht nur falsch und unhaltbar, es ist auch von der Konzeption Šiks aus gesehen inkonsequent, wenn er von ›kommunistischer Wirtschaft‹ und ›sozialistischer Planung‹ spricht und damit den ›real existierenden‹ Sozialismus meint ... Šik schließt sich damit dem herrschenden – bürgerlichen und bürokratischen – Sprachgebrauch an« (ebd. 96/172, 98/174).

Mit eigenen Erfahrungen als Autor und Herausgeber meine ich: Ota Šik oder Verlag machten tatsächlich wohl nur ein Zugeständnis an die Leser, die lediglich den vorherrschenden Sprachgebrauch kannten. Schließlich gibt es bis heute keinen Konsens über die Bezeichnung dieser untergegangenen Ordnung. Behrens' Mahnung – »... besser aber ist es, mit der

vorab zur Verfügung gestellt. Die folgenden Seitenangaben in Klammern beziehen sich – soweit nichts anderes angegeben – auf diese Ausarbeitung.

um das Wort Sozialismus herrschenden Sprachverwirrung Schluss zu machen« (ebd. 114/185) – hat auch noch in diesen Tagen ihre Berechtigung.

Gravierende Unterschiede zu Markt und Plan in einem zukünftigen Wirtschaftssystem

Für Behrens existiert im Sozialismus keine Warenproduktion, und, da für ihn der Markt eine Kategorie der Warenproduktion ist (ebd. 109/176), auch kein Markt mehr. Šik sucht dagegen nach Wegen zur Kombination von Plan und Markt, da er die Grundfunktionen des Marktes positiv mit den Prinzipien der Knappheitsüberwindung und der Leistungsäquivalenz verbindet (vgl. 1973, 15).

Nach Behrens »... ist eine sozialistische Gesellschaft eine ›genossenschaftliche, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründete Gesellschaft‹, in denen die Produzenten ihre Produkte nicht austauschen und die auf diese Produkte verwendete Arbeit nicht mehr als Wert erscheint ([MEW] Bd. 19, S. 19). Die Verteilung geschieht nicht mehr durch Geld, sondern durch Anweisungen auf das gesellschaftliche Arbeitsprodukt ([ebd.] S. 20ff.)« (ebd. 99/175). Und: »Die Warenproduktion war, bis zu ihrer höchsten Form, als Kapitalismus, historisch notwendig, aber sie wird überflüssig und hinderlich ... Damit sind wir allerdings zu einem – ja, zu dem – entscheidenden Punkt gekommen! ... Šik wendet sich gegen die tief eingewurzelte sozialistische Vorstellung, ›dass der Markt nur durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln hervorgerufen würde – ...‹ Diese Vorstellung sei ›als Reflektion auf den spezifisch kapitalistischen Markt‹ entstanden ... Die Erfahrungen mit der sozialistischen Wirtschaft hätten aber gezeigt, ›dass man spezifische historische Formen des Marktes von seinem allgemeineren, grundlegenden Wesen unterscheiden müsse und dass jenes auch innerhalb des sozialistischen Systems nicht beseitigt werden könne.‹ ... Eine sozialistische Wirtschaft ist also in dem ›Sinne eine Marktwirtschaft, wie die beiden Grundfunktionen des Marktes beibehalten werden.‹ ... Der Markt ... ›kann durch keine Planung adäquat ersetzt werden‹« (ebd. 110/182).

Behrens meint dagegen, »... dass durch die in jeder Produktionsweise und unter allen Produktionsverhältnissen notwendige Regelung der Produktion durch die ›disponible Arbeitszeit‹ ([MEW] Bd. 32, S. 12) nicht auch notwendig ihre Regelung in der Form des Wertgesetzes folgt. Aus dem natürlichen, sozusagen ›ewigen‹ Substrat der Wertbestimmung, aus ihrem suprahistorischen Substrat gewissermaßen, folgt nicht auch ein

suprahistorischer Charakter des Wertformgesetzes ... Šik macht aus einer historischen Besonderheit eine historische Gesetzmäßigkeit und vergisst, dass ökonomische Gesetze immer nur geronnene gesellschaftliche Verhältnisse sind. Auch das grundlegende Gesetz jeder gesellschaftlichen Produktion, das Gesetz der Ökonomie der Zeit ist – seinem Wesen nach – ein gesellschaftliches Verhältnis ... Dass dieses Verhältnis als Wertgesetz erscheint, ist notwendig, wenn Warenproduktion herrscht, nicht notwendig bei gemeinschaftlicher Produktion. Hier erscheint dieses Verhältnis nicht als Wert verdinglicht und als den Menschen aufgezwungenes – entfremdetes – Gesetz, sondern als ein zwar notwendiges, aber einsichtiges und durchsichtiges Verhältnis!« (ebd. 111f./183f.)

Aufgrund der neuen Verhältnisse bestimmt sich auch der Charakter der Planung neu. Behrens schreibt: »Die neuen Produktionsverhältnisse erscheinen ... zunächst in Form von auf Produzentenkollektive delegiertem Staatseigentum, bis es von den Produzenten selbst verwaltetes Gemeineigentum wird. Das ist zugleich der Übergang von einer mehr oder minder stark direkt zentralistischen Planung der Produktion durch den Staat ... zu einer immer mehr indirekten zentralen Planung der Produktion durch demokratisch gewählte, jederzeit abberufbare und von der Öffentlichkeit kontrollierte Organe, als vorherbestimmte Kontrolle der Produktion durch die Gesellschaft, d.h. durch freie und frei assoziierte Produzenten!« (ebd. 103/177) Denn: »Frei assoziierte Produzenten einer sozialistischen Gesellschaft können die wesentlichen Entscheidungen aber in der Tat rationell treffen, weil mit der Beseitigung des staatlichen Monopols über die Produktionsmittel und das Mehrprodukt und das Informationsmonopol der Bürokratie und die Formierung von Organen einer unmittelbaren Demokratie erst die Bedingungen hierfür geschaffen worden sind.« (ebd. 108/180f.)

Dagegen hält Šik eine Kopplung von Plan und Markt für notwendig (1973, 41). Es geht Šik »... um eine Planung, die den Markt ergänzt in den Sphären, in denen nicht er die gesellschaftlichen Bedürfnisse befriedigen kann, und um eine Regulierung des Ausmaßes, des Wachstums und der gleichgewichtigen Entwicklung des Marktes« (ebd. 32). So konzidiert Behrens zwar: »Ota Šik ist also durchaus für Plan und Planung!« (o.J., 110a/183), aber er fragt zugleich, wie nach Šik eine moderne »Kopplung von Markt und Plan« (ebd.) aussehe. Wenn Ota Šik »... schreibt, dass die Planung der »gesamten Wirtschaft durch den sozialistischen Staat, mittels welcher die kapitalistischen Marktbeziehungen ersetzt werden sollen, als ein Prädikat der sozialistischen ökonomischen Verhältnisse angesehen wird, ... so hat er Recht, soweit es sich um eine Übergangsgesellschaft

handelt, in der Marktbeziehungen nicht nur zweckmäßig, sondern notwendig sind, und er hat auch damit Recht, dass eine zentrale Planung an sich überhaupt noch kein Indiz für sozialistische ökonomische Verhältnisse ist« (ebd. 107/180).

Plan und Markt als Prinzipien antagonistischer Produktionsweisen können nach Behrens nicht widerspruchsfrei vereinigt werden: »Doch ist in dieser, weder kapitalistischen noch sozialistischen, aber mit antagonistischen Widersprüchen behafteten Produktionsweise der Plan kein sozialistischer Plan, kein von sich selbst verwaltenden Produzenten im Interesse und unter Kontrolle einer sich selbst verwaltenden Gesellschaft aufgestellter Plan. Er ist der Plan einer durch eine Parteibükratie angeleiteten Staatsbürokratie. Wenn Šik daher schreibt, der Markt sei nicht zu ersetzen und könne durch keine Planung adäquat ersetzt werden, ... dann bringt er nur den der bürokratischen Produktionsweise anhaftenden Widerspruch zwischen zwei antagonistischen Prinzipien zum Ausdruck, denn: »Natürlich bedeutet Planung nicht zentralistische, dirigistische Planung mit dem Ziel der Marktersetzung wie im offiziellen Staatsmonopolismus des Ostens.« (ebd. S. 110a/111/183)

Und – damit keine Missverständnisse aufkommen – stellt Behrens auch kategorisch fest: »Die Überwindung des Staatsmonopolismus kann ... nicht durch eine Restauration des blockierten Marktes, sondern nur durch seine Ersetzung durch den Plan, allerdings durch einen sozialistischen, keinen staatsmonopolistischen, bürokratischen Plan geschehen« (ebd. 104/178).

Hiermit verbunden sind ebenfalls unterschiedliche Auffassungen über den Übergang zum Sozialismus: Behrens sieht in Anlehnung an Marx und Engels, dass der Sozialismus nicht in einem einzelnen Land verwirklicht, geschweige denn vollendet werden kann: »Das Absterben des Staates und das Verschwinden der Warenproduktion ist im nationalen Rahmen nicht möglich, weil die Verwirklichung eines nationalen Sozialismus nicht möglich ist!« (ebd. 102/176) Allerdings deutet Behrens auch an, dass der Übergang in den Sozialismus nicht gleichzeitig auf der ganzen Erde erfolgen kann, das äußert sich u.a. in Formulierungen wie etwa »Föderation sozialistischer Länder« (ebd. 107/179).

Daraus folgt heute konsequenterweise – und zwar nicht nur theoretisch, sondern angesichts auch der zeitgeschichtlichen Erfahrungen mit dem Zerfall der UdSSR und mit der Herausbildung der Europäischen Union –, dass es zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus eine längere Übergangsperiode geben wird – in mehreren Anläufen bzw. Wellen. Nach Behrens' Auffassung existieren in der Übergangsperiode zwi-

schen Kapitalismus und Sozialismus noch Staat, Warenproduktion und Markt, »aber sie sind keine wesentlichen Merkmale dieser Periode mehr, weil sie abzusterben und zu verschwinden beginnen« (ebd. 101/176). »National geht es um die Schaffung von pluralistischen Selbstverwaltungskörperschaften von unten nach oben – Selbstzentralismus der Massen!...« (ebd. 102/177)

Behrens räumt ein: »Šik hat natürlich Recht, dass die Produzentenselbstverwaltung »nur eine abstrakte, leere Losung bleibt, solange nicht gezeigt« werde, mit welchem Mechanismus sie den bürokratischen Apparat ersetzen könne, »aber dabei zugleich eine gesellschaftlich notwendige Entwicklung der Produktion sichern würde.« (ebd. 114/185) Doch Šik zeige den Weg selbst: »Nur eine reale Änderung der ökonomischen und politischen Stellung der Lohnempfänger, ihre Verwandlung in kollektive Eigentümer von Produktionsmitteln, ihre demokratisch gesicherte Beteiligung an den grundsätzlichen Entscheidungsfindungen auf wirtschaftlicher Mikro- als auch Makroebene und ihre dann wachsende Erkenntnis der Abhängigkeit des eigenen Lebens von der selbstverwalteten Entscheidungsfällung in der politischen wie auch wirtschaftlichen Sphäre könnten allmählich zu einer Änderung der Interessen arbeitender Menschen führen.« (1973, 171) Behrens: »Aber das ist die Assoziation freier Produzenten, die ... sich selbst verwaltende Gesellschaft, die die Reformer des Prager Frühlings im Jahre 1968 leider vergaßen – oder zu spät als Alternative zum real existierenden Sozialismus des sowjetischen »Grundmodells« ... entdeckten.« (ebd. 115/186)²

Damit endete die virtuelle Begegnung zwischen Behrens und Šik. Behrens arbeitete seine Texte über den Sozialismus und eine sich selbst verwaltende Gesellschaft weiter aus (vgl. 1992, 97ff./205ff.) und wandte sich dabei konsequent gegen eine »sozialistische« Warenproduktion (ebd. 137ff.).

Šik vertiefte dagegen seine Vorstellungen eines alternativen Weges. Sein Hauptwerk »Humane Wirtschaftsdemokratie« mit über 800 Seiten erscheint im Jahre 1977. Eine komprimierte Fassung folgt wenige Jahre später (Šik 1985). Danach umfasst sein Modell vier Säulen: Mitarbeitergesellschaften, makroökonomische Verteilungsplanung, antimonopolistische Marktregulation und gesellschaftliche Demokratisierung (vgl. auch Scheunemann 1996 u. 2008).

In den folgenden Jahren wendet Šik sich allgemeineren Themen der politischen Ökonomie zu (1987, 1988), und erst als der »Sozialismus« in

² Noch deutlicher äußert sich Behrens in »Kurze Bemerkungen zum Prager Frühling« (2008, 58/244ff.).

Osteuropa zusammenbrach, richtete sich sein Blick noch einmal dahin (1990). Er nahm – neben Włodzimierz Brus und anderen »Dissidenten« – im September 1989 am Kolloquium an der St. Galler Hochschule für Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften teil, das – wie die Herausgeber im Veröffentlichungsband schrieben – der Frage gewidmet war, »wie kann man gegenwärtig den sozialökonomischen Inhalt des Begriffs ›Sozialismus‹ begründen«, und »Gedanken über einen neuen Weg Osteuropas« zusammenstellen wollte/sollte.

Šik erhoffte sich die Umsetzung seines Modells in Osteuropa und führte resümierend aus: »Mit der Kopplung von Plan und Markt blieben die Vorteile einer freien Marktwirtschaft, vor allem im Hinblick auf eine hocheffiziente, bedarfsorientierte und innovative Produktionsentwicklung, in ihrer Gesamtheit erhalten. Gleichzeitig würde aber der Makroverteilungsplan dafür Sorge tragen, dass jene Makrogleichgewichtsstörungen in Form von großen Überschusskapazitäten, Massenarbeitslosigkeit, drohender Umweltzerstörung wie auch Zukunftsängste der Menschen überwunden würden.

Zusammenfassend kann die ›Humane Wirtschaftsdemokratie‹ als ein ... Systemmodell bezeichnet werden, in welchem:

1. Bedingungen für einen möglichst optimal funktionierenden Marktmechanismus, einen freien Außenhandel sowie eine konvertierbare Währung gegeben sind;
2. mittels einer Makroverteilungsplanung und einer koordinierten Wirtschaftspolitik sozialökonomische und ökologische Zielsetzungen verfolgt werden;
3. makroökonomischen Ungleichgewichten und Massenarbeitslosigkeit mittels einer Makroverteilungsplanung sowie der darin eingebundenen Vollbeschäftigungs- und Bildungspolitik vorgebeugt wird;
4. die Kapitalentfremdung der Beschäftigten von Marktunternehmen auf der Grundlage von Kapitalbeteiligung, Mitbestimmung und Selbstverwaltung überwunden wird;
5. private Unternehmertätigkeit uneingeschränkt zugelassen, aber eine übermäßige Konzentration von Privatkapital und -macht eingeschränkt wird;
6. über sozialökonomische Planziele auf der Grundlage vielfältiger alternativer Pläne demokratisch entschieden wird;
7. Marktmechanismen ... einer staatlichen Kontrolle vorbehalten bleiben...« (Šik 1990, 36ff.)

Diese Hauptgedanken äußerte Šik nochmals in einem längeren Interview im Jahre (1990a).

Danach zog er sich aus der Öffentlichkeit zurück. Über die Gründe berichtet eine Schweizer Geschichtsschönik (Jud 2004) anschaulich:

»Ota Šik, Professor an der HSG St. Gallen

... Der frühere Dissident und neue Staatspräsident der Tschechoslowakei, *Vačlav Havel*, berief Ota Šik als Berater. Doch die eigentliche Macht lag bei Ministerpräsident *Vačlav Klaus*, und dieser steuerte die Tschechoslowakei auf einen stramm neoliberalen Kurs. Was Klaus auf einer Tagung vor Zürcher Bankern auf dem Wolfsberg bei Ermatingen (Thurgau) als »adjektivlose Marktwirtschaft« anpries, war letztlich Kapitalismus pur – ohne jeden Ausgleich, wie ihn Westeuropas »Soziale Marktwirtschaft« unter dem Eindruck der Konkurrenz zwischen dem Osten und dem Westen bis 1989 gepflegt hatte. Ota Šik hatte mit seinem Traum vom dritten Weg keine Chance.

Ota Šik, der Maler

Nach dieser Erfahrung zog sich Ota Šik, schon über 70-jährig, aus der ökonomischen und politischen Diskussion zurück und begann zu malen. Die ersten Bilder wirken düster, als ob Ota Šik traumatische Erlebnisse zu verarbeiten hätte – Gründe dazu gäbe es ja in seinem Leben genug! Doch gelang es Ota Šik in den letzten Jahren seines Lebens aus diesem Tief wieder heraus zu finden – seine neueren Bilder sind heiter, der Traum von einer besseren Welt scheint wieder durch.«

Vor diesem Hintergrund ist auch eine verlässliche Interpretation des viel bemühten Interviews mit Šik (1990b) möglich, das die Zeitung »Mladá fronta« im August 1990 anlässlich des Erscheinens seiner Biografie veröffentlichte. Darin heißt es: »Sehen Sie, wir konnten damals nicht alle unsere Ziele voll präsentieren ... Also war auch der dritte Weg ein verschleiern des Manöver. Schon damals war ich davon überzeugt, dass die einzige Lösung für uns ein vollblütiger Markt kapitalistischer Art ist. Und heute, nachdem ich zwanzig Jahre im Westen gelebt habe, zweifle ich nicht im Geringsten daran.« Doch es heißt auch weiter: »Nach 1968 wurde ich von den sozialistischen Normalisatoren zum Schädling erklärt, der die sozialistische Gesellschaft in den Schoß des verräterischen Kapitalismus ziehen wollte. Heute bezeichnen mich einige Reformatoren, man wundere sich nicht, als Verteidiger des Sozialismus. Ist das nicht ein wenig tragikomisch?«

Šiks Bekenntnis zum vollblütigen Markt sollte also nicht in ein Bekenntnis zu einem vollblütigen Kapitalismus umgedeutet werden. Für orthodoxe Linke ist vor allem dieses Interview ein Stein des Anstoßes³ – wobei

³ Die stärksten Bedenken aus linkssozialistischer Sicht hatten 1968 die wirtschaftspolitischen Reformvorschläge ausgelöst. Spätere Kritik von links: siehe aus-

es oft unvollständig oder in einer fragwürdigen Übersetzung zitiert wird. Šik saß für ihn offensichtlich überraschend zwischen allen Stühlen – die einen (orthodoxe Linke) sahen ihn immer noch als Verräter, die anderen (die den Oppositionellen im Kampf gegen den Staatssozialismus benutzt hatten)⁴ ließen ihn – wie Jugoslawien, das vermeintlich praktische Beispiel für den dritten Weg – fallen.

Wenn Steiner (2010, 33) schreibt: »An die Stelle der ursprünglich allen gemeinsamen Ausgangspunkte marxistischer Methode ... ist bei Brus, Kornai und Šik an die Stelle einer erstrebten »sozialistischen Marktwirtschaft« ein sozial-liberales Denkmuster für die Wirtschafts- und Gesellschaftsgestaltung eines »peripheren Kapitalismus à la Osteuropa« getreten«, so stimmt diese verallgemeinernde Einschätzung zumindest für Šik nicht. Während Behrens den Sozialismus im Marxschen Sinne einer Utopie charakterisierte, suchte Šik den Weg aus dem real existierenden Kapitalismus in ein anderes Gesellschaftsmodell mit menschlichem Antlitz.

Zum Sozialismus im 21. Jahrhundert

In veränderten Formen lebt die Kontroverse zwischen Fritz Behrens und Ota Šik bis heute fort, und sie erhält in der Diskussion über den Sozialismus im 21. Jahrhundert neue Nahrung. Es sind weiterhin zwei Linien, die sich hinsichtlich einer nachkapitalistischen Produktionsweise durch die Ablehnung oder Akzeptanz der Warenproduktion grob unterscheiden, die entweder Markt und Warenproduktion abschaffen wollen oder Marktwirtschaft mit einer sozialistischen Ordnung für vereinbar bzw. sogar für notwendig halten.

Prominenter Vertreter der erstgenannten Richtung ist Heinz Dieterich (2006), der Marktbeziehungen und Warenproduktion im Sozialismus wie Behrens konsequent ablehnt und ebenfalls für direkte Demokratie eintritt. In anderer Hinsicht würde Behrens die Modellvorstellungen Dieterichs allerdings wohl nicht teilen: Wer eine bürokratische Zentralverwaltungs-

föhrlich bei O. Kyn (<http://econc10.bu.edu/okyn/> ...). Vgl. z.B. auch H. Nick in »Neues Deutschland« v. 29.08.2003, S. 13 und W. Kaulfuß in »Neues Deutschland« v. 26.08.2008, S. 8.

⁴ Dazu ein pikantes Detail: Laut A. Gallus und E. Jesse hat der bundesdeutsche Verfassungsschutz das Periodikum »Der dritte Weg. Zeitschrift für modernen Sozialismus« (erschieden 1959-1964) finanziell unterstützt, um »auf kommunistische Kreise einen zersetzenden Einfluss auszuüben«. Siehe: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 16-17/2001. S. 7.

wirtschaft ablehnt, müsste auch die von Dieterich favorisierte computer-gestützte, streng zentralistisch organisierte Planung ablehnen! In diesem Sinne hatte Behrens schon in einer Frankfurter Rede gegen W.W. Nowo-shilow polemisiert (vgl. 1999, 139). Zu Widersprüchen in den Vorstellungen von Dieterich hat sich der Autor an anderer Stelle ausführlich geäußert (Tesch 2007).

Zur zweiten Richtung, der Vereinbarkeit von Marktwirtschaft und Sozialismus, haben sich nach dem Ende des staatsbürokratischen Systems in Osteuropa etliche Autoren bekannt, ohne die damit verbundenen Probleme zu übersehen. Als Beispiele seien Joachim Bischoff und Michael Menard (1990), das Kolloquium der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen im Jahre 1999 zum Thema »Ist sozialistische Marktwirtschaft möglich?« (vgl. Müller/Richter/Tesch 2001) und Wolfgang Hoss' Modell einer sozialistischen Marktwirtschaft (2006) genannt.

Wessen Position aus Sicht linker Gesellschaftsvisionen zukunfts-trächtig ist, lässt sich offensichtlich in Diskussionszirkeln kaum entscheiden. Die praktischen Bemühungen zur Transformation des Kapitalismus in einigen Ländern des kontinentalen Lateinamerikas, die zaghaften Versuche Kubas, den dortigen Sozialismus zu reformieren und überlebens-fähiger zu gestalten, sowie vor allem die Ergebnisse des von der Kommunistischen Partei Chinas eingeschlagenen Pfades einer staatlich regulierten, aber sonst konsequenten Marktwirtschaft, werden zu neuen Erkenntnissen führen. Möglicherweise erweisen sich historisch dabei Behrens' Utopie als die weite und Šiks »Dritter Weg« als die kurze Perspektive, gewissermaßen als Etappen auf einer breiten Straße!

Literatur

- Behrens, F. (1955), Arbeitsproduktivität, Lohnentwicklung und Rentabilität, Berlin.
- Behrens, F. (1957), Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode, in: Wirtschaftswissenschaft, 5. Jg., 3. Sonderheft.
- Behrens, F. (1961), Ware, Wert und Wertgesetz. Kritische und selbstkritische Betrachtungen zur Werttheorie im Sozialismus, Berlin.
- Behrens, F. (1966), Ursachen, Merkmale und Perspektiven des neuen Modells der Leitung der sozialistischen Wirtschaft, Sitzungsberichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin – Klasse für Philosophie, Geschichte, Staats-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, Nr. 1, Berlin.
- Behrens, F. (1992), Abschied von der sozialen Utopie, hrsg. v. H. Loschinski/ F. Behrens/U. Behrens/K. Wanke, Berlin.
- Behrens, F. (1999), Erste Fassung der Rede zum Colloquium »Kritik der poli-

- tischen Ökonomie heute. 100 Jahre ›Kapital‹ in Frankfurt am Main im September 1967, in: »Ich habe einige Dogmen angetastet...« Werk und Wirken von Fritz Behrens, hrsg. v. E. Müller/M. Neuhaus/J. Tesch, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig.
- Behrens, F. (2008), Kurze Bemerkungen zum »Prager Frühling«, in: Sozialismus, Heft 7/8.
- Behrens, F. (o.J.), Exkurs: Zu Ota Šiks Drittem Weg!
- Braun, A. (2009), Sozialismus als Alternative? – »Sozialistische Dissidenten« und was von ihnen bleibt, in: Politikum Geschichte. Die Rolle der Geschichte in öffentlichen Diskussionen, hrsg. v. K. Kinner/H. Meier. Berlin.
- Bischoff, J./Menard, M. (1990), Marktwirtschaft und Sozialismus. Der dritte Weg, Hamburg.
- Colerus, E. (1921), Der dritte Weg, Leipzig.
- Dieterich, H. (2006), Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus, Berlin.
- Hoss, W. (2006), Von der kapitalistischen zur sozialistischen Marktwirtschaft, Bd. 2: Modell einer sozialistischen Marktwirtschaft. Auf der Suche nach neuen Wegen, Norderstedt.
- Jud, M. (2004), <http://chronik.geschichte-schweiz.ch/biographie/ota-sik-dritter-weg.html> (Zugriff: 10.12.2009)
- Krause, G. (1998), Wirtschaftstheorie in der DDR, Marburg.
- Müller, E./Richter, H./Tesch, J. (Hrsg.) (2001), Ist sozialistische Marktwirtschaft möglich? Pro und contra, Beiträge des Kolloquiums der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Leipzig.
- Oppenheimer, F. (1932), Weder Kapitalismus noch Kommunismus, Jena
- Oppenheimer, F. (1933), Weder so – noch so. Der dritte Weg, Potsdam.
- Scheunemann, E. (1996), Ökologisch-humane Wirtschaftsdemokratie. Teil A: Rekonstruktion und Kritik der politisch-ökonomischen Theorieentwicklung bei Ota Šik. Teil B: Rekonstruktion und Kritik der sozialwissenschaftlichen Diskussion um Ota Šiks Modell einer humanen Wirtschaftsdemokratie, 2. Auflage, Münster.
- Scheunemann, E. (2008), Ota Šiks Modell einer Humanen Wirtschaftsdemokratie auf fünf Seiten, <http://www.Egbert-Scheunemann.de/Ota-Siks-Humane-Wirtschaftsdemokratie-auf-5-Seiten.pdf>. Zugriff: 14.12.2009.
- Šik, O. (1965/1967), Plan und Markt im Sozialismus, Prag (tschechisch), Wien (deutsch).
- Šik, O. (1966), Ökonomie – Interessen – Politik, Berlin.
- Šik, O. (1972), Der dritte Weg. Die marxistisch-leninistische Theorie und die moderne Industriegesellschaft, Hamburg.
- Šik, O. (1973), Argumente für den Dritten Weg, Hamburg.
- Šik, O. (1977), Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein Dritter Weg, Hamburg.
- Šik, O. (1985), Ein Wirtschaftssystem der Zukunft, Berlin/Heidelberg.
- Šik, O. (1987), Wirtschaftssysteme. Vergleiche – Theorie – Kritik, Berlin/Heidelberg.
- Šik, O. u.a. (1988), Wachstum und Krisen. Zur Theorie und Empirie von Konjunkturzyklen und Wachstumswellen, Berlin/Heidelberg.
- Šik, O. u.a. (1990), Die sozialgerechte Marktwirtschaft – ein Weg für Osteuro-

- pa, hrsg. v. W. u. E. Leonhard, Freiburg i. Breisgau.
- Šik, O. (1990a), Geplante Marktwirtschaft – das Wirtschaftssystem der Zukunft (Interview), in: FORUM für Fach- und Führungsnachwuchs, St. Gallen, Heft 1.
- Šik, O. (1990b), Über den Weg der Erkenntnis. Ein Gespräch mit Ota Šik über sein Leben anlässlich der Veröffentlichung seiner Biographie, in: Mlada fronta, Prag, Jg. 46, Nr. 178, v. 02.08. (Vollständige Übersetzung des Interviews aus dem Tschechischen v. Binaca Lipanska, mit Fakismile des Interviews unter <http://homepage.alice.de/rene.senenko/grenzenlos/sik.htm>. Zugriff: 14.12.2009)
- Steiner, H. (2008), Fritz Behrens' Bemerkungen zum »Prager Frühling«, in: Sozialismus, Heft 7/8.
- Steiner, H. (2010), Fritz Behrens im osteuropäischen Kontext: von seinen Reformvorschlägen zur marxistischen Systemanalyse des Staatsmonopolismus, im vorliegenden Band.
- Straubhaar, Th. (2007), Die Soziale Marktwirtschaft ist mehr als die soziale Marktwirtschaft, Wilhelm-Röpke-Vorlesung, hrsg. Hamburger Weltwirtschafts-Institut, Hamburg.
- Tesch, J. (2007), Sozialismus aus dem Computer? Über äquivalenten Tausch, gesamtwirtschaftliche Planung und direkte Demokratie, in: Z – Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 69, März.
- Verzeichnis der wissenschaftlichen Arbeiten und Veröffentlichungen von Fritz (Friedrich) Behrens (1999), in: »Ich habe einige Dogmen angetastet...«, a.a.O.

Unveröffentlichte Texte aus dem Nachlass

Fritz Behrens

Über Alternativen

(Februar 1979)

Die folgenden Ausführungen möchten zur Überwindung einer Grundtorheit der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts beitragen, Länder als sozialistisch oder gar kommunistisch zu bezeichnen, nur weil sie von sich sozialistisch oder kommunistisch nennenden Parteien monopolistisch beherrscht oder despotisch regiert werden. Davon ist leider auch das Buch von Rudolf Bahro »Die Alternative« (1977) und die Diskussion über und um dieses Buch nicht frei.

Rudolf Bahro setzt sich mit seinem Buch ein Ziel, das sich Marx für den Kapitalismus gesetzt hatte: »die Analyse einer Gesellschaftsformation vom revolutionären Standpunkt« (ebd. 14) für den real existierenden Sozialismus. Deshalb habe er sich im Untertitel seines Buches an das »große Vorbild« (ebd.) angelehnt. Auch in seinem im »Spiegel« abgedruckten, aus der Haft geschriebenen Brief (Bahro 1978) heißt es, er habe den real existierenden Sozialismus so zu analysieren versucht, »wie Marx den Kapitalismus analysierte: als Gesellschaftsformation, als gesetzmäßig entstandenes ›funktionierendes‹ und zu überwindendes Gesamtsystem« (ebd. 32). Bahro meint, er habe »tiefer als alle bisherigen Versuche das (politökonomische) Wesen des real existierenden Sozialismus aufgedeckt, die immanente Schranke erklärt, die den Durchbruch zum tatsächlichen Sozialismus verhindert« (ebd. 31).

Es versteht sich, dass man Bahros Buch daher auch daran messen muss, zumal ein Großteil seiner Wirkung den spektakulären Umständen zuzuschreiben ist, unter denen es erschien. In dem im »Spiegel« abgedruckten Brief schreibt Bahro, die Wirkung seines Buches beruhe auch darauf, dass es »sichtlich ein Buch des Glaubens« sei (ebd. 32).

Der Glaube sei Bahro zugestanden. Aber er legt Wert darauf, als Marxist geschrieben zu haben. Deshalb wird nicht über das zu reden sein, was Bahro glaubt, sondern über das, was er weiß – oder auch nicht weiß!

Die Kritik seiner theoretischen Positionen wurde bisher – wegen der Brisanz seiner Aussagen – vernachlässigt. Die folgenden Ausführungen befassen sich daher vorwiegend mit seinen theoretischen Aussagen.

»Sozialistischer« Staatsmonopolismus = protozialistische Formation?

Die Kritik Bahros am real existierenden Sozialismus ist nicht neu. Schwerpunkt seines Buches ist die Theorie eines »ökonomischen Despotismus«. Er leitet sie von der Marxschen Kategorie einer »asiatischen Produktionsweise« ab, die eine Art Übergangsgesellschaft von der – klassenlosen – Urgesellschaft zu den Klassengesellschaften ist. Ihre Hauptmerkmale waren eine auf Zersplitterung der Produktion beruhende Basis und ein von Marx und Engels als »orientalische« Despotie bezeichneter Überbau mit einer allumfassenden Bürokratie. Charakteristisch für diese Produktionsweise ist ihre langwährende Stagnation und die Tatsache, dass ihre Weiterentwicklung nicht von systemimmanenten Triebkräften, sondern nur durch Anstöße von außen bewirkt wird.

Bereits der Sinologe und das frühere Mitglied des ZK der KPD, K.A. Wittfogel, machte auf Ähnlichkeiten der asiatischen Produktionsweise sowohl mit der vor- als auch nachrevolutionären Entwicklung in der Sowjetunion aufmerksam, so dass Stalin diese Kategorie kurzerhand aus dem marxistischen Sprachgebrauch zu eliminieren und durch die einer Urgesellschaft zu ersetzen anordnete. Fatalerweise aber hatten Marx und Engels schon gewisse Ähnlichkeiten zwischen der asiatischen Produktionsweise und dem Zarismus erkannt und deshalb vom zaristischen Russland als einem halbasiatischen Land gesprochen. Das tat auch Lenin mindestens bis zum ersten Weltkrieg. Man kann in der Tat auch die nachrevolutionäre Entwicklung der Sowjetunion kaum verstehen, wenn man nicht ihre halbasiatische Vergangenheit berücksichtigt, aber es ist problematisch, ob man damit ihren Charakter als staatsmonopolistischen Sozialismus erklären kann (zum staatsmonopolistischen Sozialismus vgl. Lübke 1975, Kap. V-VII).

Es ist bekannt, welchen erbitterten Kampf Lenin in seinen letzten Lebensjahren gegen einen Apparat, der vom Zarismus übernommen und – wie er schrieb – »nur ganz leicht mit Sowjetöl gesalbt« (Lenin 1922, 591) worden war, führte, dessen Erbe dann Stalin antrat und mit dessen Hilfe er sein terroristisches Regime errichtete. So falsch es ist, heute noch die Kategorie einer asiatischen Produktionsweise auf die Sowjetunion anzuwenden, so richtig sind jedoch die Versuche, mit ihrer Hilfe nicht nur die sowjetische, sondern auch die chinesische Entwicklung und die anderer asiatischer und afrikanischer Länder zu erklären. Bahro versucht das, indem er vom ökonomischen Despotismus spricht. Eine solche Formation, meint Bahro, sei eine des Übergangs entweder noch-nicht kapitalistischer

oder nicht-mehr kapitalistischer Länder zum Sozialismus. Doch ist der Terminus – ebenso wie der neuerdings von Lombardo Radice vorgeschlagene einer »sozialistischen Despotie« – unglücklich gewählt, weil er nicht das Wesen des Phänomens des »real existierenden Sozialismus« als eines staatsmonopolistischen Sozialismus erfasst.

Bahro spricht von nicht- und nach-kapitalistischen Ländern, wobei er unter nach-kapitalistisch die des real existierenden Sozialismus versteht, die er zugleich aber als noch-nicht-sozialistische Länder bezeichnet. Er wählt für sie den Terminus »protosozialistische« Länder. Diese Länder sind zugleich staatsmonopolistische Länder. Bahro sieht in der »staatsmonopolistischen Tendenz, die in der ganzen Welt den Gegenstand des Emanzipationskampfes in der bevorstehenden Epoche ausmachen wird«, und im Staatsmonopolismus die »moderne Übergangsperiode zur klassenlosen Gesellschaft ...« (1977, 72). Die noch nicht in einem vorkapitalistischen Stadium stehenden Länder müssten begreifen, dass »sich die weitere Emanzipation ihrer eigenen Gesellschaften jenseits des Kapitalismus an der Schranke *staatsmonopolistischer* Strukturen bricht« (ebd. 79). Bahro will aber die »*allgemeine* Problematik« des Staatsmonopolismus zurückstellen, obwohl sie »alle sozialistischen Bewegungen der Gegenwart« betrifft (ebd. 116). Die allgemeine Problematik des Staatsmonopolismus betrifft alle »sozialistischen Bewegungen der Gegenwart« (ebd.). Ihr Inhalt ist die Überwindung der Subalternität, die »nur ein anderes Wort für die Entfremdung vom Gemeinwesen (ist), die für die Massen mit dem Ausgang aus der Urgesellschaft einsetzte« (ebd. 340). Ja, Bahro spricht von den beiden europäischen Blöcken des Staatsmonopolismus (vgl. ebd. 45). Leider kommt Bahro auf diese allgemeine Problematik nicht zurück, wie er verspricht. Daher muss hier eine kurze Zwischenbemerkung gemacht werden.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist Monopolkapitalismus, dessen Funktionsfähigkeit litt, weil das regulierende Gesetz jeder Warenproduktion, das Wertgesetz, blockiert ist, so dass ein Teil seiner Funktionen vom Staat übernommen werden mussten. Aber obwohl eine Integration staatlicher Funktionen in die Basis der Gesellschaft Merkmal jedes Staatsmonopolismus ist, ist die Ausgangssituation beider Varianten doch verschieden. Im staatsmonopolistischen Kapitalismus soll der Staat die ökonomische Basis aufrechterhalten, im staatsmonopolistischen Sozialismus soll er sie erst schaffen. In beiden Varianten wird Lohnarbeit ausgebeutet, in der ersten muss sie neuen Bedingungen angepasst, in der zweiten erst neu institutionalisiert werden. Mit wachsender Reife des Sozialismus, des Alterns der kapitalistischen Variante verwischen sich die Knechtschafts-

verhältnisse, so sehr auch die Formen der Herrschaftsverhältnisse noch differieren mögen. Staatsmonopolismus ist seinem Wesen nach immer eine Art von Verschmelzung von Überbau und Basis der Gesellschaft, ohne aber ihre Spaltung in Klassen zu überwinden. Lenin irrte, als er schrieb, der staatsmonopolistische Kapitalismus sei die »unmittelbare Vorstufe zum Sozialismus« (1917b, 387). Es gebe auf der »historischen Stufenleiter« zwischen dem staatsmonopolistischen Kapitalismus und dem Sozialismus »keinerlei Zwischenstufen mehr« (Lenin 1917a, 370). Es scheint, als seien beide Varianten eines Staatsmonopolismus wirklich keine Zwischenstufen mehr, sondern schon eine Endstufe, nicht wie die asiatische Produktionsweise eine Übergangsformation, sondern die für die menschliche Gattung auf unserem Planeten erreichbare mögliche Endformation!

Spricht man über Staatsmonopolismus, muss man auch über Staatseigentum sprechen. Bahro geht indes auf Eigentumsverhältnisse kaum ein, wobei er aber an zwei Stellen davon spricht, das Staatseigentum sei ein Produktionsverhältnis »sui generis«, und dabei ausdrücklich auch auf die antagonistischen Beziehungen hinweist, die zwischen den Verfügungsberechtigten über die Produktionsmittel bei Staatseigentum, Politbürokratie und Produzenten bestehen (1977, 284/285). Nun ist Staatseigentum – so wenig wie eine andere Form von Eigentum – nicht selbst ein Produktionsverhältnis, sondern nur der juristische Ausdruck von Produktionsverhältnissen, die man allerdings im Staatsmonopolismus als *sui generis* auffassen kann. Bleiben wir beim Staatsmonopolismus ohne Sozialismus, dann muss das Staatseigentum aus den Produktionsverhältnissen des real existierenden Sozialismus abgeleitet werden und daraus ergibt sich dann die von Bahro gesuchte revolutionäre Alternative.

Das Staatseigentum ist noch kein gesellschaftliches Eigentum, sondern noch eine Form privaten Produktionsmitteleigentums, weil alle ökonomischen Entscheidungsbefugnisse – und daraus folgend auch die politischen – und Aneignungsbefugnisse nicht bei den Produzenten selbst liegen, sondern bei einer über die staatlichen Machtmittel verfügenden Politbürokratie. Die Produzenten sind immer noch oder schon wieder von den objektiven Bedingungen ihrer Produktion getrennt, ihre Arbeit ist Lohnarbeit, Arbeit für den Staat. Eine revolutionäre Alternative kann also nur die Umwälzung der Produktionsverhältnisse sein, die in der Liquidierung des staatlichen Eigentums und der Schaffung gesellschaftlichen Eigentums ihren Ausdruck findet. Bahro plädiert zwar für die Aufhebung der alten Teilung der Arbeit, aber übersieht, was man in der von ihm viel zitierten »Deutschen Ideologie« von Marx und Engels nachlesen kann, dass »Teilung der Arbeit und Privateigentum identische Aus-

drücke« sind, weil »in dem Einen in Beziehung auf die Tätigkeit dasselbe ausgesagt« werde, »was in dem Anderen in bezug auf das Produkt der Tätigkeit ausgesagt wird« (Marx/Engels 1845/46, 32).

Akzeptiert man das, dann heißt das, dass das Eigentum an den Produktionsmitteln solange privates Eigentum ist, wie die alte Teilung der Arbeit nicht aufgehoben ist, und die alte Teilung der Arbeit ist erst aufgehoben und das Staatseigentum erst dann in gesellschaftliches – oder besser – in gemeinschaftliches Eigentum umgewandelt, wenn aus der alten Gesellschaft mit hierarchisch-elitären Strukturen eine neue mit genossenschaftlich-egalitären Strukturen geworden ist. (Eine solche Kulturrevolution kann aber wohl nur dann beginnen, wenn die Politbürokratie entmachtet ist, denn Despoten – und die Politbürokratie ist eine Despotie – sind nicht lernfähig!). Für Bahro, für den die Aufhebung der alten Teilung der Arbeit im Mittelpunkt seines Buches steht, kann sie nur durch eine lang dauernde Kulturrevolution überwunden werden (vgl. 1977, 522).

Bahros These vom Staatseigentum als eine Kategorie *sui generis* schließt ein, dass es eine Form privaten Eigentums ist und der real existierende Sozialismus eine neue Variante der alten Klassengesellschaft, auch wenn man, wie Bahro es tat, den alten Klassenbegriff modifiziert.

Wie aber kann man dann in einem »sozialistischen« Staatsmonopolismus eine »protosozialistische« Gesellschaftsformation sehen? Die angeblich nachkapitalistischen-protosozialistischen Länder haben eindeutigen Klassencharakter, auch wenn die herkömmlichen Merkmale einer Klasse nicht mehr voll zutreffen und es sich – um einen stalinistischen Terminus zu verwenden – um Klassen eines »neuen Typus« handelt. Somit bestehen zwei Möglichkeiten, den Charakter dieser Länder zu bestimmen: entweder haben sie die Schranken der bürgerlichen Gesellschaft noch nicht durchbrochen und es fand eine Art kapitalistischer Restauration statt, so dass die Bezeichnung »nachkapitalistisch« falsch ist, oder sie bilden eine neue, von der marxistischen Theorie nicht vorgesehene Formation!

Bahro sieht in dem Zusammenstoß zwischen Imperialismus und kolonialen Befreiungsbewegungen die »aktuelle Konsequenz aus der ganzen bisherigen Weltgeschichte« (ebd. 72). Obwohl er das bekannte Stufenschema von Marx über die aufeinanderfolgenden progressiven Produktionsweisen als fragwürdig ansieht, wiederholt Bahro, was er der Marxschen Orthodoxie vorwirft: Er sieht in der Aufeinanderfolge eine Auseinanderfolge! Bahro kritisiert, dass Marx' historische Spontaneität auf dem Begriff naturgeschichtlicher Prozesse beruhe, aber er selbst spricht von der »welthistorischen Rolle«, die der Industrialismus »als Vorbereitung einer neuen Zivilisation« spielte (ebd. 248). Sollte er nicht im Nachhinein das,

was geschah, auf den Begriff einer historischen Notwendigkeit bringen? In seiner Beurteilung der Entwicklung der Sowjetunion nach der Oktoberrevolution kommt Bahro dem sehr nahe, wenn er von ihrer Zwangsläufigkeit spricht und die von der Opposition »repräsentierte hypothetische Alternative selbst zu den Sekundärerrscheinungen der gegebenen Situation« rechnet (ebd. 120). Gewiss, Bahro wird nie ein Dokument dieser – vielschichtigen – Opposition gelesen haben, denn sonst hätte er wohl auch gewusst, dass Stalin sich die Alternativen dieser Sekundärerrscheinungen stets zu eigen gemacht hat!

Die »alte« und die »vertikale« Teilung der Arbeit

Im Mittelpunkt seines Buches stehe die alte Teilung der Arbeit, schreibt Bahro (ebd. 522). Er versteht sie als »vertikale Arbeitsteilung, die sich allgemein als Hierarchie der Arbeitsfunktionen ... und speziell als Pyramide der Leitungsfunktionen darstellt« (ebd. 451). Was hat es auf sich mit dieser alten Teilung der Arbeit, die gleichzeitig eine vertikale Arbeitsteilung ist?

Marx erwähnt sie im ersten Band des »Kapital« im 13. Kapitel, wo er die Bedeutung der Maschinerie und großen Industrie für die Produktion des relativen Mehrwerts untersucht.

Die Natur der großen Industrie bedinge den »Wechsel der Arbeit, Fluss der Funktion, allseitige Beweglichkeit des Arbeiters«, schreibt er, reproduziere aber andererseits »in ihrer kapitalistischen Form die alte Teilung der Arbeit mit ihren knöchernen Partikularitäten« (Marx 1873, 511). Dies sei die negative Seite. Die große Industrie mache es aber selbst »durch ihre Katastrophen ... zur Frage von Leben oder Tod, den Wechsel der Arbeiten und daher möglichste Vielseitigkeit der Arbeiter als allgemeines gesellschaftliches Produktionsgesetz anzuerkennen und seiner normalen Verwirklichung die Verhältnisse anzupassen«. Sie mache es zu einer Frage von Leben oder Tod, »die Ungeheuerlichkeit einer elenden, für das wechselnde Exploitationsbedürfnis des Kapitals in Reserve gehaltenen, disponiblen Arbeiterbevölkerung zu ersetzen durch die absolute Disponibilität des Menschen für wechselnde Arbeitserfordernisse; das Teilindividuum, den bloßen Träger einer gesellschaftlichen Detailfunktion, durch das total entwickelte Individuum, für welches verschiedene gesellschaftliche Funktionen einander ablösende Betätigungsweisen sind« (ebd. 511/12). Zu diesem Ziel, »der Aufhebung der alten Teilung der Arbeit«, stehe die kapitalistische Form der Produktion und die ihr »entsprechenden ökonomischen Arbeitsverhältnisse« aber im diametralen Widerspruch (ebd. 512). Marx

spricht hier von den Arbeitsmerkmalen des Arbeitsprozesses, der Seite gesellschaftlicher Produktionsverhältnisse, die sich aus der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit ergibt und die sowohl die innerbetriebliche Arbeitsteilung zwischen den unmittelbaren Produzenten selbst, die Beziehungen zwischen leitender und ausführender Arbeit und alle durch den Stand der Produktivkräfte technisch bedingten Beziehungen der Menschen in ihrer materiellen Produktion umfasst. Die andere Seite gesellschaftlicher Produktionsverhältnisse kommt in den Formen des Eigentums zum Ausdruck, in den Formen der Verfügung über die Produktionsmittel und die daraus sich ergebenden ökonomischen und politischen Entscheidungsbefugnisse sowie des Aneignungsrechts der Arbeitsprodukte und im Besonderen des Mehrprodukts. Die Produktionsverhältnisse – und das ist der gesellschaftliche Produktions- und Reproduktionsprozess – haben eine technisch-organisatorische Seite, die sie mit den Produktivkräften verbindet und eine gesellschaftliche Seite, die sie mit dem Überbau verbindet. Engels spricht in seinem »Anti-Dühring« ebenfalls von der alten Teilung der Arbeit. Die alte Produktionsweise – so heißt es – müsse von Grund auf umgewälzt werden, »und namentlich muss die alte Teilung der Arbeit verschwinden« (Engels 1877/78, 273). In der neuen Produktionsweise dürfe kein einzelner seinen Anteil an der produktiven Arbeit auf andere abwälzen können und die produktive Arbeit müsse statt Mittel der Knechtung Mittel der Befreiung der Menschen werden (vgl. ebd. 274).

Bahro meint, die Arbeitsteilung, die sich aus der Technostruktur des Arbeitsprozesses ergibt, wenn er schreibt, die »organisatorische Beherrschung arbeitsteiliger Kooperation« sei »von Anfang an ein Informationsproblem ... Die Hierarchie der Arbeitsteilung (bei Bahro wahrscheinlich ein Schreibfehler: Arbeitsleitung) drückt institutionell die Hierarchie der informationellen Kopplungen aus, und dieser ganze Apparat spiegelt letztlich die Gliederung des materiellen Reproduktionsprozesses nach Verarbeitungsstufen, Kombinationsformen und -graden sowie die notwendige innere Arbeitsteilung des Informationsverarbeitungsprozesses wider« (1977, 177). Aber Bahro identifiziert nur die durch die Technostruktur bedingte Teilung der Arbeit und ihre Leitung mit ihrer gesellschaftlichen Seite. Er identifiziert eine technisch bedingte Hierarchie mit der gesellschaftlich bedingten in den Klassengesellschaften. »Die Systematik der Hierarchie und die Anzahl der Ebenen folgt ... im wesentlichen der Gliederung des Produktionsprozesses selbst. ... Produzierende Einheiten vom Betrieb bis zur Gesamtwirtschaft sind unter dem kybernetischen Aspekt, dem Aspekt der Steuerung und Regelung, der sich seit Beginn der Zivilisation verselbständigt, biologischen Organismen analog,

die sich ja auch hierarchisch geregelt anpassen und reproduzieren. Die Hierarchie der Leitungsebenen existiert objektiv als Gliederung des Informationsprozesses, der den Zusammenhang der Teilarbeiten vermittelt.« (ebd. 200/201) Daraus folgert Bahro, die Frage der Emanzipation dürfe nicht so gestellt werden, »als könne man sich die Aufgabe stellen, die Leitungsstruktur der Produktion aufzulösen« (ebd. 201).

Damit hat Bahro natürlich vollkommen recht und kein Marxist hat sich – soweit bekannt – jemals die Aufgabe gestellt, die technisch bedingte Leitungsstruktur der Produktion aufzulösen. Doch ist der Schluss, den Bahro von den technisch bedingten Leitungsstrukturen der Produktion auf die gesellschaftlich bedingte ökonomische und politische Entwicklungsstruktur zieht, einfach falsch. Bahro kennt die Ausführungen von Marx im dritten Band des »Kapital« über die »doppelte Natur« der »Arbeit der Oberaufsicht und Leitung«! Einerseits ergibt sie sich notwendig aus Produktionsprozessen, »worin viele Individuen kooperieren ... Es ist dies eine produktive Arbeit, die verrichtet werden muss in jeder kombinierten Produktionsweise.« (Marx 1894, 397) Andererseits entsteht sie »notwendig in allen Produktionsweisen, die auf dem Gegensatz zwischen dem Arbeiter als dem unmittelbaren Produzenten und dem Eigentümer der Produktionsmittel beruhen« (ebd.). »Nun muss auch der Lohnarbeiter wie der Sklave einen Herrn haben, um ihn arbeiten zu machen und ihn zu regieren.« (ebd. 399)

Und genau diese Natur der Oberaufsicht und Leitung der gesellschaftlichen Produktion, der Beziehungen, die die Menschen in ihrer materiellen Produktion eingehen, ignoriert Bahro, indem er die vertikale Teilung der Arbeit im Arbeitsprozess identifiziert mit der alten Teilung der Arbeit schlechthin. Um es noch einmal deutlich zu sagen: Die alte Teilung der Arbeit beinhaltet nicht nur die »vertikale« Teilung der Arbeit, determiniert durch die Technostrukturen des Arbeitsprozesses auf Grund des Entwicklungsstandes der Produktivkräfte, sondern auch die »vertikale« Teilung der Arbeit, determiniert durch die gesellschaftliche Form der Produktion auf Grund der Beziehungen zwischen Klassen bzw. gesellschaftlichen Gruppen. Aufhebung der alten Teilung der Arbeit ist nicht – jedenfalls soweit es sich um die Auffassungen von Marx und Engels handelt, die Bahro akzeptiert – die Aufhebung der vertikalen Teilung der Arbeit, insofern und insoweit sie durch das technische Niveau der Produktivkräfte determiniert ist, sondern der Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse, der klassenmäßig determinierten Hierarchie der Oberaufsicht und Leitung, der gesellschaftlichen Seite der Produktionsverhältnisse. Für Bahro ist die gesellschaftliche Produktion ein gesellschaftlicher Arbeits- und Le-

bensprozess mit einer notwendigen funktionellen Hierarchie (vgl. 1977, 522). Für Bahro ist die Oberaufsicht und Leitung der gesellschaftlichen Produktion, ob nur ihre Technostruktur oder auch ihre gesellschaftliche Struktur, nur ein Informationsprozess. Man müsse sich »den strukturellen Gesetzmäßigkeiten der Informationsverarbeitung in komplexen, »organismischen« Systemen stellen«, schreibt er. »Bis zur Entwicklungshöhe der biologischen Organismen erfolgt die Informationsverarbeitung auch auf konstitutionell immer ausgeprägter »hierarchisch-elitäre« Weise« (ebd. 521). Technisch und informationell seien auch die gesellschaftlichen Arbeitsfunktionen einander notwendig subordiniert. »Wenn man nicht wahr haben will, dass die Struktur der Regulation bei zusammengesetzter Produktion objektiv hierarchisch ist, kann man das ganze Problem der sozialistischen Demokratie nur agitatorisch aufwerfen.« (ebd.)

Nun geht es aber bei der Überwindung der »subalternen Existenz« (ebd. 171) überhaupt nicht um die Struktur des Arbeitsprozesses, der mindestens solange notwendigen, wie durch den Stand der Produktivkräfte technisch bedingten vertikalen Teilung der Arbeit, sondern um die Struktur der gesellschaftlichen Seite der Produktionsverhältnisse, die solange vertikal arbeitsteilig sind, wie sie Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse sind. Durch die Identifizierung beider Seiten der Produktion, ihrer Technostruktur und ihrer gesellschaftlichen Struktur, reduziert Bahro die Emanzipation, um die es geht, nur auf eine größere Transparenz einer immer notwendigen Hierarchie einer nicht notwendigen Klassengesellschaft – eine radikal-demokratische Alternative, aber keine sozialistische!

Es ist daher kein Zufall, sondern ergibt sich mit logischer Notwendigkeit aus seiner Konzeption, dass für Bahro das »Prinzip der Arbeiter-räte« – gemeint ist die Selbstverwaltung der Produzenten in einer Räte-demokratie – »nie zu den erhofften Ergebnissen geführt hat« (ebd. 224). Das hat für Bahro keine historischen Ursachen, die sich aus den jeweiligen politischen Konstellationen und dem Verhältnis der Klassenkräfte ergeben; sondern die aus der informationellen Struktur sich ergebende Hierarchie ist die »gemeinsame historische Basis beider Industriegesellschaften« (ebd. 195). Mehr behauptet auch der US-Soziologe und Ökonom John K. Galbraith nicht!

Was Bahro zur Räte-demokratie zu sagen hat, ist einfach zu billig, um es ernst zu nehmen! Er geht von der für jeden Marxisten selbstverständlichen These aus, die Festlegung der Produktionsstrukturen und ihrer Veränderungen sei kein Akt der Produktionskollektive, sondern ein gesellschaftlicher Akt (vgl. ebd. 527). Dieser Punkt wurde von den Ideen der Räteidee meist am wenigsten verstanden, meint er. Die Produzenteninteressen seien

»besondere unter anderen« und deshalb könne »aus wie demokratisch auch immer von unten nach oben zusammengefassten Interessen ... kein gesamtgesellschaftlich befriedigender Plan hervorgehen« (ebd. 527/528). Somit bleibe der Gedanke der Räte Demokratie auf der Basis von Produzentenselbstverwaltung »theoretisch einem Grundbestand der spezifisch kapitalistischen *Entfremdung*, der Verselbständigung des ökonomischen Prozesses, seiner abstrakten Dominanz über den gesellschaftlichen Gesamtprozess verhaftet« (ebd. 528). Aus dem, was Bahro hinzufügt, geht dann aber nicht hervor, wie ein zentraler, gesamtgesellschaftliche Interessen zum Ausdruck bringender Plan zustande kommen soll, ohne demokratisch von unten nach oben aufgestellt und von den verschiedenen, möglichst weitgehenden direkt-demokratischen Methoden zusammengefasst und bestätigt zu werden. Bahro hat sich nicht nur noch nicht von den Eierschalen des demokratischen Zentralismus befreit, er denkt noch in seinen Kategorien und vertritt somit das Prinzip einer bürgerlich-repräsentativen statt das einer sozialistisch-unmittelbaren Demokratie.

Bahros Kritik am real existierenden Sozialismus bleibt bestehen – »Es gibt kein Gebiet, auf dem der real existierende Sozialismus größere Fortschritte gemacht hätte als in der Breite, Tiefe und Vielfältigkeit des Bürokratisierungsprozesses« (ebd. 187) –, aber was er über die Neuformierung der politischen Macht sagt, ist naiv, und was er zur Kulturrevolution sagt, trifft nicht den Kern!

Für Bahro ist die »allgemeine Emanzipation« als »Befreiung der Individuen von allen sozial bedingten Entwicklungsschranken« nur die Beseitigung ihres Ausschlusses »von der Mitbestimmung über die allgemeinen Angelegenheiten« (ebd. 301). Mitbestimmung statt Selbstverwaltung – da sind die real existierenden Sozialisten allerdings schon weiter, wenn sie wenigstens die Mitregierung konzedieren! Für den real existierenden Kapitalismus ist Bahro indes optimistischer, denn in ihm wird die Demokratisierung »unter den Bedingungen so oder so vordringender staatsmonopolistischer Regulierung den nächsten wirklichen Fortschritt in der *ökonomischen* Emanzipation der Massen bedeuten« und das »Tor zu dem Weg der von unten in die Institutionen hineinwachsenden Selbstverwaltung aufstoßen...« (ebd. 307)

Stünde es nicht da – man würde es nicht glauben: Mitbestimmung für den real existierenden Sozialismus, Selbstverwaltung für den Kapitalismus, das soll eine sozialistische Alternative sein?

Die »Kardinalfrage der sozialistischen Demokratie« sei, so schreibt Bahro: »Wie ist die ›Versammlung‹ der ganzen Gesellschaft ... möglich?« (ebd. 523) Die Unsinnigkeit einer solchen Frage liegt auf der Hand, denn

kein ernst zu nehmender Marxist, der eine sozialistische Demokratie und keine sozialistische Despotie will, hat jemals eine solche Versammlung für eine Selbstverwaltungsgesellschaft gefordert. Die Prinzipien einer direkten Demokratie sind genügend diskutiert – und auch praktiziert. (Es sei nur auf die jugoslawische Literatur über die Selbstverwaltung und auf das oben zitierte Buch von Lübke, besonders die Kapitel IX und XI, verwiesen.)

Als Organ, das die Aufgabe hat, »die Subalternität zu liquidieren, ihre Reproduktionsquellen zu beseitigen« (Bahro 1977, 439) – das heißt die alte Teilung der Arbeit! –, schlägt Bahro die Bildung eines Bundes der Kommunisten vor. Er soll »das Organ der Vergesellschaftung der politischen Einsicht und Entscheidungsfähigkeit sein« als »eine für alle authentischen gesellschaftlichen Kräfte *offene* Parteiverfassung« (ebd. 437). Das erfordert »den Zugang aller Beteiligten zur Gesamtheit der bedeutsamen Informationen, die ›horizontale‹, nichthierarchische Koordination...« (ebd. 435)

Was Bahro als »Kardinalfrage« der sozialistischen Demokratie bezeichnet, ist nicht einmal eine Nebenfrage, weil kein Marxist jemals eine so phantastische Vorstellung von sozialistischer Demokratie hatte. Vielleicht ist eine sich selbstverwaltende Gesellschaft bereits eine Utopie in einer bereits total verwalteten Welt geworden! Sollte das so sein, dann kann man nur antworten, man könne heute kein Marxist mehr sein ohne zugleich Utopist zu sein, denn ohne diese Utopie gebe es dann keine Hoffnung mehr...

Es versteht sich beinahe von selbst, dass Bahro auch hinsichtlich der Funktion des Staates seine technisch-organisatorische Seite betont und seine gesellschaftliche Seite – man ist versucht zu sagen vulgärmarxistisch – behandelt. Um zu begreifen, was seit 1917 in der vorkapitalistischen Welt vor sich gehe, müsse man »in erster Linie die durch die Weltgeschichte bestätigte zivilisatorische Rolle des Staates verstehen«, meint er (ebd. 149). Marx und Engels hätten sie keineswegs verkannt, aber ihre Konzentration auf die Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Parteien habe die europäische Arbeiterbewegung »auf einen zu spezifischen Begriff des Staates gebracht, der nur seine Herrschaftsfunktion, seine Beziehung zu den Sonderinteressen der ökonomisch herrschenden Klasse ins Blickfeld rückt« (ebd.). Primär – so Bahro – sei »der Staat *die* Institution zur Zivilisierung, zur ursprünglichen Formierung der verschiedenen Gesellschaftskörper gewesen« (ebd.). Der Staat entstehe mit den früheren Klassengegensätzen, »aber er ist nicht bloß deren Ableitung, deren Produkt« (ebd. 150).

Die Parallelität mit der informationellen Struktur der gesellschaftlichen Produktion drängt sich auf: die Herrschaftsverhältnisse technisch bedingt – die Knechtschaftsverhältnisse zivilisatorisch notwendig!

Dass der Staat nicht nur ein Herrschaftsinstrument ist, kann man schon in der Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie des jungen Marx nachlesen, aber auch, dass er gesamtgesellschaftliche Interessen nur soweit vertritt, wie sie mit den Interessen der herrschenden Klasse vereinbar sind. Die zivilisatorische Mission des Staates, seit es einen gibt, war immer seiner Herrschaftsfunktion untergeordnet. Der Staat war, seit es einen gibt, nie primär eine Institution zur Zivilisierung, sondern er war es immer nur, insofern und insoweit dies den Interessen der herrschenden Klasse diente. Für Bahro hat aber nicht nur der Staat neben seinem historisch entstandenen und veränderlichen Charakter einen überhistorischen ewigen oder natürlichen Charakter. Er erwähnt so nebenbei auch die »übrigens in der Tat vorhandene(n) – allgemeine(n) Gattungsnatur des Menschen« (ebd. 27), obwohl er dann später schreibt, die menschliche Natur sei »selbst von weither eine soziale Schöpfung« (ebd. 303). Dieser Widerspruch hat seine Ursache wohl darin, dass Bahros Grundhaltung eher eine biologistische als eine soziologische ist. Es ist nicht nebensächlich für Bahro, sondern entspricht seiner Grundkonzeption, dass er die strukturellen Gesetzmäßigkeiten der Informationsverarbeitung als komplexe »organische« Systeme versteht, denn bis zur »Entwicklungshöhe der biologischen Organismen« erfolge »die Informationsverarbeitung auch auf konstitutionell immer ausgeprägter ›hierarchisch-elitäre‹ Weise« (ebd. 521). Jedes komplexe lebendige System »bildet ein Gehirn heraus, das über seine Gesamtfunktion wacht« (ebd.). Das überträgt Bahro auch auf die Gesellschaft und auch auf eine kommunistische Gesellschaft, in der die »kommunistische Assoziation«, wie er den von ihm konzipierten Bund der Kommunisten versteht, »sich *insgesamt* an der Spitze der Pyramide« konstituiert (ebd. 180). Sein Bund der Kommunisten ist der »kollektive Intellektuelle« (ebd. 435) an der Spitze der Pyramide einer immer hierarchisch-elitär strukturierten Gesellschaft.

Das menschliche Wesen sei kein dem einzelnen Individuum innewohnendes Abstraktum, schrieb Marx in seinen Feuerbach-Thesen, sondern es sei das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse. Aber die Individuen unterscheiden sich nach Geschlecht, Generation und Tradition, und es mag uns heute zweifelhaft erscheinen, ob es doch eine prinzipielle Übereinstimmung zwischen individuellen und gesellschaftlichen Interessen jemals geben kann, wie Marx sie annahm und wie sie in einer klassenlosen und daher herrschaftsfreien kommunistischen Gesellschaft Wirklichkeit werden

sollte. Am ehesten kann man sich eine künftige Gesellschaft daher wohl als eine Art Föderation pluralistischer Selbstverwaltungsgesellschaften vorstellen, in der der Ausgleich zwischen individuellen – und natürlich auch gruppenmäßigen – und gesamtgesellschaftlichen Interessen durch eine möglichst weitgehend direkte Demokratie gesucht wird. In einer solchen Gesellschaft aber kann das Ganze nicht mehr sein als die Summe seiner Teile, sondern es ist so viel – oder so wenig – wie diese Summe. Das Ganze ist nicht mehr Staat, Vaterland, Klasse oder Partei, für das die Individuen sich zu opfern haben, nicht mehr die heilige Muttererde, für die das Individuum zu sterben hat, wenn das Gehirn, die elitäre Spitze der hierarchisch strukturierten Gesellschaft es für notwendig hält. Für Bahro bleibt nicht nur die Gesellschaft hierarchisch-elitär strukturiert, für ihn bleibt auch die Partei, auch wenn er sie in »Bund« umtauft, das Gehirn der zu Emanzipierenden und der Emanzipierten. Marx und Engels dagegen haben nie bestritten, dass sie im Ziel mit dem Anarchismus übereinstimmen, aber die Wege zu diesem Ziel sie von ihm trennen. Dieses Ziel aber ist eine Gesellschaft, in der keine Elite mehr als Gehirn an der Spitze einer Pyramide steht, sondern eine solche, in der das Volk sich selbst regiert, eine sich selbst verwaltende Gesellschaft, wie man heute sagt.

Aber lassen wir es dahingestellt – »Die Stunde der Theorie und der Geschichte muss beginnen. Die Stunde der Politik wird früher oder später folgen«, schreibt Bahro ja auch (ebd. 14).

Wenden wir uns wieder der Theorie zu!

Kulturrevolution – Sozialreform oder Revolution?

Auch in der protosozialistischen Gesellschaft des Staatsmonopolismus ist die Subalternität nur eine »prolongierte Subalternität«, heißt es bei Bahro (ebd. 190). Zweck der Kulturrevolution ist, die hierarchische Leitungsstruktur – die »Leitungspyramide« – der Ulbrichtschen Wirtschaftsreform transparent zu machen, und zwar durch verbesserte Kommunikation zwischen den Stufen der Hierarchie und durch eine größere Mobilität durch umfassende Bildung und Ausbildung auf Grund möglicher Arbeitszeitverkürzungen. Nur »in einem generationslangen nachrevolutionären Umgestaltungsprozess« könne die Marxsche Vision realisiert werden, so Bahro, »wenn man die Industrialisierung als im wesentlichen vollendet unterstellt« (ebd. 235).

Bahro unterscheidet sich mit seiner Konzeption eines ökonomischen Despotismus merklich von den Auffassungen Robert Havemanns und

auch anderer institutioneller Revisionisten, die ähnliche Reformideen vertreten wie Havemann. Für Bahro ist der real existierende kein Sozialismus oder gar Kommunismus und er hält ihn im Unterschied zu Havemann und den Leuten vom Bund demokratischer Kommunisten – aber auch den Eurokommunisten – auch nicht mehr für reformierbar. Für ihn müsste die Alternative somit lauten: Sozialreform oder Revolution? Doch tut sie das nicht, denn er entwertet seine richtige Einsicht, dass der real existierende Sozialismus kein Sozialismus ist, wieder dadurch, dass er die DDR zwar als ein noch nicht-sozialistisches, aber doch schon nach-kapitalistisches Land mit anderen Ländern gleichen oder ähnlichen Typs als »protozialistisch«, als »Sozialismus im Larvenstadium« bezeichnet, weil die Produktionsmittel staatliches Eigentum sind. Wäre Bahro konsequent, müsste er sagen, dass die »Larve«, die dieser »Protozialismus« abwerfen muss, um wirklicher Sozialismus zu werden, aber gerade das Staatseigentum ist, weil die Politbüro-Macht anders nicht ersetzt werden kann, nicht durch gutes Zureden für eine langwährende Kulturrevolution gewonnen werden kann, wie sie Bahro will. Das Staatseigentum ist die geeignete Form dafür, dass alle ökonomischen und politischen Entscheidungsbefugnisse in den Händen einer herrschenden Politbürokratie liegen und nicht in den Händen einer sich selbst verwaltenden Gesellschaft auf der Grundlage einer Produzentenselbstverwaltung. Das zu ändern ist aber keine Sozialreform mehr – auch wenn man sie als »Strukturreform« versteht. Das ist eine politische Revolution als Voraussetzung einer sozialen Revolution, die die Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse in den real existierenden Produktionsverhältnissen von Grund auf umwälzt.

Was soll das für ein »Larvenstadium« sein, in dem »Verstaatlichung statt Vergesellschaftung« herrscht, wie Bahro selbst schreibt. Und das heißt, wie er auch schreibt, »*Vergesellschaftung in total entfremdeter Form*« (ebd. 44). Ist – so muss man doch fragen – das Larvenstadium eines Staatsmonopolismus wirklich nur die »Richtung«, in welcher in Ost und West sich alles bewegt, wie Bahro meint (vgl. ebd. 68), oder sind »existierende sozialistische Mächte«, von denen er gelegentlich spricht (ebd.), nicht vielleicht doch schon das, was die Larve nur verhüllt, das erreichte Stadium einer neuen, allerdings nicht-sozialistischen Gesellschaft? Ist nicht ein vom »Kapitalismus gereinigter Staatsmonopolismus« schon Wirklichkeit geworden, allerdings nicht als protozialistische, sondern als endgültige Form? Bahro spricht davon, im real existierenden Sozialismus habe die Entfremdung eine durch keine kapitalistische Form mehr verhüllte Gestalt angenommen, so dass »einzig die Neuformierung der politischen Macht« notwendig sei, »einer solchen politischen Macht, die bereit und fähig wäre,

den ideologischen Konsensus und den organisatorischen Rahmen für die Kulturrevolution zu schaffen« (ebd. 321).

Wüsste man nicht, das Bahro in dem Land gelebt hat und dort sein Buch schrieb, für das er eingesperrt worden ist, könnte man über so viel Naivität nur noch spotten: Neuformierung der politischen Macht in einem Land, das von fremden Truppen besetzt ist und deren Politik – nach innen und nach außen – eine Funktion dieser Macht ist!

Fürwahr – es ist ein »Buch des Glaubens«!

Als am 17.8.1968 nach einem letzten Treffen kurz vor der Invasion der Warschauer Paktstaaten in die ČSSR zwischen J. Kádár und A. Dubček Kádár sich verabschiedete, fragte er noch auf dem Bahnhof: »Weißt Du denn wirklich nicht, mit wem Ihr es zu tun habt?« Rudi Bahro hat es nicht gewusst, von R. Havemann ganz zu schweigen – aber auch die Eurokommunisten scheinen es immer noch nicht begriffen zu haben!

Bahro hat es wirklich nicht gewusst, wenn er glaubt, dass mit »den Revolutionen in Russland und China, mit dem revolutionären Prozess in Lateinamerika, in Afrika und Indien« die Menschheit »den kürzesten Weg zum Sozialismus« einschlug (ebd. 71)? Schlug sie nicht eher den Weg zu einer Gesellschaft ein, die zwar nicht mehr kapitalistisch ist im klassischen Sinne, aber als eine neue – vom Marxismus nicht vorausgesehene – Variante der Klassengesellschaft den Weg zu einem Sozialismus im klassischen Sinn versperrt? Auch wenn, wie Bahro meint, mit Marx, »geistig gesehen«, ein »geschichtliches Zeitalter« begonnen hat, »das sich wahrscheinlich über Jahrhunderte erstrecken« werde (ebd. 25), ist damit wenig gewonnen! Könnte die vorhandene staatsmonopolistische Tendenz in Ost und West nicht schon mehr sein als eine Tendenz, schon ein Resultat? Wurde die total verwaltete Welt bereits Wirklichkeit? Ist die vom Marxismus behauptete Notwendigkeit des Sozialismus wirklich eine historische Notwendigkeit oder war sie nicht nur eine von mehreren Möglichkeiten, die nicht verwirklicht wurde, deren Chance verpasst worden ist?

Solche Überlegungen mögen spekulativ erscheinen, aber ihre Beantwortung bilden schließlich Bedingungen für gegenwärtiges Handeln. Bahro will den Staatsmonopolismus durch eine Kulturrevolution, die »jetzt bevorsteht und eigentlich bereits begonnen hat«, überwinden, durch »eine Kulturrevolution im wahrsten Sinne: eine Umwälzung der ganzen subjektiven Lebensform der Massen« (ebd. 304). Diese Kulturrevolution soll nach Bahro, unterstellen wir einmal, dass nicht ein kollektiver Selbstmord der Menschheit ihren Ablauf vorschnell abbricht, eine ganze historische Epoche wahren und ihr Zweck ist, die durch die alte Teilung der Arbeit verursachte Subalternität zu überwinden.

Bahros Programm zur Überwindung der alten Teilung der Arbeit läuft darauf hinaus, sie durch einen vor allem von oben nach unten und umgekehrt fließenden Informationsfluss aufzuheben, um so zu einer neuen – höheren – Kommunikation und Mobilität der Menschen zu kommen. Man sollte nun annehmen, Bahro trete für eine auf der Produzentenselbstverwaltung errichtete, sich selbst verwaltende Gesellschaft ein, die an Stelle der alten, klassenmäßig bedingten hierarchischen Entscheidungsstrukturen völlig anders strukturierte, genossenschaftliche hat! Im Gegenteil: Bahro lehnt eine solche Selbstverwaltungsgesellschaft ausdrücklich ab, weil »die gesellschaftlichen Arbeitsfunktionen einander notwendig subordiniert« sind, technisch und informationell (ebd. 521). Die Informationsverarbeitung erfolgt »auf konstitutionell immer ausgeprägter ›hierarchisch-elitäre‹ Weise« (ebd.). Daraus folgert Bahro, »das Dilemma ›genossenschaftlich-egalitäre oder hierarchisch-elitäre Struktur‹« bestehe gar nicht, »weil es illusorisch die Möglichkeit unterstellt, der Informations- und Entscheidungsfluss *könne* primär oder gar allein von unten nach oben erfolgen« (ebd.).

Man müsse, meint Bahro, über das Dilemma »genossenschaftlich-egalitäre« oder »hierarchisch-elitäre« Strukturen hinaus. Mit anderen Worten: Weil die gesellschaftlichen Arbeitsfunktionen, die sich aus der technischen Struktur des Arbeitsprozesses ergeben, den Funktionen subordiniert sind, müssen alle Beziehungen der Menschen in der materiellen Produktion subordiniert sein. Weil die aus dem Stand der Entwicklung der Produktivkräfte sich ergebende Technologie seine Struktur bestimmt, muss diese Technologie auch die Produktionsverhältnisse bestimmen.

Bahro vergaß die elementare politökonomische Erkenntnis, dass die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse nicht nur eine technisch-organisatorische Seite haben, sondern auch eine gesellschaftliche. Das wirkt sich dann auch in seiner »radikal politökonomischen Alternative« aus. Wenn Bahro gelegentlich das Prädikat »syndikalistisch« oder gar »anarchosyndikalistisch« angehängt wurde, so ist das bestimmt falsch. In der Frage der Selbstverwaltung ist seine Antwort durchaus bürgerlich-konventionell, nicht sozialistisch! Das wird mit ein Grund dafür sein, dass sein Buch auch ein großes Echo in den bürgerlichen Massenmedien fand.

Warum also eine Kulturrevolution, die sich »wahrscheinlich über Jahrhunderte erstrecken wird« (ebd. 25)? Weil die »Ablösung des Privateigentums an den Produktionsmitteln« – zu dem Bahro das Staatseigentum nicht rechnet – und »die allgemeine Emanzipation der Menschen ... um eine ganze Epoche auseinander fallen« (ebd. 24). Diese Epoche ist die des real existierenden Sozialismus, den zu begreifen die Geschichte uns

als Aufgabe gestellt hat (vgl. ebd.). Diese Epoche ist aber auch die der kolonialen Befreiungsbewegung, deren äußere Bedingungen »zwar durch existierende sozialistische Mächte begünstigt« werden (ebd. 68), die aber auch den für sie günstigsten, weil kürzesten Weg des Staatsmonopolismus gehen, der deshalb eben eine Tendenz in Ost und West ist.

Wie bei Lenin ist der Staatsmonopolismus für Bahro ein Zwischenstadium auf dem Weg zum Sozialismus – für die nachkapitalistischen Länder des real existierenden Sozialismus mit Staatseigentum und die vorkapitalistischen Länder mit Staatseigentum.

Eine »radikale politökonomische Alternative«

Bahro verspricht eine Fragestellung »nach der »*radikalen politökonomischen Alternative*« (ebd. 450), die notwendig sei, um die alte Teilung der Arbeit aufzuheben, die Ursache der Subalternität ist, die »mit der Stufenzahl der Hierarchie« wächst (ebd. 324).

Diese Alternative müsse »in Gestalt eines Stufenprogramms« entworfen werden (ebd. 450). Man liest natürlich gespannt weiter, um die Stufen dieses Planes kennenzulernen, doch Bahro wiederholt nur, das »ökonomische Kernproblem« stecke seiner Ansicht nach in der vertikalen Arbeitsteilung (ebd. 451). »Intuitiv« könne man erkennen, so schreibt Bahro weiter, »dass es nicht um Plan oder Markt, Gebrauchs- oder Tauschwert, nicht einmal um Zentralisierung oder Dezentralisierung« geht, um allerdings hinzuzufügen, das bedeute nicht, dass diese Probleme verschwinden, »nur ihre sekundäre Bedeutung« werde sichtbar (ebd. 453)! Das ist in der Tat eine radikale Alternative, denn bislang wurde von den Politökomen – darunter auch von Marx – als Kernproblem das Gesetz der Ökonomie der Zeit mit seinen beiden Aspekten der Minimierung und Maximierung der gesellschaftlichen Arbeit angesehen, das erste für das einzelne Produkt, das zweite für die Gesamtproduktion.

Das ökonomische Kernproblem war bisher für die Politökonomie, welche Erscheinungsformen das Gesetz der Ökonomie der Zeit unter verschiedenen historischen Bedingungen annimmt. Zum Beispiel als Wertgesetz in der warenproduzierenden Gesellschaft. Natürlich hat Bahro das Recht, dies für falsch zu halten, aber dann müsste er das begründen. Aber Bahro schert die bisherige Politökonomie nicht, für ihn steht doch fest, dass der »eigentliche Prozessgehalt der Staatsplanung ... die materielle Bilanzierung« sei (ebd. 452). Damit befindet sich Bahro in Gesellschaft dogmatischer, von der Praxis längst widerlegter Plantheorien. Man kann Bahro

zugute halten, dies sei nicht sein Metier, aber er verwischt mit seiner apodiktischen These nun doch das wirkliche Kernproblem: dass ein sozialistischer Plan zwar immer ein zentraler Plan ist, aber kein staatlicher, sondern ein gesellschaftlicher Plan, besser: ein gemeinschaftlicher Plan frei assoziierter Produzenten in einer sich selbst verwaltenden Gesellschaft. Materielle Bilanzierung kann immer nur ein Hilfsmittel sein, weil der Nutzeffekt von Gebrauchswerten – und darum handelt es sich in der materiellen Bilanzierung – nicht messbar ist. Das ist heute ein Allgemeinplatz, nicht nur marxistischer, sondern auch nichtmarxistischer Ökonomen. Darüber hätte sich Bahro leicht informieren können, denn diese Dinge werden sogar in der ökonomischen Elementarliteratur behandelt.

Es ist natürlich nicht möglich, hier weiter auf damit zusammenhängende Fragen einzugehen, zumal es hierzu eine kaum noch übersehbare Literatur gibt. Doch eine prinzipielle Bemerkung hierzu ist notwendig.

Indem Bahro die technisch-organisatorische Seite der Produktion mit ihrer gesellschaftlichen Seite identifiziert, beseitigt er natürlich auch das Wertproblem, mit dem sich die politische Ökonomie beschäftigt, seit es eine gibt! Damit ignoriert er die entscheidende Tatsache für eine sozialistische Alternative, die keine Reform alter Klassenstrukturen, sondern völlig neue Strukturen will, dass im Arbeitsprozess die Struktur die Funktionen, im Wertbildungsprozess – als gesellschaftliche Form des Arbeitsprozesses – die Funktionen die Struktur bestimmen. Sie ist hierarchisch-elitär, wenn er im Dienste privater oder auch staatlicher Produktionsmitteleigentümer stattfindet, also Verwaltungsprozess ist. Er kann aber genossenschaftlich-egalitär sein, wenn die Produktionsmittel gemeinschaftliches Eigentum frei assoziierter Produzenten sind. Indem Bahro die beiden Seiten der Produktion identifiziert, schließt er, dass die hierarchische Technostruktur des Arbeitsprozesses auch seine gesellschaftliche Seite determiniert. Das ist sein Irrtum!

Wie es mit dem Wertproblem steht, das für Bahro nur eine sekundäre Bedeutung hat, ist eine komplizierte Frage, die hier nicht erörtert werden kann. Bahro setzt das Wertgesetz durch seine konzipierte Kulturrevolution kühn außer Kraft, ohne auch nur andeutungsweise zu sagen, wie und womit in einer sozialistischen Wirtschaft gerechnet werden soll (vgl. ebd. 516). »Was not tut ... ist der Übergang vom Messen nach Wert- oder vielmehr Preisgrößen zum direkten Messen nach Zeitäquivalenten auf der Primärebene der Wirtschaftsrechnung« (ebd. 518). Aber auf welcher Wirtschaftsrechnung?

Hier hätte eine »radikale ökonomische Alternative« in der Tat ein weites Feld gehabt. Allerdings hätte Bahro dann wohl erst in mühseliger Arbeit

dieses Feld von vielem Unkraut befreien müssen, bevor er neu hätte säen können. Doch der Dank der marxistischen Ökonomen wäre ihm gewiss gewesen...

Doch zurück zu Bahros Alternative!

Es versteht sich von selbst, dass ein »Gesamtplan«, wenn er ein sozialistischer sein soll und deshalb kein staatlicher Plan sein kann, »nur demokratisch zustande kommen« kann (ebd. 519), aber wie demokratisch? Vermittelst direkter oder indirekter Demokratie? Das sagt Bahro leider nicht!

Manchmal kommt Bahro einer marxistischen politökonomischen Auffassung, die er ja auch vertreten will, nahe. Er merkt sie jedoch nicht, weil er für die »Regulation des gesellschaftlichen Arbeits- und Lebensprozesses« eine »funktionelle Hierarchie (mit ausgewogenem Informations- und Entscheidungsfluss in beiden Richtungen)« fordert, die sich »*nicht mehr in Sozialstruktur umsetzen muss*« (ebd. 522).

Genau das ist das Problem – ein Kernproblem! Wie kann erreicht werden, dass die Technostrukturen des Arbeitsprozesses nicht auch die Struktur der Beziehungen der Menschen in ihrer materiellen Produktion bestimmen, die ökonomischen und politischen Entscheidungsbefugnisse? Nicht, indem man die hierarchisch-elitäre Struktur beibehält, sondern nur indem man sie in eine genossenschaftlich-egalitäre Struktur verwandelt! Der Begriff »Arbeits- und Lebensprozess« – das ist der gesellschaftliche Produktionsprozess (und natürlich Reproduktionsprozess!), in dem die Produktionsverhältnisse die Bewegungsformen der Produktivkräfte sind und in dem die hierarchischen Technostrukturen des Arbeitsprozesses solange zu einer hierarchischen Struktur der Produktionsverhältnisse – und der übrigen gesellschaftlichen Verhältnisse – führen, wie die Produktionsmittel nicht gemeinschaftliches Eigentum frei assoziierter Produzenten sind.

Die »funktionelle Hierarchie« des Arbeitsprozesses, seine Technostruktur, setzt sich nur in einer Klassengesellschaft auch in eine hierarchische »Sozialstruktur« um. Dem entspricht auch der Plan, der als staatlicher ein bürokratischer Plan ist, der mit administrativ-zentralistischen Methoden aufgestellt und verwirklicht wird. Er ist undemokratisch, was seine Aufstellung und Verwirklichung betrifft. Das weiß Bahro alles, und er hat treffendes Material für eine Kritik des bürokratischen Zentralismus zusammengetragen.

Bahro plädiert – alles in allem – für eine indirekte, somit bürgerliche und parlamentarische Demokratie. Indem er eine auf direkter Demokratie beruhende Selbstverwaltungsgesellschaft ablehnt, schreibt er die »Subalternität«, die er beseitigen möchte, erst fort. Seine im Grunde moralischen

Rezepte können vielleicht zu einer besseren, aber nie zu einer anderen Demokratie als der bürgerlich-parlamentarischen führen.

Was soll man dazu sagen, wenn Bahro den Charakter der Arbeit als Lohnarbeit im real existierenden Sozialismus durch »Egalisierung der Einkommen« als den nächsten möglichen und notwendigen Schritt überwinden will (ebd. 472).

Wie wenig klar für ihn das »ökonomische Kernproblem« ist, geht aus einem in Klammern eingefügten Zusatz hervor. Die Einkommenszuteilung bleibe in »komplexen Gesellschaften mit hochentwickelter technischer Arbeitsteilung ... generell relevant; und [dieser Gesichtspunkt] zieht an und für sich keineswegs die Regulierung des Reproduktionsprozesses durch das Wertgesetz nach sich, auch dann nicht, wenn man sich für den Standpunkt entscheidet, dass Geld wegen seiner Eigenschaft als Messinstrument unerlässlich bleiben wird« (ebd. 472).

Dazu kann man nur noch sagen, dass die Bahrosche ökonomische Alternative genauso wenig radikal ist, wie seine politische Alternative. Radikal ist seine moralische Kritik am real existierenden Sozialismus, und man wird Bahro wohl nicht als radikalen Politiker oder Ökonomen, wohl aber als einen radikalen Moralisten einstufen müssen. Dafür spricht seine Haltung, nicht seine Leistung!

Bahro meint, er habe »tiefer als alle bisherigen Versuche das (politökonomische) Wesen des real existierenden Sozialismus aufgedeckt« (1978, 31). Doch in Wahrheit polemisiert in ihm doch nur der Technokrat gegen den Bürokraten, die beide, was die Ökonomie betrifft, sich nur zu einer Vulgärökonomie bekennen können!

Zu Bahros Partei

Bahro hoffte auf die Zustimmung – und auch auf die Unterstützung – durch die »Eurokommunisten«. Noch in seinem im »Spiegel« abgedruckten Brief aus Bautzen fragt er, ob es wirklich wahr sei, »dass die Führer beziehungsweise Führenden der wichtigsten eurokommunistischen Parteien offiziell Stellung genommen haben?!« (ebd. 30) Sie taten es nicht und warum auch sollten sie es? Alles, was sie vertreten, vertraten schon die Austromarxisten, die Bahro nicht kennt, wie sie überhaupt die Bühne der Kritik als erste betraten und sie taten es besser als Bahro. Wogegen sie – wenn auch nicht die »Führer«, so doch wenigstens einige Führende – demonstrierten, war doch die Behandlung von Bahro, die gegen elementare Menschenrechte verstößt, für die die Eurokommunisten sich einsetzten.

Was sie daran hindert, in eine Diskussion über das Buch von Bahro einzutreten, das sind wohl nicht so sehr einige prinzipielle Fragen der marxistischen Theorie, die Bahro etwas konfus angeht, das tun auch theoretisch engagierte Mitglieder dieser Parteien, das ist wohl die Frage des Leninismus, genauer: das Leninsche Prinzip des demokratischen Zentralismus, zu dem er nichts sagt, über das er sich von Rosa Luxemburg hätte beraten lassen können, wenn er ihre Schriften zur Kenntnis genommen hätte. Doch das war wohl sicher nur eine »Sekundärscheinung« für ihn!

Für Bahro sind die Massen so wenig Subjekte der historischen Konflikte, wie für den Leninismus; sie bleiben Objekte einer an der Spitze der Parteihierarchie stehenden Elite, die aufgrund ihres Informationsvorsprungs Einsicht in das hat, was angeblich zu tun notwendig ist. Das kommt besonders deutlich an einer Stelle zum Ausdruck, wo Bahro über die Rolle des von ihm vorgeschlagenen Bundes der Kommunisten sagt: Die kommunistische Assoziation müsse sich »nicht allein außerhalb bzw. oberhalb der unmittelbaren Produktion, sie muss sich *insgesamt* an der Spitze der Pyramide konstituieren, die den Stoffwechsel mit der Natur und den sozialen Prozess informationell vermittelt« (1977, 180).

Wie Lenin vertritt Bahro die These vom »Hineintragen des Bewusstseins« in eine spontane Emanzipationsbewegung, eine These, die Lenin von Kautsky übernahm und die im strikten Gegensatz zum Kommunistischen Manifest von Marx und Engels steht, nach dem die »theoretischen Sätze der Kommunisten ... nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung« sind (Marx/Engels 1848, 474/475). Bahro dagegen schreibt: »Die sozialistischen Parteien waren von vornherein, und durchaus nicht nur in Russland, ambivalent sowohl Parteien *des* Proletariates wie Parteien *für* das Proletariat.« (1977, 228) Die Arbeiter seien – »bis auf individuelle Ausnahmen« – nie marxistisch »in einem einigermaßen strengen Sinne«. Der Marxismus sei eine Theorie, »die sich auf die *Existenz* der Arbeiterklasse gründet, aber *ihre* Theorie ist er nicht« (ebd. 232). Das ist für Bahro durchaus konsequent, weil es exakt seiner Stellung zur Selbstverwaltung und Rätebewegung entspricht. Es ist die Reflexion eines Technokraten, für den der Marxismus nur eine mögliche Konzeption ist, die Intellektuelle über den Gang der Geschichte entwickelten und die die Arbeiterklasse gewissermaßen als Objekte für die Verwirklichung ihrer Theorie gefunden haben. Da das nur mit der Arbeiterklasse – zugegebenermaßen, aber aus hier nicht zu erörternden Gründen – nicht so geklappt hat, suchen sich nun die Intellektuellen andere Objekte für die Verwirklichung ihrer Theorien aus. Das sieht dann so aus: »Jenseits

des Kapitalismus verliert der Begriff der Arbeiterklasse nicht nur seinen operativen Sinn ... Mit der Bourgeoisie verliert auch das Proletariat seine spezifische sozialökonomische Identität« (ebd. 217). Jenseits des Kapitalismus – d.h. im protosozialistischen Staatsmonopolismus des real existierenden Sozialismus! Aber wenn nun dieser »Protosozialismus« in Wahrheit eine Klassengesellschaft ist, in der der Grundwiderspruch nicht mehr der zwischen Bourgeoisie und Proletariat ist, sondern einer zwischen Politbürokratie und Produzenten, d.h. aber die von der ökonomischen und politischen Entscheidung Ausgeschlossenen in die Subalternität verbannt, entfremdet sind? Gewiss die Bourgeoisie – und natürlich auch Unterdrückten – sind nicht mehr auf den klassischen Begriff der Arbeiterklasse zu bringen, und Bahro brachte treffliches Material über die soziale Struktur der Werktätigen im realen Sozialismus der DDR.

Eine neue Gesellschaft – eine pluralistische Selbstverwaltungsgesellschaft – ist nicht unter Führung einer Partei alten Typs zu verwirklichen. Wie eine solche Gesellschaft nicht mehr nach dem Prinzip eines demokratischen Zentralismus organisiert werden kann, sondern nur durch den Selbstzentrismus der Massen, wie ihn die Pariser Kommune entfaltete, so muss auch eine Partei, die die alten hierarchisch-elitären Strukturen überwinden will, nach dem Organisationsprinzip organisiert sein, wie es Rosa Luxemburg in ihrer Polemik gegen Lenin entwarf.

Im Übrigen: Die Leninsche Parteikonzeption war nie die von Marx, wie Bahro behauptet (ebd. 226). Bahro folgt Lenin und nicht Marx. Es wirkt grotesk, sich Marx als Leninisten vorzustellen, und Bahro irrt, wenn er in Marxens Polemik mit Blanqui Keime des Leninismus zu erkennen glaubt. In dieser Polemik, die viele persönliche Ressentiments enthielt, ging es um andere Dinge. Das Proletariat ist als Klasse »aus sich selbst heraus nur zu gewerkschaftlichen, tradeunionistischen Ausdrücken ihrer Interessen gelangt«, schreibt Bahro (ebd. 229), aber das sagte Lenin, nicht Marx! Waren gerade die Räte nicht Schöpfungen von Parteien, sondern der Massen selbst – wie die Pariser Kommune!

Bahro bleibt der leninistischen Auffassung von der führenden Rolle der Partei verhaftet – wie auch die Eurokommunisten. Für ihn sind die Massen so wenig Subjekt der historischen Konflikte, wie für den Marxismus-Leninismus. Sie bleiben Objekt einer an der Spitze der Hierarchie der Partei stehenden Elite, die aufgrund ihres informationellen Vorsprungs allein Einsicht in das habe, was notwendig ist zu tun. Die führende Rolle der Partei, auch wenn man sie in einen »Bund« umtauft, beruht auf einem Informationsmonopol, das zwar in aller Regel nur eingebildet, doch darum nur so ausgebildet ist. Für den Leninismus gipfelt die Geschichte im Klassen-

bewusstsein des Proletariats, das allerdings nur von der Partei als dessen Avantgarde und selbst nur von der Führung – und sogar Führern – richtig verstanden wird. (*Bahro – wie Lenin – vertritt die These vom »Hineintragen des Bewusstseins« in eine spontane Emanzipationsbewegung, eine These, die Lenin von Kautsky übernahm und die im strikten Gegensatz zum kommunistischen Manifest von Marx und Engels steht.*) Der von Bahro konzipierte Bund der Kommunisten ist eine reformierte Partei der »alten Teilung der Arbeit«. Bahros Ablehnung der Möglichkeit einer Selbstverwaltungsgesellschaft erinnert daher nicht nur an bürgerliche Sozialismuskritik, sondern auch an die Kritik der Sozialisten an der jugoslawischen Selbstverwaltung. Spricht nicht der überhebliche Technokrat, der die politische Macht der Bürokraten nur »neu formieren« will, wenn er meint, die Arbeiterklasse komme nicht über die Verteidigung ihrer unmittelbaren Interessen hinaus und könne nicht zu den allgemeinen Interessen der Gesellschaft vordringen. Die hierarchisch-elitären Strukturen der leninistischen Partei sind ein Abbild der hierarchisch-elitären Struktur der Klassengesellschaften, eine hierarchisch gegliederte Institution autoritär befehlender Machthaber und unmündiger Untertanen. So wenig der real existierende Sozialismus reformierbar ist, so wenig ist es eine leninistische Partei – lastet doch, wie Marx einmal in einem anderen Zusammenhang schrieb – »die Tradition aller toten Geschlechter wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden« (Marx 1852, 115). Und Bahro weiß genau, dass die »heutige Parteiorganisation ... eine Struktur« ist, »die *aktiv massenhaft falsches Bewusstsein produziert*« (1977, 292). Doch auch sein konzipierter Bund der Kommunisten ist wieder die Organisation einer Elite – diesmal vielleicht nicht der Bürokraten, sondern der Technokraten. Auch für ihn wird gelten: »Die herrschenden Parteiapparate haben so mit dem Kommunismus zu tun wie der Großinquisitor mit Jesus Christus.« (ebd. 425) Bahro weiß, dass Lenin die »Glorifizierung der proletarischen Disziplin« von Kautsky übernahm, »weil sie auf die russischen Verhältnisse passte« (ebd. 439). Weil sie aber weder auf die deutschen noch überhaupt auf Verhältnisse in Ländern passt, die eine demokratische Tradition besitzen und in denen die Menschen nicht Untertanen sind, sondern Mündige, muss die Organisation einer revolutionären Partei so sein, dass sie eine vermenschlichte hierarchisch-elitäre Struktur bekämpft, um sie nicht wieder – wie von selbst – auf eine neue Gesellschaft zu übertragen. Ob »rote Preußen« oder »rote Zaren«, sie können nur überwunden werden, wenn man den demokratischen Zentralismus überwindet und durch den Selbstzentralismus der Massen ersetzt! Es scheint, Rosa Luxemburg ist aktueller als Rudolf Bahro.

Bahro bleibt ein – wenn auch »reformierter« – Leninist. Er hat seinen Marx zum Teil, er hat Rosa Luxemburg zu wenig gelesen, die in einem Brief an Leo Jogiches schon 1909 den Leninismus als »tatarischen Marxismus« (1909, 65) bezeichnete. Das ist kein Schimpfwort, sondern kennzeichnet nur das Milieu, in dem Lenin wirkte. Bahro aber glaubt, dass 1968 in der ČSSR »unter der harten Schale« der alten »eine andere, neue Partei ... gewartet hat« (1977, 295). Das ist zu schön, um wahr zu sein! Was wir brauchen, um die beiden »Blöcke« des Staatsmonopolismus wirksam zu bekämpfen, ist weder ein Bund demokratischer noch überhaupt ein Bund von Kommunisten, sondern eine Assoziation sozialistischer Demokraten, die die Überwindung der indirekten bürgerlichen Demokratie durch eine – möglichst weitgehende – direkte sozialistische Demokratie wollen.

Vielleicht ist das mehr als ein Traum: zwei deutsche Staaten, in denen in jedem mehr Demokratie verwirklicht wurde als jetzt noch nur in einem!

Eine abschließende Bemerkung: Bahros Buch wäre ohne das Schicksal seines Autors mit vielen anderen Büchern wahrscheinlich nur von »Fachleuten« gelesen und beiseite gelegt worden. Auch eine Kritik – Bahro fordert sie durch seinen hohen Anspruch heraus – wäre unter anderen Bedingungen anders formuliert worden, zumal sie berücksichtigen muss, unter welchen Bedingungen Bahro schrieb. Doch entschuldigt das nicht seine Irrtümer, die schlecht zu dem kühnen Anspruch passen, mit dem er antrat. Die kritisch denkenden Marxisten in der DDR leben nicht in einem Elfenbeinturm, wie manche DDRologen in der Bundesrepublik zu glauben scheinen, die ihre Möglichkeiten der Information – bewusst oder unbewusst, jedenfalls ohne Kenntnis der Verhältnisse – mit denen gleichsetzen, die den in der DDR Schreibenden zur Verfügung stehen. Auch ohne das Schicksal seines Autors, dessen Leidensweg ja erst begann – sein Buch ist der Diskussion wert. »Freiheit ist immer nur Freiheit der anders Denkenden«, verkündete Rosa Luxemburg als ein Prinzip sozialistischer Demokratie! Anders Denkende gibt es in der DDR viele, aber ihnen fehlt die Freiheit. Was die anders Denkenden tun können, die diese Freiheit haben, das ist immer erneut von der Politbürokratie Freiheit für Bahro zu fordern, auch wenn es nur um seine individuelle Freiheit geht. Er verdient sie, denn sein Lernprozess hat wohl erst begonnen. Er hat mit seinem Buch aber vielleicht einen Lernprozess entzündet, der in dem Teil Europas, in dem noch frei diskutiert werden kann, hoffentlich konkrete Resultate hat.

Was die anders Denkenden anbetrifft, die in der DDR leben: Der Weltprozess ist für sie nicht verloren! Allerdings wird er etwas anders verlaufen werden, als Bahro annimmt. Möge er es selbst erleben!

Literatur

- Bahro, R. (1977), Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Köln/Frankfurt a.M.
- Bahro, R. (1978), Ich werde meine Weg fortsetzen, in: Der Spiegel, Nr. 44 v. 30.10.
- Engels, F. (1877/78), Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (»Anti-Dühring«), in: K. Marx/F. Engels, Werke (MEW), Bd. 20, Berlin 1962
- Lenin, W.I. (1917a), Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll, in: W.I. Lenin, Werke (LW), Bd. 25, Berlin 1960
- Lenin, W.I. (1917b), Um Brot und Frieden, in: LW, Bd. 26, Berlin 1961
- Lenin, W.I. (1922), Zur Frage der Nationalitäten oder der »Autonomisierung«, in: LW, Bd. 36, Berlin 1962
- Marx, K./Engels, F. (1845/46), Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, Berlin 1959
- Marx, K./Engels, F. (1848), Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, Berlin 1959
- Marx, K. (1852), Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW, Bd. 8, Berlin 1960
- Marx, K. (1873), Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, Berlin 1962
- Marx, K. (1894), Das Kapital. Dritter Band, hrsg. v. F. Engels, in: MEW, Bd. 25, Berlin 1964
- Lübbe, P. (1975), Der staatlich etablierte Sozialismus. Zur Kritik des staatsmonopolistischen Sozialismus, Hamburg
- Luxemburg, R. (1909), Brief an Leo Jogiches vom 10.08.1909, in: R. Luxemburg, Gesammelte Briefe, Bd. 3, Berlin 1984

Fritz Behrens

Exkurs: Zu Ota Šiks Drittem Weg!

Ota Šik ist Ökonom – im Unterschied zu Milovan Djilas. Aber er begeht den gleichen Fehler wie dieser, indem er den »real existierenden« Sozialismus als »Kommunismus« bezeichnet, obwohl es sich nur um Länder handelt, die von einer regierenden Partei beherrscht werden, die sich kommunistisch nennt, oder sich sogar nur auf ein kommunistisches Programm berufen. Šik nennt die Wirtschaft dieses »real existierenden« Sozialismus expressis verbis »kommunistische Wirtschaft« (1973, 49) und er bezeichnet die Verstaatlichung der Produktionsmittel gelegentlich sogar als »Vergesellschaftung« (ebd. 65), obwohl er richtig bemerkt, das Staatseigentum sei nur »eine bestimmte Negierung des Privateigentums«, die »nicht die Entfremdung des Eigentums an den Produktionsmitteln den arbeitenden Menschen gegenüber« behoben habe, somit also kein sozialistisches oder gar kommunistisches Eigentum ist (ebd. 141). Bei den in der Sowjetunion – und entsprechend in den von ihr abhängigen und das sowjetische Modell nachahmenden Ländern – herrschenden Eigentumsverhältnissen handelt es sich – wie Šik schreibt – »um staatskapitalistische bzw. staatsmonopolistische sozial-ökonomische Verhältnisse mit dem entsprechenden staatsmonopolistischen Eigentum« (ebd. 149). Das ist völlig richtig: für das sowjetische System – das Grundmodell des real existierenden Sozialismus – wird das »staatliche Eigentum ... als undiskutierbares Axiom aufgefasst, als die Grundlage der sozialistischen ökonomischen Verhältnisse, welche in ihrer »ein für allemal gegebenen Unveränderlichkeit« keine weitere Diskussion braucht« (ebd. 150). Doch gerade weil staatliches Eigentum *kein* sozialistisches Eigentum ist, sondern – wie Engels schon im »Anti-Dühring« schrieb – nur »das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung« (Engels 1877/78, 260), also nur ein erster Schritt, um eine Umwandlung der Produktionsverhältnisse einzuleiten, ist es noch kein juristischer Ausdruck *sozialistischer* Produktionsverhältnisse. Daher ist es irreführend, im Falle des »real existierenden« Sozialismus von sozialistischen oder gar schon kommunistischen Ländern zu sprechen. Das verwirrt nicht nur, das verfälscht die Diskussion, weil es verschleiert, dass die Idee des Sozialismus missbraucht wird für die Machtansprüche einer staatlich etablierten Parteibükratie.

Ota Šik legt dabei ausführlich dar, dass die Kategorie des Eigentums nur ein juristischer Ausdruck für *gegebene* Produktionsverhältnisse sei. Es ist

– ganz allgemein – juristischer Ausdruck gesellschaftlicher Beziehungen – auch wenn sie nicht formell kodifiziert sind –, deren wesentlicher Inhalt immer das Verhältnis ist zwischen Produzenten und Produktionsbedingungen, den Produktionsmitteln. Dieses Verhältnis hat zwei Grundformen: Arbeitseigentum und Ausbeutungseigentum.

Arbeitseigentum ist »die natürliche Einheit der Arbeit mit ihren sachlichen Voraussetzungen«, heißt es in den »Grundrissen der politischen Ökonomie« von Marx (1857/58, 375). »Der Arbeiter hat daher unabhängig von der Arbeit eine gegenständliche Existenz.« (ebd.) Materiell ist das Eigentum vergegenständlichte, nicht mehr lebendige, sondern vergangene Arbeit, die in der Produktion als ihr objektives Mittel mit ihrem subjektiven Faktor sich verbindet. Daher verhält sich das Individuum »zu sich selbst als Eigentümer, als Herr der Bedingungen seiner Wirklichkeit. Es verhält sich ebenso zu den andren ... als Miteigentümern«, wenn es sich um »Inkarnationen des Gemeineigentums, oder als selbständigen Eigentümern«, wenn es sich um »selbständige Privateigentümer« handelt (ebd.). In beiden Fällen verhalten sich die Individuen »nicht als Arbeiter, sondern als Eigentümer – und Mitglieder eines Gemeinwesens, die zugleich arbeiten. Der Zweck dieser Arbeit ist nicht *Wertschöpfung* ...; sondern ihr Zweck ist Erhaltung des einzelnen Eigentümers und seiner Familie wie des Gesamtgemeindewesens« (ebd.).

Als vergegenständlichte – vergangene lebendige – Arbeit ist Eigentum durch Arbeit angeeignete Natur und kann damit potentiell auch immer Verfügung über fremde Arbeit: *Ausbeutungseigentum* sein!

Nach der »Definition der modernen Ökonomen«, heißt es in der »Deutschen Ideologie«, sei privates Eigentum »Verfügung über fremde Arbeitskraft« (Marx/Engels 1845/46, 32). Es erstreckt sich dann nicht nur auf durch Arbeit erzeugte Gegenstände, sondern auch ohne Vergegenständlichung von Arbeit vorgefundene, wie der Boden, Naturschätze usw. und vor allem auf die menschliche Arbeitskraft selbst! Mit der Teilung der Arbeit ist »zu gleicher Zeit auch die *Verteilung*, und zwar die *ungleiche*, sowohl quantitative wie qualitative Verteilung der Arbeit und ihrer Produkte gegeben« und damit die »freilich noch sehr rohe, latente Sklaverei in der Familie«, also der Keim des Privateigentums, das eben Verfügung über fremde Arbeitskraft ist (ebd.).

Ausbeutungseigentum, ob in der Form von Sklaverei, von Fronarbeit oder von Lohnarbeit ist inhaltlich immer auch Eigentum an fremder Arbeitskraft oder Verfügung über sie. Produktion ist Arbeit und Arbeitsteilung, unter der Bedingung von Arbeitseigentum also Selbstverwirklichung, unter der Bedingung des Ausbeutungseigentums Selbstentfremdung!

Selbstentfremdung – das gilt für jedes Eigentum, das kein Arbeitseigentum ist, somit auch für Staatseigentum, das kein Gemeineigentum ist, sondern eine – vorläufige letzte – Form des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln.

Was Ota Šik als kommunistische Wirtschaft und sozialistische Planung treffend kritisiert, ist in Wahrheit die bürokratische Produktionsweise eines als Staatsmonopolismus erstarrten staatlich etablierten Sozialismus, nicht eine – überhaupt noch nicht existierende – sozialistische Produktionsweise! Es versteht sich, dass die Widersprüche des staatsmonopolistischen Kapitalismus auch in einem staatsmonopolistischen Sozialismus auftreten müssen, weil beide Staatsmonopolismen auf einer Produktionsweise beruhen, die zentralistisch durch eine Bürokratie geleitet – und zentral geplant – wird. Šik schreibt daher ganz zu Recht, der »reale Weg zur Überwindung bzw. wenigstens zur Eindämmung des Bürokratiegeschwürs« – eines Sozialismus also, der gar keiner ist! – verlange »die Überwindung des leninistischen Staatsmonopolismus, welcher nichts mit Sozialismus gemein hat und auf der Idee einer ›alles wissenden, alles planenden und alles entscheidenden Machtelite‹ aufgebaut ist.« (1973, 139)

Es ist also nicht nur falsch und unhaltbar, es ist auch von der Konzeption Šiks aus gesehen inkonsequent, wenn er von »kommunistischer Wirtschaft« und »sozialistischer Planung« spricht und damit den »real existierenden« Sozialismus meint, der Staatsmonopolismus ist. Šik schließt sich damit dem herrschenden – bürgerlichen und bürokratischen – Sprachgebrauch an. Die »sozialistischen« oder gar »kommunistischen« Länder sind im günstigsten Fall von Parteien mit einem sozialistischen oder kommunistischen Namen und Programm regierte Länder einer Übergangsgesellschaft zwischen Kapitalismus und Sozialismus, die im Staatsmonopolismus steckengeblieben sind. Die viel diskutierte Konvergenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus besteht in der Tat in der bürokratischen Produktionsweise, die beiden Varianten eines Staatsmonopolismus, der kapitalistischen und der sozialistischen, als Basis dient. Der Staatsmonopolismus ist in der Tat eine »Art neue Gesellschaftsordnung«, wie Lenin den staatsmonopolistischen Kapitalismus charakterisierte. Doch ist es verkehrt, wenn Šik schreibt, »absoluter Staatsmonopolismus« sei »letzten Endes Kommunismus« (ebd. 28). Kommunismus – und auch schon Sozialismus – ist vielmehr das *absolute* Gegenteil eines Staatsmonopolismus!

Der Sozialismus ist als eine erste – niedere – Phase der klassenlosen Gesellschaft des Kommunismus, eine Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Obwohl noch mit den »Muttermalen der alten Gesellschaft« behaftet, »aus deren Schoß (er) herkommt«, unterscheidet

er sich doch in zwei wesentlichen Merkmalen von der alten bürgerlichen Gesellschaft. Was *erstens* die Basis betrifft, so ist die sozialistische Gesellschaft eine »genossenschaftliche, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründete Gesellschaft«, in der die Produzenten ihre Produkte nicht austauschen und die auf diese Produkte verwendete Arbeit nicht mehr als *Wert* erscheint (Marx 1875, 19). Die Verteilung geschieht nicht mehr durch Geld, sondern durch Anweisungen auf das gesellschaftliche Arbeitsprodukt (ebd. 20ff.). Was *zweitens* den Überbau betrifft, so stirbt in der sozialistischen Gesellschaft der Staat, dieser »Schmarotzerauswuchs«, der sich »von der Gesellschaft ... nährt und ihre freie Bewegung hemmt« (Marx 1871a, 341), diese »übernatürliche Fehlgeburt der Gesellschaft« (Marx 1871b, 541) allmählich ab.

Es gibt in dieser – sozialistischen – Übergangsphase zum Kommunismus Missstände, die unvermeidbar sind für eine Gesellschaft, »wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist« (Marx 1875, 21), denn das »Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft« (ebd.).

Zu diesen Missständen, »Muttermale« der alten Gesellschaft, gehört vor allem das Prinzip der Verteilung nach der Leistung, »*ein Recht der Ungleichheit, seinem Inhalt nach, wie alles Recht*« (ebd.), das »stillschweigend die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit der Arbeiter als natürliche Privilegien« anerkennt (ebd.). Das Prinzip der Verteilung nach der Leistung erscheint oberflächlich betrachtet als »das-selbe Prinzip, das den Warenaustausch regelt, soweit er Austausch Gleichwertiger ist«, aber »Inhalt und Form sind verändert, weil unter den veränderten Umständen niemand etwas geben kann außer seiner Arbeit und weil andererseits nichts in das Eigentum der einzelnen übergehen kann außer individuellen Konsumtionsmitteln« (ebd. 20). Wie beim Austausch wird »gleich viel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer andern ausgetauscht« (ebd.), aber es ist kein Warenaustausch mehr, weil auf Grund des »Gemeinguts« an den Produktionsmitteln die individuelle Arbeit des einzelnen Produzenten jetzt unmittelbar als gesellschaftliche Arbeit, als Bruchteil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit erscheint und »die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren« (ebd.). Eine – sozialistische – Warenproduktion gehört im strengen Sinn schon nicht mehr zu diesen Missständen, den »Muttermalen« der alten Gesellschaft. Sie ist vielmehr noch ein Merkmal der Periode »langer Geburtswehen«, auch einer Übergangsperiode, aber nicht der zwischen Kapitalismus und Kommunismus,

sondern nur der zwischen Kapitalismus und Sozialismus, einer Periode der revolutionären Umwälzungen der einen in die andere Gesellschaft, einer politischen »Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats*« (ebd. 28).

In dieser Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Sozialismus besteht noch Staat und Warenproduktion, aber sie sind keine wesentlichen Merkmale dieser Periode mehr, weil sie abzustarben und zu verschwinden beginnen. Das Proletariat benutzt seine Herrschaft dazu, die Produktionsmittel in den Händen des Staates zu zentralisieren, aber nicht, um eine neue zentralistische Staatsmacht zu errichten, sondern um jede zentralistische Staatsmacht zu vernichten, denn die proletarisch-sozialistische Revolution ist nicht eine Revolution »gegen diese oder jene ... Form der Staatsmacht«, sondern »eine Revolution gegen den *Staat* selbst« (Marx 1871b, 541). Aber diese Übergangsperiode hat noch ein weiteres Merkmal, sie ist nicht auf nationale Grenzen beschränkt, sondern international oder besser universal. So heißt es schon im »Kommunistischen Manifest«: »Vereinigte Aktion, wenigstens der zivilisierten Länder,« sei »eine der ersten Bedingungen« der Befreiung des Proletariats (Marx/Engels 1848, 479) und schon in der »Deutschen Ideologie« hieß es, der Kommunismus sei »nur als die Tat der herrschenden Völker ›auf einmal‹ und gleichzeitig möglich« (Marx/Engels 1845/46, 35).

Das allmähliche Absterben des Staates und Verschwinden der Warenproduktion beginnt in der Periode des *Übergangs* vom Kapitalismus zum Sozialismus, und wie weit dieser Prozess fortgeschritten ist, entscheidet darüber, ob diese Periode abgeschlossen und die Gesellschaft in ihre *sozialistische* Periode eingetreten ist. Solange die Staatsmacht noch eine zentralistische ist und noch Warenproduktion herrscht, sind die alten Produktionsverhältnisse, deren Form hierarchisch und elitär ist, nicht durch neue – genossenschaftlich-egalitäre – Produktionsverhältnisse überwunden. Eine sozialistische Gesellschaft ist eine auf Produzentenselbstverwaltung beruhende pluralistische Selbstverwaltungsgesellschaft. Die Beschränkung des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus auf einen nationalen Rahmen behindert sowohl das allmähliche Verschwinden der Warenproduktion und ist eine historisch wirksame Ursache für die Entstehung des staatsmonopolistischen Sozialismus und der bürokratischen Produktionsweise.

Das Absterben des Staates und das Verschwinden der Warenproduktion sind im nationalen Rahmen nicht möglich, weil die Verwirklichung eines nationalen Sozialismus nicht möglich ist! Aber ohne sie ist die Lösung der Widersprüche der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum

Sozialismus nicht möglich, im Gegenteil: die Beibehaltung einer zentralistischen Staatsmacht – ja sogar ihre Potenzierung! – und der Warenproduktion führen zur Herausbildung neuer Widersprüche, die für einen staatsmonopolistischen Sozialismus und eine bürokratische Produktionsweise typisch sind.

Um die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus abzuschließen, geht es *international* um die Schaffung großer Wirtschaftsgebiete *ohne* nationale Grenzen mit internationalen Selbstverwaltungskörperschaften und um eine Nivellierung der nationalen Produktivitäten der Arbeit, um eine Angleichung der unterdurchschnittlichen an die durchschnittliche Produktivität aller Länder, die zu einem Wirtschaftsgebiet vereinigt werden. National geht es um die Schaffung von pluralistischen Selbstverwaltungskörperschaften von unten nach oben – Selbstzentralismus der Massen! – und um eine Nivellierung der einkommensmäßigen und sozialen Differenzierung durch Angleichung der unteren Einkommen an ein mit steigender Arbeitsproduktivität wachsendes Durchschnittseinkommen – in Anweisungen auf das gesellschaftliche Arbeitsprodukt in oder ohne Geldform.

Die neuen Produktionsverhältnisse erscheinen juristisch als Verschwinden des Staatseigentums durch Umwandlung zunächst in Form von auf Produzentenkollektive delegiertem Staatseigentum, bis es von den Produzenten selbst verwaltetes Gemeineigentum wird. Das ist zugleich der Übergang von einer mehr oder minder direkt zentralistischen Planung der Produktion durch den Staat, d.h. faktisch durch eine Partei- und Staatsbürokratie, zu einer immer mehr indirekt zentralen Planung der Produktion durch demokratisch gewählte, jederzeit abrufbare und von der Öffentlichkeit kontrollierte Organe, als vorherbestimmte Kontrolle der Produktion durch die Gesellschaft, d.h. durch freie und frei assoziierte Produzenten!

Wenn die für ein Absterben des Staates und Verschwinden der Warenproduktion erforderlichen – nationalen und internationalen – Bedingungen nicht gegeben sind, dann können die politischen Entscheidungen und Maßnahmen, die ihr Absterben und Verschwinden bezwecken, neue Widersprüche erzeugen, die im Rückschlag zu ihrer Festigung führen – zusammen mit weiterer Zentralisierung und Einschränkung der Demokratie. Ebenso aber umgekehrt muss eine Politik, die vorhandene Bedingungen ignoriert und nicht ausnutzt, zur Überzentralisierung und Festigung der Warenproduktion führen. Bei vorhandenen – nationalen und internationalen – Bedingungen muss die Politik sowohl eine Nivellierung der Einkommen im nationalen Rahmen und der Produktivität im internationalen

Rahmen anstreben. Die von der Bürokratie des staatsmonopolistischen Sozialismus betriebene Politik ist heute selbst zu einer wesentlichen Wurzel der Existenz einer zentralistischen Staatsmacht und einer »sozialistischen« Warenproduktion geworden!

Der »real existierende« Sozialismus, von dem Šik spricht, ist – vom Überbau gesehen – Staatsmonopolismus mit einer neuen Art von Produktionsweise, günstigstenfalls eine zwischen Kapitalismus und Sozialismus steckengebliebene Übergangsgesellschaft, jedoch mit der sehr realen Tendenz, sich als eine bleibende neue Art von Gesellschaftsordnung zu etablieren!

Staatsmonopolismus bedeutet Blockierung des Wertgesetzes und der Gesetze der Warenproduktion, nicht durch ihre Überwindung durch eine demokratische Zentralplanung, sondern Integration von Institutionen des Überbaus in die Basis, keine sozialistische, sondern eine bürokratische Produktionsweise, keine Aufhebung des Widerspruchs zwischen Überbau und Basis, sondern seine Institutionalisierung. Was Šik am Staatsmonopolismus kritisiert, ist richtig, aber trifft *nicht* den Sozialismus. Die Überwindung des Staatsmonopolismus kann daher auch nicht durch eine Restauration des blockierten Marktes, sondern durch seine Ersetzung durch den Plan, allerdings durch einen sozialistischen, keinen staatsmonopolistischen, bürokratischen Plan geschehen. Solange das nicht geschieht, muss man in der Realität mit dem Nebeneinander eines monopolistisch-deformierten Marktes und eines bürokratischen zentralen Planes rechnen, mit deren »Kopplung«, wie Šik es nennt.

Doch sieht Šik zwei »reale Entwicklungsmöglichkeiten«: »Ein sich bereits durchsetzender Entwicklungstrend kann als Monopolisierung- und Bürokratisierungstendenz, bis zu einem Staatsmonopolismus hin, bezeichnet werden. Demgegenüber existiert die reale Möglichkeit einer Demokratisierung und humaner Sozialisierung der Wirtschaft, die als Gegensatz zur erstgenannten Tendenz betrachtet werden sollte.« (1973, 11)

Die Alternative lautet also – darin sind wir mit Šik einig: *Staatsmonopolismus oder Sozialismus!* Der »real existierende« hat aber mit einem wirklichen Sozialismus nichts gemein, weil er die Schranken der alten – bürgerlichen – Gesellschaft noch nicht durchbrochen, sondern eher gefestigt hat. Šik akzeptiert daher auch den Sozialismus, in dem »die Produktivitätssteigerung ... nicht nur Konsumtionssteigerungen« ermöglicht, »sondern auch die Entfaltung aller menschlichen außerproduktiven Tätigkeit und schließlich in Zukunft die Überwindung der lebenslänglichen professionellen Arbeitsgebundenheit« (ebd. 46).

Der »real existierende« Sozialismus ist ein durch Abstraktion von wesentlichen Merkmalen des Sozialismus aus durchsichtigen Gründen der Machtsicherung einer etablierten Partei- und Staatsbürokratie gebildeter Begriff, in dem unwesentliche Merkmale des Sozialismus aufgenommen wurden, die nun zu wesentlichen Merkmalen gemacht worden sind. Die wesentlichen Merkmale des Sozialismus sind in dem von Marx und Engels definierten und von Lenin akzeptierten Begriff des Sozialismus aufgenommen, die unwesentlichen Merkmale aber sind die der modernen Industriegesellschaft, einer bürgerlichen Wohlstands- und Konsumgesellschaft mit ihrer wachsenden Tendenz zur Verbürokratisierung. Steigender Lebensstandard und soziale Sicherheit sind zwar auch wesentliche Merkmale des Sozialismus, aber auch Merkmale des modernen Kapitalismus, der vom Monopolkapitalismus in einen staatsmonopolistischen Kapitalismus hinüberwuchs, der nach Lenins Auffassung schon eine »Art neuer Gesellschaftsordnung« ist!

Inhalt einer Übergangsgesellschaft zwischen Kapitalismus und Sozialismus ist die Umwandlung kapitalistischer in sozialistische Produktionsverhältnisse. Erst wenn diese Umwandlung vollzogen ist, beginnt die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft, der Sozialismus. Wenn auch der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus noch in einem nationalen Rahmen begonnen werden kann, vollendet werden kann er nur international als eine Föderation sozialistischer Länder. Produktionsverhältnisse sind nicht nur Klassenbeziehungen, es sind auch Beziehungen zwischen den Sphären und Zweigen der – arbeitsteiligen gesellschaftlichen – Produktion und auch Beziehungen innerhalb der Betriebe, zwischen leitender und ausführender Arbeit. Die Umwandlung der Produktionsverhältnisse ist Umwandlung auch der *Form* der Produktion, als Arbeit und Arbeitsteilung und als Arbeitsteilung auch Teilung der ökonomischen Entscheidungsbefugnisse. Sie ist erst dann vollendet, wenn die ökonomischen Entscheidungsbefugnisse nicht mehr zwischen den Produzenten und »Leitungskadern« geteilt sind, sondern wenn die Produzenten sie selbst ausüben. Dabei kommt der Frage des Marktes, ob und inwieweit und in welcher Form noch Wertverhältnisse existieren, nur eine zweitrangige Bedeutung zu, zumal sie – wenn überhaupt – wie der Staat – erst nach der Übergangsperiode in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, im Sozialismus, verschwinden können. Von ersterangiger Bedeutung ist aber die Frage, in welcher Form die vorher bestimmte Kontrolle der gesellschaftlichen Produktion, die Planung ausgeübt wird: ob in der Form eines für die Produzenten verbindlichen direkt *zentralistischen Planes*, auf dessen Zustandekommen sie keinen oder nur einen sehr

beschränkten Einfluss ausüben können und zu dessen Durchführung sie mit Mitteln ökonomischer Anreize oder mit politischen und ideologisch-administrativen Methoden gezwungen werden, *oder* ob in der Form von zentralen Plänen, die von den Produzenten selbst aufgestellt und auch von ihnen selbst kontrolliert werden und deren Durchführung in ihrem eigenen Interesse liegen, weil es ihre Pläne sind und nicht Pläne einer zentralen staatlichen Bürokratie. In beiden Fällen können Marktbeziehungen existieren, die »eingeplant« sind, und sie werden solange bestimmt existieren, wie es sich noch um Übergangsgesellschaften handelt und noch nicht um eine Föderation sozialistischer Länder. Aber während im ersten Fall eines zentralen Planes der Markt mit seinen Kategorien eine dominierende Rolle spielt, hat er im zweiten Fall eine an Bedeutung abnehmende Hilfsrolle, weil es noch nicht möglich ist, alle Beziehungen in der materiellen Produktion ohne Wertbeziehungen abzuwickeln.

Wenn Ota Šik daher schreibt, dass die Planung »der gesamten Wirtschaft durch den »sozialistischen« Staat, mittels welcher die kapitalistischen Marktbeziehungen ersetzt werden sollen, ... als ein Prädikat der sozialistischen ökonomischen Verhältnisse angesehen wird«, und sich dagegen verwahrt, dass »jeder Versuch – nicht nur ihrer Beseitigung, sondern auch nur wesentlicher Änderung aufgrund von negativen Erfahrungen und Erkenntnisse – als antisozialistischer Akt unterdrückt wird« (1973, 58), so hat er Recht, soweit es sich um eine Übergangsgesellschaft handelt, in der die Marktbeziehungen nicht nur zweckmäßig, sondern notwendig sind, und er hat auch damit Recht, dass eine zentrale Planung an sich überhaupt noch kein Indiz für sozialistische ökonomische Verhältnisse ist.

Doch dass der Markt in der Übergangsgesellschaft noch zweckmäßig oder sogar notwendig ist, rechtfertigt noch nicht den Schluss, dass Nicht-Marktbeziehungen auch schon sozialistische Beziehungen sind. Was keine staatliche Planung vermag, das vermag die Kontrolle der gesellschaftlichen Produktion durch frei assoziierte Produzenten einer sozialistischen Wirtschaft: die Überwindung all der Widersprüche, die sich aus dem Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater – auch staatlicher – Aneignung ergeben.

Die staatliche Bürokratie behauptet zwar, alle wesentlichen ökonomischen Entscheidungen rationell zu treffen, sie tut es jedoch nur, soweit es sich um den real existierenden Sozialismus handelt, den Šik fälschlicherweise mit dem wirklichen Sozialismus identifiziert, um ihre Macht aufrechtzuerhalten und die bürokratische Produktionsweise durch einen Staatsmonopolismus gegen jede Veränderung zu schützen. Frei assoziierte Produzenten einer sozialistischen Wirtschaft können die wesent-

lichen ökonomischen Entscheidungen aber in der Tat rationell treffen, weil mit der Beseitigung des staatlichen Monopols über die Produktionsmittel und das Mehrprodukt, des Informationsmonopols der Bürokratie und mit der Formierung von Organen einer unmittelbaren Demokratie erst die Bedingungen hierfür geschaffen worden sind. An die Stelle des fetischisierten mengenmäßigen Wachstums, das die Qualität der Produktion und ihrer bedarfsgerechten Struktur je länger desto mehr negiert, tritt die Einheit von Quantität und Qualität der Produktion als Maß für die von den Produzenten selbst ermittelten, weil ihre eigenen, nicht mehr vom Machtstreben diktierten und deformierten Bedürfnisse.

Šik verbindet die positiven Funktionen des Marktes mit *zwei Grundbegriffen*: mit dem Prinzip der Knappheitsüberwindung und dem Prinzip der Leistungsäquivalenz (1973, 15), die allerdings durch den anwachsenden Prozess der Monopolisierung, die dauernd existierenden Störungen in der makroökonomischen Entwicklung und die ungenügende Deckung bestimmter gesellschaftlicher Bedürfnisse immer mehr beeinträchtigt werden (ebd.). Der Staatsmonopolismus gefährdet die positiven Funktionen des Marktes, soweit es sich um das Gesetz der Ökonomie der Zeit – Minimierung des Arbeitsaufwandes je Produkt und Maximierung der Produktion bei gegebenem Arbeitsaufwand in der Form des Wertgesetzes – handelt, aber »er ist die notwendige Beziehung zwischen Menschen auf einer historisch unausweichlichen Stufe der Arbeits- und Bedürfnisentwicklung und dieser entsprechenden Egoismusform« (ebd. 56). Wer daher die *Spezifik* des kapitalistischen Marktes mit seiner historisch *allgemeineren Grundfunktion* verwechselt, »der kann nicht zu realen Vorstellungen über herangereifte Gesellschaftstransformationen gelangen. Der Markt kann zwar eine neue sozialistische Form annehmen, darf aber nicht in seinen Grundfunktionen beseitigt werden« (ebd.).

Der Markt ist eine Kategorie *jeder* Warenproduktion, also auch einer staatsmonopolistisch-bürokratisch deformierten Warenproduktion, ob kapitalistisch oder »sozialistisch«! Warenproduktion setzt aber immer gesellschaftliche Teilung der Arbeit voraus, obwohl diese nicht immer auch mit Warenproduktion verbunden sein muss! Die Warenproduktion entstand, als die Teilung der Arbeit sich mit dem Privateigentum verband, und sie wird mit diesem wieder verschwinden, wenn es auch in seiner letzten Form als Staatseigentum wieder verschwunden ist. Die mit der Warenproduktion verbundene Verteilung der Arbeitsprodukte vermittelt Austausch wird dann durch eine Verteilung nach den Bedürfnissen ersetzt, wie sie auch *vor* der Entstehung der Warenproduktion und *neben* ihr – z.B. in der Familie – sich als Residualform immer erhalten hat. Die

Verteilung vermittelt Austausch hat – historisch gesehen – sicher zu einer schnellen Steigerung der Produktivität beigetragen (vgl. Marx 1861/63, 414/15). Die Warenproduktion war, bis zu ihrer höchsten Form, als Kapitalismus historisch notwendig, aber sie wird überflüssig und hinderlich. Sie zerriss die »ursprüngliche Einheit zwischen Arbeiter und Arbeitsbedingungen« – im asiatischen Gemeinwesen und in der kleinen Familienagrikultur –, die »wenig geeignet« war, »die Arbeit als *gesellschaftliche* Arbeit und die Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit zu entwickeln«, bis auf der »materiellen Basis« des Kapitals »die ursprüngliche Einheit (wieder) hergestellt werden kann« (ebd.). Aber wenig geeignet waren die »naturwüchsigen Formen« der Einheit zwischen Arbeiter und Arbeitsbedingungen, weil sie mit Herrschaft und Ausbeutung verbunden wurden. Ohne diese Verbindung wären sie vielleicht ebenso geeignet gewesen, die Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit zu entwickeln, wie die Warenproduktion, die über die Lohnarbeit zum Kapitalismus führte. Dann hätte es zur Überwindung der Knappheit eines Marktes vielleicht überhaupt nicht bedurft!

Damit sind wir allerdings zu einem – ja, zu dem – entscheidenden Punkt gekommen!

Die Knappheit ist ein Urphänomen der menschlichen Existenz. Der Mangel begleitet die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft von ihrer Herauslösung aus dem Tierreich bis in unsere Gegenwart. Der Versuch, den Mangel durch die Produktion zu überwinden, führte zu Privateigentum und Warenproduktion, denn Produktion ist Arbeit und Arbeitsteilung und Arbeitsteilung ist identisch mit Privateigentum – »in dem Einen wird in Beziehung auf die Tätigkeit dasselbe ausgesagt, was in dem Andern in bezug auf das Produkt der Tätigkeit, ausgesagt wird« (Marx/Engels 1845/46, 32). Šik wendet sich gegen die tief eingewurzelte sozialistische Vorstellung, »dass der Markt nur durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln hervorgerufen würde« (1973, 56). Diese Vorstellung sei »als Reflektion auf den spezifisch kapitalistischen Markt« entstanden (ebd.). Die Erfahrungen mit der sozialistischen Wirtschaft hätten aber gezeigt, »dass man spezifische historische Formen des Marktes von seinem allgemeineren, grundlegenden Wesen unterscheiden müsse und dass jenes auch innerhalb des sozialistischen Systems nicht beseitigt werden könne« (ebd.). Eine sozialistische Wirtschaft ist also in dem Sinne eine sozialistische Marktwirtschaft, wie die beiden Grundfunktionen des Marktes beibehalten werden. Eine »Kopplung« von Markt und Plan ist nicht nur möglich, sondern notwendig, »um die Konsumtionsstruktur und ihre makromäßige Ausrichtung planmäßig zu beeinflussen« (ebd.).

41). Der Markt sei nicht zu ersetzen, er »kann durch keine Planung adäquat ersetzt werden« (ebd. 31/32). Es geht vielmehr, meint Šik, um eine Planung, die den Markt ergänzt in den Sphären, in denen nicht er die gesellschaftlichen Bedürfnisse befriedigen kann, und »um eine Regulierung des Ausmaßes, des Wachstums und der gleichgewichtigen Entwicklung des Marktes selbst« (ebd. 32).

Ota Šik ist also durchaus für Plan und Planung! »Es gibt nicht nur die Möglichkeit«, schreibt Šik, »sondern immer mehr die Notwendigkeit, die Konsumstruktur und ihre makromäßige Ausrichtung planmäßig zu beeinflussen« (ebd. 41), und die »nichtproduktiv tätigen Menschen«, etwa Wissenschaftler, Künstler u.ä., werden »zu aktivsten Vertretern einer modernen Kopplung von Markt und Plan« (ebd.). Wie aber sieht diese »moderne Koppelung« aus? Plan und Markt sind Prinzipien antagonistischer Produktionsweisen, und sie können nicht widerspruchsfrei in einer – bürokratischen – Produktionsweise vereinigt werden. Doch ist in dieser – weder kapitalistischen noch sozialistischen, aber mit antagonistischen Widersprüchen behafteten Produktionsweise – der Plan kein sozialistischer Plan, kein von sich selbst verwaltenden Produzenten im Interesse und unter Kontrolle einer sich selbst verwaltenden Gesellschaft aufgestellter Plan. Es ist der Plan einer durch eine Parteibürokratie angeleiteten Staatsbürokratie. Wenn Šik daher schreibt, der Markt sei nicht zu ersetzen und könne durch keine Planung adäquat ersetzt werden, es gehe um eine Planung, die den Markt »ergänzen« müsse in Sphären, in denen der Markt die anstehenden Probleme nicht lösen könne, und um eine »Regulierung des Ausmaßes, des Wachstums und der gleichgewichtigen Entwicklung des Marktes selbst« (ebd. 31/32), dann bringt er nur den der bürokratischen Produktionsweise anhaftenden Widerspruch zwischen zwei antagonistischen Prinzipien zum Ausdruck, denn: »Natürlich bedeutet Planung nicht zentralistische, dirigistische Planung mit dem Ziel der Marktersetzung wie im offiziellen Staatsmonopolismus des Ostens.« (ebd. 32)

Was aber bedeutet dann Planung? Um unsere Differenz zu Ota Šik auf eine einfache Form zu bringen: Šik schließt aus der Tatsache, dass auch in einer sozialistischen Wirtschaft, die die Wirtschaft des »real existierenden« Sozialismus *nicht* ist, die zur Verfügung stehende gesellschaftliche Gesamtarbeit als Quanten, die durch die Arbeitszeit bemessen sind, sich verteilen muss, also auch in einer sozialistischen Wirtschaft das Wertgesetz mit seinen ökonomischen Kategorien herrscht. *Wir* meinen, dass durch die in jeder Produktionsweise und unter allen Produktionsverhältnissen notwendige Regelung der Produktion durch die »disponible Arbeitszeit« (Marx 1868, 12) nicht auch notwendig ihre Regelung in der *Form* des Wertge-

setzes folgt. Aus dem natürlichen, sozusagen »ewigen« Substrat der Wertbestimmung, aus ihrem suprahistorischen Substrat gewissermaßen, folgt nicht auch ein suprahistorischer Charakter des Wertformgesetzes. »Ökonomie der Zeit« ist und bleibt erstes ökonomisches Gesetz jeder gesellschaftlichen Produktion, nicht aber die Form des Wertgesetzes. Die Alternative, die Šik verneint, ist in der Tat eine »Regelung ... durch direkte bewusste Kontrolle der Gesellschaft über ihre Arbeitszeit« und sie ist »nur möglich bei Gemeineigentum« (ebd.). Da aber Staatseigentum kein Gemeineigentum ist, sondern eine extreme Form des Privateigentums – an die Stelle eines Gesamtkapitalisten trat die Bürokratie –, kann auch die Regelung der Produktion nicht durch die direkte bewusste Kontrolle der Gesellschaft geschehen, sondern nimmt die Form der Regelung durch das Wertgesetz an. Šik macht aus einer historischen Besonderheit eine historische Gesetzmäßigkeit und vergisst, dass ökonomische Gesetze immer nur geronnene gesellschaftliche Verhältnisse sind. Auch das grundlegende Gesetz jeder gesellschaftlichen Produktion, das Gesetz der Ökonomie der Zeit ist – seinem Wesen nach – ein gesellschaftliches Verhältnis, ein Verhältnis der Menschen in der materiellen Produktion, bei der Verteilung der disponiblen Arbeitszeit der Gesellschaft, »um eine ihren Gesamtbedürfnissen gemäße Produktion zu erzielen« (Marx 1857/58, 89). Dass dieses Verhältnis als »Wertgesetz« erscheint, ist notwendig, wenn Warenproduktion herrscht, nicht notwendig bei gemeinschaftlicher Produktion. Hier erscheint dieses Verhältnis nicht als im Wert verdinglicht und als den Menschen aufgezwungenes – entfremdetes – Gesetz, sondern als ein notwendiges, aber einsichtiges und durchsichtiges Verhältnis!

Warenproduktion, und das heißt Markt, ist unerlässlich im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, solange die ökonomischen Bedingungen noch nicht ausreichen, um die monetäre Motivation, die kapitalistischen Produktionsverhältnissen entspricht, durch eine neue Motivation zu ersetzen, weil neue – nicht mehr kapitalistische – Produktionsverhältnisse entstanden sind. Dass der Markt durch den Plan *ergänzt* wird, ist nicht typisch für diese Übergangsperiode, er wird schon im monopolistischen Kapitalismus durch den Plan *ergänzt*; typisch ist die Art des Planes, sein Wesen, wie er zustande kommt, wie er wirkt und kontrolliert wird. Es muss ein demokratischer Plan sein, der durch sich selbstverwaltende Organe aufgestellt, durchgeführt und kontrolliert wird. Nur so wird der Plan zugleich ein Instrument, um aus der Markt- eine Planwirtschaft zu machen. Es versteht sich – doch soll es noch einmal sehr nachdrücklich unterstrichen werden –, dass eine auf Selbstverwaltung beruhende Planung nur die Planung einer pluralistischen Selbstverwaltungsgesellschaft

sein kann, die nicht mehr auf einen nationalen Rahmen beschränkt ist. Der Sozialismus kennt keine Nationalitätenprobleme mehr, wenn er sich entfaltet hat, für ihn ist die Nation nur noch eine auf kultureller und historischer Tradition beruhende Gemeinschaft.

Um noch ein Wort zu den Auffassungen von Ota Šik zu sagen: Er geht in einem Interview, das er im Herbst 1973 einer Zeitschrift gab, davon aus, dass das »östliche Wirtschaftssystem«, solange es »in seinen Grundzügen beibehalten wird, ... nicht fähig (ist), in der qualitativen Entwicklung dem Westen gleichzukommen« (o.Q., 50). Doch ist dieses östliche Wirtschaftssystem eben *kein* sozialistisches Wirtschaftssystem, ja nicht einmal mehr das System einer Wirtschaft im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Šik weiß das natürlich. Im Falle der Sowjetunion müsse man »das Wort Sozialismus in Anführungszeichen setzen« (ebd. 52). Noch besser aber ist es, mit der um das Wort Sozialismus herrschenden Sprachverwirrung Schluss zu machen und zu erkennen, dass *erstens* der real existierende Sozialismus keine Ordnung ist, auf die das Wort Sozialismus angewendet werden kann, und dass *zweitens* nach der Oktoberrevolution aus einer Reihe historischer Ursachen und Bedingungen eine Ordnung entstanden ist, die den Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft noch nicht durchbrochen hat. Diese Ordnung zu überwinden, genügt es nicht, den Produzenten eine Kapitalmitbeteiligung zu geben. Sie kann nur durch eine wirkliche Produzentenselbstverwaltung überwunden werden!

Šik hat natürlich Recht, dass die Produzentenselbstverwaltung »nur eine abstrakte, leere ... Losung bleibt, solange eben nicht gezeigt« werde, mit welchem Mechanismus sie den bürokratischen Apparat ersetzen könne, »aber dabei zugleich eine gesellschaftlich notwendige Entwicklung der Produktion sichern« würde (1973, 128). Doch Šik zeigt den Weg selbst: »Nur eine reale Änderung der ökonomischen und politischen Stellung der Lohnempfänger, ihre Verwandlung in kollektive Eigentümer von Produktionsmitteln, ihre demokratisch gesicherte Beteiligung an den grundsätzlichen Entscheidungsfindungen auf wirtschaftlicher Mikro- als auch Makroebene und ihre dann wachsende Erkenntnis der Abhängigkeit des eigenen Lebens von der selbstverwalteten Entscheidungsfällung in der politischen wie auch wirtschaftlichen Sphäre könnten allmählich zu einer realen Änderung der Interessen arbeitender Menschen führen.« (ebd. 171)

Aber das ist die Assoziation freier Produzenten, die – auf der Grundlage einer Produzentenselbstverwaltung – sich selbst verwaltende Gesellschaft, die die Reformer des Prager Frühlings im Jahre 1968 leider vergaßen – oder zu spät als Alternative zum real existierenden Sozialismus des

sowjetischen »Grundmodells« mit seinen halbasiatischen, zaristischen, bürokratischen und militärischen Traditionen entdeckten.

Hier liegen die Meinungsverschiedenheiten zu Ota Šik. In der bürokratischen Produktionsweise, die Šik treffend kritisiert, existiert der Markt: deformiert im staatsmonopolistischen Kapitalismus, verschämt im staatsmonopolistischen Sozialismus! Wer in wessen Dienst steht – der Plan im Dienste des Marktes oder der Markt im Dienste des Planes –, das ist keine ökonomische relevante Frage mehr, sondern wird durch die Macht entschieden, die hinter den Interessen steht, die die staatliche Bürokratie vertritt. Aber sowenig der Markt in der einen Produktionsweise *noch*, so wenig kann der Plan in der anderen *schon* seine Vorzüge entfalten. Wie alle Zwitter ist die bürokratische Produktionsweise des Staatsmonopolismus eine Missgeburt.

Eine andere Frage ist, ob diese Missgeburt lebensfähig ist? Fest steht nur: eine demokratische oder sozialistische, was dasselbe ist, Regelung der Produktion durch die Gesellschaft kann sich nicht entwickeln, solange *erstens* eine sozialistische Wirtschaft noch national konstituiert ist und solange *zweitens* Staatseigentum noch durch Herrschaft einer Bürokratie eine Selbstverwaltung der Produzenten und der ganzen Gesellschaft verhindert. Daraus folgt, dass auch eine national begrenzte Selbstverwaltungsgesellschaft noch nicht existieren kann, aber auch, dass die Aufhebung der nationalen Begrenztheit von Übergangsgesellschaften – die Integration von Ländern eines staatlich etablierten Sozialismus – noch nicht zum Absterben des Staates und zum Verschwinden der Warenproduktion führen kann, wenn nicht auch die Ablösung des staatlichen Eigentums durch Gemeineigentum erfolgt.

Literatur

- Engels, F. (1877/78), Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (»Anti-Dühring«), in: K. Marx/F. Engels, Werke (MEW), Bd. 20, Berlin 1962
- Marx, K./Engels, F. (1845/46), Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, Berlin 1959
- Marx, K./Engels, F. (1848), Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, Berlin 1959
- Marx, K. (1857/58), Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Rohentwurf, Berlin 1953
- Marx, K. (1861/63), Theorien über den Mehrwert. Dritter Teil, in: MEW, Bd. 26.3, Berlin 1974
- Marx, K. (1868), Marx an Engels, Brief vom 8. Januar 1868, in: MEW, Bd. 32,

Berlin 1965

Marx, K. (1871a), Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: MEW, Bd. 17, Berlin 1968

Marx, K. (1871b), Erster Entwurf zum »Bürgerkrieg in Frankreich«, in: MEW, Bd. 17, Berlin 1968

Marx, K. (1875), Kritik des Gothaer Programms, in: MEW, Bd. 19, Berlin 1962

Šik, O. (1973), Argumente für den Dritten Weg, Hamburg.

Fritz Behrens

Exkurs: Zum Problem der Bürokratie

Die – nennen wir sie kurz: »sozialistische Bürokratie« – ist revolutionären Ursprungs, doch sind die revolutionären Ziele längst nur noch eine Schutzbehauptung einer reaktionär gewordenen Schicht zwecks Stabilisierung ihrer Herrschaft nach innen und Sicherung nach außen.

Die Ursache hierfür ist teils objektiver, teils subjektiver Art: objektiv, weil die erste siegreiche proletarische Revolution im Oktober 1917 isoliert geblieben ist, und zwar in einem Land, das ökonomisch und kulturell rückständig war; subjektiv, weil das Leninsche Organisationsprinzip der Partei zwar der im zaristischen Rußland fälligen bürgerlich-demokratischen Revolution entsprach, nicht aber der im industriell entwickelten Westen Europas reifen sozialistischen Revolution. Beides zusammen führt zu der von Stalin konzipierten, allerdings schon von Lenin – als Notstandsmaßnahme – erwogenen Theorie vom Aufbau des Sozialismus in einem Land (vgl. Lenin 1923, 462ff.).

Die Theorie vom Aufbau des Sozialismus in einem Lande ist eine Kernthese des Marxismus-Leninismus, der in Wahrheit Stalinismus ist. Die aus dieser These folgende gesellschaftliche Grundstruktur wird als ein Grundmodell des Sozialismus von der sowjetischen Bürokratie nicht nur propagiert, es ist nach 1945 den von der faschistischen Herrschaft befreiten und von der Sowjetarmee besetzten Ländern aufgezwungen worden.

Es ist wichtig, den widersprüchlichen Charakter der »sozialistischen« Bürokratie zu beachten, einerseits ihre Fixierung auf Sicherung ihrer nicht demokratisch legitimierten Privilegien gegen die Produzenten sowie ihre Orientierung auf die Aufrechterhaltung des status quo, andererseits kraft ihres Ursprungs und der Utopie einer neuen Gesellschaftsordnung – wenn auch nicht immer konsequente – Unterstützung revolutionärer Befreiungsbewegungen.

Diejenigen, die, wie die Maoisten, behaupten, in der Sowjetunion und den anderen osteuropäischen Ländern habe sich eine neue Bourgeoisie herausgebildet, sozial abgesichert und konsolidiert, wobei sich der Revisionismus in diesen Ländern in eine bourgeoise Ideologie verwandelt habe, begründen dies damit, es könne keine »klassenlose« Bürokratie geben! Die Frage sei, Diktatur des Proletariats, wenn auch bürokratisch friiert, oder Diktatur der Bourgeoisie, unter der Herrschaft des Revisionismus (vgl. Lindner 1973, 199). Aber sie verkennen den gesellschaftlichen

Charakter der Bürokratie, die ihre Privilegien nicht aus Eigentumstiteln an den Produktionsmitteln verdankt, sondern – wie Ernest Mandel m.E. völlig zu Recht sieht – ihrer Position im Staatsapparat. Geld ist nicht nur Macht, Macht ist auch Geld!

Die »sozialistische« Bürokratie ist noch keine Klasse. Sie kann es werden, wenn nicht der revolutionäre Sozialismus – nicht mehr nur national, sondern auch international – die Restauration verhindert. Eine bürokratisch frisierte Diktatur des Proletariats, eine proletarische Diktatur, die nicht auch zugleich eine proletarische Demokratie ist, führt nicht aus der Übergangsgesellschaft in die sozialistische, sondern in eine neue Art der Gesellschaft, die beides möglich macht: Restauration oder Revolution! Ob die innere Dynamik des im Staatsmonopolismus erstarrten staatlich etablierten Sozialismus, die sich aus der Lösung seiner Widersprüche, nicht aus ihrer administrativen Unterdrückung ergibt, eine progressive Entwicklung möglich macht, mag zweifelhaft sein, kann aber nicht ausgeschlossen werden, solange die Bürokratie durch die für sie notwendige Förderung der wissenschaftlich-technischen Revolution den Ast absägt, auf dem sie sitzt!

Eine Grundbedingung für den Sozialismus ist, dass er weder in einem national beschränkten Rahmen siegen, noch durch Herrschaft einer über andere Nationen vernichtet werden kann. Zur Theorie des Sozialismus in einem Lande gehört indes der Chauvinismus, den Lenin bereits im Dezember 1922 erkannte. In Aufzeichnungen »Zur Frage der Nationalitäten oder der ›Autonomisierung‹« bekannte Lenin sich »vor den Arbeitern Rußlands sehr schuldig«, weil er sich »nicht mit genügender Energie und Schärfe in die ominöse Frage der Autonomisierung eingemischt habe, die offiziell, glaube ich, als Frage der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken bezeichnet wird« (1922, 590). Die »Freiheit des Austritts aus der Union« stelle sich als »ein wertloser Fetzen Papier« heraus, der völlig ungeeignet ist, »die nicht-russischen Einwohner Rußlands vor der Invasion jenes echten Russen zu schützen, des großrussischen Chauvinisten, ja im Grunde Schurken und Gewalttäters, wie es der typische russische Bürokrat ist« (ebd. 591). Dieser »typische russische Bürokrat« aber war das Produkt der infolge des Ausbleibens der Revolution im Westen stecken gebliebenen, unvollendeten sozialistischen Revolution. Er beherrschte den »russischen Apparat«, den wir, wie Lenin in seinen Aufzeichnungen schrieb, »vom Zarismus übernommen und nur ganz leicht mit Sowjetöl gesalbt haben« (ebd. 590, 591). Die Bürokratie wurde von Stalin von kritischen, die Ziele der Revolution nicht nur verbal anerkennenden Kommunisten gesäubert und perfektioniert.

Die Maoisten teilen mit den Trotzlisten einen entscheidenden Irrtum: sie begreifen nicht, dass das Leninsche Organisationsprinzip des demokratischen Zentralismus, wie Rosa Luxemburg bereits in ihrer Kritik an Lenin nachwies, in Wahrheit als ein Prinzip bürgerlich-demokratischer Revolution und ihrer Parteien, als »Jakobinertum«, zum bürokratischen Zentralismus führt.

Demgegenüber proklamiert Rosa Luxemburg als Organisationsprinzip einer proletarisch-sozialistischen Revolution und ihrer Parteien den Selbstzentralismus der Massen, als selbständige und direkte Aktion der Massen. Nur durch Selbstzentralismus der Massen, in einem Räte-System von unten nach oben, ist sozialistische Demokratie zu verwirklichen, nicht mit dem notwendig um bürokratischen Zentralismus ausartenden demokratischen Zentralismus, der immer nur Formen repräsentativer, also bürgerlicher Demokratie verwirklichen kann. Darin liegt auch die Ursache, dass sie für Zentralismus schwärmen, ohne zu fragen, wer zentralisiert: ein Büro, das sich selbst ernannt hat oder ein von unten nach oben gewähltes Räteorgan, und darin liegt ihre Unfähigkeit, die Kritik vom Standpunkt einer Rosa Luxemburg aus, die nach Lenin bekanntlich »Vertreter eines unverfälschten Marxismus« war, am Stalinismus und Neo-Stalinismus zu begreifen.

Dieser Kritik geht es nicht um Liberalisierung – dies können nur Revisionisten und Reformisten fordern –, es geht dieser Kritik um Demokratisierung, und zwar um Demokratisierung der Basis und des Überbaus, um sozialistische Demokratisierung, die auf Selbstzentralismus der Massen beruht, und das ist Selbstverwaltung der Massen. Um das zu erreichen, um den bürokratischen Zentralismus ab- und einen Selbstzentralismus der Massen aufzubauen, ist unter gewissen Bedingungen, wie sie beispielsweise Mitte der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre in der DDR vorlagen, die Forderung nach mehr Selbständigkeit der Betriebe und nach Ausdehnung der Ware-Geld-Beziehungen als Kampfmaßnahme gegen die zentralistische Staatsmacht mit ihren administrativen Methoden notwendig und zweckmäßig. Ausgedehnte Ware-Geld-Beziehung »an sich« ist eine reaktionäre Forderung, als Grundlage einer erst zu errichtenden Produzentenselbstverwaltung, die wiederum Grundlage einer sich selbst verwaltenden Gesellschaft, einer Räte-demokratie, sein kann, ist sie progressiv.

Literatur

- Lenin, W.I. (1923), Über unsere Revolution, in: W.I. Lenin, Werke (LW), Bd. 33, Berlin 1962
- Lenin, W.I. (1922), Zur Frage der Nationalitäten oder der »Autonomisierung«, in: LW, Bd. 36, Berlin 1962
- Lindner, W. (1973), Klassenkampf in der Übergangsperiode, Frankfurt/M.

Fritz Behrens

Über sozialistische Moral und sozialistisches Recht

Der Sozialismus, als eine Gesellschaft des Übergangs zu der klassenlosen Gesellschaft des Kommunismus, ist wiederum bis jetzt noch Utopie geblieben. Was sich real existierender Sozialismus nennt, ist nicht einmal das Zerrbild eines Sozialismus, wie er in der Utopie lebt, sondern nur ein schlechtes Abbild der bürgerlichen Gesellschaft, mit ihren Merkmalen behaftet, ohne ihre Vorteile zu besitzen, ein schlecht nachgemachter Kapitalismus, wie Ernst Bloch in persönlichen Gesprächen zu sagen pflegte.

Um es bis zum Überdruß zu wiederholen: Sozialismus ist nicht ohne Demokratie, wie Demokratie nicht ohne Sozialismus möglich. Demokratie aber bedeutet Gleichheit und Freiheit. Somit ist auch Sozialismus – man schämt sich, es zu schreiben – nicht ohne Gleichheit und Freiheit denkbar. Und dass die Ideologen des real existierenden Sozialismus diesen beiden Begriffen einen Sinn beilegen, der dem in jedem Menschen lebendigen völlig widerspricht, beweist nur, dass die Situation dieser miesen Variante einer modernen Industriegesellschaft hoffnungslos verfahren ist.

Die Begriffe der Gleichheit und Freiheit sind als Normen menschlichen Verhaltens, als Resultate der instrumentalen Vernunft biologisch programmiert und Grundlage einer zwar existierenden, aber noch verhängnisvoll bedachten humanen Vernunft. Was sie sind, lässt sich am besten negativ definieren. Sie sind Negation der Ungleichheit und der Unfreiheit, somit der Ungerechtigkeit. Abgesehen von der biologisch bedingten Ungleichheit der Menschen nach Geschlecht, Alter und Anlagen sind Ungleichheit, Unfreiheit und Ungerechtigkeit klassenbedingt, beruhen auf der Ausbeutung und Unterdrückung. Gleichheit ist somit Beseitigung der klassenbedingten Privilegien und Freiheit ist Befreiung von Herrschaft. Die instrumentale Vernunft ermöglichte das Überleben der Gattung Mensch, aber sie schuf mit Wissenschaft und Technik Herrschaft und Ausbeutung und damit Ungleichheit und Unfreiheit. Wenn behauptet wird, Gleichheit und Freiheit seien unvereinbar, so trifft das für alle Klassengesellschaften zu, wo neben der biologisch begründeten Ungleichheit – nicht nur der zwischen den Geschlechtern, sondern auch der innerhalb der Geschlechter – Privilegien der Klassenunterschiede bestehen. Gleichheit aber, im ursprünglichen Sinne dieses Begriffs, ist das Recht jedes Individuums auf Ungleich-

heit, darauf, sich selbst zu verwirklichen. Dieses Recht auf Ungleichheit existiert aber in den Klassengesellschaften nur für die herrschenden Klassen, die vom Überschuss der materiellen Arbeit der beherrschten Klassen leben, für die es keine Selbstverwirklichung gibt.

Gleichheit als Recht auf Ungleichheit bedeutet auch Freiheit von allen Schranken, die diese Rechte beeinträchtigen. Freiheit ist das Recht, alles zu tun, was nicht das Recht eines anderen verletzt. Obgleich also biologisch die Individuen ungleich sind, so ist doch ihr Recht gleich, ihre Ungleichheit zu verwirklichen, sofern – und soweit – sie dadurch nicht das Recht anderer Individuen verletzen, ihre Ungleichheit zu verwirklichen.

Gleichheit und Freiheit sind angeboren, somit auch unveräußerliche Rechte des Menschen, und zwar individuelle Rechte, weil ohne Mutation und Selektion, ohne die Evolution des Menschen als Gattung, also der Gesellschaft in seiner Seele programmierte Rechte. Gleichheit als das Recht auf Ungleichheit und Freiheit als das Recht, diese Ungleichheit zu verwirklichen, ohne das Recht anderer zu verletzen.

Gerechtigkeit

Und diese Gerechtigkeit zu verwirklichen, ist allein Sinn und Zweck eines Gemeinwesens, das keinen Staat mehr kennt. Da das Recht an sich machtlos und nur immer wieder durch Gewalt bedroht ist, muss die Macht eines Gemeinwesens ohne Staat Gewalt verhindern.

In einem Gemeinwesen, das auf Gleichheit und Freiheit beruht, ist ein Staat, da niemand mehr eine Verletzung seiner Rechte zu befürchten hat, nur noch eine Organisation, die die notwendige Arbeit regelt und gegen Naturkatastrophen o.ä. sichern soll.

»Wer von der vorgefassten Meinung, dass der Begriff des Rechts ein positiver sein müsse, ausgeht und nun ihn zu definieren unternimmt, wird nicht damit zu Stande kommen: denn er will einen Schatten greifen, verfolgt ein Gespenst ... Der Begriff des Rechts ist nämlich, eben wie auch der der Freiheit, ein negativer: sein Inhalt ist eine bloße Negation. Der Begriff des Unrechts ist der positive und gleichbedeutend mit Verletzung im weitesten Sinne ... Hiernach sind denn die Menschenrechte leichter zu bestimmen: Jeder hat das Recht, alles das zu tun, wodurch er keinen verletzt.« (Schopenhauer 1979, 260) Gleichheit und Freiheit sind von sich aus, als angeborene individuelle Rechte des Menschen, allgemein menschliche, nicht klassengebundene Begriffe, so sehr sie auch in der Vergangenheit und bis in unsere Gegenwart klassengebundene Begriffe waren und

sind. Sie sind allerdings nur zu verwirklichen, wenn die Differenz zwischen möglicher und notwendiger Arbeit, das Mehrprodukt, nicht mehr durch eine ausbeutende Klasse angeeignet, sondern von seinen Produzenten selbst – frei – verwendet wird. Wie der Überschuss des Intellekts über die Notwendigkeit instrumentaler Vernunft humane Vernunft wird, so muss der Überschuss über die notwendige Arbeit endlich für die Verwirklichung dieser humanen Vernunft verwendet werden. Schopenhauer sagte es sehr klar. Armut und Sklaverei seien nur zwei Formen, zwei Namen »derselben Sache, deren Wesen darin besteht, dass die Kräfte eines Menschen größtenteils nicht für ihn selbst, sondern für andere verwendet werden; woraus für ihn teils Überladung mit Arbeit, teils kärgliche Befriedigung seiner Bedürfnisse hervorgeht«. Die Natur habe, meint Schopenhauer, dem Menschen nur so viel Kräfte gegeben, dass er unter mäßiger Anstrengung derselben seinen Unterhalt der Erde abgewinnen könne: »großen Überschuss von Kräften hat er nicht erhalten«. Nähme man nun die gemeinsame Last der physischen Erhaltung des Daseins des Menschengeschlechts einem nicht ganz unbeträchtlichen Teil desselben ab, so werde dadurch der übrige Teil übermäßig belastet. Somit entspringe jenes Übel, welches »unter dem Namen der Sklaverei oder unter dem des Proletariats jederzeit auf der großen Mehrzahl des Menschengeschlechts gelastet hat«. Die entferntere Ursache diesen Übels sei der Luxus. »Damit nämlich einige wenige das Entbehrliche, Überflüssige und Raffinierte haben, ja erkünstelte Bedürfnisse befriedigen können, muss auf dergleichen ein großes Maß der vorhandenen Menschenkräfte verwendet und daher den Notwendigen, der Hervorbringung des Unentbehrlichen, entzogen werden.« Ein großer Teil der Kräfte des Menschengeschlechts wird der Hervorbringung des allen Notwendigen entzogen, um das ganz Überflüssige und Entbehrliche für wenige zu schaffen. »Solange daher auf der einen Seite der Luxus besteht, muss notwendig auf der anderen übermäßige Arbeit und schlechtes Leben bestehen; sei es unter dem Namen der Armut oder dem der Sklaverei ... Zwischen beiden ist der Fundamentalunterschied, dass Sklaven ihren Ursprung der Gewalt, Arme der List zuzuschreiben haben.« (ebd. 265/266)

Schopenhauer sieht den Ausweg darin, dass das »Maschinenwesen« weitere Fortschritte machte. Dann könne es dahin kommen, »dass die Anstrengung der Menschenkräfte beinahe ganz erspart wird ... Dann freilich ließe sich an eine gewisse Allgemeinheit der Geisteskultur des Menschengeschlechts denken, welche hingegen solange unmöglich ist, als einem großen Teil desselben schwere körperliche Arbeit obliegen muss.« Damit könnten auch Kriege im großen und Raufereien und Duelle im kleinen

»ganz aus der Welt kommen«. Doch sei es nicht sein Zweck, schließt Schopenhauer seine Betrachtungen, »eine Utopia zu schreiben« (ebd. 267).

Alle bisherigen Revolutionen – von der neolithischen Revolution, die das Matriarchat zerstörte und durch das Patriarchat ersetzte, über die bürgerliche Revolution, die die feudale durch die kapitalistische Gesellschaft ersetzte, bis zur sogenannten proletarischen Revolution, die eine neue Variante der bürgerlichen Gesellschaft schuf, ersetzten eine Herrschaft durch eine andere. Indem sie eine alte Form der Herrschaft aufhoben, hoben sie die Herrschaft in einer neuen Form auf. Daher sind auch Gleichheit und Freiheit bisher nur negativ zu definieren. Die Begriffe der Ungleichheit und Unfreiheit, die des Unrechts also, sind die positiven Begriffe, denn Gleichheit ist Befreiung von klassenbedingter Ungleichheit, Ausbeutung und Freiheit Befreiung von klassenbedingter Unfreiheit. Unrecht ist Verletzung des Rechts des Individuums auf Gleichheit und Freiheit. Die Revolution, die Gleichheit und Freiheit herstellt als das Recht auf Ungleichheit und Unverletzlichkeit des Rechts auf individuelle Freiheit, soweit sie andere individuelle Freiheit nicht verletzt, steht noch aus. Aus diesem Grund ist Utopia aktuell – sehr aktuell sogar!

Zwei Grundsätze sind es, die einer sozialistischen Moral zu Grunde liegen, beide auf dem Mitleid und ihrem Gegenpol, dem Neid, fußend: die Fabel von der Erbsünde und der Unmöglichkeit, sich ein Bild von Gott als dem Absoluten, dem absolut Guten zu machen. Jeder Augenblick des Glücks ist durch das Leiden anderer, Treue und Menschen erkaufte und unsere Kultur ist als Resultat einer mit Leid gezeichneten Vergangenheit erkaufte. Aber wir können auch nur die Übel, nicht jedoch das absolut Richtige bezeichnen.

Literatur

Schopenhauer, A. (1979), *Parerga und Paralipomena*. Kleine philosophische Schriften, Teil 2, in: A. Schopenhauer, *Sämtliche Werke*, herausgegeben von W. v. Löhneysen, Bd. 5, Leipzig

Fritz Behrens

Antworten auf Interviewfragen im Frühjahr 1980

Wie stehen Sie heute zu Ihrer seinerzeit heftig umstrittenen – oder heftig kritisierten Schrift zur »Ökonomischen Theorie und ökonomischen Politik in der Übergangsperiode« sowie zu Ihrer Schrift »Ware, Wert und Wertgesetz« und welches ist das Verhältnis beider Arbeiten zueinander?

Ich halte nicht nur die Grundgedanken der von Ihnen zuerst genannten Schrift nach wie vor für richtig, sondern sie sind auch ohne die seitherigen Erfahrungen bestätigt. Staatliches Produktionsmitteleigentum und die sich daraus ergebende Position der Wirtschaftsfunktionäre als staatliche Funktionäre, d.h. nicht als aktiv agierende Ökonomen, hemmt die ökonomische Effektivität, weil die Entscheidungsbefugnisse eingeschränkt sind und die Initiative der Werktätigen – Arbeiter und Angestellte – gehemmt wird. Die Wirtschaftsfunktionäre sind an einen Plan gebunden, der staatliches Gesetz ist, und die Werktätigen können nur vermittelt Einfluss auf die Aufstellung des staatlichen Planes nehmen, werden nur motiviert, ihn durch Wettbewerbe zu überbieten. Das führt zu der allgemein bekannten und immer wieder kritisierten Starrheit und Unelastizität der Wirtschaft, die – wie es einmal ein Soziologe formulierte – als »organisierte Verantwortungslosigkeit« erscheint. Statt sich mit den systemimmanenten Ursachen der Uneffektivität der Wirtschaft zu beschäftigen, suchen die Ökonomen, die sich mit theoretischen Fragen befassen, nach objektiven Gesetzen und periodisieren die Entwicklung immer wieder neu, ohne zu begreifen, dass die kontinuierliche Diskontinuität der ökonomischen Entwicklung fast ausschließlich subjektive Ursachen hat.

Nach meiner Auffassung gibt es weder ein objektives Gesetz der planmäßigen, noch der proportionalen Entwicklung der Wirtschaft, denn objektive Gesetze wirken unabhängig vom Willen der Menschen und setzen sich auch gegen ihren Willen durch. Infolgedessen ist es widersinnig, die genannten Gesetze als »objektiv« zu bezeichnen. Durch das staatliche Produktionsmitteleigentum wird die wichtigste schöpferische Kraft der werktätigen Klassen, ihre Spontaneität, gehemmt und anschließend erstickt, so dass an ihre Stelle Resignation, Korruption und Schlamperie tritt.

Bei Marx ist in seinem »Ersten Entwurf zum »Bürgerkrieg in Frankreich« vom »spontane(n) Wirken der Gesetze der gesellschaftlichen Ökonomie der freien und assoziierten Arbeit« die Rede (Marx 1871, 546). Um die Effektivität der Wirtschaften des real existierenden Sozialismus auf

das Niveau der fortgeschrittenen westlichen Industrieländer zu bringen, würde ich das Staatseigentum in Gemeineigentum umwandeln (von dem Marx spricht) und es von den Werktätigen selbst verwalten lassen. Ich halte die Selbstverwaltung der Werktätigen in einem Land wie z.B. die DDR, mit ihrer relativ hoch – wenn auch sehr ungleichmäßig – entwickelten Technik und ihrer fleißigen und intelligenten Arbeiterklasse für die einzig richtige Lösung. Natürlich kann man nicht, ohne Schaden anzurichten, über Nacht vom staatlichen zum Gemeineigentum übergehen. Daher schlug ich früher ein delegiertes Gruppeneigentum vor. Diesen Terminus halte ich heute für falsch. Ich würde als ersten Schritt an die Betriebe delegiertes Staatseigentum vorschlagen und auf dieser Grundlage allmählich – im Zusammenhang mit anderen ökonomischen und politischen Maßnahmen – eine echte Selbstverwaltung aufbauen. Was das Verhältnis der zweiten von Ihnen genannten Schrift zur erstgenannten betrifft, so bitte ich Sie zu beachten, was fast immer übersehen worden ist, dass sich vor dem Inhaltsverzeichnis folgender Vermerk befindet:

Manuskriptabschluss: 25. September 1958

1. Überarbeitung: Mai 1959

2. Überarbeitung: August 1960.

Erschienen ist die Schrift im Herbst 1961. Dazwischen lagen Diskussionen, die mich veranlassten, um die Arbeit erscheinen zu lassen, Veränderungen vorzunehmen. Um nur einen Punkt zu nennen, um den es in der Diskussion geht: Ich vertrat – und vertrete auch heute noch – die Auffassung, dass die Arbeit, solange staatliches Produktionsmitteleigentum herrscht, nur mittelbar gesellschaftlichen und keinen unmittelbaren gesellschaftlichen Charakter hat, was – im Klartext – bedeutet, dass sie noch entfremdete Arbeit ist und ihren Entfremdungscharakter erst verlieren kann bei Selbstverwaltung der Produzenten auf der Grundlage von Gemeineigentum frei assoziierter Produzenten.

Bedeutet das nicht, wenn Sie diese Zwischenfrage gestatten, dass die Arbeit bei staatlichem Eigentum an den Produktionsmitteln noch Lohnarbeit ist und das Mehrprodukt Mehrwert?

Ich möchte auf diese Frage hier nicht eingehen, da, um sie zu beantworten, längere theoretische Erörterungen notwendig sind. Doch will ich dazu sagen, dass ich als Grundgesetz jeder Warenproduktion das Wertgesetz halte, das in der Tat ja ein objektives, d.h. vom Willen der Menschen unabhängig wirkendes Gesetz ist und eine Erscheinungsform des Gesetzes der Ökonomie der Zeit ist, das solange wirkt, wie Menschen wirtschaften, und solange wirken wird, wie sie wirtschaften.

Deshalb halte ich die Diskussion zwischen den Ökonomen des real existierenden Sozialismus über ein Grundgesetz der sozialistischen Ökonomie, über die Ziele und Hierarchie in den wirkenden Gesetzen für höchst überflüssig und unfruchtbar, weil sie von der Grundfrage ablenkt, warum die Effektivität der Wirtschaft – vorsichtig ausgedrückt – immer noch hinter der Effektivität der Wirtschaft westlicher Industrieländer zurückbleibt. Ich würde es vorziehen, Produktivitätsvergleiche ohne Scheuklappen durchzuführen und entsprechende Schlussfolgerungen daraus zu ziehen.

Sie haben sich schon sehr frühzeitig, noch unter dem Nationalsozialismus, mit Fragen der Messung der Arbeitsproduktivität befasst. Warum haben Sie diese Arbeiten nicht fortgesetzt und sich statt dessen mit der Geschichte der politischen Ökonomie beschäftigt, über die Sie ein vierbändiges Werk veröffentlicht haben?

Ich habe mich in der Tat schon sehr früh mit den statistischen Problemen der Arbeitsproduktivität befasst, einmal, weil ich in der Nazizeit nicht als Ökonom, sondern nur als Statistiker arbeiten konnte, und zweitens, weil ich die Arbeitsproduktivität mit ihren quantitativen und qualitativen Aspekten für eine der wichtigsten ökonomischen Kategorien überhaupt halte. Ich habe die Ergebnisse meiner Arbeiten während der Nazizeit in meiner Habilitationsschrift publiziert, die unter dem Titel »Alte und neue Probleme der Politischen Ökonomie« im Jahre 1948 im Dietz Verlag, Berlin, erschienen ist. Leider sind meine weiteren Arbeiten auf dem Gebiet der Messung der Arbeitsproduktivität dann später nicht nur auf wenig Interesse, sondern sogar auf mitunter heftigen Widerstand gestoßen. Über die Ursachen hierfür hier zu sprechen, halte ich nicht für angebracht.

Ich habe mich nie nur als Statistiker gefühlt, obwohl ich keinen politischen Ökonomen ernst nehmen kann, der nicht auch als Statistiker arbeitet. Aber das gilt auch für die Geschichte der politischen Ökonomie. Es ist erschreckend, wie niedrig das Niveau vieler sozialistischer Ökonomen hinsichtlich der Kenntnisse der Geschichte ihrer Wissenschaft ist. Das liegt vor allem daran, dass sie wichtige Werke – das gilt sogar für marxistische Werke – nur aus Auszügen und Zitaten kennen und unfähig sind für eine immanente Kritik eines nichtmarxistischen Theoretikers, weil sie eine sogenannte »transzendente« Kritik für ausreichend halten. Allerdings gibt es hier in letzter Zeit überzeugende Ausnahmen, auch unter Ökonomen der DDR.

Was meinen »Grundriss der Geschichte der politischen Ökonomie« betrifft, so bin ich selbst sehr unzufrieden damit, weil mir aus hier nicht dar-

zulegenden Gründen besonders neuere Literatur fehlte und fehlt. Als Angelpunkt meines »Grundrisses« betrachte ich die im Band II enthaltenen Kapitel 2.4 (»Vom bürgerlichen Humanismus zum Kommunismus«) und Kapitel 3.7 (»Die geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation und der Sozialismusbegriff bei Marx und Engels«).

Ist nach Ihrer Meinung die Wirtschaft des real existierenden Sozialismus eine Befehlswirtschaft?

Nein, das ist sie nicht, auch wenn sie äußerlich manchmal Merkmale einer Befehlswirtschaft aufzuweisen hat, allerdings in der Vergangenheit, als sie noch eine ausgesprochene Mangelwirtschaft war, stärker ausgeprägt als jetzt. Sie ist eine Wirtschaft, die, wie jede Warenproduktion, durch objektive Gesetzmäßigkeiten charakterisiert ist, die sich gegen jede staatliche Willkür durchsetzen, z.B. in Preisdisproportionen inflationärer Art, wie auch auf »schwarzen« Märkten und Knappheitseroberungen, die dann ohne das berüchtigte Vitamin B (Beziehungen) auszugleichen sind.

Halten Sie Wachstum politisch für falsch?

Nein, nur Wachstumspolitik schlechthin halte ich für falsch. Ich habe einmal in einem Akademievortrag vorgeschlagen, an Stelle des Wachstumseffekts den Wohlstandseffekt zu setzen. Aber auch Wohlstand schlechthin zu verlangen, ist genau so falsch wie Wachstum schlechthin. Es geht jetzt nicht nur darum besser, sondern auch anders zu leben.

Sie haben von einigen erforderlichen ökonomischen und politischen Maßnahmen gesprochen. Können Sie hierüber etwas mehr sagen?

Nein, denn das würde bedeuten, ein ganzes wirtschaftspolitisches Programm zu entwerfen, wozu ich weder befugt bin, noch mich dessen für fähig halte: Ich kann nur darauf antworten, dass aus der Tatsache, dass im real existierenden Sozialismus Warenproduktion besteht, ob man sie nun als sozialistisch bezeichnet oder nicht, sich zwingende Folgerungen ergeben, und die beispielsweise in Ungarn auch bereits zu einem Teil akzeptiert worden sind. Warenproduktion heißt Marktwirtschaft, auch wenn Markt und Märkte in einen Plan oder in Pläne eingehen, was ja auch in den Wirtschaften der westlichen Industrieländer der Fall ist. Ich würde auch nicht von einer »sozialistischen« Marktwirtschaft sprechen, auch nicht von einer »sozialistischen« Warenproduktion, denn beides, Warenproduktion und Markt sind elementare ökonomische Kategorien einer jedoch auf gesellschaftlicher und individueller Teilung der Arbeit beruhenden Wirtschaft, so dass man sie nicht noch durch ein Adjektiv zu prä-

zisieren braucht, das etwas über ihre gesellschaftliche Eingebundenheit aussagen soll. Worauf es in einer Wirtschaft ankommt, was ihren wirklichen Charakter ausmacht, ist die Richtung der Produktion, die nicht allein durch den Markt und die notwendige Rentabilität der Betriebe bestimmt wird, sondern durch ... (im handschriftlichen Manuskript von Fritz Behrens sind die dann folgenden Worte leider nicht identifizierbar – G.K./D.J.). Ich halte die verflossene Politik des »Einholens« und »Überholens« für falsch und schädlich, weil die »sozialistische« Auto- und Konsumgesellschaft sich nicht mehr prinzipiell, sondern nur noch graduell von der kapitalistischen Gesellschaft in der BRD unterscheidet. Die Landschaft in der DDR ist ebenso zersiedelt wie die in der BRD und ihre Umweltprobleme, was Verschmutzung und Vernichtung natürlicher Ressourcen betrifft, sind genauso brennend. Es wird zwar von Philosophen und Soziologen sehr viel von der »Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten« gesprochen und geschrieben, aber da ihre Entwicklung auch von der Umwelt abhängt, muss man diese erst einmal schaffen. Die Betonwelt scheint mir dafür nicht geeignet zu sein.

Was verstehen Sie unter politischen Maßnahmen?

Dazu will ich nur sagen, dass eine Produzentenselbstverwaltung, wie ich sie mir vorstelle, unvereinbar ist mit einer nur veröffentlichten Meinung, sondern eine öffentliche Meinung erfordert. Doch bin ich auch hier nicht befugt, noch fühle ich mich befähigt und informiert genug, um programmatische Erklärungen abzugeben. Wenn Sie mit Ihrer Frage auf die von mir früher geäußerte Formulierung vom »Absterben des Staates« anspielen, so habe ich auch in dieser Frage nichts zurückzunehmen, da es sich unbestritten um eine marxistische These handelt. Ich würde heute sagen, dass es schon ein großer Fortschritt wäre, zunächst die Verbürokratisierung in Wirtschaft und Staat zu stoppen und dann einzuschränken.

Halten Sie eine klassenlose Gesellschaft für möglich?

Was ich hierüber denke, habe ich in den apostrophierten Abschnitten meines »Grundrisses der Geschichte der politischen Ökonomie« geschrieben. Es wäre nur hinzuzufügen: eine klassenlose Gesellschaft »ja«, aber keine herrschaftsfreie. Da es, soweit man es heute sagen kann, nie eine völlige Übereinstimmung zwischen den individuellen und gesellschaftlichen Interessen geben kann, wird es immer auch einen gesellschaftlichen Zwang geben müssen, um eine Übereinstimmung herbeizuführen, die im Interesse der Gesellschaft liegt. Das Individuum ist ein endliches Wesen mit einer variablen Bedarfsstruktur und wird es auch bleiben. Die Gesellschaft äh-

nelt der Gattung mit relativ konstanten Bedarfsstrukturen mit Anspruch auf – wenn auch nicht Ewigkeit, so doch – Dauer.

Dieser notwendige Zwang muss aber von demokratisch zustandegewonnenen Institutionen ausgehen, die – so scheint mir – so weit wie möglich unmittelbar demokratisch oder – wie man heute sagt – basisdemokratisch sein müssen. Das ergibt sich eigentlich selbstverständlich aus einer Wirtschaft, die auf Produzentenselbstverwaltung beruht. Nehmen wir nur als Beispiel die Beschränkung des Bevölkerungszuwachses ohne eine Geburtenkontrolle, die wohl nie ohne – mindest moralisch-politischen – Zwang verwirklicht werden kann.

Was halten Sie von einer friedlichen Koexistenz?

Ich denke, dass ohne sie die Überlebenschance der Menschheit sehr gering ist. Doch ich glaube auch, dass eine friedliche Koexistenz sich nicht auf die ökonomische und politische Koexistenz beschränken darf, sondern auch die ideologische Koexistenz, die ja nicht ohne wechselseitige Kritik sein muss, mit umfassen muss. Zu Demokratie – und Sozialismus ist nicht ohne Demokratie, wie diese nicht ohne Sozialismus denkbar – gehört Toleranz, und zwar wirkliche, nicht repressive Toleranz durch gesellschaftliche Institutionen, wie Kirche oder Parteien.

Sie sagen, zwischen den individuellen und gesellschaftlichen Interessen werde es nie – auch in einer klassenlosen Gesellschaft nicht – eine prinzipielle Übereinstimmung geben? Widerspricht das nicht der marxistischen Auffassung vom Wesen des Menschen?

Keineswegs! In seinen »Thesen über Feuerbach« definierte Marx das Wesen des Menschen als ein »Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse«.

Das ist nicht richtig. Richtig ist, dass dieses Wesen sich individualisiert, in Individuen vergegenständlicht ist, die sich in biologischer Hinsicht nach Geschlecht und Alter unterscheiden und weiter unterscheiden nach Rasse, Tradition, Nation usw. Aus diesen Unterschieden, die teils unwesentlich sind und auch allmählich überwunden werden können, teils aber auch wesentlich sind, wie der Unterschied nach Geschlecht und Generation, ergeben sich all ihre Bedürfnisse und Interessen, die ausgeglichen oder überwunden werden müssen.

Literatur

Marx, K. (1871), Erster Entwurf zum »Bürgerkrieg in Frankreich«, in: K. Marx/ F. Engels, Werke (MEW). Bd. 17, Berlin 1962

Wiederabgedruckte Texte

Fritz Behrens

Über eine sich selbst verwaltende Gesellschaft

Sozialismus ist nicht ohne Wohlstand, wohl aber ohne Überfluss zu verwirklichen. Der Urkommunismus war für eine naturwüchsige, sich aus dem Tierreich gerade herauslösende Menschheit gewiss kein Paradies, er war permanenter Notstand im Kampf mit einer übermächtigen Natur. Auch der Kommunismus der Zukunft, soll er je wirklich werden, wird kein Paradies sein, wenn er die Freiheit der Individuen auf Kosten ihrer Gleichheit oder ihre Gleichheit auf Kosten ihrer individuellen Freiheit beschränken muss, wenn das Überleben der menschlichen Gattung Anpassung erfordert, soll sie nicht, wie die Saurier, als unangepasst untergehen. Wir wissen heute, dass die Menschen eine Bevölkerungspolitik haben müssen, um nur eines der dringendsten Probleme zu nennen, die auf ökonomischem oder politischem Zwang beruhen muss, um entweder die Individuen durch psychische Manipulation zu veranlassen, sich ihrer Fortpflanzung zu enthalten, oder sie muss keimendes Leben vernichten. Das ist eine Einschränkung der individuellen Freiheit im gesamtgesellschaftlichen Interesse, auch wenn die Individuen sie um ihrer Wohlfahrt willen akzeptieren, und eine Einschränkung oder Gleichheit, weil sie die Selbstverwirklichung der Individuen begrenzt und beschränkt. In einem Brief an Karl Kautsky aus dem Jahre 1881 schrieb Engels, er halte die Überbevölkerung noch für eine »abstrakte Möglichkeit«, und er denke nicht daran, den Kathedersozialisten zu helfen, das Rätsel zu lösen, »wie wir eine etwa hereinbrechende Überbevölkerung und die daraus drohende Gefahr des Zusammenbruchs der neuen Gesellschaftsordnung vermeiden können«. Diese »abstrakte Möglichkeit« sei ja da, meinte er, »dass die Menschenzahl so groß wird, dass ihrer Vermehrung Schranken gesetzt werden müssen«. Doch ebenso, wie die kommunistische Gesellschaft die Produktion von Dingen regelt, könne sie auch die von Menschen regeln, meinte Engels und fügte hinzu, es sei Sache jener Leute, »ob, wann und wie und welche Mittel sie dazu anwenden wollen«. Er halte sich nicht berufen, »ihnen darüber Vorschläge und Ratschläge zu machen« (Engels 1881, 150f.).

Inzwischen wurde aus der »nur« abstrakten eine sehr konkrete, leider nicht nur Möglichkeit, sondern Notwendigkeit, und eine kommunistische Gesellschaft wird nicht nur die materielle Produktion, sondern auch die von Menschen regeln müssen! Ist mit dieser Perspektive für den Kommu-

nismus nicht auch der Sozialismus fragwürdig geworden? Engels meinte in einem Brief an Laura Lafargue vom 2.10.1886, es würde vielleicht noch 100 Jahre dauern, bis der Kommunismus verwirklicht werden könne (Engels 1886, 540). Heute müssen wir die Frage stellen, ob der Gedanke des Sozialismus, wie er als Humanisierung der menschlichen Gesellschaft lebt, überhaupt zu verwirklichen ist, ob nicht das, was sich real existierender Sozialismus nennt, schon das ist, was möglich war?

Marx gab die wohl knappste Formulierung seines Begriffes vom Sozialismus in seinem Brief vom 9.3.1854 an das Arbeiterparlament: »Die Menschen erobern.« (Marx 1854, 125) Doch die eroberte Natur stirbt in zwischen, wenn sie die Arbeiterklasse nicht in letzter Stunde rettet, und was die Menschen betrifft – sie sind noch nicht erobert, trotz des die eigene Enttäuschung übertönenden Siegesgeschreis der Ideologen des real existierenden Sozialismus.

Die Arbeiterklasse, die nach Überzeugung des Marxismus Vollstrecker einer historischen Mission ist, muss, soll sie diese erfüllen, gesellschaftliche Verhältnisse schaffen, in denen die Resultate menschlicher Handlungen sich nicht mehr gegen die Menschen selbst richten können. Die Aufhebung der Entfremdung und der »alten« Arbeitsteilung ist der Inhalt dieser historischen Mission der Arbeiterklasse, Aufhebung aller gesellschaftlichen Schranken der freien Entwicklung der schöpferischen Kräfte des Menschen ist der Inhalt der neuen Gesellschaft, die Marx wollte, nicht die Beschränkung dieser Kräfte durch einen wie auch immer gearteten Despotismus.

Marx polemisierte gelegentlich seiner Kritik an Malthus gegen Sismondi, der sich gegen Ricardo wandte, weil dieser eine Produktion um der Produktion willen verteidigte. Für Ricardo habe dies, so Marx, nichts anderes bedeutet als die Entwicklung der menschlichen Produktivkräfte. Stelle man, wie Sismondi es tat, das Wohl der einzelnen diesem Zweck gegenüber, so behaupte man, die Entwicklung der Gattung müsse aufgehalten werden, um das Wohl des einzelnen zu sichern, »dass also z. B. kein Krieg geführt werden dürfe, worin einzelne jedenfalls kaputtgehn«. Das könnte ein Schopenhauer geschrieben haben! (Marx fügt noch – in Parenthese – hinzu: »Sismondi hat nur recht gegen die Ökonomen, die diesen Gegensatz *vertuschen*, leugnen.«) Doch nicht nur das – Marx schreibt weiter, was jeden Erzreaktionär begeistern kann: »Dass diese Entwicklung der Fähigkeiten der Gattung *Mensch*, obgleich sie sich zunächst auf Kosten der Mehrzahl der Menschenindividuen und ganzer Menschenklassen macht, schließlich diesen Antagonismus durchbricht und zusammenfällt mit der Entwicklung des einzelnen Individuums, dass also die höhere Ent-

wicklung der Individualität nur durch einen historischen Prozess erkaufte wird, worin die Individuen geopfert werden, wird nicht verstanden, abgesehen von der Unfruchtbarkeit solcher erbaulichen Betrachtungen, da die Vorteile der Gattung im Menschenreich wie im Tier- und Pflanzenreich sich stets durchsetzen auf Kosten der Vorteile von Individuen, weil diese Gattungsvorteile zusammenfallen mit den *Vorteilen besonderer Individuen*, die zugleich die Kraft dieser Bevorzugten bilden.« (Marx 1861/63, 111)

Der einzelne wird geopfert – und muss sich opfern, wenn er diese Struktur verinnerlicht – für das Ganze, für das Vaterland, für die Klasse, für die Partei – wofür auch immer: für die »besonderen Individuen«, für die »Bevorzugten«! Überall müsse ein Wille der leitende sein, schrieb Schopenhauer, und nur »müßige Hände geben thätige Köpfe«. Und: »...ein großer Theil der Kräfte des Menschengeschlechts wird der Hervorbringung des Allen Notwendigen entzogen, um das ganz Überflüssige und Entbehrliche für Wenige herbeizuschaffen. So lange daher auf der einen Seite der Luxus besteht, muss nothwendig auf der andern übermäßige Arbeit und schlechtes Leben bestehn...« Schließlich: »Die Weisheit der Schriftgelehrten wird in Mußestunden erworben, und wer frei ist von schwerer Arbeit, kann Weisheit erlangen.« (Schopenhauer 1979, 265/6)

Natürlich – überflüssig, das besonders zu betonen –: Marx sah in diesem Antagonismus zwischen Individuum und Gattung den Antagonismus zwischen den »allgemeinen« und den »besonderen« Individuen, zwischen Unterdrückten und Herrschenden, zwischen Ausgebeuteten und ihren Ausbeutern, eine vorübergehende Epoche in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft, also der Gattung Mensch. Doch das sah auch Schopenhauer, der meinte, wenn das »Maschinenwesen« seine Fortschritte noch einige Zeit weiterführe, dann könnte es dahin kommen, »dass die Anstrengung der Menschenkräfte beinahe ganz erspart« werde und sich eine »gewisse Allgemeinheit der Geisteskultur des Menschengeschlechts denken« ließe.

Auch der Böswillige kann Marx nicht unterstellen, dass er den Antagonismus zwischen Individuum und Gattung guthieß, aber er sah ihn für ein Durchgangsstadium als notwendig an, was natürlich auch vernünftig ist. Und Karl Marx sah auch diesen Antagonismus nicht in der Natur des Menschen begründet, nicht als naturnotwendig an, denn das Wesen des Menschen war für ihn ein Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse. Weil dieses Ensemble – und solange es so ist – antagonistisch, ist es auch das Wesen des Menschen. Wenn aber dieser Antagonismus des Ensembles gesellschaftlicher Verhältnisse verinnerlicht wird – die Seele des Menschen ist seine verinnerlichte Außenwelt! –, wie soll – und kann – dieses Ensemble

verändert, sein immanenter Antagonismus beseitigt werden? Durch die umwälzende Praxis des Menschen selbst, wenn diese Praxis nicht selbst wieder den Antagonismus zwischen Teil und Ganzem reproduziert!

Marx war ein Sohn seiner Zeit, ein Bewunderer Darwins und fragte nicht, ob das, was ist, weil es Notwendend war, nicht auch anders hätte sein können. Er war Pragmatiker und hielt nichts von »solchen erbaulichen Betrachtungen«. Marx lehnte jede Utopie ab, obwohl er in seiner Arbeit über die Pariser Kommune ausdrücklich hervorhob, dass seine Internationale sich zu den Gedanken der Utopisten bekannte. Und daher blieb Marx in einem Utopist: Er glaubte an eine mögliche Identität zwischen individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnissen, an die Möglichkeit einer prinzipiellen Identität von individuellen und gesellschaftlichen Interessen – wenn die gesellschaftlichen Ursachen für ihren Antagonismus beseitigt sein werden. Marx sah im Menschen nicht das Individuum – ein endliches Wesen mit variabler Bedürfnisstruktur –, sondern die Gattung.

Marx ging davon aus, dass die bürgerliche Gesellschaft dem Bilde des Liberalismus vom Menschen völlig entsprach, aber dies widerspricht dem Wesen des Menschen als »Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse«. Der Mensch ist seinem Wesen nach ein *zoon politikon*. Die Gesellschaft existiert nicht aufgrund negativer Interessenbindung, sondern die gesellschaftlichen Bindungen kommen dank spontaner Identifikation jedes einzelnen Individuums mit dem gesellschaftlichen Ganzen zustande, so dass eine konfliktlose Gesellschaft möglich ist, die keiner Gesetze als eines Zwangs- und Kontrollsystems bedarf.

Für Marx ist die individuelle Freiheit eine positive Freiheit, die ihren Grund im Wesen des Menschen als eines Ensembles gesellschaftlicher Verhältnisse hat. Er lehnt den Begriff einer durch einen Gesellschaftsvertrag zustande gekommenen negativen Freiheit ab, die nur ein Ausdruck der Entfremdung ist, die durch das Privateigentum und die Arbeitsteilung entstand und zur Klassengesellschaft führe, die ihrem Wesen nach eine Konfliktgesellschaft ist. Marx glaubt, dass in einer neuen – klassenlosen – Gesellschaft jede Vermittlung zwischen Individuum und Gattung überflüssig wird. An die Stelle des liberalistischen Begriffs vom Menschen setzte Marx den Begriff einer freiwilligen Einheit von Individuum und Gattung.

Die Identität von individuellen und gesellschaftlichen Interessen, von Individuum und Gattung soll – kann und darf – nach Marx nicht Resultat eines Zwangs sein. Das wäre eine Karikatur seiner eigenen Voraussetzungen. Sie soll – und kann und muss – dem Bewusstsein jedes einzelnen entspringen, wenn das gesellschaftliche Leben keine Formen der Entfrem-

dung, also der Herrschaft und Ausbeutung mehr erzeugen, keine Antagonismen mehr schaffen wird. Daher kann der historisch verwirklichte – real existierende – Sozialismus, der die Individuen in nivellierende Kollektive zwingt, nicht als Verwirklichung der Marxschen Vision angesehen werden. Er gleicht dem von Marx schon in seinen Pariser Manuskripten kritisierten und verurteilten primitiven Kommunismus und ist im Grunde nur ein Rückfall hinter die als politische Demokratie erreichte Stufe der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft, eine neue – aber abstraktere – Variante der bürgerlichen Gesellschaft.

Die Aufhebung der Entfremdung ist – trotz aller Reklamationen, sie bestehe nicht mehr – im realen Sozialismus nicht gelungen. Die Entfremdung ist in der sozialistischen Variante des Staatsmonopolismus aber noch größer als in seiner kapitalistischen, weil die Transparenz gesellschaftlicher Verhältnisse doch infolge der wild wuchernden Partei- und Staatsbürokratie mit ihren Präferenzen und Privilegien noch geringer ist als in dieser, wo aufgrund der – wenn auch »nur« formellen – bürgerlichen Demokratie eine öffentliche Meinung und die Möglichkeit der Kritik sogar an den herrschenden Verhältnissen besteht. Der Mensch vereinzelt sich innerhalb des historischen Prozesses, dem er verfallen ist, und er vereinzelt sich diesem Prozess zum Trotz oder auch am Rande dieser Prozesse. Das zeigt das politische und kulturelle Leben im realen – staatsmonopolistischen – Sozialismus. Aber wenn es eine Einmaligkeit des Individuums gibt – und der Glaube hieran ist ein Erbe der europäischen Tradition, das der Marxismus aufbewahren will –, dann ist die wesentlichste Einmaligkeit jene, die den Kern des Problems ausmacht: gerade die der historisch-gesellschaftlichen Persönlichkeit als solcher. Das Individuum ist ein Individuum als allgemein gesellschaftliches, aber als gesellschaftliches ein einmaliges historisches Geschöpf. Auch der Marxismus – als Erbe und im eigenen Verständnis Vollender des sozialistischen Gedankens – will den Menschen befreien, nicht ein Abstraktum, irgendein Kollektiv, sondern das Individuum, so wenigstens stand es im »Kommunistischen Manifest«, der Geburtsurkunde des »wissenschaftlichen« Sozialismus. Ein Volk – und auch eine Klasse! – kann nur so frei sein wie jedes Mitglied des Volkes – oder der Klasse. Die Freiheit ist unteilbar wie die Wahrheit!

Die Marxsche Intention war nicht auf eine Nivellierung der Individualität zugunsten eines abstrakten Ganzen gerichtet. Für ihn war der Sozialismus die Emanzipation des menschlichen Lebens von aller als Entfremdung erscheinenden Unterdrückung und Ausbeutung durch Aufhebung der Mystifikationen, die das Gattungleben zu einer ent-

fremdeten Sphäre macht, die vom Staat und seiner Bürokratie gestützt und geschützt wird.

Im Marxismus lebt die sozialistische Utopie weiter – aber ist es noch Utopie, Herrschaftsfreiheit ohne Herrschaft erzielen zu wollen? Ist nicht auch eine pluralistische Selbstverwaltungsgesellschaft wieder Herrschaft – wenn auch demokratische, aber Herrschaft der Mehrheit über Minderheiten?

Unsere Erfahrungen machen es unwahrscheinlich, dass eine herrschaftsfreie Gesellschaft möglich ist, wohl aber eine solche der demokratischen Herrschaft einer pluralistischen Selbstverwaltungsgesellschaft. In einer solchen Gesellschaft föderativer Kommunen wird es, zumal wenn sie eine multinationale Föderation ist, eine Warenproduktion geben, in der die Wertformen, in erster Linie das Geld, für eine auf gemeinschaftlichem Eigentum beruhende gemeinschaftliche – nicht mehr staatliche – Planung ausgenutzt werden, ohne dass das Wertgesetz – und selbstverständlich nicht das Mehrwertgesetz – Produktion und Verteilung reguliert. Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind optimal transparent geworden, ohne dass die Entfremdung wohl gänzlich, die Ausbeutung dagegen völlig aufgehoben ist. Damit ändert sich auch die Motivation der Menschen, deren Wesen das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse ist, wie sich diese Verhältnisse selbst ändern. Entfremdung besteht noch, soweit es eine an der Produktion nicht unmittelbar teilnehmende Schicht von Repräsentanten gibt, eine Bürokratie, die aber nur noch an sie delegierte Entscheidungs- und Kontrollbefugnisse und keine – ökonomische oder politische – Verfügungsmacht besitzt. Diese liegt bei den soweit wie möglich, wie Produktions- und Arbeitsprozess es zulassen, direkt gewählten Organen wie auch das Aneignungs- und Verteilungsrecht des Mehrproduktes, so dass Ausbeutung der Produzenten durch eine sich verselbständigte Bürokratie bei der Wurzel liquidiert ist. In einer solchen Gesellschaft wird es, wird sie verwirklicht, keine Parteien mehr im Sinne einer bürgerlichen – repräsentativen – Demokratie oder eines real existierenden Sozialismus geben, wohl aber Schichten und Gruppen und Minderheiten, die aufgrund uneingeschränkter Presse-, Meinungs- und Redefreiheit ihre Interessen in den von ihnen direkt gewählten oder mitgewählten Vertretungen artikulieren. Eine solche Gesellschaft wird auch noch eine Konfliktgesellschaft sein, aber diese Konflikte werden keinen antagonistischen Charakter mehr anzunehmen brauchen, sondern sie werden durch Übereinkunft geschlichtet.

Das wird, so scheint es, sein, was von der sozialistischen Utopie zu verwirklichen ist, als optimaler Kompromiss zwischen Gleichheit und Freiheit.

Diktatur des Proletariats – das ist nicht Aufhebung der Demokratie, das ist ihre Vollendung! »... eine Diktatur allerdings«, schrieb Rosa Luxemburg in ihrer Schrift über die russische Revolution, »aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d.h. Diktatur im rein bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobinerherrschaft«, war das, was aus der Oktoberrevolution hervorging. Diktatur im proletarischen Sinne, das ist sozialistische an Stelle der bürgerlichen Demokratie, eine Demokratie, die die bürgerlich-demokratischen Rechte nicht nur aufbewahrt, sondern sie vertieft und erweitert! »Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, anstelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen.

Sozialistische Demokratie beginnt aber nicht erst im gelobten Lande, wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat. Sozialistische Demokratie beginnt sogleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus. Sie beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei. Sie ist nichts anders als Diktatur des Proletariats.«

Rosa Luxemburg rief aus: »Jawohl: Diktatur! Aber diese Diktatur besteht in der Art der *Verwendung* der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung...« (Luxemburg 1918, 362/3)

Eine als Diktatur des Proletariats deklarierte Herrschaft der Bürokratie ist nicht nur keine sozialistische Demokratie, sie hebt sogar die Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie auf, die die Arbeiterklasse in jahrzehntelangem Ringen erkämpfte. Aus dem Ringen einer bewusst gemachten Geschichte fiel der real existierende Sozialismus wieder in einen bewussten Naturalprozess zurück, dessen Objekt nicht nur die Produzenten, sondern auch die Bürokraten sind.

Was ist das Resümee dieser Betrachtungen?

Bürgerliche Sozialismuskritik ist in Wahrheit eine Kritik am real existierenden Sozialismus, nicht eine Kritik des Sozialismus selbst!

Der Sozialismus, wie er real existiert, ist nicht wie der Sozialismus als Resultat der Geschichte der Entwicklung des sozialistischen Gedankens die Verwirklichung des Humanismus, die Humanisierung der Natur und die Naturalisierung des Humanismus; er ist ein Typus neuer Art der Klassengesellschaft, wenn man will sogar die Restaurierung einer Art orientalischen Despotismus in einer modernisierten asiatischen Produktionsweise. Soweit er effektiv ist, bedient er sich kapitalistischer Methoden und

Motivationen, aber er ist uneffektiver als der Kapitalismus, weil er despotisch und nicht demokratisch ist.

Unbestreitbar: Das Bild des real existierenden Sozialismus entspricht nicht dem Bild, das die Klassiker des Marxismus von ihm hatten. Die Diktatur des Proletariats ist eine Diktatur über das Proletariat, die Diktatur nur einer Partei. Statt dass die Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie erweitert und vertieft wurden, wurden sie eingeschränkt oder sogar abgeschafft. Der real existierende Sozialismus machte aus der nur formal bürgerlichen keine materiale sozialistische Demokratie. Er schaffte sie kurzerhand ab und bezeichnet das, was er an die Stelle der Demokratie setzte, als Diktatur des Proletariats. Aber proletarische Diktatur ist sozialistische Demokratie!

Wenn aber schon der Sozialismus nicht in einem Lande möglich ist, ja nicht einmal in einer Gruppe von Ländern oder auch nur in einem Erdteil – etwa Europa –, dann erst recht nicht der Kommunismus. Schon der Sozialismus, dessen wesentliche Merkmale das Absterben des Staates und das Verschwinden der Warenproduktion sind, setzt ein – wenigstens annähernd – gleiches ökonomisches Niveau aller Länder der Erde voraus, das nur erreicht werden kann durch eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität auf den – auch wenigstens annähernd – gleichen Stand. Unterschiedliche Arbeitsproduktivität führt zu Unterschieden im Niveau der Lebenshaltung, die natürlich – wenn auch nur vorübergehend und nicht auf Dauer – durch wechselseitige Hilfe, Unterstützung des Landes mit niedrigerer Arbeitsproduktivität durch Länder mit höherer Arbeitsproduktivität, ausgeglichen werden können. Allein diese Aufgabe, die Schaffung eines wenigstens annähernd gleichen Niveaus der Arbeitsproduktivität, wird schon viele Jahre, wenn nicht viele Jahrzehnte erfordern. Denn sie schließt eine Qualifizierung der Arbeitskräfte ein, die dem technischen Niveau entspricht, eine Aufgabe, die wahrscheinlich noch weit aus schwieriger ist als die für die Schaffung eines – wenigstens annähernd – gleichen technischen Niveaus erforderliche Akkumulation der finanziellen Mittel und ihre rationelle Investition. Sie ist nicht ohne eine durchgreifende Kulturrevolution zu verwirklichen, die sich nicht nur auf die Hebung des Bildungsniveaus erstreckt, sondern durch den Abbau verinnerlichter seelischer Herrschaftsstrukturen völlig neue kulturelle Werte und Wertungen schafft, ohne die eine Überwindung der antisozialistischen – nicht nur der nichtsozialistischen – pekuniären Motivationen durch eine sozialistische Motivation nicht möglich sein wird. Diese kulturelle Revolution kann aber nur Ursache und Folge zugleich der Überwindung des bürgerlichen Leitungs- und Regierungsprinzips, des demokra-

tischen Zentralismus durch einen Selbstzentralismus der Massen sein, der auf Selbstverwaltung der Produzenten beruht und zur Selbstverwaltung der Gesellschaft führt, zu einer Föderation sich selbst verwaltender Gemeinwesen im Erdmaßstab. Ursache und Folge zugleich, d.h. ohne Selbstverwaltung der Massen keine Selbstverwaltung der Produzenten und der ganzen Gesellschaft und damit keine Überwindung auch der Herrschaftsstruktur des demokratischen Zentralismus, der nur ein Tarnbegriff ist für bürokratischen Zentralismus, für eine hierarchische und elitäre Struktur der Herrschaft einer Partei- und Staatsbürokratie, aber ohne diese Überwindung auch kein Selbstzentralismus der Massen mit Produzentenselbstverwaltung und Selbstverwaltung der ganzen Gesellschaft. Der demokratische Zentralismus ist als Prinzip bürgerlich-demokratischer Formen der Leitung und Regierung von Parteien und Staaten Hemmschuh sowohl individueller spontaner Aktivitäten als auch spontaner Massenaktionen. Seine Gefährlichkeit für die Verwirklichung des Sozialismus liegt in seiner Verinnerlichung durch Erziehung und Gewöhnung an den Glauben an Führer, Helden, große Könnner und Experten, in solcher Verinnerlichung des Glaubens an die Natürlichkeit eines Informationsvorsprungs, der in Wahrheit nur ein Informationsmonopol ist, ohne das keine bürgerliche Gesellschaft bestehen, ohne dessen Beseitigung daher aber auch keine sozialistische Gesellschaft entstehen kann.

Was die Kritik am real existierenden Sozialismus betrifft, so muss er sich einen Vergleich mit dem klassischen Begriff von Sozialismus, wie er von Marx und Engels geprägt und von Lenin akzeptiert worden ist, gefallen lassen. Wenn man diese nur auf historisch-empirische Ursachen zurückführt, folgt aus ihnen nicht, dass ein Sozialismus, wie er dem klassischen Begriff entspricht, unmöglich ist, weil Herrschaft notwendig als natürlich und nicht historisch begründet ist. Eine wissenschaftlich begründete Kritik am Begriff Sozialismus, nicht am Staatssozialismus, dessen Struktur sich im Prinzip nicht von der Struktur einer bürgerlichen Gesellschaft unterscheidet, sondern an einem herrschaftslosen Sozialismus, an einem Sozialismus ohne eine herrschende Bürokratie, könnte nur begründet werden, wenn man beweist, dass die aus dem Antagonismus der frühesten menschlichen Gesellschaft erwachsenen Antagonismen naturwüchsig sind, biologische und anthropologische Ursachen haben. Es gibt daher keine wie auch immer geartete theoretische Berechtigung, Versuche zu diskreditieren, eine sozialistische Gesellschaft zu errichten. Die Kritik an der Möglichkeit einer sozialistischen Gesellschaft geht immer von pessimistischen Erwartungen aus, die nicht beweiskräftig sind, weil sie sich nur auf bisherige historische Erfahrungen stützen. Es gibt bisher nur die durch histo-

rische Evidenz gemachte pessimistische Behauptung, dass sich immer hinter den *allgemeinen Interessen*, die herrschende Gruppen oder Personen zu vertreten behaupten, *partielle Interessen* verbergen.

Sozialistische Demokratie ist unmittelbare Demokratie, eine möglichst direkte, soweit wie möglich auf Vertreter verzichtende Demokratie, wie sie historisch immer wieder als Räte-demokratie zu verwirklichen versucht wurde. Räte-demokratie bedeutet nicht nur, dass die Gesellschaft sich ohne Staat selbst verwaltet, weil sie den Staat als verselbständigtes Gattungswesen mit Unterdrückungsfunktion in ihren Schoß zurücknimmt, sie bedeutet auch, dass sie pluralistischen Charakter haben muss, mit einem Wort: Gesetz und Freiheit ohne Gewalt als Anarchie oder Kommunismus ist nur als eine pluralistische Selbstverwaltungsgesellschaft möglich.

Wenn Utopie, so ist eine solche sich selbst verwaltende pluralistische Gesellschaft eine konkrete Utopie! Sie ist sowohl mit der kapitalistischen Gesellschaft als auch mit der des real existierenden Sozialismus unvereinbar, weil sie die Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft auch in ihren letzten Varianten bedeutet.

Pluralistisch ist nicht nur eine Gesellschaft, in der eine Vielheit von Weltanschauungen und Parteien besteht, sondern jede Gesellschaft, in der es divergierende Interessen zwischen den allgemeinen und gesamtgesellschaftlichen und individuellen und gruppenmäßigen Bedürfnissen gibt, handle es sich um materielle – lebensnotwendige oder nicht lebensnotwendige – oder ideelle – künstlerische, geistige, religiöse – Bedürfnisse. Das gilt für die Klassengesellschaften und rassenmäßig gemischten Gesellschaften und das gilt – selbstverständlich für die Gesellschaft eines real existierenden Sozialismus – auch für eine vielleicht einmal verwirklichte sozialistische Gesellschaft. Eine monolithische Gesellschaft ist – abgesehen von ganz naturwüchsig irrtümlichen Formen – undenkbar und noch weniger wünschenswert, und die stalinistische »monolithische« Gesellschaft war eine gewaltsam unterdrückte pluralistische.

Sich selbst verwaltend ist eine Gesellschaft, wenn an die Stelle des Staates als ein über die Gesellschaft sich erhebendes und von dieser getrenntes und entfremdetes Organ eine Verwaltung tritt, die mindestens folgenden Bedingungen entspricht: möglichst direkte Demokratie ohne Berufspolitiker, jederzeitige Abwählbarkeit der direkt gewählten Funktionäre.

Die Selbstverwaltung der Produzenten als Grundlage einer sich selbstverwaltenden – pluralistischen – Gesellschaft ist nicht nur eine prinzipielle Frage des Marxismus; als – vorläufig wohl – letzte Form des sozialistischen Gedankens ist sie eine aktuelle Frage!

Der gängige Einwand gegen eine solche konkrete Utopie besteht, wie bekannt, darin, dass die hierarchische elitäre Struktur der Gesellschaft ihr durch die Struktur der modernen großindustriellen Technik aufgeprägt wird, die eine genossenschaftlich egalitäre Struktur der Gesellschaft nicht zulässt. Dieses Argument ist eine falsche Verallgemeinerung der Erfahrung der Klassengesellschaften, die entweder auf einem ökonomischen oder politischen Monopol der Herrschenden beruht. Dieses Monopol aber ist keineswegs zwangsläufig mit der Hierarchie des Produktions- und Arbeitsprozesses verbunden, die mit der Entwicklung der modernen Wissenschaft und Technik nicht nur überflüssig und hemmend wirkt. Auch das Gespenst eines Atomstaates ist nur eine falsche Verallgemeinerung eines heute noch bestehenden Informationsmonopols, das durch die moderne Technik der Massenkommunikationsmittel relativ abgebaut werden kann, wenn die dem zugrundeliegenden ökonomischen und politischen Monopole liquidiert werden.

Die Einwände gegen eine sozialistische Demokratie in Form einer pluralistischen Selbstverwaltungsgesellschaft richten sich in erster Linie gegen die Selbstverwaltung selbst, denn wenn überhaupt, dann ist Selbstverwaltung ihrem Wesen nach pluralistisch. Denn in ihr soll, wie es die letzten Utopisten Marx und Engels schon in ihrem »Kommunistischen Manifest« proklamierten, die »freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller« sein (Marx/Engels 1848, 482). In ihr, als Form einer sozialistischen Demokratie, und nur in ihr, kann Herrschaft als direkte Demokratie auf ein Minimum beschränkt, die individuelle Freiheit auf ein Maximum erhöht werden. Das ist der »harte Kern« einer solchen Utopie, wie sie von Marxisten auch heute noch vertreten werden kann und verteidigt werden muss! Wenn L. Kolakowski in seiner Schrift »Marxismus, Utopie und Anti-Utopie« (1974) meint, es sei eine »leere Utopie« zu glauben, »komplizierte ökonomische Entscheidungen durch »eine freie Beurteilung durch die gesamte Gesellschaft fällen« zu lassen, weil es nicht nur technische Probleme gibt, die von »Fachleuten« gelöst werden müssen und weil es auch in einer sich selbst verwaltenden Gesellschaft zentrale Organe geben müsse, um gesamtgesellschaftliche Entscheidungen zu treffen« (Kolakowski 1974, 90f.), so argumentiert er unter seinem Niveau. »Fachleute« werden nicht gewählt, sondern ausgebildet, und ihr fachliches Wissen schließt nicht an sich auch schon ein, dass sie Macht über andere haben, um über sie zu herrschen. Und »zentrale« Organe müssen nicht an sich auch schon despotisch herrschende Organe sein. Sie sind es nur dann und nur insoweit, wie sich die Individuen, Gruppen und Klassen beherrschen lassen, den Herrn, den sie versinnbildlichen, als hierar-

chisch-elitäre Struktur von Klassengesellschaften auch außer und über sich anerkennen. Es geht bei diesen Einwänden im Grunde nicht um gesellschaftliche, sondern um technisch-organisatorische Kriterien. Das wird überzeugend deutlich bei Rudolf Bahro, der in seinem vieldiskutierten Buch »Die Alternative« ähnlich wie Kolakowski argumentiert.

Bahro schließt aus der aus technisch-organisatorischen Gründen notwendigen hierarchischen Struktur der Produktion auf ihre Notwendigkeit auch in der gesellschaftlichen Struktur. Man müsse »über das Dilemma ›genossenschaftlich-egalitäre oder hierarchisch-elitäre Struktur‹ hinaus, weil es illusorisch die Möglichkeit unterstellt, der Informations- und Entscheidungseinfluss könne primär oder gar allein von unten nach oben erfolgen« (Bahro 1977, 521). Bahro beruft sich dabei auch gar nicht erst auf die menschliche Gesellschaft und ihre Geschichte, sondern gleich auf die Biologie: »Bis zur Entwicklungshöhe der biologischen Organismen erfolgt die Informationsverarbeitung auch auf konstitutionell immer ausgeprägter ›hierarchisch-elitärer‹ Weise...« »Jedes komplexere lebendige System bildet ein Gehirn heraus, das über seine Gesamtfunktion wacht.« Und was den Affen recht ist, muss den Menschen billig sein, denn: »Technisch und informationell sind auch die gesellschaftlichen Arbeitsfunktionen einander notwendig subordiniert«. Man könne das »Problem der sozialistischen Demokratie« daher »nur agitatorisch aufwerfen«, will »man nicht wahr haben..., dass die Struktur der Regulation bei zusammengesetzter Produktion objektiv hierarchisch ist« (ebd.). Damit wirft der Sozialist Bahro mehr als 100 Jahre Kampf um eine Räterepublik weg und reiht sich ein in den Chor bürgerlicher Kritiker, und er ignoriert elementare marxistische Erkenntnisse. Für Bahro steht die »Aufhebung der alten Arbeitsteilung im Mittelpunkt« seines Buches (ebd. 522).

Die »Kardinalfrage der sozialistischen Demokratie« ist für ihn: »*Wie ist die ›Versammlung‹ der ganzen Gesellschaft, aller Individuen über ihrem Reproduktionsprozess möglich?*« (ebd. 523) Aber er versteht sie genau so primitiv wie seine bürgerlichen Mitkritiker: »Es kann jedenfalls kein Zufall sein, dass das Prinzip der Arbeiterräte bisher nie zu den erhofften Ergebnissen geführt hat.« (ebd. 224) Doch das Urteil Bahros ist kein Zufall, nicht nur, dass er kein Marxist ist, auch für ihn als Sozialisten gehören die »politischen Schwächen der Opposition und damit der von ihr repräsentierten hypothetischen Alternative selbst zu den Sekundärercheinungen der gegebenen Situation« (ebd. 120). Es versteht sich – nur Bahro versteht es nicht –, die Primärercheinung ist immer die herrschende Macht, im staatsmonopolistischen Kapitalismus, aber auch im real existierenden Sozialismus! Nie hat ein ernstzunehmender Räte-sozialist eine Versamm-

lung der »ganzen Gesellschaft« gefordert, um über gesamtgesellschaftliche Fragen entscheiden zu lassen, denn die Kardinalfrage ist einzig, wie zentrale Organe zustande kommen, vermittelt indirekter oder direkter Demokratie? Ernest Mandel spricht zu Recht von dem »scheinbaren Automatismus der Maschine und den durch sozio-ökonomische Beweggründe inspirierten menschlichen Entscheidungen in der sogenannten Industriegesellschaft«. Die Unmöglichkeit einer Demokratisierung der Betriebe entspringe nicht aus der Unmöglichkeit einer Machtdelegation im Rahmen der modernen Großindustrie, es sei nicht die »wachsende Komplexität und Differenzierung des Arbeitsprozesses, die sich einer solchen Demokratisierung widersetzt«, schreibt Mandel richtig, sondern sie fuße auf dem »Entscheidungsrecht letzter Instanz«, das die Produktionsmitteleigentümer »für sich in Anspruch nehmen« (Mandel 1968, 204). Daher müssen die Produzenten selbst zu Eigentümern der Produktionsmittel sich erheben!

Bahro vergisst, dass die Produktionsverhältnisse der Menschen als ihre Beziehung in der materiellen Produktion und Reproduktion ihres Lebensunterhaltes zwei Seiten haben: eine technisch-organisatorische und eine gesellschaftliche Seite. Der Inhalt der Produktionsverhältnisse ist die gesellschaftliche Produktion, der Arbeitsprozess als Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur und die dabei eingegangenen gesellschaftlichen Beziehungen. Produktionsverhältnisse sind daher einerseits die Beziehungen des Menschen, die sich aus der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit ergeben, aber auch die Beziehungen innerhalb der Betriebe selbst, also innerhalb der Arbeitsprozesse, die innerbetriebliche Teilung der Arbeit. Dadurch berühren sich die Produktionsverhältnisse mit den gesellschaftlichen Produktivkräften, die neben ihrer natürlichen eine technisch-organisatorische Seite haben, die auch zu den Produktionsverhältnissen gehört. Zu den Produktionsverhältnissen gehören aber auch insbesondere die Beziehungen zwischen den Klassen der Gesellschaft, den Ausbeutern und den Ausgebeuteten, die »alte Teilung der Arbeit«, wie Marx und Engels sie nannten, aber auch die Beziehungen zwischen den – unmittelbaren und mittelbaren – Produzenten, die Beziehungen zwischen den beiden großen Sphären der Produktion, der Agrikultur und der Industrie, sowie die Beziehungen zwischen der unmittelbaren Produktion selbst und der Zirkulation und der Verteilung.

Zu den Produktionsverhältnissen gehört auch die Warenproduktion, zu ihr gehören auch die Ware-Geld-Beziehungen mit ihrem regelnden Gesetz, dem Mehrwertgesetz, so sehr auch Warenproduktion und Wertgesetz modifiziert werden beim Übergang von der einfachen zur kapitalistischen

Warenproduktion und beim Übergang vom Konkurrenzkapitalismus zum Monopolkapitalismus und schließlich zum staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Aber Bahro hat auch nicht verstanden, dass die Aufhebung der »alten Teilung der Arbeit«, von der Marx im ersten Band seines »Kapital« und Engels in seinem »Anti-Dühring« sprechen (Marx 1873, 51f.; Engels 1877/78, 272), nur die Aufhebung der Teilung der Arbeit in Klassen betrifft und nicht die Aufhebung der Arbeitsteilung im Arbeitsprozess, die natürlich technisch-organisatorisch bedingt ist. Die »kapitalistische Form der Produktion« ist es, die »im diametralen Widerspruch« steht zur »Aufhebung der alten Teilung der Arbeit«, heißt es bei Marx, also bedeutet nur die Aufhebung *dieser* Form auch ihre Aufhebung. Die alte Produktionsweise müsse von Grund auf umgewälzt werden, damit die »alte Teilung der Arbeit« verschwinde, schreibt Engels.

Bahro rechtfertigt nicht nur die Kritik bürgerlicher Apologetik, sondern auch die hierarchisch-elitäre Struktur des real existierenden Sozialismus, als dessen »revolutionärer« Kritiker er sich versteht. Auf Bahro trifft zu, was Brecht notierte: »der neu anfangende, der die tradition nicht beherrscht, fällt leicht unter die herrschaft der tradition zurück.« (Brecht 1973, 116) Bahro beherrscht die Tradition der Arbeiterbewegung nicht. Er kennt nicht die Dialektik der hierarchischen Partei und ihrer Kritiken.

Wie die Struktur des Arbeitsprozesses von dem Charakter der gesellschaftlichen Produktivkräfte – von der Technik her – bestimmt ist, so wird die Struktur der ökonomischen – und auch der politischen – Entscheidungsprozesse von den Produktionsverhältnissen, den Beziehungen der Menschen in der materiellen Produktion bestimmt. Wenn diese hierarchisch ist, sind auch die Entscheidungsprozesse hierarchisch, haben sie die Form der viel berufenen – und verrufenen – Leitungspyramide, in der die Entscheidungen von oben nach unten fließen. Die wissenschaftlich-technische Revolution hat diese Pyramide abgeflacht, und manches spricht dafür, dass auch die technisch bestimmte Pyramide ihre Form verändert. Die von den Produktionsverhältnissen hat die hierarchische Form einer Leitungspyramide nur noch, weil der despotische Charakter der Produktionsverhältnisse alle wesentlichen Entscheidungsbefugnisse elitären Gruppen überlässt.

Es ist keine historische Notwendigkeit, falls es solche überhaupt gibt und nicht historische Zufälligkeiten im Nachhinein als Notwendigkeiten interpretiert werden – »die suche nach den gründen für alles geschehene macht die geschichtsschreiber zu fatalisten«, heißt es im »Arbeitsjournal« von Brecht (ebd. 10) –, dass jede sterbliche Macht, wie Hannah Arendt be-

hauptet, wieder die Form einer Pyramide annimmt und auch eine Räte-demokratie »in voller Entfaltung wieder die uralte Gestalt der Pyramide annehmen« wird, »also die Gestalt aller Staatsformen, die wesentlich auf Autorität beruhen«, wenn auch – wie sie weiter meint – im Unterschied zu allen bisherigen in dieser Form die autoritätsgebende Macht nicht mehr von oben nach unten fließt, sondern auf jeder Stufe der Pyramide neu entsteht (Arendt 1963, 357). Sie urteilt aufgrund der Erfahrungen bisheriger Revolutionen, in denen Parteien bürgerlichen Typs ihre demokratisch-zentralistische Form auf die Gesellschaft nach der Revolution wieder übertrugen, und wiederholt damit nur – wie auch Bahro – den gängigen – und eingängigen – Einwand der in den alten hierarchisch-elitären Strukturen etablierten Ideologen gegen die Möglichkeit einer neuen genossenschaftlich-egalitären Struktur.

Literatur

- Arendt, H. (1963), Über die Revolution, München
- Bahro, R. (1977), Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Köln/Frankfurt a.M.
- Brecht, B. (1973), Arbeitsjournal. Erster Band 1938 bis 1942, hrsg. von Werner Hecht, Frankfurt a.M.
- Engels, F. (1877/78), Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (»Anti-Dühring«), in: K. Marx/F. Engels, Werke (MEW), Bd. 20, Berlin 1962
- Engels, F. (1881), Brief an Karl Kautsky, 1. Februar 1881, in: MEW, Bd. 35, Berlin 1965
- Engels, F. (1886), Brief an Laura Lafargue, 2. Oktober 1886, in: MEW, Bd. 36, Berlin 1966
- Kolakowski, L. (1974), Warum brauchen wir Geld?, in: ders., Marxismus. Utopie und Anti-Utopie, Stuttgart
- Luxemburg, R. (1918), Zur russischen Revolution, in: LGW, Bd. 4, Berlin 1974
- Mandel, E. (1968), Entstehung und Entwicklung der ökonomischen Lehre von Karl Marx, Frankfurt a.M.
- Marx, K./Engels, F. (1848), Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, Berlin 1959
- Marx, K. (1854), Brief an das Arbeiterparlament, in: MEW, Bd. 10, Berlin 1960
- Marx, K. (1861/63), Theorien über den Mehrwert. Zweiter Teil, in: MEW, Bd. 26.2, Berlin 1973
- Marx, K. (1873), Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, Berlin 1962
- Schopenhauer, A. (1979), Parerga und Paralipomena. Kleine philosophische Schriften, Teil 2, in: A. Schopenhauer, Sämtliche Werke, herausgegeben von W. v. Löhneysen, Bd. 5, Leipzig

Fritz Behrens

Wo steckt der Fehler?

Als Alfred Kantorowicz 1957 in die Bundesrepublik emigrierte, hat er in seiner »Botschaft an meine Studenten« eine Antwort auf die quälende Frage verlangt, wo »das Glied in der Kette zwischen Marx und Stalin« sei, »an dem die Konzeption brüchig wurde, die Weiterentwicklung entgleiste«, oder ob »bereits in den Grundlagen Entscheidendes« nicht stimme? »Darüber werden wir nachzudenken haben, sehr hart, schonungslos uns selbst gegenüber.« (Kantorowicz 1967, 165)

Auch Ernst Bloch forderte, als er im August 1961 nicht nach Leipzig zurückkehrte, alles müsse genau untersucht werden, wann, warum und wie der Kommunismus entartete (Bloch 1970, 390f.).

In der Tat: Gibt es nur ein brüchiges Glied in der Kette, oder sind die Grundlagen falsch? Eine quälende Frage, und nicht nur Kantorowicz und Bloch blieben die Antwort schuldig. Meine Antwort war damals: Sozialreform statt Revolution! Die Revolution hat stattgefunden, aber mit anderem Resultat, als es die Revolutionäre erwartet haben. Das ist an sich noch nicht außergewöhnlich, und bereits Engels schrieb in seinem Brief an Vera Sassulitsch vom 23.4.1885, dass »die Leute, die sich rühmten, eine Revolution *gemacht* zu haben«, noch immer am Tag darauf gesehen haben, »dass sie nicht wussten, was sie taten, dass die *gemachte* Revolution jener, die sie machen wollten, durchaus nicht ähnlich sah« (Engels 1885, 307).

Aber der Marxismus hat mit der List der Idee, die nach Hegel in der Geschichte eine so große Rolle spielt, aufgeräumt, denn nach dem Geschichtsverständnis des Marxismus ist die von einer leninistischen Partei geleitete revolutionäre Bewegung unmittelbar Vollstrecker der Geschichte, ihres Sinnes, den sie kraft einer wissenschaftlichen Einsicht in ihren Verlauf kennt. Niederlagen sind nur Stationen auf dem Wege zum Siege. Das Subjekt der revolutionären Bewegung, das zwar unversehens als Partei an Stelle der Klasse getreten ist, kann nicht vernichtet werden, und für die mit der Wissenschaft – nicht nur von – der Geschichte ausgerüstete Partei gibt es keine Nebenwirkungen, also kein Schicksal. Die Partei hat immer recht!

Aber das Resultat der Revolution, von der wir sprechen, das den Charakter der Gesellschaft unseres Jahrhunderts von Grund auf veränderte, wie behauptet wird, hat insofern doch etwas Außergewöhnliches, als die vom revolutionären Subjekt nicht gewollten Nebenwirkungen zur

Hauptsache, zum endgültigen Resultat geworden sind. Die Antwort auf die Frage: »Schon in den Grundlagen falsch oder nur brüchiges Glied in der Kette?«, muss heute endlich gegeben werden!

Marx meinte in seiner Rede im Jahre 1856, »die sogenannten Revolutionen 1848« seien nur kümmerliche Episoden, »kleine Brüche und Risse in der harten Kruste der europäischen Gesellschaft« gewesen. Sie hätten jedoch einen Abgrund offenbart (Marx 1856, 3).

Was aber waren die Revolutionen unseres Jahrhunderts, wenn nicht »kleine Brüche und Risse in der harten Kruste« der alten bürgerlichen Gesellschaft, deren hierarchisch-elitäre Struktur und repressive Funktion noch nirgends durch eine Gesellschaft mit einer neuen genossenschaftlich-egalitären Struktur mit der Form einer unmittelbaren Demokratie ersetzt worden ist? Wenn Marx in der zitierten Rede meinte, auf der einen Seite seien industrielle und wissenschaftliche Kräfte erwacht, von denen »keine Epoche der früheren menschlichen Geschichte je eine Ahnung hatte. Auf der andern Seite gibt es Verfallssymptome, welche die aus der letzten Zeit des Römischen Reiches berichteten Schrecken bei weitem in den Schatten stellen« (ebd.), was waren das für industrielle und wissenschaftliche Kräfte gegen die unseres Jahrhunderts und gegen die, deren Auf-uns-zu-Kommen wir erst ahnen können, und was waren die Verfallserscheinungen des Jahrhunderts, in dem Marx lebte, im Vergleich zu den Katastrophen und Schrecken unseres Jahrhunderts und denen des kommenden, die wir noch nicht einmal ahnen können? Wenn Marx meinte, in seinen Tagen scheine »jedes Ding mit seinem Gegenteil schwanger zu gehen«, wir würden sehen, »dass die Maschinerie, die mit der wundervollen Kraft begabt ist, die menschliche Arbeit zu verringern und fruchtbarer zu machen, sie verkümmern lässt und bis zur Erschöpfung auszehrt«, dann war das eine antizipatorische Vorwegnahme der Furcht und der Ängste unserer Tage. Die neuen Quellen des Reichtums, meinte Marx, verwandelten sich zu Quellen der Not, und die jeder Wissenschaft scheinen durch Verlust an Charakter verkauft. In dem Maße, wie die Menschheit die Natur bezwingt, scheint der Mensch durch andere Menschen oder durch seine eigene Niedertracht unterjocht zu werden. »Selbst das reine Licht der Wissenschaft scheint nur auf dem dunklen Hintergrund der Unwissenheit leuchten zu können. All unser Erfinden und unser ganzer Fortschritt scheinen darauf hinauszulaufen, dass sie materielle Kräfte mit geistigem Leben ausstatten und das menschliche Leben zu einer materiellen Kraft verdummen.« (ebd. 4)

Und wenn Marx weiter in dieser beachtenswerten Rede sagte, dieser Antagonismus zwischen moderner Industrie und Wissenschaft auf der ei-

nen Seite und modernem Elend und Verfall auf der anderen Seite, zwischen den Produktivkräften und den gesellschaftlichen Beziehungen seien »eine handgreifliche, überwältigende unbestreitbare Tatsache«, wer würde dem heute widersprechen wollen, wo das »reine Licht der Wissenschaft« nun als Atomblitz droht und der »ganze geistige Fortschritt« nicht mehr der Aufklärung dient, sondern im Dienste despotischer Manipulationen der herrschenden Hierarchien steht. Und wenn Marx schließlich meinte, er für seinen Teil verkenne nicht die Gestalt des arglistigen Geistes, »der sich fortwährend in diesen Widersprüchen« offenbare, und er wisse, »dass die neuen Kräfte der Gesellschaft«, um richtig zur Wirkung zu kommen, nur neuer Menschen bedürften, die ihre Meister werden ... und das sind die Arbeiter« (ebd.), dann müssen wir heute feststellen: Die Arbeiter waren diese Meister bisher nicht, und ihre selbsternannten »Stellvertreter«, die Jakobiner unseres Jahrhunderts, die Parteien »neuen Typs« und ihre Chefs und die Staatsmänner des real existierenden Sozialismus, bewiesen nur, dass die Marxsche Vision einer neuen Gesellschaft *keine* konkrete Utopie, wenn überhaupt Utopie, nur eine abstrakte und mit hoher Wahrscheinlichkeit nur eine Illusion war!

In der Tat: Der »Traum von einer Sache«, der auch Marx' Traum war, von der die Welt »nur das Bewusstsein besitzen muss, um sie wirklich zu besitzen« (Marx 1844, 346), wurde bislang nicht nur nicht verwirklicht, er war, nach dem Bewusstsein, das die Welt heute besitzt, vielleicht doch nur ein Traum!

Marx glaubte an die Möglichkeit einer perfekten Gesellschaft; er glaubte an die Möglichkeit eines solchen Zustandes der menschlichen Gesellschaft, in der die individuellen mit den gesellschaftlichen Interessen prinzipiell übereinstimmen, so dass es nur darum gehe, die materiellen Bedingungen hierfür herzustellen.

Der Fehler besteht darin, die Ideologie der revolutionären Bewegung des 19. auf das 20. Jahrhundert zu übertragen, und der Irrtum darin, anzunehmen, sie gelte noch für das nächste Jahrhundert, an dessen Schwelle wir stehen.

Die revolutionären Bewegungen des vorigen Jahrhunderts waren solche der bürgerlich-demokratischen Revolutionen, die noch nicht abgeschlossen sind, sondern noch in unserem Jahrhundert sich fortsetzen. Sie sind bürgerlich-demokratisch, auch wenn ihr Hauptträger längst nicht mehr die Bourgeoisie ist, sondern das Proletariat. Sie verändern – sind sie siegreich – weder Struktur noch Funktion der alten bürgerlichen Gesellschaft, auch wenn sie – wie im real existierenden Sozialismus – Schichten an die Macht bringen, die aus der Arbeiterklasse stammen und sich

als ihre Stellvertreter verstehen. Das Prinzip der bürgerlichen Gesellschaft, die Massen sich nicht selbst regieren zu lassen, sondern sie zu regieren, bleibt aufrechterhalten und wird noch verstärkt durch die bewusste Annahme und gewaltsame Durchsetzung eines demokratischen Zentralismus, der nicht nur in den Ländern des real existierenden Sozialismus den herrschenden Despotismus tarnt, sondern – wenn auch durch entwickelte formal-demokratische Methoden getarnt – auch in den »alten« Ländern der bürgerlichen Gesellschaft. Auch alle Revolutionen in der sogenannten Dritten Welt tragen den Charakter bürgerlich-demokratischer Revolutionen. Keime der Form einer sozialistischen Revolution, wie sie in den Versuchen, eine Rätedemokratie zu verwirklichen, bereits im vorigen Jahrhundert in der Pariser Kommune, in unserem Jahrhundert nach dem ersten und dem zweiten Weltkrieg sich zeigten, wurden von den etablierten Mächten widerstandslos oder blutig unterdrückt. Es ist ein Irrtum, diese – sozialistische – Revolution noch unter dem alten Banner ausfechten zu wollen! Das zeigen bereits die großen Bewegungen des letzten Drittels dieses Jahrhunderts: die Klassenkämpfe in Ungarn, Polen, in der ČSSR, die Studentenbewegung in der deutschen Bundesrepublik und der Pariser Mai 1968. Die Keime des Neuen sind zu erkennen, aber noch nicht auf ihren Begriff gebracht. Dazu allerdings ist – und muss der Marxismus als materialistische Dialektik verstanden sein! Marx war sich der Ambivalenz seiner Geschichtsauffassung sehr wohl bewusst, so sehr seine leninistischen Testamentsvollstrecker dies auch zu ignorieren versuchen. Wenn er von der historischen Notwendigkeit des Sozialismus sprach, dann tat er es als Revolutionär und sah vor allem und zuerst die revolutionäre Aktion. Er beschränkte das Schema seiner progressiven Produktionsweise auf Westeuropa und lehnte die Ausdehnung auf die osteuropäische, russische oder asiatische Geschichte ab. Marx unterstellt nicht, dass jede Gesellschaft alle diese Formen durchlaufen müsse, wie aus den Ausführungen hervorgeht, die in dem Abschnitt seines »Grundrisses« über »Formen, die der kapitalistischen Produktionsweise vorweg gehen«, dargestellt sind (Marx 1857/58, 375ff.).

In seinem viel zitierten, kommentierten, aus- und missgedeuteten Vorwort »Zur Kritik der Politischen Ökonomie« aus dem Jahr 1889 schrieb Marx, die Menschheit stelle sich immer nur Aufgaben, die sie lösen könne, denn genauer betrachtet werde sich stets finden, dass die Aufgabe selbst nur entspringe, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozess ihres Werdens begriffen seien. Dann fährt Marx wörtlich fort: »In großen Umrissen können asiatische, antike, feudale und moderne bürgerliche Produktionsweisen als progressive

Epochen der ökonomischen Gesellschaftsform bezeichnet werden.« Marx beschließt diesen Text mit der Feststellung, die bürgerlichen Produktionsverhältnisse seien die letzte antagonistische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, antagonistisch nicht im Sinne von individuellem Antagonismus, sondern eines aus den gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Individuen hervorstechenden Antagonismus, »aber die im Schoß der bürgerlichen Gesellschaft sich entwickelnden Produktivkräfte schaffen zugleich die materiellen Bedingungen zur Lösung dieses Antagonismus. Mit dieser Gesellschaft schließt daher die Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft ab.« (Marx 1859, 9)

Aus diesem Text geht zunächst – und prinzipiell – zweierlei hervor:

1. Marx fasst die aufgezählten Wissenschaften als »progressive Epochen« auf, und zwar als solche, die aufeinander folgen, also einander ablösen. Das geht eindeutig aus dem vorangegangenen Text hervor, in dem es heißt, eine Gesellschaftsformation gehe nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt seien, für die sie weit genug ist, und »neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind« (ebd.).

»Neue« und »höhere« Produktionsverhältnisse bedeuten, dass die Produktivkräfte neu und höher sind und somit an Stelle der alten und niederen Produktionsverhältnisse andere, ebendiese »neuen« und »höheren« Entwicklungsformen erfordern. Die alten und niederen Produktionsverhältnisse waren zu Fesseln der Produktivkräfte geworden und daher mit ihnen in Widerspruch geraten, in einen Widerspruch, der »eine Epoche sozialer Revolutionen« auslöst, in deren Verlauf sich mit den ökonomischen Grundlagen »der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher« umwälzt (ebd.). Bei alledem dürfen die Produktionsverhältnisse nicht mit den Eigentumsverhältnissen identifiziert werden, die »nur ein juristischer Ausdruck« für sie sind.

Der Begriff der Produktionsverhältnisse ist zu eng gefasst, wenn man darunter nur die Eigentumsverhältnissen und die daraus sich ergebenden Klassenbeziehungen fasst. Darüber wurde an anderer Stelle das Notwendige schon gesagt. Im Rahmen der qualitativen Stabilität einer Produktionsweise können mitunter auch wesentliche quantitative Veränderungen vor sich gehen, bevor die neuen Produktivkräfte auch Produktionsverhältnisse erfordern, die in neuen Eigentumsformen sich ausdrücken.

2. Marx fasst die bürgerliche Gesellschaft als letzte Form antagonistischer Verhältnisse auf, so dass mit ihr die Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft abschließt und damit erst ihre eigentliche Geschichte beginnt.

Das ist falsch, wie sich zeigte, wenn man unter dieser letzten Form, wie Marx es tat, die kapitalistische Gesellschaft versteht. Die Gesellschaft des real existierenden Sozialismus hat nicht nur nicht die Schranke der bürgerlichen Gesellschaft durchbrochen; sie ist mit ihren Schrecken oft bis ins Extrem behaftet. Man hat also nur die Wahl zwischen den beiden Möglichkeiten: entweder die Gesellschaft eines existierenden realen Sozialismus als die neue, auf die kapitalistische folgende Gesellschaft aufzufassen, in der der Antagonismus nicht nur nicht aufgehoben, sondern noch potenziert worden ist, oder die bürgerliche Gesellschaft als so erweiterungs- und ausdehnungsfähig zu akzeptieren, dass man bürokratische Produktionsweise und Staatsmonopolismus als ihre endlich gefundene und auf nicht absehbare Zeit geltende Form anerkennt, die wegen ihres stagnierenden Charakters eine Art Ewigkeitsdauer hat wie die asiatische Produktionsweise!

Das von Marx entworfene Schema der progressiven Produktionsweisen gilt dann nicht einmal mehr für Europa.

Damit wäre die »quälende Frage« beantwortet, wo das »Glied in der Kette zwischen Marx und Stalin« liegt: In den Grundlagen stimmt bereits Entscheidendes nicht!

Der Glaube an eine herrschaftsfreie Gesellschaft ist keine Utopie, nicht einmal eine abstrakte, die mit reifenden Bedingungen eine konkrete werden könnte. Sie ist eine mit logischer Konsequenz sich aus Irrtümern, die bereits in der Grundkonzeption des Marxismus liegen, folgende Illusion, deren historische Konsequenzen Lenin und Stalin zogen, indem sie historische Zufälligkeiten als historische Notwendigkeiten interpretierten. Nicht historisch notwendig sind die aufeinanderfolgenden Stufen progressiver Produktionsweisen, aber logisch notwendig sind die aus dem schon in der Grundkonzeption des Marxismus liegenden Irrtum sich ergebenden Konsequenzen, zumal wenn sie noch mit als historisch notwendig uminterpretierten historischen Zufälligkeiten begründet werden.

Dazu kommt der Irrtum, das Wesen des Menschen nur als Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse, nur gesellschaftlich, nicht biologisch determiniert zu begreifen. Eine Gesellschaft, in der die individuellen mit den gesellschaftlichen Interessen prinzipiell übereinstimmen, ist keine Utopie, sondern Illusion, »natürlich ist das Individuum nur über die Masse weg zu erreichen«, notierte Brecht in seinem »Arbeitsjournal« (Brecht 1974, 152), »jedoch treffen die Schrecknisse der Entwicklung des Menschengeschlechts und der Klassen ... das Individuum mit voller tragischer Wucht.«

Der Irrtum hat Folgen! Er führt zu der Auffassung, dass man die Menschen zu ihrem Glücke zwingen kann, wenn sie nicht einsehen wollen,

dass die von den Illusionisten projizierte Gesellschaft für sie eine Wohltat ist. Es gibt eine Elite, die alles weiß, die die Gesetze der Entwicklung der Gesellschaft kennt, ja sie beherrscht oder doch zumindest ausnutzt. Die Masse ist unwürdig und wird mit Dogmen indoktriniert, die zu glauben, nicht zu begreifen sind. Nicht soziale Utopie, wohl aber soziale Illusion führt zu Despotismus und Tyrannei!

Anstelle des Grundwiderspruchs jeglicher menschlicher Existenz zwischen Individuum und Gattung, aus dem sich mit logischer Notwendigkeit zahlreiche Haupt- und Nebenwidersprüche ergeben, wie die Widersprüche zwischen den beiden Geschlechtern, den Generationen, den Familien, Horden, Stämmen, Völkern, Nationen und natürlich auch zwischen den gesellschaftlichen Schichten und Klassen, erhob Marx den Widerspruch zwischen den Klassen allein zum Grundwiderspruch. Marx bekannte sich als Erbe und Vollender sozialistischer Utopie, als der er sich empfand, ausdrücklich zur freien Entwicklung eines jeden als Bedingung für die freie Entwicklung aller, aber er fasste das Wesen des Menschen nur als Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse statt als Struktur und Funktion seiner Gesellschaft erst verinnerlichendes, nicht nur gesellschaftlich, sondern auch biologisch determiniertes Individuum auf. Hieraus schloss er, dass eine Veränderung des Ensembles der gesellschaftlichen Verhältnisse auch die Menschen verändern müsse und übersah, dass es in der biologischen Individualität des Menschen als endliches Wesen mit einer variablen Bedürfnisstruktur unübliche Schranken der Veränderbarkeit gibt. Daraus ergab sich der Fehlschluss, dass eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse – auch durch revolutionäre Gewalt – zu einer Veränderung des Menschen führt. Aus der Utopie wurde Illusion! Die Versuche ihrer Verwirklichung durch Revolutionen, die auch im Namen des Marxismus erfolgten, führten zu einer Perversion des sozialistischen Gedankens. Anstelle alter und überholter hierarchischer gesellschaftlicher Strukturen mit ihren repressiven Funktionen traten neue, deren despotische Formen die bisherigen noch überboten, die despotische Gewalt wird als Macht des Volkes getarnt und durch Lüge und Heuchelei ideologisch verbrämt.

Die Schranken der Veränderbarkeit des Wesens des Menschen als Einheit biologischer Individualität und Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse liegt in der Notwendigkeit der Sublimierung von Trieben und Instinkten, die aus dem nur erst mit Vernunft begabten erst ein vernünftiges Tier machen. Die Aufhebung dieser Schranken müssten nicht nur die Vernichtung der Zivilisation bedeuten, auf der die erreichte menschliche Kultur beruht, und Rückfall in die Barbarei, sie bedeutete einen Rückfall auf tierische Stu-

fen der Existenz, die aus dem erfolgreichsten Raubtier der Erde, das bisher nur alle anderen Tiere sich Untertan machte, ein sich selbst vernichtendes Raubtier machen müsste.

Die aus dem Marxschen Irrtum folgende Illusion führte zu der logischen Konsequenz, dass der Zustand einer sozialistischen Gesellschaft erst hergestellt werden muss, ehe alle seine Vernünftigkeit einsehen. Das erfordert Herrschaft, die über eine notwendige Herrschaft einer sozialistischen Gesellschaft als einer Selbstverwaltungsgesellschaft hinausgeht und wieder zu despotischer Herrschaft werden muss. So wird auch die Despotie des real existierenden Sozialismus damit gerechtfertigt, dass sie der Abschaffung despotischer Herrschaft dient. Das genau ist die Legitimationsideologie des Marxismus-Leninismus, womit die Bürokraten und Technokraten des real existierenden Sozialismus ihre unmenschliche Praxis rechtfertigen. Nicht Utopie ist irrational, aber Illusion, die sie ersetzt. »Emanzipation hatte sich seit Jahrhunderten als progressive Naturbeherrschung verstanden; diese sollte die Voraussetzung zur Abschaffung von Herrschaft über Menschen sein«, schreibt Robert Spaemann in »Zur Kritik der politischen Utopie« (Spaemann 1977, XI). »Aber diese Annahme ist schlechter Idealismus: der Mensch ist selbst Natur. Und auch hier zeigt sich die gleiche Dialektik der Emanzipation: wo der Mensch nur noch Subjekt sein will und den symbolischen Zusammenhang mit Natur vergisst, fällt er in naturwüchsiges Schicksal zurück ... Um zu überleben und gut zu leben, gibt es nicht nur die Notwendigkeit, dass Menschen gegenüber ihresgleichen gerechtfertigt handeln. Sie müssen auch gerechtfertigt handeln gegenüber ihrer eigenen und der äußeren Natur.« (ebd.) Zu übersehen, dass der Mensch selbst Natur, dass er *nur* gesellschaftlich und *nicht auch* biologisch determiniert ist, das ist indes kein schlechter Idealismus mehr, sondern ist Illusion, weil Täuschung über die wirkliche Natur des Menschen. Dass der Marxismus dieser Illusion erlag, hatte einen Rückfall in eine Naturwüchsigkeit zur Folge, die die liberale bürgerliche Demokratie bereits überwunden hatte oder doch zumindest durch die mächtige sozialistische Arbeiterbewegung zu überwinden auf dem Wege war.

Der Stalinismus war – wie der Faschismus und seine besonders abstoßende Abart, der Nazismus – nicht mehr nur ein Rückfall in die Barbarei, sondern sogar noch hinter sie. Die Zivilisierung des mit Vernunft begabten Tieres zu einem vernünftigen Tier ist ein über Jahrtausende sich erstreckender Prozess, der – wie die Erfahrungen dieses Jahrhunderts lehren – durch wenige Jahre abgebrochen und – hoffentlich nur – unterbrochen werden kann. Die Geschichte der Unterjochung der Natur durch den Menschen ist auch die Geschichte der Unterjochung des Menschen

durch den Menschen, nicht nur Geschichte von Klassenkämpfen, auch Geschichte der Unterdrückung der Natur im Menschen, soweit sie nicht der Arterhaltung, der Gattung, dient. Zivilisation ist zwar auch Förderung positiver Triebe und Instinkte, wie Mitleid, Liebe, Freude und Solidarität, sie hat auch einen despotischen Aspekt, dem der Mensch seit seiner Geburt unterworfen wird und der um so ausgeprägter ist, je despotischer die Herrschaft in der Gesellschaft, in welche der Mensch hineingeboren ist. Die Erziehung des Menschen vom nur mit Vernunft begabten zum vernünftigen Tier beginnt mit seinen mimetischen Impulsen, die ihm angeboren sind, um über sie hinauszugehen und zur bewussten Anpassung zu führen. Zivilisatorischer Fortschritt ist nichts anderes als die Ersetzung mimetischer – unbewusster – Anpassung durch rationale – bewusste – Anpassung. Sie kann Unterwerfung sein und ist es für die Massen in den Klassengesellschaften, sie kann auch Einordnung sein in eine Gesellschaft, die keine auf physische oder psychische Gewalt beruhende Macht mehr kennt. Eine solche Gesellschaft aber braucht nicht nur, wenn nicht die ganze Entwicklung der menschlichen Gesellschaft umsonst gewesen sein soll, keine Illusion mehr, sondern kann noch konkrete Utopie sein und bleiben. Falsch war es und Täuschung, humane Ideen als wirkende Mächte in die Geschichte zu verlegen, eine Täuschung, die Marx von Hegel übernahm. Korrelat der Geschichte war bisher nicht das Gute, sondern das Schlechte, nicht das Glück, sondern der Schrecken. Das zu unterbrechen, bedarf des befreienden Einsatzes. Man kann skeptisch sein, nimmt man unsere Zeit als ein Resultat menschlichen Einsatzes, und Optimist kann man in der Tat nicht sein, aber man kann als Pessimist noch kritisch genug sein, um die sozialistische Utopie nicht ganz verloren zu geben, wie Ernst Bloch noch im Alter.

Marx spricht im Vorwort zur ersten Auflage seines »Kapital« von den »Naturgesetzen der kapitalistischen Produktion« (Marx 1873, 12), er bezeichnet das »ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft« als »Naturgesetz ihrer Bewegung« (ebd. 15) und fasst die »Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation als einen naturgeschichtlichen Prozess« auf (ebd. 16), in dem »die Personen nur Personifikation ökonomischer Kategorien sind, Träger von bestimmten Klassenverhältnissen und -Interessen«. Obwohl Marx – nicht nur in seinen Feuerbach-Thesen – die aktive Rolle der Menschen in der Geschichte nie vergaß und stets unterstrich, dass trotz des objektiven Charakters der Gesetze der Gesellschaft die Menschen ihre Geschichte selbst machen, verleitete er durch solche Formulierungen zu der Auffassung, die Geschichte laufe wie ein Naturprozess ab, in dessen blindem Geschehen der Menschen eindeutig

kausal determiniert ist. Er blockierte damit die Auffassung der Wirklichkeit als nur ein Möglichkeitsfeld, in dem die Entscheidung des Menschen, sein freier Entschluss, seine Spontaneität eine entscheidende Rolle spielt. Wenn Marx im Jahre 1859 im Vorwort seiner »Kritik der Politischen Ökonomie« schrieb, die Menschheit stelle sich »immer nur Aufgaben, die sie lösen kann« und »genauer betrachtet«, werde sich stets finden, »dass die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozess ihres Werdens begriffen sind« (Marx 1859, 9), so bestätigte die Geschichte der Verwirklichung des sozialistischen Gedankens dies bisher nicht. Denn wo seine materiellen Bedingungen vorhanden waren, wurde der Sozialismus nicht verwirklicht, und wo er zu verwirklichen versucht wurde, waren seine materiellen Bedingungen nicht vorhanden. In beiden Fällen war es der subjektive Faktor, der die objektiven Bedingungen ignorierte oder falsch einschätzte. Es war nicht so, dass der Mann sich jedesmal fand, wenn er gebraucht wurde. Wie bei allen Gesetzen, die nichts weiter sind als allgemeine, wesentliche und notwendige Zusammenhänge, das beständige Bild in den unsteten Erscheinungen (Hegel), spielte der Zufall bei der Durchsetzung des Gesetzes, das zur Sprengung veralteter Produktionsverhältnisse durch die gewachsenen Produktivkräfte, zum Übergang von einer zu einer neuen Produktionsweise führt, *die* entscheidende Rolle.

Marx kannte natürlich die Rolle, die der Zufall bei der Verwirklichung der Notwendigkeit spielt, gut aus seinem Hegel. Er wusste, dass Wirklichkeit nicht nur die Einheit von Möglichkeiten und Notwendigkeiten ist, sondern auch Einheit von Möglichkeiten und Zufälligkeiten sein kann, aber die Geschichte zeigt leider, dass Zufälligkeiten nicht immer von anderen Zufälligkeiten kompensiert werden, so dass die Historiker ihre Gesetze als allgemeine, wesentliche und notwendige Zusammenhänge erst im Nachhinein als historische Notwendigkeiten aus Zufälligkeiten herausinterpretieren.

Sicher: Eine Revolution fand statt, aber mit anderen Resultaten als ihre Agenten behaupten. Auch eine neue Gesellschaft ist da, aber sie ist ein Zerrbild der erhofften: weil ohne Demokratie im Osten, nur mit Bedrohten im Westen! Ist die bürokratische Produktionsweise mit staatsmonopolistischem Überbau nicht notwendig, sondern eher zufällig durch das Versagen der Menschen entstanden, die Gesellschaftsordnung der Zukunft, die die Menschheit vielleicht vor dem kollektiven Selbstmord retten, nicht aber den Individuen die Freiheit bringen wird, die der Sozialismus ihnen versprach?

Literatur

- Bloch, E. (1970), Politische Messungen, Pestzeit, Vormärz, Frankfurt/M.
- Brecht, B. (1974), Arbeitsjournal. Erster Band 1938 bis 1942, hrsg. von Werner Hecht, Frankfurt/M.
- Engels, F. (1885), Brief an Vera Iwanowna Sassulitsch, 23. April 1885, in: MEW, Bd. 36, Berlin 1966
- Kantorowicz, A. (1967), Botschaft an meine Studenten, in: Im 2. Drittel unseres Jahrhunderts, Köln
- Marx, K. (1844), Briefe aus den »Deutsch-Französischen Jahrbüchern«, in: MEW, Bd. 1, Berlin 1976
- Marx, K. (1856), Rede auf der Jahresfeier des »People's Paper« am 14. April 1856 in London, in: MEW, Bd. 12, Berlin 1962
- Marx, K. (1857/58), Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Rohentwurf 1857/58, Berlin 1953
- Marx, K. (1859), Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort, in: MEW, Bd. 13, Berlin 1963
- Marx, K. (1873), Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, Berlin 1962
- Spaemann, R. (1977), Zur Kritik der politischen Utopie. Zehn Kapitel politischer Philosophie, Stuttgart

Fritz Behrens

Kann ein Marxist heute noch Marxist sein?

Es sei traurig, schrieb Kant in seiner kleinen nachdenkenswürdigen Abhandlung über den »Mutmaßlichen Anfang der Menschengeschichte«, dass man als dann sterben muss, wenn man eben angefangen hat einzusehen, wie man eigentlich hätte leben sollen. Sollte das die Ursache für die Tatsache sein, dass so viele, die in ihrer Jugend revolutionären Gedanken angehängen, im Alter resignieren? Frisst die Revolution nicht nur ihre Kinder, sondern auch die Gedanken der Revolutionäre? Doch scheint es, dass es sich hier nicht um ein individuelles Problem handelt, sondern um eines von gesellschaftlicher und historischer Relevanz. Denn im Grunde geht es nicht darum, ob ein Marxist heute noch Marxist sein kann, sondern darum, ob er, will er Marxist sein, auch Leninist sein kann.

Der Leninismus ist längst aus der Ideologie eines Landes mit asiatischer Vergangenheit und halbasiatischer Gegenwart, das davor stand, eine bürgerlich-demokratische Revolution zu vollziehen, zur Legitimationstheorie einer neuen herrschenden Klasse, einer herrschenden Klasse neuen Typus geworden.

Unter seiner Flagge kämpfen heute gesellschaftliche Bewegungen in Ländern, denen ähnliche Aufgaben wie seinerzeit in Russland gestellt sind. Er ist in allen industriell fortgeschrittenen Ländern, zumal in solchen mit einer demokratischen, wenn auch bürgerlich-demokratischen Revolution, erfolglos geblieben, ja er hat in Deutschland zur Niederlage der sozialistischen Bewegung beigetragen, indem er nicht nur im Einklang und zur Begeisterung der rechten Sozialdemokraten die Arbeiterbewegung spaltete, sondern auch, verschuldet durch eine Politik, die den Interessen der in der Sowjetunion herrschenden Bürokratie diente, zum Sieg des Faschismus in Deutschland beitrug. Dabei geht es nicht nur um die Wahlhelfen, die die KPD der Bourgeoisie beispielsweise dadurch leistete, dass sie bei der Reichspräsidentenwahl im Jahre 1926 Ernst Thälmann als eigenen Kandidaten aufstellte und dadurch erst die Wahl Hindenburgs ermöglichte, der dann Hitler den Weg ebnete, es geht auch um gemeinsame Aktionen mit den Nationalsozialisten wie im BVG-Streik in Berlin 1930, es geht auch um eine solche selbstmörderische Politik, wie sie in der Parole des Sozialfaschismus zum Ausdruck kam.

In ihrer Polemik gegen Lenin ging Rosa Luxemburg 1909 von der »Mannigfaltigkeit« der »verschiedenen sozialen Milieus« aus. Die »einzig-

artige« und »beispiellose« Aufgabe bestand nach ihrer Meinung aber gerade darin, »eine Sozialdemokratie ohne die unmittelbare politische Herrschaft der Bourgeoisie« zu schaffen. Sie führte zu der »Hauptschwierigkeit des sozialdemokratischen Kampfes in Russland«. Die bürgerliche Klassenherrschaft wurde durch die Gewaltherrschaft des Absolutismus verschleiert und dadurch erhielt die »eigentliche sozialdemokratische Klassenkampflehre notgedrungen einen abstrakten propagandistischen« und die unmittelbare politische Agitation »einen hauptsächlich revolutionär-demokratischen Charakter«. Die Zerschlagung der zaristischen Gewaltherrschaft erforderte eine andere Form des organisatorischen Kampfes: Jakobinertum und Berufsrevolutionäre anstelle einer breiten sozialdemokratischen Bewegung als ein historisches Produkt des Klassenkampfes, so dass die Sozialdemokratie in eine vorhandene Bewegung erst das »politische Bewusstsein hineinträgt«. Durch ihr bewusstes Eingreifen sollte die Sozialdemokratie in Russland einen Abschnitt des historischen Prozesses ersetzen: »das Proletariat direkt aus der politischen Atomisierung, die die Grundlage des absoluten Regimes bildet, zur höchsten Form der Organisation – als zielbewusst kämpfende Klasse zu führen« (Luxemburg 1903/04, 423).

Rosa Luxemburg verkannte nicht – eingedenk ihres eigenen Prinzips: »Bekannntschaft mit den »verschiedenen sozialen Milieus« – die zeitweilige historische Notwendigkeit der von Lenin geschaffenen Organisationsform in Russland, aber sie erhob sie nicht zum Prinzip für jedes »soziale Milieu«. Nicht um die Rolle der Partei ging es, sondern um die Form ihrer Organisation, die sie aus der Notwendigkeit des Kampfes gegen Militarismus und Imperialismus in Deutschland ableitete.

Wo der Leninismus Erfolg erzielte, erzielte er sie, weil als Berufsrevolutionäre sich die verstehen, die als leninistische Jakobiner sich an die Spitze ohne sie entstandener spontaner Massenbewegungen setzten. Entsprachen diese nicht ihren Zwecken, erstickten sie sie (– notfalls, wie in Ungarn 1956 oder in Polen 1970/71 –) mit brutaler Gewalt. Rosa Luxemburg verschärfte ihre Kritik am Leninismus gegen Ende des ersten Weltkrieges in ihrer Schrift »Die russische Revolution«, in der sie sich gegen die Schreckensherrschaft der Bolschewiki wandte. »Fehltritte, die eine wirklich revolutionäre Arbeiterbewegung begeht«, schrieb sie, »sind geschichtlich unermesslich fruchtbarer und wertvoller als die Unfehlbarkeit des allerbesten »Zentralkomitees« (ebd. 444), Ein Urteil, das bestätigt wurde und das noch an Gewicht gewinnt, seit wir wissen, dass die Zentralkomitees nicht nur nicht die allerbesten waren, sondern in der Regel aus gehorsamen Befehlsempfängern bestanden. Rosa Luxemburgs Satz, Lenins

»Ultrazentralismus« sei »in seinem ganzen Wesen nicht vom positiven schöpferischen, sondern vom sterilen Nachtwächtergeist getragen« (ebd. 433f.), wurde seither immer wieder bestätigt, nicht zuletzt durch die Unfähigkeit des Eurokommunismus, sich vom Leninismus zu trennen.

Wie die Glaubwürdigkeit eines jeden Marxisten, so wird auch die der Eurokommunisten davon abhängen, ob sie sich vom Leninismus freimachen und damit von den Fehlern der kommunistischen Strömung in der Arbeiterbewegung der Vergangenheit!

Was die Folgen von Irrtümern von Marx und Engels betrifft: Ihre Absicht war das Gegenteil dessen, was daraus wurde. Man kann sich weder Marx noch Engels als Leninisten oder gar als Anhänger Stalins auch nur vorstellen. Ein schimpflicher Tod wäre ihnen gewiss gewesen. Der Traum von der menschlichen Emanzipation ist tief in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft verwurzelt. Er widerspiegelt die Wendung, die sie einschlug, als sie das Matriarchat verließ und in das Patriarchat eintrat. Als »Not wendend« begann die Entwicklung des Privateigentums mit der Klassengesellschaft, aber es blieb der Zweifel an dieser »Not-Wendigkeit«, der im Traum vom verlorenen und wiederzugewinnenden Paradies bis heute lebt und weiterleben wird, solange Menschen träumen.

Der Marxismus, wie er entstand, war die Ideologie revolutionärer Bewegungen des 19. Jahrhunderts. Er war als Ideologie wahres und falsches Bewusstsein zugleich, wahres Bewusstsein, weil er die Ziele der herausziehenden Revolutionen kommender Jahrhunderte erkannte, falsches, weil er ihre Formen mit den Revolutionen des 19. Jahrhunderts verwechselte. Marx und Engels reflektierten die französische Revolution zwar bis zur Pariser Kommune, prolongierten aber den Verlauf der verlorenen deutschen Revolution, indem sie sich ein Schema der Entwicklung vom Feudalismus zum Kapitalismus entwarfen, das sie auf den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus übertrugen. Sie waren Jakobiner, soweit sie Praktiker waren, Anti-Jakobiner als Theoretiker. Als Jakobiner wollten sie ein revolutionäres Bewusstsein in die Massen hineinragen, die Revolution bewusst *machen*, als Anti-Jakobiner wollten sie die unter ihren Augen wirklich vor sich gehende Bewegung nur ins Bewusstsein heben, sie aus einer nur spontanen Bewegung zu einer *bewusst*gewordenen machen.

Will ein Marxist auch heute Jakobiner sein, so muss er entweder Terrorist oder Agent eines Geheimdienstes sein. Für jede menschliche Handlung gilt, dass sie neben der beabsichtigten auch nichtbeabsichtigte Nebenwirkungen hat, denn die Wirklichkeit ist immer nur *eine* der Möglichkeiten. Da es aber immer nicht nur eine Möglichkeit gibt, die verwirklicht werden kann, sondern immer auch verschiedene Mittel, sie zu verwirklichen,

können Zweck und Mittel ihre Positionen vertauschen. Nicht alle Mittel werden durch den Zweck geheiligt, es gibt Mittel, die den Zweck verfälschen, selbst zum Zweck werden. So kann die revolutionäre Bewegung als Prozess vom Mittel zum Zweck werden, indem an die Stelle des revolutionären Subjekts, den Menschen, die den Sozialismus wollen, das Instrument tritt, eine Organisation, die Partei. Die Partei hat dann immer recht, und dem Marxisten ist es lieber, mit der Partei als allein recht zu haben! Der Keim für diese Inversion von Zweck und Mittel wurde dem Marxismus in die Wiege gelegt, indem er das Organisationsprinzip der bürgerlich-demokratischen Revolution, das im Klub und in der Partei, als eines überdimensionierten exklusiven Klubs, übernahm. Das Jakobinerturn wird bis zum heutigen Tage vom Volkstribun und Führer, vom Parteiboss und Parteichef repräsentiert.

Will ein Marxist heute also noch Marxist sein, so darf er kein Leninist mehr sein. Ein Marxist, der heute noch Marxist sein will, muss Utopist sein, denn was an Möglichkeiten verwirklicht worden ist, das ist der real existierende Sozialismus, und es gibt kein historisches Gesetz, das den Ablauf der Geschichte bestimmt, und was sie bestimmte, waren Zufälligkeiten und Irrtümer, wie das von diesen abhängt, was wirklich werden kann!

Wenn es wahr ist, dass der Humanismus in der Utopie großgeworden ist, wie Ernst Bloch schrieb, dann ist es richtig, dass der Marxismus Utopie ist, denn sein ureigenstes Anliegen ist die Förderung der Humanität. Sie aber fördern zu wollen, scheint heute Utopie zu sein, wo das Prinzip Hoffnung durch das Prinzip Furcht verdrängt zu werden droht. Wer in unserer Zeit lebt, muss ein gutes Stück Utopist sein. Er muss unsere Zeit bewusst überholen wollen, wie Ernst Bloch schreibt, er muss in der Zeit leben, »aber darin nicht alle Tage Behagen« finden (Bloch 1964, 122). Er muss, »um die Geburt des Morgens zu befördern«, mit seinem Denken »zwar mitten in der Zeit« sein, doch so, »dass es sie weichen kann und überholt« (ebd. 123).

Man kann nicht Marxist sein, ohne Utopist zu sein, denn Utopie ist antizipatorische Vorwegnahme des Zukünftigen, nicht des Notwendigen, sondern des Möglichen! Marxismus ist, wie Bloch im »Prinzip Hoffnung« schrieb, nicht eine Utopie, sondern es ist das Novum einer gewissenhaft »konkreten Utopie« (Bloch 1954, 215). Konkrete Utopie aber ist eine Möglichkeit, weil die Bedingungen vorhanden sind, sie zu verwirklichen. Fehlen diese, dann ist die Utopie eine abstrakte. Will man sie verwirklichen, bedarf es despotischer Gewalt, die zuletzt doch scheitert, wenn die noch fehlenden Bedingungen nicht zu schaffen sind. Wenn der Sozialismus in Form einer sich selbst verwaltenden pluralistischen Gesellschaft

und einer Föderation solcher sich selbst verwaltender Gesellschaften heute eine konkrete Utopie ist, so bleibt die Idee Immanuel Kants vom »ewigen Frieden« solange eine abstrakte Utopie, wie die der konkreten des Sozialismus nicht verwirklicht worden ist. Sie könnte, ohne die materielle Voraussetzung des Sozialismus, nur durch die despotische Herrschaft einer Supermacht erzwungen werden, die Form eines despotischen Welt-herrschaftlichen, wie Stalin sie anstrebte. Sie wäre aber dann auch nicht mehr die Verwirklichung der sozialistischen Utopie, die keine Despotie kennt, wenn man von ihrer marxistischen Gestalt ausgeht. Soziale Utopie führt nicht, wie Spaemann zu glauben scheint, notwendig zu neuer – despotischer – Herrschaft, denn selbst abstrakte Utopie weiß noch, dass Bedingungen notwendig sind, sie zu verwirklichen. Der Stalinismus, der seine revolutionäre Vergangenheit nicht verleugnen kann, beweist es gerade durch seine Existenz. Fehlt diese Einsicht in die Notwendigkeit der Bedingungen, so ist dies keine Utopie, sondern Illusion, Selbsttäuschung oder Täuschung anderer durch Vorspiegelung *falscher* Hoffnungen!

Immanuel Kant schrieb: »... der Mensch ist ein *Tier*, das, wenn es unter andern seiner Gattung lebt, *einen Herrn nötig hat*«, weil er »seine Freiheit in Ansehung anderer seinesgleichen« missbrauchte. »Er bedarf also eines *Herrn*, der ihm den eigenen Willen breche, und ihn nötige, einem allgemein-gültigen Willen, dabei jeder frei sein kann, zu gehorchen.« (Kant, KGS 8, 23) Diesen Herrn kann der Mensch nur aus der Menschengattung selbst nehmen, meinte Kant: »Das höchste Oberhaupt soll aber gerecht *für sich selbst*, und doch ein *Mensch* sein. Diese Aufgabe ist daher die schwerste unter allen; ja ihre vollkommene Auflösung ist unmöglich: aus so krummem Holze, als woraus der Mensch gemacht ist, kann nichts ganz Gerades gezimmert werden.« (ebd.)

Dies ganz Gerade ist die klassenlose Gesellschaft, die Anarchie, die Kant als »Gesetz und Freiheit ohne Gewalt« definiert (Kant 1899, 263). Aber wenn die Vernunft dem Gesetze nicht unterworfen sein will, das sie sich selbst gibt, müsse sie sich unter das Joch der Gesetze beugen, die ihr ein anderer gibt, »denn ohne irgend ein Gesetz kann gar nichts, selbst nicht der größte Unsinn, sein Spiel lange treiben« (Kant, KGS 8, 321).

Wenn das ganz Gerade nun unmöglich ist, so sollte doch eine Annäherung möglich sein. Wie auch immer man sich eine solche Annäherung an das ganz Gerade vorstellen mag, es kann weder ein Regime von Gottes noch von Gnaden eines Politbüros sein. Recht ist immer Einschränkung der individuellen Freiheit als Bedingung der Freiheit aller. Sie ist durch Zwang eingeschränkt, durch äußeren Zwang der Gesetze und durch den verinnerlichten Zwang des Gewissens und der Gesinnung. Das Recht des

Despoten ist ein angemessenes Recht, das auf Gewalt beruht. Das Recht frei assoziierter Produzenten kann nur ein solches sein, das sie sich selbst geben.

Ihre Einschränkung der individuellen Freiheit zwecks Garantie der Freiheit aller ist eine auf Einsicht beruhende freiwillige. Eine solche auf Einsicht beruhende freiwillige Einschränkung der individuellen Freiheit ist nur in einer sich selbst verwaltenden Gesellschaft zu verwirklichen, in der durch – möglichst umfassende – direkte Demokratie das Volk sich selbst regiert. Das wird keine kommunistische Gesellschaft sein, aber eine Gesellschaft ohne Stellvertreter und ohne Großinquisitoren. Das kann daher auch keine repräsentative Demokratie, aber erst recht keine sein, wie sie der real existierende Sozialismus anstrebt, die ihre Bürger als Untertanen behandelt, als unmündige Kinder, die nicht wissen, was ihnen guttut. Eine solche Regierung, »die auf dem Prinzip des Wohlwollens gegen das Volk als eines *Vaters* gegen seine Kinder errichtet wäre, d.i. eine *väterliche Regierung* (*Imperium paternale*), wo also die Untertanen als unmündige Kinder, die nicht unterscheiden können, was ihnen wahrhaftig nützlich oder schädlich ist, sich bloß passiv zu verhalten genötigt sind, um, wie sie glücklich sein *sollen*, bloß von dem Urteile des Staatsoberhauptes, und, dass dieser es auch wolle, bloß von seiner Gütigkeit zu erwarten: ist der größte denkbare *Despotismus*« (Kant, KGS 8, 290).

Man denke, wie weit wir schon wieder von dem Aufklärer Kant entfernt sind. Der real existierende Sozialismus ist in seiner ganzen Praxis Gegenaufklärung mit seinem Despotismus, der die Menschen als Untertanen behandelt und sie zur politischen Passivität verurteilt, es sei denn, man bezeichnet die Akklamationen zur Politik der sich selbst ernennenden Elite als Aktivität. Den unmündigen Kindern werden von Zeit zu Zeit Geschenke gemacht, wenn sie die staatlichen Pläne erfüllen und übererfüllen – und sie dürfen für das heilige Vaterland, das in Wahrheit die Partei ist, und für die heilige Muttererde, die dem Staat gehört, sterben, wenn das Politbüro es befiehlt.

Eine Revolution, die das kritische Denken negiert und die Freiheit, den Mächtigen zu widersprechen, ohne die Möglichkeit, die Repräsentanten der Gesellschaft auf friedliche Weise zu lenken – wie die russische Revolution –, verdirbt sich selbst und restauriert alte Strukturen. Es gibt heute für Marxisten, die dem sozialistischen Gedanken treu bleiben wollen, nur noch eine Möglichkeit: die autoritären Tendenzen, die in die revolutionäre Tradition eingingen, zu bekämpfen. Es gilt, alle Monopole zu brechen, die des Kapitalismus, des Staates und der Parteien, und neue demokratische Kontrollen zu finden für Ökonomie und Politik.

Ein Marxist, der Sozialist bleiben will, muss das Beil des Kampfes gegen den Anarchismus begraben, denn er kann nicht Sozialist sein, ohne Anarchist zu sein. Marx' Kampf gegen Bakunin war ein verhängnisvoller Irrtum, den die revolutionäre Bewegung schwer büßen musste.

Will ein Marxist Marxist bleiben, so muss er sich zwischen Sozialreform oder Revolution entscheiden, doch er muss annehmen, dass das, was im Osten als »real existierender Sozialismus« bezeichnet wird, historisch gesehen, ein Fehlschlag ist, wenn man davon ausgeht, dass der Sozialismus notwendig den Kapitalismus ablösen muss. Was sich im Osten Sozialismus nennt, ist ein despotisches System einer sehr mächtigen Partei und eines Staates, in dem sich eine immer noch wachsende Bürokratie bewahrt. Er muss das Prinzip des demokratischen Zentralismus als ein mit Sozialismus unvereinbares bürgerliches Organisationsprinzip erkennen und ablehnen – und damit die sowjetische Politik, die imperialistisch und hegemunistisch ist, nicht als sozialistisch verteidigen. Er muss – mit anderen Worten – erkennen und anerkennen, dass der Marxismus nur eine von verschiedenen Strömungen im ganzen Strom der Arbeiterbewegung ist, die sich zum Ziel gesetzt hat, den sozialistischen Gedanken als einen uralten Traum der leidenden Menschheit Wirklichkeit werden zu lassen. Liegt es nur am Bewusstsein, dass die Welt bisher nur den real existierenden Sozialismus mit seinem physischen und geistigen Terror, seinen Straflagern, seinen Wachtürmen und Todeszäunen, mit seiner zynischen Heuchelei und seiner vom Kapitalismus entlehnenen Talmikultur besitzt?

Dann hätte Schopenhauer recht mit seiner pessimistischen Antizipation der Zukunft, als er schrieb: »Der Zauber der Entfernung zeigt uns Paradiese, welche wie optische Täuschungen verschwinden, wann wir uns haben hinäffen lassen. Das Glück liegt demgemäß stets in der Zukunft, oder auch in der Vergangenheit, und die Gegenwart ist mit einer kleinen dunkeln Wolke zu vergleichen, welche der Wind über die besonnte Fläche treibt: vor ihr und hinter ihr ist Alles hell, nur sie selbst wirft stets einen Schatten.« (Schopenhauer, SSW 2, 1374f.)

Ein Marxist kann auch Kommunist sein, wenn er an der Utopie einer Gesellschaft ohne Herrschaft festhält, aber er kann kein Kommunist sein, wenn er am Leninismus festhält, der als Stalinismus sein antihumanistisches Wesen offenbarte. Stalinismus war *kein* Personenkult, war *kein* nur deformierter, also zu reformierender und auch kein steckengebliebener, also weiter – höher – zu entwickelnder Sozialismus, er war – und ist – der Name einer *neuen* Gesellschaft, die, in einem halbasiatischen Land geboren, an Stelle einer erwarteten sozialistischen Gesellschaft die Erde zu erobern droht, weil sie als Staatsmonopolismus zum modernen staatsmono-

polistischen Sozialismus konvergiert. Diese kommende, in ihren Umrissen bereits zu erkennende Gesellschaft hat mit Sozialismus und Kommunismus so wenig gemein, wie der moderne Kapitalismus mit dem gemein hat, den Marx analysierte und beschrieb. Der Marxist muss an allen Fronten kämpfen, an der gegen die von Parteien und Staatsbürokratien *verwaltete* Welt von heute und gegen die von dieser Bürokratie *vergewaltigte* Welt von morgen. Der Grundwiderspruch unserer Zeit ist nicht der zwischen Despotismus und Sozialismus, sondern der zwischen Despotie und Demokratie. Ein Marxist kann auch Sozialdemokrat sein, wenn er an der Utopie festhält, dass aus der formalen – bürgerlichen – eine reale sozialistische Demokratie erkämpft werden kann. Wie es sinnlos ist, von einem menschlichen Sozialismus – einem Sozialismus mit menschlichem Antlitz – zu sprechen, so ist es sinnlos, von einem demokratischen Kommunismus zu sprechen, weil es weder einen unmenschlichen Sozialismus noch einen undemokratischen Kommunismus geben kann. Was am real existierenden Sozialismus unmenschlich ist, das ist Stalinismus, weil es der undemokratische Kommunismus ist.

Der Marxist, der den Abbau der bürgerlichen Demokratie anprangert und nicht auch das Fehlen der Demokratie in den Ländern des real existierenden Sozialismus, ist ein Heuchler, denn er weiß, was er tut. Er ist, ob als Sozialdemokrat oder als Kommunist, unglaublich, wie der Christ, der das Evangelium predigt und Waffen segnet! Es gibt heute keine Alternative mehr, für den Marxisten nicht und für den Christen nicht, denn beide stehen in den gleichen Traditionen und verraten den Humanismus, wenn sie das Herrschende – und sich Entwickelnde – eines Staatsmonopolismus mit seiner Partei- und Staatsbürokratie akzeptieren. Sie werden dann nicht einmal mehr mit wehender Flagge untergehn, sie werden als Schatten, die das Licht des Humanismus noch wirft, in der Nacht der neuen Barbarei verlöschen!

Eine pluralistische Selbstverwaltungsgesellschaft ist *keine* sozialistische Gesellschaft, denn die individuelle Freiheit wird beschränkt und die Gleichheit abgestuft sein. Aber die Freiheit wird größer und nicht nur formell, wie in der bürgerlichen Demokratie, und die Gleichheit nicht durch ökonomische Macht oder politische Monopole durchbrochen sein. Sie wird dem entsprechen können, was man als sozialistische im Unterschied zur bürgerlichen Demokratie zu verwirklichen erhoffen kann. »Das würde zwar nicht zu vollkommener Gesellschaft führen«, schreibt der polnische Philosoph Kolakowski, »aber zu einer Form der sozialistischen Organisation, die lebensfähig wäre und ihren Mitgliedern das Leben ermöglicht.« (Kolakowski 1974, 125)

Der Weltprozess ist noch nicht verloren, aber ihn zu gewinnen, ist nicht leichter geworden, seit der real existierende Sozialismus als geschichtliche Potenz erschien. Was die Notwendigkeit der Herrschaft und Möglichkeit der Freiheit betrifft, so tendiert in den entwickelten Industrieländern die Notwendigkeit der Herrschaft längst zu Null, und die Möglichkeit der Freiheit, konkret: einer sozialistischen Rätedemokratie, ist gegeben. Anders ist es, wenn man die Erde als Ganzes sieht, einschließlich der Länder der Dritten Welt und der noch zurückgebliebenen einer Vierten Welt. Es versteht sich: Wie der Friede – als eine Vorbedingung des Sozialismus als Teilchen nach außen und nach innen – unteilbar ist, so ist auch die Freiheit unteilbar. Der Sozialismus ist undenkbar als eine Föderation von die Erde umfassenden freien Kommunen, von unten nach oben aufgebaut, nicht nach dem bürgerlichen Prinzip eines demokratischen Zentralismus, sondern nach dem sozialistischen Prinzip eines Selbstzentrismus der Massen, Nationen, der Länder und der Stämme. Aber schon Lichtenberg schrieb in einem Aphorismus: »Eine Gleichheit und Freiheit festsetzen, so wie sie sich jetzt viele Menschen gedenken, das hieße ein elftes Gebot geben, wodurch die übrigen zehn aufgehoben würden.« In der Tat: Eine die ganze Erde umfassende Föderation freier Kommunen erfordert mehr als eine ökonomische oder politische Revolution – das erfordert eine Revolution, die die herrschaftlich vorprogrammierten Menschen unserer Zeit umprogrammiert! Wenn die Seele des Menschen die innere Außenwelt ist, so muss mit der Außenwelt die Innenwelt des Menschen, ihre Seele revolutioniert werden. Wie die Individuen jetzt die hierarchisch-elitäre Struktur der Gesellschaft, die Unterdrückung der sie umgebenden und ihrer eigenen Natur, ihre Ausbeutung als »zweite Natur« verinnerlichen, so müssen sie die genossenschaftlich-egalitäre Struktur einer neuen Gesellschaft und eine nicht mehr unterdrückte und nur ausgebeutete – äußere und innere – Natur verinnerlichen.

Despotische Herrschaft ist immer eine Art vergesellschafteter Kampf ums Dasein, in dem die Stärksten – nicht immer nur physisch, sondern auch ökonomisch und politisch – die besseren Chancen haben, ihre individuellen Bedürfnisse zu befriedigen. Naturwüchsige Herrschaft entstand im Übergangsfeld vom Tier zum Menschen und hat seine Vorformen in tierischen Hierarchien. Sie entwickelte sich über die noch ganz naturwüchsige Sklaverei, die in der klassenlosen Gesellschaft eines Urkommunismus entstand, durch die verschiedenen Formen der Herrschaft in den Klassengesellschaften bis zur Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft. Aus den primitiv-rohen Formen der Herrschaft eines orientalischen Despotismus und der Sklavenhaltergesellschaft, die offen auf Ge-

walt beruhen, wurden die »sanften« Formen einer – allerdings bestenfalls nur – formalen Demokratie, die nur im »Notstand« offenbart, dass auch sie noch auf Gewalt beruht. Die gesellschaftlichen Strukturen wurden in einem Prozess »sozialer Evolution« nicht nur komplizierter und undurchsichtiger, sie wurden auch »humaner«, indem sie ihre ursprünglichen, noch tierischen Verhaltensmuster abstreifen.

Allerdings gibt es Delikte und auch immer sich wiederholende Rückfälle von humanen zu barbarischen Formen, ja Rückfälle in tierische Verhaltensweisen, falls man sich nicht dagegen sträubt, die Herrschaftsformen eines Hitlers oder Stalins, eines Schahs von Persien oder eines jeden militärischen Usurpators als für Tiere beleidigend anzusehen. Es entwickelte sich das, was man als zweite Natur des Menschen bezeichnete, eine vom Menschen geschaffene Kultur als Freiheit von triebhaftem Zwang. Um aber vollends human zu werden, muss Herrschaft auch die Reste von Naturwüchsigkeit abstreifen, die in den herrschenden und übernommenen hierarchischen Strukturen sich zeigen. Sie muss aus einer nur formellen eine materielle Demokratie werden, sich von einer repräsentativen – indirekten – zu einer unmittelbaren – direkten – Demokratie entwickeln. Erst – und nur – in einer sich selbst verwaltenden pluralistischen Gesellschaft wird die von den Menschen als Kultur selbst geschaffene zweite Natur zu einer wirklichen humanen werden können. Nur in einer solchen Gesellschaft kann Herrschaft als direkte Demokratie auf ein Minimum beschränkt, die individuelle Freiheit auf ein Maximum erhöht werden. Das ist der »harte Kern« einer sozialen Utopie, wie sie von einem Marxisten auch heute noch vertreten und verteidigt werden kann!

Es gibt keine Krise des Sozialismus, da keine Krise brechen kann, was nicht existiert. Wohl aber gibt es eine Krise der menschlichen Gesellschaft! Dass der Sozialismus nicht notwendig, sondern nur möglich ist, wusste Marx schon, und Rosa Luxemburg übernahm die Alternative: Sozialismus oder Barbarei! Der Staatsmonopolismus hat als eine solche Barbarei – auf höherer Stufenleiter – bereits exakt bestimmbare Strukturen und Funktionen; die Frage, die bleibt, ist nur noch, ob es noch einen Ausweg gibt, einen Weg in eine sich selbst verwaltende pluralistische Gesellschaft. Das wissen wir nicht, wir können nur hoffen und dafür kämpfen. Den Weltprozess zu gewinnen, ist schwerer geworden, seit der real existierende Sozialismus als historische Potenz entstand. Als Sozialismus getarnt stieß diese Variante eines Staatsmonopolismus die von Marx mit der historischen Mission der Emanzipation der Menschheit betraute Problematik ab, und sie entschied sich, so scheint es, weltweit für die alten hierarchisch-elitären Strukturen, die aber nur Wohlstand ohne Freiheit gewähren.

Ich beabsichtige nicht, ein Programm vorzuschlagen oder Rezepte auszuarbeiten. Ohne diese Absicht zu ändern, halte ich es doch für zweckmäßig – gewissermaßen experimentell – wenigstens einige Grundzüge anzudeuten, die meiner Ansicht nach das Programm einer Partei kennzeichnen müssen, die eine sozialistische Demokratie in Form einer pluralistischen Selbstverwaltungsgesellschaft verwirklichen will. Es versteht sich von selbst, dass ein solches Programm kein nationales, sondern nur ein internationales Programm sein kann. Wie die Dinge aber liegen, muss man wohl davon ausgehen, es zunächst für eine deutsche Partei auszuarbeiten, eine Partei, die in beiden deutschen Staaten existiert und für ihre Ziele kämpft. In diesem Fall müsste die erste Forderung heißen – und damit betont es zugleich seinen internationalen Charakter – keine Truppen mehr auf fremden Territorien. Das bedeutet zunächst nur auf Deutschland bezogen, dass aus beiden deutschen Staaten alle Truppen verbündeter Mächte oder Besatzungsmächte abgezogen werden, um für ganz Deutschland die volle Souveränität als elementare Voraussetzung einer Selbstverwaltung zu verwirklichen. Das ist zugleich die Voraussetzung dafür, dass in ganz Deutschland eine sozialistische Partei unbehindert und ohne die Interessen einer fremden – wenn auch vielleicht befreundeten – Macht berücksichtigen zu müssen, wirken kann. Die Partei vertritt damit die Interessen der deutschen Nation, die – legt man die Maßstäbe humanistischer Vernunft an – mit den Grundinteressen aller anderen Nationen nach Freiheit und Gleichheit übereinstimmen und somit der Verwirklichung einer Föderation sich selbst verwaltender Gesellschaften nicht im Wege steht.

Die zweite Forderung müsste die volle Verwirklichung der bürgerlichen und formalen Demokratie sein und ihre Festigung und Erweiterung zu einer nicht mehr nur formalen, sondern auch materialen – sozialistischen – Demokratie sein. Das bedeutet die Umwandlung des monopolistischen – staatlichen und kapitalistischen – Eigentums in Gemeineigentum, das von den Produzenten und der ganzen Gesellschaft verwaltet wird. Was sozialistische Demokratie bedeutet, ist die Verwirklichung des Gedankens, dass Sozialismus nicht ohne Demokratie und Demokratie nicht ohne Sozialismus möglich ist. Das bedeutet im Einzelnen:

- Gedanken- und Redefreiheit,
- Presse- und Versammlungsfreiheit,
- Freiheit zur Bildung von Vereinigungen,
- Demonstrationsfreiheit,
- Bewegungsfreiheit der Menschen in ihren eigenen Ländern und im Ausland,
- gewerkschaftliche Freiheit,

- Unabhängigkeit der Gewerkschaft von der Staatsmacht,
- Unverletzlichkeit des Privatlebens,
- Respektierung des allgemeinen Wahlrechts und der Möglichkeit des Wechsels demokratischer Mehrheiten,
- religiöse Freiheit,
- kulturelle Freiheit und Freiheit für verschiedene Strömungen und Meinungen auf philosophischem, kulturellem und künstlerischem Gebiet.

Der Begriff eines demokratischen Sozialismus ist ein Pleonasmus und der Begriff eines menschlichen Sozialismus oder eines Sozialismus mit menschlichem Antlitz ein Missverständnis, weil es ohne Sozialismus keine – wirkliche – Demokratie geben kann und der Sozialismus die Verwirklichung des Humanismus ist. Ein undemokratischer Sozialismus ist so wenig Sozialismus wie ein unmenschlicher oder einer mit unmenschlichem Antlitz.

Das alles sollten Selbstverständlichkeiten sein. Sie sind es aber leider nicht, solange der real existierende Sozialismus als Sozialismus und die bürgerliche Demokratie als entwickelte Demokratie aufgefasst werden. Das ist auch der Grundfehler der sogenannten Dissidenten und Systemkritiker, die nur systemimmanente Revisionisten sind, die soziale Reformen statt soziale Revolutionen wollen.

Aber so wenig die Politbürokratie des real existierenden Sozialismus freiwillig ihre Macht den Produzenten und Bürgern ihres Landes übergibt, so sehr verteidigen die kapitalistischen Monopole – ob private oder staatliche – ihre Machtpositionen. Sozialistische Demokratie als eine sich selbst verwaltende Gesellschaft – sei es nur erst in einem nationalen Rahmen oder schon als Föderation sich selbst verwaltender Gesellschaften – beruht auf Freiheit und Gleichheit *mit* Gewalt, wobei diese Gewalt im Unterschied zu den Klassengesellschaften keine despotische mehr ist, sondern eine demokratische. Sie wird auch nicht ohne Gewalt zu verwirklichen sein. Da Gewalt aber immer wieder Gewalt hervorbringt, muss eine Partei, die sozialistische Demokratie will, auf Terrorismus und Schreckensherrschaft verzichten, um die gesellschaftlich notwendige Gewalt auf ein Mindestmaß zu beschränken. Das wird aber nur in einer Selbstverwaltungsgesellschaft möglich sein, die den Humanismus als Ziel des sozialistischen Gedankens verwirklichen soll, also auch den fehlerhaften Kreis der sich immer wieder gebärenden Gewalt endlich durchbrechen muss. Wird das nicht möglich sein, dann wird die Geschichte der menschlichen Gesellschaft nicht nur eine Geschichte permanenter Katastrophen bleiben, sie wird mit einer Katastrophe enden.

Die Utopie ist ein notwendiger Bestandteil der revolutionären Linken und wie die Parteien des real existierenden Sozialismus auf diesen Bestandteil zugunsten eines reinen Positivismus mit einer pragmatischen, nur ihrer Machterhaltung dienenden Praxis verzichteten, so können sie auch nicht mehr zur Linken gerechnet werden. Sie sind konservativ und reaktionär dort, wo das, was jetzt noch unmöglich ist, uns dann überhaupt möglich werden kann, wenn es zu einer Zeit verkündet wird, da es noch als unmöglich gilt.

Deshalb kann man nur noch Marxist sein, wenn man auch Utopist ist, und deshalb muss man, will man Marxist bleiben, den Leninismus ablehnen, der die Arbeiterbewegung in die stalinistische Sackgasse führte.

Zweifellos lebte der Mensch, seit er erstand, schon immer gefährlich, bedroht von einer übermächtigen Natur. Aber jetzt kommt die Gefahr für ihn von ihm selbst!

Wird er sie überwinden?

Die Antwort auf diese Frage ist die Antwort auf die Frage, ob ein Marxist heute noch Marxist sein kann. Er muss es, will er die Geschichte begreifen, und kann es, will er seine Welt verändern!

Literatur

- Bloch, E. (1954), *Das Prinzip Hoffnung*, Bd. I, Berlin
- Bloch, E. (1964), *Tübinger Einleitung in die Philosophie*, Bd. I, Frankfurt/M.
- Kant, I. (1899), *Anthropologie in pragmatischer Hinsicht*, hrsg. von J.H. v. Kirchmann, Leipzig
- Kant, I., *Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht*, in: KGS, Bd. 8
- Kant, I., *Was heißt: Sich im Denken orientieren?*, in: KGS, Bd. 8
- Kant, I., *Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis*, in: KGS, Bd. 8
- Kolakowski, L. (1874), *Ist der bürokratische Sozialismus reformierbar? Thesen über Hoffnung und Hoffnungslosigkeit*, in: ders., *Marxismus. Utopie und Anti-Utopie*, Stuttgart
- Luxemburg, R. (1903/04), *Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie*, in: LGW, Bd. 1.2, Berlin 1972
- Schopenhauer, A., *Die Welt als Wille und Vorstellung II*, in: SSW, Bd. 2 (Kap. 46)

Fritz Behrens

Kurze Bemerkungen zum Prager Frühling

1.

Der staatlich etablierte Sozialismus hat die Schranken der bürgerlichen Gesellschaft noch nicht durchbrochen. Er beruht auf einer bürokratischen Produktionsweise, in der alle wesentlichen Entscheidungsbefugnisse, einschließlich der Aneignung des Mehrproduktes, bei der sich auf das staatliche Eigentum an den Produktionsmitteln stützenden Bürokratie liegen. Er hat einen staatsmonopolistischen Überbau, der mit seinen Institutionen, vor allem Partei, Justiz, Militär und Polizei, die ökonomische Basis schützt, in der die Lohnarbeit nicht beseitigt ist. Die Struktur der Gesellschaft ist hierarchisch-elitär. Sie pflegt, wie es schon äußerlich in Kunst und Literatur, in Uniform und Ordenswesen zum Ausdruck kommt, diese Struktur stützenden Traditionen.

2.

In der Gesellschaft dieses staatlich etablierten Sozialismus sind selbst die von der bürgerlichen Demokratie gewährten Rechte zurückgenommen. Aus diesem Grunde sind emanzipatorische Bestrebungen wieder auf Liberalisierung, statt schon auf Demokratisierung gerichtet. Sie haben daher noch – oder wieder – einen progressiv-bürgerlichen, keinen demokratisch-sozialistischen Charakter.

3.

Der Prager Frühling war bis zum 21. August 1968 eine fast ausschließlich von der Intelligenz und der Jugend getragene Bewegung, die das Ziel hatte, die stalinistisch entarteten Verhältnisse zu liberalisieren. Der 21. August, der außenpolitische »18. Brumaire« der Sowjetunion und der Staaten des Warschauer Paktes, die sich an der Invasion und Annexion der ČSSR beteiligten, war insofern ein Wendepunkt, als erst dann die Arbeiter sich an dem Widerstand zu beteiligen begannen. Die Bewegung in der ČSSR hatte bis dahin noch die Form von Fraktionskämpfen in der Partei und mit der Partei und nahm erst jetzt die Form eines Klassenkampfes an, wie in Ungarn 1956 und in Polen 1970/71. Statt Räte wollten die Reformer Manager in den staatlichen Betrieben.

4.

Die Losung »demokratischer Sozialismus« artikuliert Tendenzen, innerhalb der bestehenden, reaktionär-deformierten Gesellschaft eines staatlich etablierten Sozialismus liberale Formen durchzusetzen, die das Leben angenehmer, aber noch nicht sozialistisch machen.

Demokratischer Sozialismus ist nicht mit staatlichem Produktionsmitteleigentum zu vereinbaren und ist insoweit eine progressive, wie bürgerliche Demokratie und ihre Republik dem Kampf um den Sozialismus verpflichtet. Aber demokratischer Sozialismus hebt weder die Klassen auf, noch beseitigt er die Spaltung der Gesellschaft in Basis und Überbau. Er ist eine – natürlich dem Stalinismus in jeder Form vorzuziehende – Variante der bürgerlichen Gesellschaft, aber demokratisch ist diese noch nicht.

5.

Eine bürgerliche Produktionsweise mit einem liberal-demokratischen Überbau enthält einen Widerspruch, der den Prager Reformern – mit wenigen Ausnahmen – noch nicht bewusst war. Die Ideale des Prager Frühlings, ein demokratischer Sozialismus, nicht eine sozialistische Demokratie, waren insofern reformistische, keine revolutionäre Ideale, was natürlich nicht ausschließt, dass sie nur auf revolutionäre Art und Weise verwirklicht werden konnten, weil die Bürokratie, wie sich zeigte, freiwillig, ohne Gewaltanwendung, nicht abtritt. Sie waren eine Angelegenheit der Intelligenz und der Jugend und wurden erst, als es schon zu spät war, von den Massen aufgenommen. Deshalb muss die Hauptforderung einer auf den Sozialismus gerichteten Bewegung des Selbstzentrismus der Massen die Bildung von Arbeiterräten und die Errichtung einer Räte-demokratie sein. Soweit noch eine Repräsentation der Massen erforderlich ist, hat hierzu Marx alles Notwendige in seiner Analyse der Pariser Kommune gesagt.

6.

Die Ideale des Prager Frühlings knüpften an die Ideale der bürgerlich-demokratischen Vergangenheit der ČSSR an. Außerdem muss die erste Phase einer Befreiung vom Stalinismus noch mit den theoretischen und parteilichen Muttermalen des Stalinismus behaftet sein. Daher wird die erste Phase einer Bewegung, die auf die Befreiung vom Stalinismus gerichtet ist, von Literaten und Künstlern, von der Intelligenz geführt und nur erst als Restauration von republikanischen Freiheiten begriffen und nicht schon als Kampf um eine sozialistische Demokratie, die sich vom demokratischen

Sozialismus unterscheidet wie eine genossenschaftlich-egalitäre sozialistische von der hierarchisch-elitären bürgerlichen Gesellschaft.

7.

Da es einen linearen Weg zur sozialistischen Gesellschaft aus der Gesellschaft eines staatlich etablierten Sozialismus nicht geben kann, war die Forderung nach Liberalisierung der Prager Reformer natürlich eine progressive Forderung. Ihre Verwirklichung hätte aber nur bessere Voraussetzungen für den Kampf um den Sozialismus gewährt, was natürlich nicht wenig ist. Die republikanischen Freiheiten hätten in geschichtlich neuer Weise organisatorische Voraussetzungen des revolutionären Kampfes für den Sozialismus in den Ländern des Warschauer Paktes geschaffen.

8.

Meine Kritik am Prager Frühling – sie deckt sich mit meiner Kritik an Robert Havemann – besteht darin, daß der Kampf der Reformer nicht auf den Kern des Stalinismus gerichtet war, auf das bürgerlich-demokratische Prinzip des demokratischen Zentralismus. Der Kampf um – notwendige – republikanische Freiheiten verlangt den Selbstzentralismus der Massen, der mit der Bildung von Arbeiterräten beginnen und in der Errichtung einer Räterepublik münden muss. Die Prager Reformer wollten in staatlichen Betriebe fähige Manager. Ihnen schwebte statt einer Produzentenselbstverwaltung, wie aus allen Dokumenten und aus Gesprächen hervorgeht, nur ein Mitbestimmungsrecht der Produzenten vor. Das erklärt, wie die Prager Reformer selbst erkannten, weshalb die Bewegung der Intelligenz und der Jugend die Arbeiter erst ergriff, als es schon zu spät war.

9.

Eine nur emotionale Begeisterung für den Prager Frühling ist genauso wenig angebracht wie eine moralisierende Kritik an ihm (warum haben sie nicht mit der Waffe gekämpft usw.). Notwendig ist indes zu begreifen, dass die Prager Reformer vorerst nur solche Losungen hatten, die auf den Kampf um die im Sozialismus zu erreichenden republikanischen Freiheiten zielten. Die Verwirklichung der von den Prager Reformern aufgestellten Forderungen hätte bald zu einer Konfrontation mit den Forderungen der Arbeiterklasse geführt. Der Tag ihrer Verwirklichung hätte den demokratischen Sozialismus mit der sozialistischen Demokratie konfrontiert. Eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus mit bürokratischer Produktionsweise und liberalisiertem Überbau wäre bestenfalls eine Zwischenlösung, ein Übergang gewesen.

10.

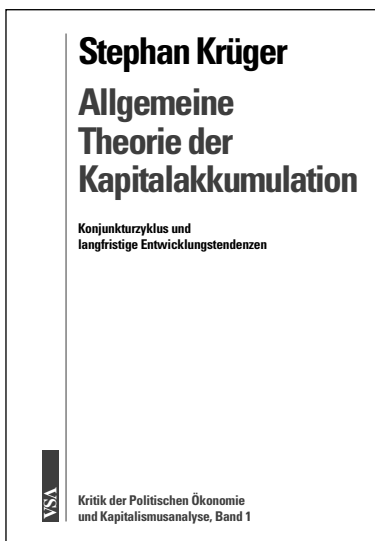
Es ist verständlich, daß nicht nur Intellektuelle, die unter der stalinistischen Bedrückung besonders leiden, sondern auch die Jugend, die für Freiheit schwärmt, für die Ideale des Prager Frühlings begeistert sind. Man sollte sie aber mit den besten Fakten vertraut machen, dass eine wirkliche Überwindung des Stalinismus vor allem die Basis der Gesellschaft des staatlich etablierten Sozialismus verändern muss.

11.

Die sowjetische Konterrevolution hat einer Möglichkeit, den revolutionären Befreiungskampf auf dem Boden eines staatlich etablierten Sozialismus zu führen, ein vorläufiges gewaltsames Ende gesetzt. Ihn wieder aufzunehmen, müssen an die Stelle bürgerlich-demokratischer Forderungen sozialistische Forderungen gesetzt werden, wie z.B.:

- Abzug der Besatzungsmacht und Verurteilung der imperialistischen Annexionspolitik der UdSSR;
- Umwandlung des staatlichen in gesellschaftliches Eigentum, das von den Produzenten selbst verwaltet wird.

VSA: Marxistische Analysen



Stephan Krüger
**Allgemeine Theorie
der Kapitalakkumulation**
Konjunkturzyklus und langfristige
Entwicklungstendenzen. Kritik der
Politischen Ökonomie und Kapitalismus-
analyse, Band 1; 1024 Seiten; € 58.00
ISBN 978-3-89965-376-2

U. Busch/W. Kühn/K. Steinitz
**Entwicklung und Schrumpfung
in Ostdeutschland**
Aktuelle Probleme
im 20. Jahr der Einheit
204 Seiten, € 14.80
ISBN 978-3-89965-331-1

Prospekte anfordern!

VSA-Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de



Edelbert Richter
Die Linke im Epochenumbruch
Eine historische Ortsbestimmung
304 Seiten; € 20.80
ISBN 978-3-89965-348-9
Edelbert Richter liefert Impulse für eine
geschichtsbewusste moderne Linke.

Jan Willem Stutje
Rebell zwischen Traum und Tat
Ernest Mandel (1923-1995)
480 Seiten; Hardcover; € 39.80
ISBN 978-3-89965-316-8

Harald Neubert
**Linie Gramsci – Togliatti –
Longo – Berlinguer**
Erneuerung oder Revisionismus
in der kommunistischen Bewegung?
160 Seiten; € 14.80
ISBN 978-3-89965-349-6

www.vsa-verlag.de

VSA